

Herbert Polifka

# Die unbekannte Opposition in der DDR

Zur Geschichte der illegalen Sektion DDR  
der Kommunistischen Partei Deutschlands

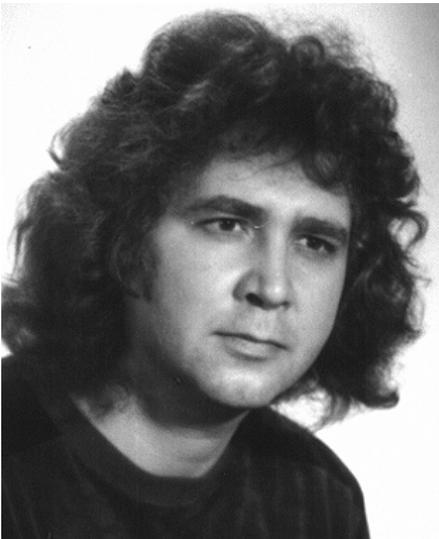


# Die unbekannte Opposition in der DDR

Zur Geschichte der illegalen Sektion DDR  
der Kommunistischen Partei Deutschlands

## Aus dem Prozessurteil:

(...) Die hierzu geführten Untersuchungen durch die Untersuchungsabteilung der Bezirksverwaltung ergaben, dass Polifka seit seiner Jugend der antisozialistischen Ideologie unterlegen ist.



## Gewidmet meinen engsten Unterstützern und GenossInnen:

Alexandra, Li, Mariana, Heinz  
("Alwin"), Petra ("Oase"),  
Hans-Werner ("Busfahrer"),  
Siegfried ("Palme"), Peter  
(Tolstoj-Anarchist),  
Dr. Joseph Simonet - stellvertre-  
tend für die afrikanischen  
GenossInnen  
Idris Bardhi - Er steht stellvertre-  
tend für alle albanischen  
GenossInnen

## **Inhaltsverzeichnis:**

1. Vorwort
2. Zur Geschichte der KPD-Sektion DDR
3. Erinnerungen eines illegalen Kommunisten in der DDR
4. Dokumentenanhang

### **1. Vorwort**

In den bundesdeutschen Massenmedien, in Presse, Rundfunk und Fernsehen, in Büchern, Aufsätzen und wissenschaftlichen Publikationen wurde und wird nur über eine Form der Opposition in der DDR, über die Opposition von bekannten Schriftstellern, Liedermachern und Wissenschaftlern berichtet. Über eine andere Form der Opposition, die der Arbeiter, der "kleinen Leute", kurz der Masse der DDR-Bürger, gibt es nur wenige Informationen. Eine Opposition, die getragen wurde von Kommunistinnen und Kommunisten, von Arbeitern, Angestellten, Intellektuellen, von Schülern und Studenten, Menschen, denen der sogenannte Sozialismus in der DDR keine Perspektive zu weiterem gesellschaftlichen Fortschritt mehr bot, die gegen das herrschende SED-Regime kämpften, weil sie für wirklichen Sozialismus eintraten - über sie herrscht weitgehend Schweigen. Kommunisten, die im Widerstand zur DDR-Führung standen - die soll es einfach nicht gegeben haben. Schon gar nicht eine organisierte, illegale Kommunistische Partei. Über den Widerstand und Kampf von Marxisten-Leninisten in der DDR wurde weitgehend geschwiegen.

Das war so in der DDR ...

Über die Sektion DDR der KPD (Anm. des Autors: bis 1983 hatte die KPD den Zusatz "Marxisten-Leninisten") wurde nur ein einziges Mal geschrieben:

"Die KPD/ML, die den Gegensatz der in der BRD und in der DDR herrschenden Gesellschaftsordnungen bestreitet, behauptet, eine "Sektion DDR" zu haben, zu ihren Mitgliedern also DDR-Bürger zu zählen, die mit der sozialistischen Staatsmacht unzufrieden sind. Eine eigene Zeitung, "Roter Morgen - Ausgabe DDR", sucht sie auf verschiedenen Wegen in die DDR zu schleusen, u.a. durch Mittelsmänner wie durch Postsendungen. Sie verfolgt damit eine doppelte Zielstellung: Sie will Verwirrung stiften - und zugleich den Eindruck erwecken, in

der DDR präsent zu sein. (Unter dem letztgenannten Aspekt veröffentlicht sie in der Zeitung fingierte Leserzuschriften von DDR-Bürgern.) (neues leben konkret 49, Verlockung der Gewalt, DDR-Berlin 1981, S. 113)

... und das war so in der BRD:

In dem umfangreichen, 958 Seiten-Buch "Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989", von Ehrhard Neubert im Rahmen der "Schriftreihe der Bundeszentrale für politische Bildung", 1997 als Band 346 herausgegeben, findet man ganze 29 Zeilen über die Sektion der KPD in der DDR. Seit Anfang der 90er Jahre beschäftige ich mich intensiv mit der Geschichte der Sektion DDR der KPD (damals KPD/ML). In Gesprächen mit Genossinnen und Genossen der ehemaligen Sektion DDR konnte ich viele Details erfahren. Eine Reihe von Vorträgen und Diskussionsveranstaltungen über die Geschichte der Sektion, wie z.B. in Berlin - Frauensee, Buchenwald, Frankfurt/M, Göttingen, Hamburg, Hannover, Magdeburg, in Dänemark, Frankreich, Norwegen, Russland, Türkei und wiederum Berlin zeigten, dass es ein großes Interesse an diesem Thema gibt. Eine illegale Partei, die gegen eine entartete Führungsmannschaft kämpfte, eine illegale Partei, die aus der Arbeiterklasse kam und für den Sozialismus eintrat, die mit allen erdenklichen Mitteln von den Häschern des Staatsschutzes verfolgt wurde, weckte Interesse und Neugier. Die Einsichtnahme in das KPD-Partei-Archiv bei der Erstellung dieses Buches. Aufgrund meines Antrages bei der "Bundsbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR" hatte ich Ende der neunziger Jahre die Möglichkeit, meine Stasi-Akten einzusehen. Meine Akten haben einen Umfang von ca. 10.000 Seiten. Aufgrund einer Aussage von Herrn Krietsch - 1981 war er MfS-Oberleutnant und einer meiner Verhöroffiziere - die er 1991 machte, existieren ca. 40 000 Seiten. Mittlerweile habe ich einen zweiten Antrag auf Akteneinsicht gestellt. Damit wird erneut nach weiteren Akten gesucht. Im Auftrag des ZK der KPD stellte ich 1999 einen Antrag bei der "Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik" für ein Forschungsvorhaben über die Arbeitsweise des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) im Hinblick auf die Sektion DDR der KPD. Dieses Forschungsvorhaben wurde genehmigt und ich erhielt Einsicht in MfS-Akten, die über die KPD/Sektion DDR angelegt worden waren. Weiteres Quellenmaterial stand somit zur Verfügung. Nach meinen Schätzungen hat das MfS über die Sektion DDR der KPD mindestens 1 Million Seiten verfasst und gesammelt. Eine weitere Quelle war die Schriftreihe "BF informierte Nr. 18", in der Tobias Wunschik auf 43 Seiten über "Die maoistische KPD/ML und die Zerschlagung ihrer `Sektion DDR` durch das MfS" berichtet - meines Wissens die einzige Publikation, die über die Sektion aus der Sicht eines bürgerlichen

Intellektuellen verfasst wurde. Genosse Heinz Reiche war mit seinem Wissen bei der Erstellung dieses Buches behilflich. Er stellte u.a. seine Stasi-Akten zu Verfügung. Genossen der KPD-Zelle Magdeburg unterstützten ebenfalls dieses Buch. Eine Reihe von Genossinnen und Genossen, die der KPD/Sektion DDR aktiv mithalfen, sei für ihre Unterstützung ebenfalls gedankt. Ihr Wissen wurde mit eingearbeitet. Persönliche Aufzeichnungen, die ich in der DDR bis 1990 verfasst hatte, wurden mit verwendet. Die Sektion DDR der KPD hatte mindestens 100 Mitglieder und Kandidaten. Viele Einzelpersonen arbeiteten für sie. Allein 110 Personen hatte das MfS bis 1980 ermittelt, die als "Einzelkämpfer" wirkten. (HA XX-486/ BStU 000188) Viele Bürgerinnen und Bürger der DDR und Westdeutschlands unterstützten die KPD-Sektion DDR. Die Mitglieder, Sympathisanten, Helfer und Unterstützer in der DDR riskierten viel. Jahrelange Haft, Geldstrafen, Berufsverbote, Bestrafung von Familienangehörige und Verwandte wurden verhängt. Trotzdem unterstützten sie die Partei. Die Partei erhielt in Ost und West solidarische Unterstützung: Geldsammlungen, Flugblattverteilungen, vielfältige Aktionen, die über den Kampf der KPD in der DDR berichteten, Solidaritätskampagnen für die Freilassung inhaftierter Kommunisten in der DDR usw. Durch die Propagandaaktionen der KPD in der DDR kamen mindestens einhunderttausend Bürger der DDR mit der Partei in Berührung und konnten die Stimme der Kommunisten lesen. Auf der anderen Seite bekämpfte der Apparat der SED die Partei mit allen ihm zu Verfügung stehenden Mitteln: es waren beteiligt SED-Führungskräfte, das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), die Kriminal- und Volkspolizei, die Nationale Volksarmee, die Kampfgruppe, Wissenschaftler aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Militär, die Deutsche Post, der Zoll und Heerscharen von Spitzeln. Wie viele Personen direkt an der Verfolgung und Zerschlagung der KPD/Sektion DDR mitwirkten, darüber kann nur spekuliert werden. Unerforscht bleibt weiterhin die Zuarbeit bzw. Zusammenarbeit mit westdeutschen Geheimdiensten und anderen bundesdeutschen staatlichen Behörden, (Post, Zoll ect.) sowie mit sowjetische, amerikanische, französische und britische Geheimdiensten. Eine tiefergehende Aufarbeitung der Geschichte der Sektion mittels weiterer Akteneinsicht steht noch aus. Erst wenn es zur Offenlegung aller Geheimdienstakten in der heutigen BRD kommt, kann sie geleistet werden. Meine Aufzeichnungen beschreiben den Widerstand von Kommunistinnen und Kommunisten in der DDR. Sie beinhalten keine umfassende geschichtliche Darstellung der KPD-Sektion DDR. Dazu müssten weitere Dokumente ausgewertet werden.

Herbert Polifka  
Magdeburg, Mai 2004

## 2. Zur Geschichte der Sektion DDR der KPD

### Die Entstehung der Sektion DDR

Viele der späteren Parteiorganisationen hatten bereits vor der Gründung der Sektion DDR der KPD eine eigenständige Entwicklung durchgemacht. Die um die Jahreswende 1975/76 erfolgte offizielle Gründung kam nicht über Nacht und war keineswegs am grünen Tisch ausgedacht worden.

Während die KPD/ML schon im Jahre 1968 in der Bundesrepublik entstanden war, ist die Keimzelle der Sektion DDR innerhalb der DDR selbst zu suchen. Warum eine KPD in der DDR? Weil die Verhältnisse in der DDR grundsätzlich geändert werden mussten, damit dieser Staat zu Recht sozialistisch genannt werden konnte. Die Politik der SED-Führung war nicht willkürlich und geprägt durch einzelne Führer, die Fehler begingen. Die Wurzeln dieser Politik lagen in den Klasseninteressen einer privilegierten Schicht bzw. Klasse, die alle Herrschaftsfunktionen in ihren Händen monopolisiert hatte und diesen Zustand verewigen wollte. Dies widersprach diametral dem kommunistischen Ziel, alle klassenmäßig bedingten Unterschiede zu beseitigen. Da aber diese Kräfte die Macht und die gesellschaftliche Hegemonie innehatten, konnte sich die DDR nicht mehr in Richtung einer klassenlosen Gesellschaft, in Richtung des Kommunismus bewegen. Der Sozialismus ist aber seinem Wesen nach die Übergangsgesellschaft zum Kommunismus. Der Sieg auf politischem Gebiet, d.h. die Errichtung der proletarischen Macht, der Aufbau der Wirtschaftsbasis des Sozialismus in Stadt und Land, bedeutet nicht, dass der Sozialismus gesichert ist. Solange der vollständige Sieg der sozialistischen Revolution im Bereich von Ideologie und Kultur nicht gesichert ist, kann es zum Rückschritt hin zum Kapitalismus kommen. Die alten bürgerlichen, patriarchalischen Ideologien wirken noch lange im Bewusstsein der Volksmassen und sie haben noch tiefe Wurzeln. Während der ganzen Übergangsperiode vom Kapitalismus zu Kommunismus dauert der Klassenkampf an. Das revolutionäre Neue muss den Platz des verworfenen Alten einnehmen. Geschieht dies nicht, kehrt das Alte wieder zurück.

**"Ein Land, in dem ein Mensch Angst hat, einen anderen zu kritisieren, ist kein sozialistisches Land" (Enver Hoxha)**

Eine Politik, wie sie die entartete SED-Führung betrieb, die ihre Macht verewigen wollte, beendete die anfänglich sozialistische Entwicklung. Phrasen, tote Formeln und der Geist der Selbstzufriedenheit bestimmten nun die Linie der

SED. Sie, die SED-Führer, waren unfehlbar und unkritisierbar. Die Legende von einer ununterbrochenen, aufstrebenden Entwicklung diente dazu, Kritiker mundtot zu machen.

Die DDR-Propaganda posaunte unablässig heraus, sie sei sozialistisch und die SED-Führung der Garant dafür. Die Entwicklung hin zu einer klassenlosen Gesellschaft war durch die neu entstandene Klasse aber unterbrochen. Die DDR war kein sozialistischer Staat, der nämlich nach Lenin ein "Übergang vom Staat zum Nicht-Staat" (LW 25, S.445) sein muss. Die ständige Stärkung des bürokratischen Apparats in der DDR, von dem die "allmächtige und allgegenwärtige" Krake Stasi nur ein Ausdruck war, war die logische Folge einer Politik, die auf die dauerhafte Entmündigung der Gesellschaftsmitglieder abzielte. Die klassenmäßigen Interessen der Herrschenden in der DDR waren es auch, die eine Beteiligung arbeitender Menschen an staatlichen und gesellschaftlichen Entscheidungen immer mehr verhinderten. Die (wenn auch schlechte und krisenhafte) Regulierung der Produktion durch den Markt war zwar beseitigt, denn kapitalistisch war die DDR noch nicht. Die Leitung und Kontrolle der arbeitenden Menschen über die Produktion konnte jedoch nicht wachsen, da die Werktätigen immer weniger zu sagen hatten. So kam es immer mehr zu Stagnation. Dass der Sozialismus dann in ein entartetes Regime übergeht (welches wir als Revisionismus bezeichnen), das selbst nur Übergangsgesellschaft zum Kapitalismus sein kann, war dann folgerichtig. Es ist dann eine Frage des Klassenkampfes, wohin der weitere Weg geht: nach vorne, weiter zum Sozialismus, hin zum Kommunismus, oder zurück zum Kapitalismus. Dass im Sozialismus die revolutionären Arbeiter unter Führung ihrer Kommunistischen Partei die Hegemonie ausüben müssen, wenn der Sozialismus sich gesund entwickeln soll, war den Gründungsmitgliedern der KPD/ Sektion DDR klar.

### **Aus der Arbeit der Sektion - stellvertretend zwei Beispiele:**

**Berlin:** Dort hatten sich zu Beginn der siebziger Jahre in der elften und zwölften Klasse einer Erweiterten Oberschule (EOS) einige Schüler zusammengefunden, die unabhängig von der offiziellen SED-Lesart die Klassiker des Marxismus-Leninismus studieren wollten - womit sie damals nicht allein standen in der DDR. Aus ihrem Bekannten- und Familienkreis stießen weitere Interessierte hinzu, so dass sich mit der Zeit ein kleiner Zirkel von Berufstätigen und Studenten bildeten. Bei der Lektüre der grundlegenden Werke der marxistisch-leninistischen Gesellschaftstheorie kamen sie immer mehr zu der Überzeugung, dass im Realsozialismus eine weite Kluft zwischen Theorie und Praxis

herrschte. Kontakte mit der KPD/ML wurden u.a. während der X. Weltfestspiele 1973 in Berlin geknüpft.

**Rostock:** Auch dort bildete sich ein eigenständiger Kreis von Studenten mit ähnlicher politischer Ausrichtung. Weil sie an weiteren ideologischen Inspirationen interessiert waren, nahmen viele dieser Gruppen und Zirkel von sich aus Kontakt zu mehreren linken Organisationen Westberlins und zur albanischen Botschaft in Ostberlin auf. Neben der Jugend, die in der Sektion die Mehrheit ausmachte, stießen auch ältere, kampferfahrene Arbeitergenossen hinzu. Eine Reihe alter, kampferfahrener Kommunisten arbeitete auch wieder aktiv in der KPD mit, wie das Beispiel einer Berliner Zelle zeigt. Da wären:

1) Fritz (72 J.): proletarische Herkunft; seit 1942 illegal; KZ-Sachsenhausen; Stahlschmelzer

2) Max I (73J.): proletarische Herkunft; 928 zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt, anschließend im KZ Sachsenhausen zusammen mit Ernst Busch; Bergmann an der Ruhr

3) Max II (70J.): proletarische Herkunft - in der Weimarer Republik kurz gesessen - arbeitet heute noch in der Betriebsgruppe des Betriebes mit

4) Römer (28J.): Ingenieur

5) Joachim (51J.): proletarische Herkunft; Redakteur; nach dem Kriege von der Partei als Redakteur ausgebildet; hat bei verschiedenen Zeitungen gearbeitet (Neues Deutschland, Berliner Zeitung); 4 1/2 Jahre Gefängnis; arbeitete später als Pförtner

Die Gruppe besitzt z.Z. 14 Sympathisanten, die auf die einzelnen Gen. aufgeteilt sind. (Aus: Partei-Archiv)

Die Bedingungen für eine Marxistisch-Leninistische Partei waren von Anfang an sehr schwer. Die Partei konnte nur illegal arbeiten. Jedes Flugblatt, jede Ausgabe des "Roten Morgen" - übrigens die einzige Oppositionszeitung der DDR, die regelmäßig und über Jahre hinweg erschien - jede Brochure war wie ein "rotes Tuch" für die SED-Bonzen. Im Gegensatz dazu war die Resonanz unter den Arbeitern, Angestellten, der Jugend meist positiv. Ein Flugblatt war damals eine kleine Sensation. Ein breites Feld der Betätigung war die Betriebsarbeit. Unter den Arbeitern war die Ablehnung der SED-Politik ja auch am größten.

Ab 1976 wurden zahlreiche Flugblätter illegal verteilt, öffentliche Gebäude mit Parolen bemalt und Klebezettel angebracht. Eine eigene separate "Ausgabe DDR" des ROTEN MORGEN wurde in grosser Zahl verbreitet. Die auf Dünndruckpapier gedruckte Zeitung wurde illegal in die DDR geschmuggelt. (In Teilaufgaben wurde der ROTE MORGEN auch in der DDR gedruckt.)

Die Einfuhr des Roten Morgen geschah häufig durch Transitzügen. Die gebün-

delten Zeitungen wurden an einer bestimmten Stelle aus dem fahrenden Zug heraus abgeworfen.

Sollten die Materialien mit dem Pkw eingeführt werden, wurde der Transport zumeist mit Hilfe eines präparierten Feuerlöschers im Fahrzeug des Kuriers organisiert. Weiterhin wurden illegale kommunistische Materialien aus Polen und der CSSR geschmuggelt. Albanische Literatur, wie z.B. die Werke des Genossen Enver Hoxha, wurden teilweise von den GenossInnen der albanischen Botschaft zur Verfügung gestellt.

Diese Materialien wurden zum Studium genutzt, aber auch gezielt versandt. Die Partezelle Magdeburg z.B. war auf diesem Gebiet Vorreiter. So vertrieb sie von den Werken Enver Hoxhas mindestens 200 Exemplare der "Chruschtschowianer", 250 Exemplare "Imperialismus und Revolution", ca. 60 Exemplare "Betrachtungen über China" Bd. 1 und 2, tausende von Brochuren über den Kampf gegen die modernen Revisionisten. Gleichzeitig wurden wichtige fremdsprachige Dokumente in verschiedene revisionistische Staaten geschickt (z.B. nach Polen, Rumänien, UdSSR, Kuba, Ungarn, Bulgarien)

Internationalismus wurde groß geschrieben: Genossinnen und Genossen der "Sektion DDR" vertrieben auch die ROTE FAHNE, das Organ der illegalen Kommunistischen Partei Polens. Diese ebenfalls auf Dünndruckpapier hergestellte Zeitung, wurde einerseits nach Polen vertrieben bzw. an polnische Bürger, die in der DDR arbeiteten, gegeben. Auf verschiedenen Magdeburger Baustellen lag immer wieder die ROTE FAHNE. Geldspenden wurden illegal nach Polen gebracht, um die dortigen streikenden KollegInnen zu unterstützen.

In den Magazinverkaufsstellen der Sowjetarmee wurden russischsprachige Publikationen ausgelegt.

Ob durch Briefkasteneinwurf, an öffentlichen Orten (z.B. Telefonzellen, Haltestellen, Bahnhöfen, Kinos, Bibliotheken, Kaufhäusern, Krankenhäusern usw.) oder direkt im Betrieb wurde die Stimme der Kommunisten in der DDR verbreitet. Kleinere Verteilaktionen von selbstgefertigten Handzetteln wurden von den Zellen selbstständig geplant und durchgeführt. Inhaltlich wurde so das politische Tagesgeschehen aufgegriffen. Gleichzeitig wurde für RADIO TIRANA - den damals einzigen sozialistischen deutschsprachigen Sender - geworben.

Dabei wurde eine beachtliche Aktivität entwickelt: so platzierten allein die Ostberliner Genossinnen und Genossen 1979 innerhalb von zehn Monaten insgesamt 25 unterschiedliche Flugblätter in 547 verschiedenen Verteilungsaktionen.

Aktivitäten wurden aber auch in Betrieben durchgeführt. Die Arbeit innerhalb des FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) war eine gute Möglichkeit, auf Missstände aufmerksam zu machen, immer wieder Kolleginnen und Kollegen zu kleinen Widerstandsaktionen zu mobilisieren. Bedingt durch diese zahlreichen Aktivitäten wurden viele Bürgerinnen und Bürger auf die Sektion DDR aufmerksam. Sie schrieben Briefe, die auf diese Weise an die Redaktion des Roten Morgen gingen, auszugsweise einer aus Dresden:

*Dresden, den 9.9.81*

*Werte Genossen der KPD!*

*Durch Tausende von Händen gelang Eure Zeitung zu uns. Was man darin schwarz auf weiß lesen konnte ließ unsere Herzen höher schlagen, denn von all diesen triftigen Wahrheiten kommt hier wenig ans Tageslicht. (...) dieser Staat hat mit Demokratie nichts zu tun, da das Schmarotzertum und die Cliqueswirtschaft der Bonzen für den allgemeinen Arbeiter unerträglich wird. Wir fühlen uns deshalb mit den Genossen der KPD sehr verbunden und bitten Euch so weiterzumachen wie bisher damit noch viele Menschen des Volkes der DDR (die dafür Interesse zeigen) die Wahrheit über ihre Staatsführung erfahren und bestätigt bekommen.*

*Mit frdl. Gruß*

*Fam. König, Dresden*

Die vielfältigen Aktivitäten der Sektion DDR der KPD blieben natürlich nicht unbemerkt und riefen von Anfang an einen Gegner auf den Plan, der in der DDR allgegenwärtig war.

### **Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) - Teil des revisionistischen Parteiapparates**

Die Staatssicherheitsorgane in den revisionistischen Staaten waren ein wichtiger Teil der revisionistischen Partei. Die Methoden und Praktiken dieser Organe wurden vom herrschenden Parteiapparat bestimmt.

Enver Hoxha berichtete in seinen Werken viele Male über die Arbeitsweise der modernen Revisionisten, die mit imperialistischen Geheimdienstmethoden vorgehen:

*"Die Villa, das fanden wir später mit einem mitgebrachten Spürgerät heraus, hatten sie mit Abhörenanlagen voll gepackt". (Ankunft Envers in Saretschje [Moskau] zur Beratung der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien 1960; zitiert aus: Die Chruschtschowianer, Tirana 1980, S. 465)*

*"Chruschtschows Leute organisieren Staatsstreiche, genau wie die Agenten des CIA: Bei einem Treffen, das wir im ZK mit der Delegation der PdA Koreas hatten, ... drückte sich der Delegationsleiter sehr wohlwollend über unsere Partei aus. Er sagte uns ferner: "Derselbe Iwanow, der bei euch als Botschafter der Sowjetunion tätig war, hat, als er bei uns in Korea 1956 denselben Posten innehatte, zusammen mit einer Gruppe von Revisionisten eine bewaffnete Konterrevolution organisiert, um unsere Führung zu stürzen." (10.2.61; zitiert nach: E. Hoxha: Die Supermächte, Tirana 1986, S. 43) "Die sowjetische Botschaft in Tirana verfügt über mehr als 80 Personen, die sich mit nichts anderem als Spionage und Wühlätigkeit ... befassen." (Die Supermächte, S. 65)*

Das MfS entwickelte sich zu einem monströsen Gebilde. Es gab kaum eine Familie, beinahe niemanden, der sich völlig frei fühlen konnte, weder vor Bespitzelung, Einschüchterung, Erpressung und Verfolgung noch vor Versuchen der Anwerbung. Zum Selbstverständnis des MfS findet man unter der Rubrik "Sicherheitspolitik, sozialistische" folgende Definition: Das MfS habe, entsprechend dem "Klassenauftrag der Partei (...) vorrangig alle subversiven Angriffe des Gegners, insbesondere auf die Verteidigungsfähigkeit des Sozialismus, die störungsfreie Durchsetzung der ökonomischen Strategie der Partei und die ideologischen Grundlagen der Weltanschauung der Arbeiterklasse vorbeugend zu verhindern, rechtzeitig aufzudecken und wirksam zu bekämpfen. (Vgl. Das Wörterbuch der politisch-operativen Arbeit des MfS - Geheime Verschluss-Sache, zweite Auflage. Erarbeitet an der Juristischen Hochschule des Ministeriums in Potsdam-Eiche, 1985. Nachdruck: Ch. Links Verlag, Berlin 1996)

Auffallend ist, dass der Schutz der "Weltanschauung der Arbeiterklasse" zu den Aufgaben des Staatssicherheitsdienstes gezählt wurde, der damit in der Tat auch die Funktion einer Art "Gedanken- bzw. Ideologiepolei" für sich reklamierte. Und die "Weltanschauung der Arbeiterklasse" (d.h. der Revisionismus) konnte schon von den jüngsten Bürgern des Landes "angegriffen" werden. Folgerichtig konnten auch Kinder als "negative Kräfte" eingestuft werden.

### **Richtlinien aller Art für die Tätigkeit des MfS**

Das MfS kannte in seiner Tätigkeit keine Grenzen; jedes Mittel, das zum Erfolg in ihrem Sinne führen konnte, war recht. Viele der nachfolgenden Richtlinien wurden auch im Kampf gegen die Sektion DDR der KPD angewendet: In den geheimen "Richtlinien 1/76" z.B. lagen die Grundlagen des

Spitzelsystems. Sie beinhalteten Massnahmen und Aufforderungen u.a. zu:

- A) Die Briefe des Bürgers werden geöffnet (Maßnahme "M", Postkontrolle)*
- B) Man brach in die Wohnung ein (Konspirative Wohnungsdurchsuchung durch Abteilung VIII)*
- C) Baut Wanzen in die Wohnung (Maßnahme 26B)*
- D) Observation (Abteilung VIII) und heimliches Fotografieren (Maßnahme 26F)*
- E) Telefon wird abgehört (Maßnahme 26A)*
- F) Baut ein stecknadelkopfgroßes Video-Objektiv in die Wohnung (Maßnahme 26D)*
- G) Drückt ihn von seinem Arbeitsplatz weg (durch operative Spiele/Kombination)*
- H) Man verleitet den Bürger zum Handeln und Reagieren durch operative Spiele Kombinationen. Der Bürger sollte dazu gebracht werden, sich durch unbedachte Handlungen selber zu belasten bzw. entlasten.*
- I) Setzt Spitzel auf ihn an (Einsatz eines IM durch den federführenden Offizier)*  
(Richtlinie Nr. 1/76: Zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge OV/GVS MfS 008-100/76)

Sollten die Maßnahmen den Tatbestand ergeben, dass es sich hier um einen kritischen DDR-Bürger handelt, wurde er gleichzeitig in die Liste der Personen aufgenommen, die in Krisensituationen zu isolieren sind. Bereits in der Direktive Nr.1/67 (Geheime Kommandosache) wurden die Aufgaben für eine stabsmäßige Vorbereitung zur Errichtung von Internierungslager festgelegt. In der Anlage 1 zur Direktive "Kennziffernsystem zum Mobilmachungsplan" wurde u.a. genannt: Schaffung der Grundlage, um Personen zu isolieren, von denen ein Gefährdung für die Verteidigungsfähigkeit der DDR ausgehen könnten. Die Zuführung dieser Personen sollte durch Angehörige des MfS erfolgen, Sammelpunkte waren vorzubereiten und der Transport in die Isolierungsobjekte zu organisieren. In dem Dokument GVS MfS 0005 - 99/86 wurde später konkretisiert, welche Personen gemeint sind: Bürger der DDR, "von denen auf Grund ihrer verfestigten feindlich-negativen Grundhaltung gegenüber der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung und unter Berücksichtigung ihres bisherigen Auftretens, ihrer offiziell und inoffiziell bekannt gewordenen Äußerungen, ihrer Kontakte und Verbindungen sowie bestimmter Lebens- und Verhaltensweisen mit Wahrscheinlichkeit im Verteidigungszustand eine akute Gefährdung der staatlichen Sicherheit und Ordnung ausgehen kann oder die solche Handlungen dulden oder unterstützen." Nicht zu isolieren, sondern gleich zu verhaften, (Kennziffer 4.1.1.) waren Personen mit so genannter feindlichen Zielstellung, die "Forderungen nach einer Veränderung der Staats- und

*Gesellschaftsordnung in der DDR durch die Verbreitung von Auffassungen über einen ‚demokratischen Sozialismus‘ und neue Sozialismusmodelle aufgestellt haben.“* (Nach Angaben der Vertreter der DDR-Generalstaatsanwaltschaft am 30.8.1990 vor der Regierungskommission zur Auflösung des MfS umfasste die Liste der für eine Isolation vorgesehenen mit Stand vom 30. November 1983 insgesamt 10 919 Personen)

### **Das DDR-Ministerium als Einbrecherbande**

Wichtiger Bestandteil der Richtlinien waren konspirative Hausdurchsuchungen: Eine Hausdurchsuchung wurde äußerst bedacht getätigt. Sämtliche Hausbewohner wurden im Vorfeld "durchleuchtet". Über jeden einzelnen wurden Akten angelegt. Der Wohnungseinbruch wurde präzise geplant und durfte "nicht gestört" werden. D.h. in dieser Zeit durfte kein Hausbewohner anwesend sein. Jeder Bewohner wurde "unter Kontrolle gehalten". Fingierte Kadergespräche wurden geführt, Arztbesuche arrangiert usw. (Legende = Täuschung) Der Zweck einer solchen Hausdurchsuchung war es, Informationen über einen vermuteten Oppositionellen zu sammeln. Fotos der Wohnung, von Büchern und Briefen wurden gemacht, Zeitungen und Bücher wurden aufgelistet usw. In der Regel wurden Abhörgeräte installiert. Wohnungseinbrüche mussten stets genehmigt werden. Diese wurden nach Durchführungsbestimmungen des Ministers durchgeführt. In einem großen roten Buch waren die Ministerbefehle für die Durchführung von konspirativen Maßnahmen festgehalten. Dass diese Maßnahmen gegen geltende DDR-Rechte verstießen, war kennzeichnend für die DDR. Auf der einen Seite formale Rechtsstaatlichkeit, auf der anderen Seite wurde diese tagtäglich mit Füßen getreten. Millionenfache Briefkontrollen, tausendfache Wohnungseinbrüche und Abhören der Bürger usw. - dies alles wäre selbst nach DDR-Recht kriminell.

### **Richtlinien einer Gangsterbande**

Das MfS kannte keine Grenzen; jedes Mittel, das zum Erfolg führen konnte, wurde angewandt. In den Richtlinien 1/76 lagen auch die Grundlagen des Spitzelsystems. Zynisch und menschenverachtend legte Mielke die Maßnahmen der Zersetzung fest. Er gab Anweisungen, "Kenntnisse zu erarbeiten, die wirkungsvoll für offensive Zersetzungs- und Kompromittierungsmaßnahmen genutzt werden können." Gegen die KPD wurden dazu die Maßnahmen aus RICHTLINIE Nr.1/76 angewandt:

*Geheime Verschluss-Sache, MfS Nr. 100/76  
Mielke, Generaloberst*

(S. 46-48, Auszüge)

## 2.6. Die Anwendung von Maßnahmen der Zersetzung

2.6.1. Zielstellung und Anwendungsbereiche von Maßnahmen der Zersetzung  
Maßnahmen der Zersetzung sind auf das Hervorrufen sowie die Ausnutzung und Verstärkung solcher Widersprüche bzw. Differenzen zwischen feindlich-negativen Kräften zu richten, durch die sie zersplittert, gelähmt, desorganisiert und isoliert und ihre feindlich-negativen Handlungen einschließlich deren Auswirkungen vorbeugend verhindert, wesentlich eingeschränkt oder gänzlich unterbunden werden.

(...) Zersetzungsmaßnahmen können sich sowohl gegen Gruppen, Gruppierungen und Organisationen als auch gegen einzelne Personen richten und als relativ selbstständige Art des Abschlusses Operativer Vorgänge oder im Zusammenhang mit anderen Abschlussarten angewandt werden.

### 2.6.2. Bewährte anzuwendende Formen der Zersetzung sind:

- systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes, des Ansehens und des Prestiges auf der Grundlage miteinander verbundener wahrer, überprüfbarer und diskreditierender sowie unwahrer, glaubhafter, nicht widerlegbarer und damit ebenfalls diskreditierender Angaben;
- systematische Organisierung beruflicher und gesellschaftlicher Misserfolge zur Untergrabung des Selbstvertrauens einzelner Personen;
- zielstrebige Untergrabung von Überzeugungen im Zusammenhang mit bestimmten Idealen, Vorbildern usw. und die Erzeugung von Zweifeln an der persönlichen Perspektive;
- Erzeugung von Misstrauen und gegenseitigen Verdächtigungen innerhalb von Gruppen, Gruppierungen und Organisationen;
- Erzeugung bzw. Ausnutzung und Verstärken von Rivalitäten innerhalb von Gruppen, Gruppierungen und Organisationen durch zielgerichtete Ausnutzung persönlicher Schwächen einzelner Mitglieder;
- Beschäftigung von Gruppen, Gruppierungen und Organisationen mit ihren internen Problemen mit dem Ziel der Einschränkung ihrer feindlich-negativen Handlungen;
- örtliches und zeitliches Unterbinden bzw. Einschränken der gegenseitigen Beziehungen der Mitglieder einer Gruppe, Gruppierung oder Organisation auf der Grundlage geltender gesetzlicher Bestimmungen, z.B. durch Arbeitsplatzbindungen, Zuweisung örtlich entfernt liegender Arbeitsplätze usw. Bei der Durchführung von Zersetzungsmaßnahmen sind vorrangig zuverlässige, bewährte, für die Lösung dieser Aufgaben geeignete IM einzusetzen.

*Bewährte Mittel und Methoden der Zersetzung sind (...) :*

*- die Verwendung anonymer oder pseudonymer Briefe, Telegramme, Telefonanrufe usw.; kompromittierender Fotos, z.B. von stattgefundenen oder vorgetäuschten Begegnungen;*

*- die gezielte Verbreitung von Gerüchten über bestimmte Personen einer Gruppe, Gruppierung oder Organisation;*

*- gezielte Indiskretion bzw. das Vortäuschen einer Dekonspiration von Abwehrmaßnahmen des MfS;*

*- die Vorladung von Personen zu staatlichen Dienststellen oder gesellschaftlichen Organisationen mit glaubhafter oder unglaubhafter Begründung.*

*Diese Mittel und Methoden sind entsprechend den konkreten Bedingungen des jeweiligen Operativen Vorganges schöpferisch und differenziert anzuwenden, auszubauen und weiterzuentwickeln. (...) Die Durchführung der Zersetzungsmaßnahmen ist einheitlich und straff zu leisten. Dazu gehört die ständige inoffizielle Kontrolle ihrer Ergebnisse und Wirkung. Die Ergebnisse sind exakt zu dokumentieren.*

## **Der Einsatz des MfS gegen die Sektion DDR der KPD**

Zuständig für die Bearbeitung der Kommunistischen Partei durch das MfS waren die "Hauptabteilung XX" ("Politischer Untergrund"), die "Abteilung XXII" ("Terrorabwehr"), ferner die "Hauptverwaltung Aufklärung/HV A" (die sich besonders gegen die Partei im Westen richtete) und die für Spionageabwehr zuständige "Hauptabteilung II". Letztere überwachte die Kontakte der KPD/ML zur albanischen Botschaft. Die strafrechtlichen Ermittlungen übernahm das Untersuchungsorgan des MfS, die "Hauptabteilung IX", gegen inhaftierte Anhänger der Partei arbeitete die für Haftanstalten zuständige "Hauptabteilung VII". Galt es Kommunisten zu beschatten, war die für Beobachtung verantwortliche "Hauptabteilung VIII" zur Stelle, und die "Hauptabteilung III" ("Funkaufklärung und -abwehr"). Durch die von Mielke geforderte offensive Bearbeitung sahen sich die zuständigen Stasi-Mitarbeiter vor beachtliche Schwierigkeiten gestellt. Zu schaffen machte ihnen die konspirative Abschirmung der KPD/ML Aktivitäten. Als die KPD/ML ab 1979 ihre Aktivitäten intensivierte, bemühte sich die Stasi verstärkt, die "Stützpunkte" in der DDR aufzuklären. Stasi-Dienstseinheiten verfügten bereits 1979 über inoffizielle Mitarbeiter (IM), die in der Sektion DDR oder in ihrem unmittelbaren Umfeld tätig waren. Mit deren Hilfe erkundete das MfS nach und nach die Kontakte von KPD/ML-Mitglieder untereinander. Personelle Querverbindungen wurden beispielsweise dadurch ermittelt, dass Reisende in Transitzügen, aus denen Material abgeworfen wurde, durch die üblichen Mittel der Passkontrolle

überprüft wurden. Alle Mitreisenden (!) standen von nun an unter Verdacht. Eine umfangreiche Überprüfung durch das MfS fand statt, die Hinweise auf Zusammenarbeit mit der KPD belegen sollten. Ferner wurden Telefonüberwachung und Postzollfahndung eingesetzt. Eingeschmuggelte Gegenstände ließen sie auf Fingerabdrücke untersuchen. Die federführende "Abteilung XXII" konzentrierte ihre Tätigkeit auf die "Zelle Cottbus". Die Identität zweier Zellenmitglieder aus Lübbenau (Günther und Karin Niehüser) hatte das MfS rasch ermittelt. Die "Abteilung XXII" kontaktierte die beiden Zellenmitglieder, konnte sie "umdrehen", als IM gewinnen und fortan gegen die KPD/ML einsetzen.

In Magdeburg hatte das MfS unter den vier Mitgliedern und sechs Sympathisanten einen IM ("Clemens" - Klarname: Hans Schmidt) Das MfS konstruierte in Berlin eine Zelle, die ein reines Stasiprodukt war. Sie diente dazu, weitere Instrukteure und Kuriere zu personifizieren sowie (Des-)Informationen an die Parteiführung zu lancieren. In Ostberlin verfügte das MfS über sechs, in Frankfurt und Leipzig über je vier, in Karl-Marx-Stadt über drei, in Dresden über zwei sowie in Cottbus und Halle über je einen IM als Mitglieder der KPD/ML. Gegen die KPD/ML in der BRD arbeiteten darüber hinaus drei IM der HV A II/6 (darunter zwei KPD/ML-Mitglieder und ein Abschöpfungskontakt), ein IM der HV A (Sektor Wissenschaft und Technik) sowie ein IM als Abschöpfungskontakt der Abteilung XXII/3 aktiv. (Vgl. Übersicht der Abteilung XXII vom 24.10.83 zu den im Rahmen der Aufklärung und Bearbeitung der "KPD" eingesetzten inoffiziellen Mitarbeiter; BStU, ZA, Neiber 91, Bl.249f) Im Westen selber hatte das MfS 22 Instrukteure, 33 Kuriere, 42 Deckadressen und 6 Decktelefone der KPD/ML identifiziert.

Nach erfolgreicher Aufklärung bediente sich die Stasi verschiedener Methoden, um die Sektion zu liquidieren. Dies schloss sogenannte Zersetzungsmaßnahmen mit ein. Durch gezielte Maßnahmen der beiden IM's-Niehüser wurde z.B. ein Mitglied der "Zelle Cottbus" ("Opa" Heinz) bei der Parteizentrale in Misskredit gebracht, was zu seinem zeitweiligen Parteiausschluss durch die "Sektionsleitung DDR" führte. Zellen, die nicht unter MfS-Kontrolle standen, zersetzte das MfS beispielsweise, indem es etwa für eine gesteigerte berufliche Belastung eines Aktivisten sorgte, um ihn so von übermäßigem Engagement für seine Organisation abzuhalten. Weiterhin schürte die Stasi selber das permanente Misstrauen innerhalb der Sektion, indem es führende Aktivisten von offensiven Maßnahmen (wie Verhaftung oder Einreisesperre) verschonte. Dies sollte die Betroffenen dem Verdacht der Spitzeltätigkeit aussetzen. Weitere Maßnahmen waren Einberufungen zum Wehrdienst bzw. Reservedienst. So wurde ein Zellenmitglied in Magdeburg nur deshalb einberufen, damit IM

"Clemens" ungestörter Zersetzungsarbeit leisten konnte. Mit Hilfe von IM's wurde Verunsicherung in ideologischen Fragen in die Zellen getragen. Beispielsweise führte IM Günther Niehüser scharfe Polemiken gegen die Partei der Arbeit Albaniens, verteidigte den Maoismus. Seine maoistischen Positionen wurden aber zurückgewiesen. In Erwartung, dass es zu Austritten kommen würde, zettelte Niehüser eine hemmungslose Hetzkampagne an. Das MfS griff in die Diskussion über die Politik Chinas und Mao Tse-tungs ein. So heißt es in einem Schreiben: *"Es wird vermerkt, daß die Diskussion um Mao Tse-tung weiterzuführen ist. Es bietet sich die Prognose an, daß der Prozess der 'Demaioisierung' in der ,KPD/ML' die Auseinandersetzung innerhalb der ultralinken Spaltergruppen in der BRD verschärfen wird, daß ,KPD' (Anm. des Autors: gemeint ist die inzwischen längst aufgelöste KPD/AO) und ,KBW' die ,KPD/ML heftig attackieren werden und - falls sich die Führungsgruppe von AUST durchsetzt - Teile von Mitgliedern der ,KPD/ML' in die anderen ultralinken Gruppierungen abwandern. Unsererseits sollte zum Zwecke der Zersetzung folgende Frage in die AUST-Gruppe hineingetragen werden: "Wie ist es möglich, daß AUST und andere ,führende Marxisten-Leninisten' neun Jahre lang den konterrevolutionären Charakter der Lehren Mao Tse-tungs nicht erkannt haben?"*

In einem weiteren Schreiben "Speziellen Fragen des Kampfes gegen die KPD/ML" wird folgende Taktik entwickelt: *"1. Es ist wahrscheinlich, daß sich AUST und Anhänger durchsetzen, auch wenn dies zu Abspaltungen führt, da ja bereits zwei entschieden promaoistische Gruppen in Gestalt von ,KPD' und ,KBW' existieren. Zur Schwächung der Gruppe AUST sind wir an einer Ausnutzung der Gegensätze interessiert. Sollten die Kräfte um AUST siegen, liegt eine Stärkung der promaoistischen Tendenzen in unserem Interesse; bei einem Sieg der promaoistischen Kräfte eine Stärkung der Anhänger AUSTs. Keinesfalls ist der 10 Jahre erfolgte promaoistische Einfluß schlagartig zu überwinden."*

Ins Visier des MfS kam nicht nur die KPD in Ost und West. Unter dem Titel "Bearbeitung der ,linksextremistischen' Organisationen in der BRD" heißt es: "In der BRD und Westberlin existieren linksextremistische und trotzkistische Organisationen, Gruppen und Kräfte, darunter  
"Kommunistische Partei Deutschlands" (KPD)  
"Kommunistischer Bund Westdeutschlands" (KBW)  
"Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands" (KABD) (MLPD)  
"Kommunistischer Bund" (KB)  
"Gruppe Internationaler Marxisten" (GIM)  
"Spartacusbund" (SB)

von ihnen gelenkte Untergrundorganisationen (...) verfolgen trotz aller Differenziertheit und Gegensätze antisowjetische und DDR-feindliche Ziele."

Durch entsprechende Befehle des Ministers wurden diese Organisationen ebenfalls "bearbeitet": IM's wurden eingeschleust, auf ihre Aktivitäten und Politik Einfluss genommen. Ein Ziel war, dass von diesen Organisationen keine Aktivitäten gegen die DDR ausgehen sollten. Zersetzungsmaßnahmen und Kontrolle dieser Organisationen waren Ziel des MfS.

In den 70er Jahren arbeiteten allein in Berlin 4 illegale kommunistische Betriebszellen in der DDR-Reichsbahn. Die KPD/ML und der KBW hatten je eine Zelle und die KPD ("Aufbau-Organisation") zwei. Flugblattaktionen wurden z.B. regelmäßig von der KPD(AO) in der DDR durchgeführt. 1975 kam es zu einer spektakulären Aktion im Treptower Park: Genossen dieser Organisation verteilten Flugblätter und prangerten in öffentlichen Reden die Politik Breschnews an. Etwa 18 Aktivisten wurden verhaftet und nach einigen Wochen in den Westen abgeschoben. Über die Aktivitäten von KBW und KPD (AO) gibt es leider bisher keine weiteren Untersuchungen.

Auffallend war, dass einzig der promaoistische "Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" nicht in den MfS-Akten erwähnt wurde.

Um weitere Quellen innerhalb der Sektion zu gewinnen, war der Stasi alles recht. So nutzte sie die Ehekrise eines Parteiaktivisten aus, um diskreditierende Informationen über ihn zu gewinnen und ihn damit unter Druck zu setzen. (Vgl. Ergänzung zum Vorschlag zur Werbung des KPD/ML-Funktionärs "Kagel" unter Ausnutzung kompromittierenden Materials vom 20.5.1980; BStU, ZA, AOP 643/85 Bd.1, Bl.172f.) Einem anderen Kommunisten (Heinz Reichel) sollte durch eine vom MfS gesteuerte Liebesaffäre sowohl die Ehe zerstört werden als auch er selber in kriminelle Machenschaften verstrickt werden. Die MfS-Agentin scheiterte jedoch. Es wurde auch versucht, die Ehefrau des Genossen als IM zu gewinnen.

Erpressungen und Druck wurden auf Familienmitglieder ausgeübt. Studienplätze wurden verwehrt. Die Rente "Opfer des Faschismus" wurde für Erpressung genutzt. Kommunisten wurden observiert. Über Jahre wurde rund um die Uhr abgehört. In den Akten der Stasi waren Duplikate von Wohnungsschlüssel abgelegt. Mielke selbst gab Anweisungen, "Kenntnisse zu erarbeiten, die wirkungsvoll für offensive Zersetzungs- und Kompromittierungsmaßnahmen genutzt werden können." (Schreiben Neibers vom 3.12. 1982) Die gesamte Partei sollte zerstört werden. Ein Stab von ausgewählten "Theoretikern" analysierte unabläss-

sig alle Publikationen der KPD, der sie habhaft werden konnten. Sie studierten diese, suchten Ansatzmöglichkeiten, um diese zu bearbeiten. Sie entwickelten Argumente für ihre Leute, für ihre Vertrauten. Aber auch, um innerhalb der "Linken Szene" Westdeutschlands Widersprüche zu schüren. Eine Diplomarbeit von Oltn. Jürgen Miller, Abteilung XXII, AKG. (1982) setzte sich mit "Ideologische[n] Probleme[n] der pseudorevolutionären, linksextremistischen ‚Kommunistischen Partei Deutschlands‘ und deren Rolle im ideologischen Klassenkampf des Imperialismus unter besonderer Beachtung der Gewaltkomponente" auseinander. Darin heißt es u.a.:

*"... Es muss davon ausgegangen werden, dass Mitglieder der KPD in subjektiv ehrlicher Überzeugung gegen den Imperialismus kämpfen wollen. Das bietet Ansatzpunkte... So werden trotz aller ideologischer Gleichschaltung zwischen der in der BRD und in Westberlin wirkenden KPD und bestimmten von ihnen beeinflussten Personen in der DDR auf Grund der völlig verschiedenen Lebenssituationen zweifelsohne Widersprüche bei der Beurteilung der konkreten Lage in der DDR und daraus abzuleitende Maßnahmen entstehen. Diese Widersprüche können möglicherweise verstärkt werden und Divergierungstendenzen hervorrufen... (S.29)... können u.U. Tendenzen innerhalb der KPD gestärkt werden, die eine Konfrontation mit den imperialistischen Machtorganen zur Folge haben könnte..."*

*Anhaltspunkte dafür bietet z.B. die Auffassung der KPD, wonach gegen die bewaffneten Kräfte der Konterrevolution, also einschließlich der bewaffneten Kräfte der BRD, mit Waffengewalt vorgegangen werden müsse. Ferner ist möglicherweise das Bestreben der KPD, möglichst viele Bündnispartner um sich zu scharen, ausnutzbar. Eine Blockbildung mit durch die Staatsorgane der BRD bekämpften militanten Kräften könnte weitere Konfrontationen hervorrufen. Ansatzpunkte für die Gewinnung und den Einsatz von IM sind in mehrerer Hinsicht denkbar..."*

*Wie stellt sich die KPD die Lösung der militärischen Fragen in der proletarischen Revolution konkret vor?*

*...'Sie (die Volksarmee, J.M.) wird ... sich eng mit den Volksmassen verbinden.' Auch hier handelt es sich um nicht mehr als eine wohlklingende Platttheit... Diese Aussagen ordnen sich ein in das angesprochene niedrige theoretische Niveau des KPD-Programms und sich daraus möglicherweise ergebenden operativen Anhaltspunkten.*

*,Gleichzeitig wird das werktätige Volk bewaffnet sein und ... die Volksmiliz organisieren.'*

*Im Mittelpunkt der militärpolitischen Überlegungen der KPD steht also ein Milizsystem. ...*

*Dieses programmatische Postulat der KPD-Ideologen orientiert sich an schematisch übernommenen Forderungen der Vergangenheit, nicht an den realen Bedingungen der aktuellen Bewegung.*

*Bei militärisch geschulten Personen muss eine derartige Forderung im KPD-Programm Unverständnis und Unglaube auslösen. Sie steht in so offensichtlichem Gegensatz zu den tatsächlichen gesellschaftlichen Bedingungen, dass eine Widerlegung dieser Forderung im Einzelnen unschwer und überzeugend vorgebracht werden kann. Mit der Widerlegung dieser These können bei Personen, die Zusammenschlüsse der KPD zugehörig sind, möglicherweise Zweifel auch an weiteren Postulaten und grundlegenden theoretischen Aussagen der KPD hervorgerufen werden...*

*Das Herausbrechen einzelner Mitglieder aus den feindlichen Gruppierungen wie auch das Hineintragen von Zweifeln und das Verstärken von Meinungsverschiedenheiten innerhalb derartiger Zusammenschlüsse sind denkbar."*

### **Chefsache des MfS: Zerschlagung der Sektion**

Während eines Verhöres des Leiter der Magdeburger KPD-Zelle durch den MfS wurde betont, dass *"Genosse Erich Honecker persönlich ein Interesse an der Liquidierung der falschen KPD habe."* (Aufzeichnungen)

Der Sicherheitsapparat der SED - die Staatssicherheit MfS - erhielt die Aufgabe, die KPD/ML unter allen Umständen zu zerschlagen. **Erich Mielke erklärte die Angelegenheit zur Chefsache** (Schreiben Mielkes vom 3.3.76, BStU, ZA, DST 102142) und forderte wiederholt, die Aufklärung der "Sektion DDR" "maximal zu verstärken". (Schreiben Gerhard Neibers an Harry Dahl vom 3.12.1982; BStU; ZA, Neiber 90, Bl. 6-8). **Die Bearbeitung sollte nicht bloß auf die Sektion DDR abzielen, sondern auch die Zerschlagung der KPD im Westen beinhalten.** Die Abteilung XXII (Terrorabwehr) ging davon aus, "diese feindlichen Kräfte an ihrer Ausgangsbasis (BRD/WB) durch geeignete Maßnahmen zu zersetzen, gegeneinander auszuspielen und in verschärfte Auseinandersetzungen mit rechtsextremistischen Kreisen sowie dem Machtapparat in der BRD und in Westberlin zu verwickeln". (Vgl. den Jahresplan 1976 der Abteilung XXII. vom 30.1.76; VStU, ZA, HA XXII 57778, Bl. 1471-1513, hier 1484)

In einem Brief vom 3.12. 1982 an den Stellvertreter des Ministers persönlich heißt es:

*"Beiliegend eine Kopie der Information über die ‚KPD‘ an den Genossen Minister zur Auswertung und Aufnahme in den Vorgang (...)*

1. Die entscheidende Forderung des Genossen Minister ist es, die Aufklärung der ‚KPD‘ maximal zu verstärken. Es ist eine gründliche Auskunft zu erarbeiten, die deutlich macht, welche Kenntnisse uns noch fehlen, und es sind gezielte Maßnahmen einzuleiten, unseren Informationsbedarf umfassend zu decken.

Vor allem muss das Mitgliederpotential genau bekannt sein. Wir müssen wissen, auf wen sich die ‚KPD‘ stützen kann, wer hinter ihr steht, sie steuert, woher ihre finanziellen Mittel zur Aufrechterhaltung ihres Apparates kommen. Es sind Kenntnisse zu erarbeiten, die wirkungsvoll für offensive Zersetzungs- und Kompromittierungsmaßnahmen genutzt werden können.

Es ist weiter aufzuklären, welche politischen Ziele die ‚KPD‘ verfolgt, wie sie sich gemeinsame Aktionen mit der Basis der DKP vorstellt, welche Haltung zu den ‚Grünen‘ konkret eingenommen wird.

Es sind alle Ansatzpunkte zu erarbeiten, die genutzt werden können, um die ‚KPD‘ politisch zu zersetzen, die Perspektivlosigkeit ihrer politischen Ziele zu unterstreichen, die Mitglieder so zu beeinflussen, dass sie sich von der ‚KPD‘ abwenden und vor allem ein Zustrom weiterer Mitglieder gestoppt wird. Es muss geprüft werden, welche Kräfte dazu nutzbar sind.

Auf der Grundlage aller Aufklärungsergebnisse ist ein Plan zur Enthüllung der Machenschaften der ‚KPD‘ und ihrer Zersetzung zu erarbeiten. Die ‚KPD‘ muss in der BRD selbst zerschlagen werden.

2. Es müssen gründliche Überlegungen angestellt und die richtigen Argumente erarbeitet werden, die geeignete IM nutzen können, um die Bildung einer eigenen ‚KPD‘ in der DDR zu verhindern. Die Argumente müssen für alle nutzbaren IM so individuell sein, dass der Gegner nicht im geringsten eine Steuerung des MfS vermutet. IM, die genutzt werden, müssen höchste Zuverlässigkeit bewiesen haben.

3. Die ‚KPD‘ darf nicht durch von uns geduldete Aktivitäten und die ihr durch uns in der DDR organisierte ‚Zellen‘ und gebotenen Scheinwirkungsmöglichkeiten in der Auffassung bestärkt werden, eine Basis in der DDR zu besitzen. Es ist zu prüfen, welche ‚Zellen‘ wir mit hoher offensiv zersetzender Wirkung auf Kurier- und Funktionäre der ‚KPD‘ in Konfrontation zur Führung gehen lassen und sogar ‚opfern‘. Das MfS darf dem Treiben der ‚KPD‘ keine Hilfeleistung geben. Wir müssen alles tun, sie auf eine Auflösung hinzuführen.

4. Weiter sind lückenlos alle Verbindungen und Verbindungswege der ‚KPD‘ in die DDR und andere sozialistische Staaten aufzuklären und unter Kontrolle zu halten. Wo keine absolute Überwachung möglich ist, sind Reisesperrmaßnahmen durchzusetzen. Ständig ist nach Personen zu suchen, deren mögliche Verbindungen in die DDR unterbrochen oder vorbeugend verhindert werden

müssen, um erneute vor allem öffentlichkeitswirksame Provokationen auszuschalten.

Bei aller Konsequenz unserer Maßnahmen müssen jedoch Konfrontationen, die zu spektakulären Aktionen der ‚KPD‘ oder zu anderen Auswirkungen mit hoher Öffentlichkeitswirksamkeit führen würden, vermieden werden.

Alle unsere Maßnahmen der Arbeit im und nach dem Operationsgebiet gegen die ‚KPD‘ müssen dem Plan, die ‚KPD‘ dort zu zerschlagen, wo sie noch eine Basis besitzt - in der BRD - dienen.

Ich bitte Sie, in diesem Sinne auch den beiliegenden Bericht der BV Berlin über die Aussprache mit der XXXX auszuwerten. M. E. sollte überlegt werden, wie wir die in der DDR inhaftierten ‚KPD‘-Mitglieder gegenüber ihren Verbindungen und vor allem der ‚KPD‘ so kompromittieren, daß wir sie aus der Haft entlassen und in die BRD abschieben können, um die Zersetzung der ‚KPD‘ zu fördern und den zu übersiedelnden selbst jegliche Möglichkeit zu nehmen, bei Gleichgesinnten Anschluß zu finden." (BStU 000172)

Die Zersetzungsmaßnahmen waren vielfältig. Eine entscheidende Rolle spielte dabei die Arbeit der Informellen Mitarbeitern (IM). Zu den etwa 100 Partei-Mitgliedern/Kandidaten kamen noch über 20 MfS-Spitzel, die eingeschleust wurden, hinzu. Auch wenn die Partei unter strengsten Sicherheitsmaßnahmen aufgebaut wurde, gelang es dennoch der Stasi, in die Organisation einzudringen. Dass das MfS die Abteilung "Terrorismus" (XXII) als zuständig für die Zerschlagung der Sektion einsetzte, zeigt den Stellenwert, den die Revisionisten der KPD beimessen.

### **Das Ministerium für Staatssicherheit schlägt zu**

In den ersten Jahren hatte die KPD-Sektion den Charakter einer Agitations- und Propagandapartei. 1979 stellte sie neue Aufgaben für die weitere Parteiarbeit. Im Sektionsaufbau Nr. 2/79 heißt es dazu:

*"Wir müssen uns enger mit den Werktätigen verbinden, die Beschränkung auf illegale A/P-Arbeit überwinden und unsere Partei auch bei uns in der DDR als Kampfpartei der Arbeiterklasse und der Werktätigen aufbauen. Es kommt darauf an, daß wir in der Betriebsarbeit, in der legalen Arbeit in revis. Massenorganisationen und in der Öffentlichkeit überhaupt spürbar vorankommen. Daß wir in die Tageskämpfe nicht mehr nur von außen, sondern an der Seite und an der Spitze unserer Kollegen eingreifen. Das ist unser Kampfziel für die nächste Zeit. Wichtig ist, daß wir an dieses Ziel richtig herangehen. Wir müssen einen Schritt vorwärts gehen. Wir müssen neue, höhere Formen der Arbeit (Betriebsarbeit, legale Arbeit) ausprobieren und anwenden. Es ist eine*

*unumstößliche Tatsache, ein Axiom des Marxismus-Leninismus, daß wir Vertrauen in die Partei, in unsere eigenen Kräfte setzen müssen, daß wir dann aber alle Schwierigkeiten Stück für Stück überwinden werden. Sich für die Kollegen einsetzen, gegen korrupte Vertrauensleute auftreten, für eine gerechte Verteilung von Prämien auftreten ist genauso revolutionär wie Parolen malen oder Flugblätter verteilen. Diese legale Arbeit können auch Büroangestellte in Angriff nehmen, denn dort gibt es auch Widersprüche (z. B. Sekretärin - Chef)."*

Durch diese neuen Arbeitsschwerpunkte würde die Partei tiefer in die Massen verankert werden, sie würden einen qualitativen Schritt nach vorn bedeuten.

Zum Zeitpunkt dieser erweiterten politischen Arbeit der Sektion kam es in Polen zu massiven Revolten gegen die Revisionistenclique. Die krisenhafte Entwicklung war auch in der DDR zu spüren. Die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln verschlechterte sich zusehends.

Anfang der 80er Jahre schlug die Stasi zu: Eine landesweite Verhaftungswelle setzte ein. Viele Kommunistinnen und Kommunisten wurden verhaftet und später verurteilt - einige erhielten bis zu 8 Jahren Haft. Grund: staatsfeindliche Hetze. In den Zuchthäusern sollte ihnen das Rückgrat gebrochen werden. Die Urteile wurden in Geheimprozessen verkündet. Gegen 4 Inhaftierte in Bautzen wurde eigens eine "Personenkontrolle" mit dem Decknamen "Igel" eingeleitet, weil die für die Sicherheit der Justizvollzugsanstalten zuständige Hauptabteilung VII des MfS befürchtete, dass die Gefangenen durch ihre "feindliche Haltung" Mitgefangene beeinflussen könnten. Um dies zu verhindern, kamen 4 IM's des MfS sowie 2 IM's der Kripo (Arbeitsgebiet 1) zum Einsatz. Zu den "subversiven Absichten" eines Gefangenen gehörte es, ungestört die Klassiker des Marxismus-Leninismus zu studieren. Das Ministerium für Staatssicherheit untersagte das, geriet allerdings bei der Begründung dieses Verbotes in große Argumentationsschwierigkeiten. (Vgl. BstU, ZA, AOPK 427/85) Damit ließ es das MfS allerdings nicht bewenden, sondern es führte im Stafvollzug auch "Zersetzungsmaßnahmen" durch.

*"Durch zielgerichtete politisch-operative Maßnahmen wurde bei den Mithäftlingen des Leiters der ehemaligen Sektion DDR der Eindruck vertieft, dass er als ‚Stasi-Spitzel‘ für das MfS tätig ist. Infolgedessen wird ihm zunehmend Misstrauen begegnet und er von anderen Häftlingen gemieden."* (Zwischeneinschätzung der Abteilung XXII/3 zum OV "Sektion" vom 3.1.86; BstU, ZA, AOP 2796/89 Bd.1, Bl. 186-189; Information der Arbeitsgruppe XXII der BV Berlin vom 12.4.85 zur linksextremistischen "KPD"; BstU, ZA, Neiber 91, Bl. 73-75; Sachbestandsbericht der Abteilung VII der BV Brandenburg zur OPK "Igel" vom 4.7.85: BstU, Ast Berlin, AOPK 2172/83, Bl. 42-45)

Und auch für die Zeit nach der Haftentlassung wollte das MfS gleich Vorsorge treffen: *"M(eines) E(rachtens),"* so Mielke-Stellvertreter Gerhard Neiber, *"sollte überlegt werden, wie wir die in der DDR inhaftierten ,KPD'-Mitglieder gegenüber ihren Verbindungen und vor allem der ,KPD' so kompromittieren, dass wir sie aus der Haft entlassen und in die BRD abschieben können, um die Zersetzung der ,KPD' zu fördern und den zu Übersiedelnden selbst jegliche Möglichkeit nehmen, bei Gleichgesinnten Anschluss zu finden."* (Schreiben Neibers vom 3.12.82; Information 75/308/83; Vorschlag (der HA IX) des MfS über die Anwendung weiterer Möglichkeiten zur Zersetzung der feindlichen Gruppierung "Sektion DDR" der KPD/ML" aus der Sicht des bearbeitenden Ermittlungsverfahrens vom 19.7.82; BStU, ZA, AU 2409/83 Bd. 7, Bl. 2678f. Im persönlichen Umfeld des Betroffenen wurden solche Maßnahmen nachweislich auch praktiziert. Vgl. Bericht der Arbeitsgruppe XXII vom 1.12.82; BStU, ZA, Neiber 90, Bl. 24-27.) Eine Haftentlassung und Übersiedlung wollte Neiber überhaupt erst dann zulassen, wenn entsprechende Möglichkeiten zur Kompromittierung gegeben waren. (Vgl. Schreiben Gerhard Neibers an Harry Dahl vom 14.4.82; BStU, ZA, Neiber 90, Bl. 225. Auch zwei Verwandte von inhaftierten KPD-Mitgliedern wurden in den Westen entlassen (und ihrer Wiedereinreise sogar zugestimmt), *"um den Verdacht zu erwecken, dass beide Personen langjährig für das MfS tätig sind und im Auftrage unseres Organs übersiedelt sind."* (Information 75/306/83.)

Zwei führende Aktivisten der Sektion DDR - der eine arbeitete als Diplommathematiker, der andere pikanterweise als Maschinenschlosser in der Druckerei des "Neuen Deutschland" (Anm. des Autors: damals Zentralorgan der SED) - wurden jeweils zur Höchststrafe von acht Jahren Freiheitsentzug verurteilt. An ihrer Verteidigung war u.a. Rechtsanwalt Wolfgang Vogel beteiligt. Der eine der beiden Hauptverantwortlichen saß seine Strafe in Brandenburg, der andere in Bautzen ab. Beide stellten noch in der Haft Anträge auf Übersiedlung in die BRD; erst nach fünfeinhalbjähriger Haftdauer wurden sie in den Westen abgeschoben.

Die Reihenfolge der Verhaftungen ergab sich aus der Absicht, zunächst beim vermeintlich "schwächsten Glied" anzusetzen. Auf der Grundlage ihrer Aussagen, so vermutete die Stasi, würde sich genügend belastendes Material zur Festnahme der maßgeblichen KPD-Aktivisten ergeben. Durch die Festnahmen konnte die Stasi die Aktivitäten der Sektion DDR weiter rekonstruieren. In der Wohnung eines Verhafteten wurde eine verschlüsselte Liste mit 150 Namen gefunden, von denen die Stasi binnen kurzem 36 entschlüsselt hatte: 24 davon erwiesen sich als "inoffizielle Positionen" des MfS. Anhänger und Sympathisanten der Sektion DDR, denen strafrechtlich relevante Vergehen nicht

nachgewiesen werden konnten, wurden durch vorübergehende "Zuführung" unter Druck gesetzt. ("Befragung zu einer Angelegenheit"). Würden sie sich dann gegenseitig belasten, hätte das MfS die gewünschten Beweise in der Hand gehabt. Wenn sie dagegen vorziehen sollten zu schweigen, vermochte die Stasi sie zwar nicht festzuhalten, konnte sie aber gerade wegen ihrer raschen Freilassung in den Augen ihrer Genossen wirkungsvoll diskreditieren. (Maßnahmeplan der Abteilung IX der BV Berlin zur Vorbereitung und Durchführung der am 29.9.81 geplanten strafprozessualen Prüfungsbedingungen vom 26.8.81; BStU, ZA, AU 2409/83 Bd.7, Bl.8-10.)

Auch die nächsten Verwandten der Inhaftierten wurden, oftmals unter Legende, zu Vernehmungen "geladen".

Im April 1981 unternahm eine Angehörige eines Inhaftierten einen Selbstmordversuch, denn in ihrem Verhör hatte der Staatssicherheitsdienst seine Aura von "Allwissenheit" und "Allmacht" deutlich demonstriert. (Vgl. BStU, ZA, AOP 643/85 Bd.1, Bl. 257-260)

Der Ehefrau eines Kommunisten wurde die Scheidung nahe gelegt und in Aussicht gestellt, das gemeinsame Kind zwangsweise zu adoptieren, da die Familie nicht die Gewähr biete, das Kind im "Sinne des DDR-Sozialismus" zu erziehen. Sie wurde darauf hingewiesen, dass das Kind (3 Jahre alt) in seiner Entwicklung ebenfalls beobachtet würde.

Zu den Mitteln der Verhöre gehörte neben Drohungen, wie: "nicht unter 10 Jahre Knast", "wir können Sie zwangsweise scheiden lassen" auch offen ausgesprochene Morddrohungen: "Sollten Sie noch einmal in der Nähe der albanischen Botschaft sein, bedenken Sie auch, wir sind überall präsent. Und wie rasch kommt es zu einem Verkehrsunfall!" (Vgl. Notizen: "Furcht und Elend der Stasi: Die Lehren aus den Stasiverhören") Sofern Aussagen von Festgenommenen auch inoffizielle Mitarbeiter namentlich belasteten, sorgte die Staatssicherheit für das möglichst unauffällige "Herauslösen" der IM aus der Sektion DDR. Grundsätzlich verhaftete die Stasi diejenigen Personen, denen sie strafrechtlich relevante Vergehen nachweisen konnte und die nicht zugleich IM's waren. Als flankierende Maßnahme zu den Verhaftungen leitete das MfS im Frühjahr 1981 in großem Maßstab Reisesperren- und Fahndungsmaßnahmen ein. Insgesamt wurden 357 Reisesperren gegen bundesdeutsche KPD-Genossen verhängt (betroffen waren 65 Funktionäre, 14 Instrukteure, 16 Kurier und 262 weitere Parteimitglieder - nach Angaben des MfS.)

Wie gut das Mielke-Ministerium unterrichtet war, zeigte sich etwa, als im MfS die Frage abgewogen wurde, ob die Präsenz eines IM auf dem V. Parteitag der KPD im Winter 1983 sinnvoll sei. Offensichtlich kamen sie zu dem Resultat, dass die Parteitagebeschlüsse ohnehin zu erfahren sind und es nachteilig sei, wenn die Anwesenheit eines Delegierten der Sektion es der KPD erlauben

würde, ihre Präsenz im Osten zu behaupten. Außerdem waren dem MfS mit Hilfe inoffizieller Mitarbeiter sogar die Redebeiträge einzelner Delegierter im Vorfeld der Veranstaltung bekannt geworden. (Vgl. Abschrift eines Antrages bzw. Stellungnahme eines Funktionärs der KPD zum bevorstehenden Parteitag, welche der IM einsehen konnte vom 26.6.1983; BStU, ZA, AOPK 8286/87, Bl.253-262.) Immer wieder gelang es dem MfS, die Politik der KPD zu beeinflussen: "Im Ergebnis der durch die Abteilung XXII, sowie die AG XXII der BV Berlin, in enger Koordinierung mit anderen Dienstseinheiten des MfS eingeleiteten Maßnahmen konnte neben der weiteren Zersetzung und Verunsicherung innerhalb der ‚KPD‘ die Abschaffung des sogenannten ‚Nationalen Ausschusses‘ auf dem ‚6. Parteitag der KPD‘ erreicht werden." (MfS-HA XXII Nr. 19374)

### **Die öffentlichen Proteste - Solidaritätsarbeit der KPD**

Nach der massiven Verhaftungswelle in der DDR wertete die KPD die Ursachen dafür aus. Neben ungenügender konspirativer Arbeit der Genossen der Sektion wurde auf die Zuarbeit der revisionistischen DKP verwiesen, die als verlängerter Arm des MfS wirkte. (Vgl. Bericht der AG XXII der BV Berlin vom 22.12.83 zum Treffen mit dem Inoffiziellen Mitarbeiter der Abwehr mit Feindberührung (IMB) "Trabant", BStU, ZA, Neiber 91,Bl. 183-191.)

Es kam bundesweit zu einer Vielzahl von Aktivitäten zur Freilassung der gefangenen Kommunisten in der DDR. Aktivisten der Partei besetzten das Bonner ADN-Büro (Oktober 1981), versuchten Autobahnübergänge an der Grenze zu blockieren oder ketteten sich an dem Gebäude der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn fest (Juli 1982). Vor dem Grenzposten an der Bornholmer Straße eröffneten fünf Genossen einen viertägigen Hungerstreik (Dezember 1981). Zweimal bemühten sich Genossen Unterschriftenlisten gegen die Festnahme an DDR-Organen zu überreichen (Oktober und Dezember 1981). Sechsmal (zwischen Dezember 1981 und Mai 1982) wurden von Westberlin aus mittels Ballons Flugblätter in der anderen Hälfte der Stadt verbreitet und so die Verhaftungen publik gemacht. (Vgl. Information 230/82 über erneute Hetzschriften-Ballonaktionen von Berlin (West) aus o.D.; BStU, ZA, Neiber 90, Bl. 155f.)

Auch in die "Höhle des Löwen" wagten sich bundesdeutsche Kommunisten vor. Vier von ihnen reisten für die DDR völlig überraschend von Westberlin aus in den Ostteil der Stadt und ketteten sich auf dem Alexanderplatz an (November 1981); ein anderer warf zur selben Zeit nicht weit davon entfernt Flugblätter über die Balustrade des "Centrum"-Warenhauses. (Vgl. Abschlußbericht der Abteilung XXII/8 zum OV "Sektion" vom 30.3.1989; BStU, ZA, AOP 2796/89, Bd. 1, Bl. 216-220.) Die Genossen, die sich auf dem Alex angekettet hatten, wurden festgenommen. Zwei Tage nach ihrer Verhaftung wurden sie zu sechs

Monaten Gefängnis verurteilt und aus der DDR ausgewiesen. Auf die Genossen der Sektion musste das MfS weniger Rücksicht nehmen, doch sollten die verbliebenen Aktivisten keine spektakulären Aktionen starten. (*"Bei aller Konsequenz unserer Maßnahmen müssen jedoch Konfrontationen, die zu spektakulären Aktionen der ‚KPD‘ oder anderen Auswirkungen mit hoher Öffentlichkeitswirkung führen dürfen, vermieden werden"* - so Neiber in Wiedergabe von Anweisungen Mielkes in einem Schreiben vom 3.12.82)

Schließlich sammelte ein westdeutscher Halbbruder eines Inhaftierten über 1000 Unterschriften (unter anderem die von Heinrich Böll, Heinrich Albertz, Ingeborg Drewitz, Hans Magnus Enzensberger, Prof. Dr. Ossip Flechtenheim, Max Frisch, Günter Grass, Dorothee Sölle, Martin Walser, Günter Zint u.a.) für die Freilassung der Gefangenen und reiste am Vormittag des 18. November 1982 unbehelligt in die DDR ein, konnte die Petition an die Eingabestelle des Ministeriums der DDR übergeben und kehrte ohne Probleme wieder in den Westen zurück. (Vgl. Bericht vom 1.12.82; siehe auch AOPK "Springer", BStU, ASt Frankfurt/Oder, AOPK Cottbus 1819/84.)

Das MfS versuchte diese Kampagne effektiv und zugleich möglichst unauffällig abzuwehren. So hieß es in einem Vorschlag zur Durchführung weiterer aktiver Verunsicherungsmaßnahmen (STRENG GEHEIM) der Abt. XXII vom 10.09.81:

*(...) Am 31.8.1981 wurden durch die Abteilung M des MfS 10 Briefsendungen im DDR-inneren Postverkehr (Hauptstadt der DDR) festgestellt und einbehalten, die einen sogenannten "offenen Brief" an den*

- *Verband bildender Künstler der DDR,*
- *Verband der Film- und Fernsehschaffenden der DDR,*
- *Verband der Journalisten der DDR,*
- *Verband der Komponisten und Musikwissenschaftler der DDR und*
- *Verband der Theaterschaffenden der DDR*

*enthielten und diese Verbände sowie die Schriftsteller und Personen des öffentlichen Lebens*

*Balden, Theo*

*Braun, Volker*

*Edel, Peter*

*Hermlin, Stefan*

*Prof. Kuczinski, J.*

*Müller, Heiner*

*dazu aufriefen, sich für die Freilassung der inhaftierten XXXX und XXXXX sowie für weitere inhaftierten Personen einzusetzen.*

*Je ein Brief an den Verband der Schriftsteller der DDR und an den Verband der Journalisten der DDR gelangte an die beabsichtigten Adressaten und wurde von dort an das MfS übergeben.*

*(...)*

### **Vorsorge gegen einen Wiederaufbau der Sektion DDR**

Neben der Furcht vor der Öffentlichkeit, die über Aktivitäten der KPD berichten könnte, war die Hauptsorge des MfS, die KPD könne die Sektion DDR reorganisieren. Deshalb sollten alle möglichen Aktivitäten bereits im Keim erstickt werden. Dazu bediente sich das MfS abermals seiner IM, die ihren westdeutschen Instruktoren nun nahe legen sollten, dass ein erneutes Engagement in der DDR sinn- bzw. zwecklos sei. Dabei galt es geschickt vorzugehen:

*"Es müssen gründliche Überlegungen angestellt und die richtigen Argumente erarbeitet werden, die geeignete IM nutzen können, um die Bildung einer eigenen ‚KPD‘ in der DDR zu verhindern. Die Argumente müssen für alle nutzbaren IM so individuell sein, dass der Gegner nicht im geringsten eine Steuerung des MfS vermutet." (So Neiber in Wiedergabe von Anweisungen Mielkes in einem Schreiben vom 3.12.82)*

Sofern die Partei von einem weiteren Engagement nicht abzubringen sei, müsse zumindest Sorge getragen werden, dass sich ihre Strukturen in der DDR besonders leicht aufklären ließen. Das bisherige Organisationsprinzip - ähnlich dem aus der Naziherrschaft (verschiedene Instruktoren leiten unterschiedliche DDR-Zellen an, die untereinander nur konspirativ in Kontakt stehen) - bot dazu nicht die besten Voraussetzungen. Dem MfS wäre es lieber gewesen, die KPD hätte ein gesondertes Gremium zwischen KPD/West und KPD/Ost geschaffen (mit Zuständigkeit für alle DDR-Zellen), in dem inoffizielle Mitarbeiter sich leicht einen Überblick hätten verschaffen können. (Entsprechendes versuchte der Staatssicherheitsdienst seinen IM in den DDR-Zellen nahe zu legen und ihnen auch gleich die richtigen Argumente gegenüber der Führung der KPD, in die Hand zu geben.: *"Die Einladung eines IM zur Teilnahme am 5. Parteitag der ‚KPD‘ (November-Dezember 1983) soll genutzt werden, um persönlichen Einfluss auf Funktionäre der KPD auszuüben, keine selbstständige Partei in der DDR zu bilden und zu propagieren. Eine selbstständige Partei in der DDR könnte als Auseinanderbrechen der ‚KPD‘ ausgelegt werden, die dem gesamtdeutschen Gedanken der Partei widerspreche und in der DDR als verfassungsfeindlicher Zusammenschluss ausgelegt werden kann. Der Gegenvorschlag sollte*

*sein, die weitere Anleitung der personellen Stützpunkte in der DDR von einem aus DDR-Bürgern zu bildendem Gremium vornehmen zu lassen und nur diese noch durch erfahrene Funktionäre der ‚KPD‘ anzuleiten.“ (Bericht vom 1.12.1982.)*

Weil die offensiven Maßnahmen (Verhaftungen und Einreisesperren) aber immer noch nicht ausgereicht hatten, um die Aktivitäten der KPD gänzlich zu ersticken, suggerierte das MfS der Parteispitze den Zerfall der Sektion. Ihre IM's erklärten auftragsgemäß: "Enttäuschung über den langsamen Parteaufbau", kurzfristig notwendig gewordene stationäre Krankenhausaufenthalte o. dgl., um sich aus der Partei zurückzuziehen. Mit Hilfe seiner IM's lähmte das MfS die Tätigkeit der Sektion DDR. Die "Ausgabe DDR" des ROTEN MORGEN wurde eingestellt. Der zeitliche Abstand von Besuchen der Instruktore wuchs so von zwei auf bis zu sechs Monate an.

### **Weitere hinterhältige Zersetzungsmaßnahmen**

Um die KPD im Westen zu diskreditieren, plante das MfS "enthüllende" Berichte zu veröffentlichen. Unter dem Titel: "Offensive Maßnahmen in das Operationsgebiet" heißt es u.a.:

*Arbeitsgruppe XXII  
15.2.1983*

*In Zusammenarbeit mit dem Leiter der Abteilung II ist eine Konzeption zu prüfen, ob ein geeigneter IM in das Blickfeld westlicher Journalisten gerückt werden kann, um zum geeigneten Zeitpunkt einen "enthüllenden Artikel" über die Praktiken der "KPD" zu veröffentlichen.*

*Diese Veröffentlichung muß inhaltlich so angelegt sein, daß sie umfassend die Praktiken der "KPD" entlarvt, ihren Einfluß in der sogenannten "Linksszene" der BRD/WB einen nachhaltigen Schlag versetzt und ihre Wirkungsmöglichkeit in der DDR erheblich einschränkt. Um dieses Ziel zu erreichen, muß ein IM ausgewählt werden, der aus der Sicht der KPD profiliert und in der DDR-Arbeit erfahren ist (IM "Wolter")*

*(...)*

*zu prüfen wäre ebenfalls, ob das Problem in einer Publikation der MLPD, der GIM oder einer anderen sogenannten "Linken Gruppe", die erhebliche Differenzen zur KPD hat, lanciert und veröffentlicht werden kann.*

*(MfS-HA XXII 486)*

## Radio Roter Stachel

Im Verlauf des Jahres 1982 gelang es Genossen der Partei, einen transportablen UKW-Sender, mit dem sie von Westberlin aus erstmalig Ende April und dann regelmäßig ab dem 2. Mai 1983 an jedem ersten Montag im Monat das Programm "Radio Roter Stachel" auf 101 MHz in die DDR sendeten. Die Sendungen begannen jeweils mit der Erkennungsmelodie von Radio Tirana oder "Vorwärts und nicht vergessen". Dann folgten ansprechend formulierte politische Meldungen und bewusst populär gehaltene Forderungen der Sektion DDR. Die Sendung vom 2.1.1984 beispielsweise hatte folgenden Text (Auszüge):

*"Radio Roter Stachel. Radio Roter Stachel. Radio Roter Stachel. Sie hören den Sender der illegalen kommunistischen Partei in der DDR. Wir senden an jedem ersten Montag im Monat um 21.30 über UKW 101 MHz. Friedensbewegung: Die SED-Führung hat nach dem Beginn der Nachrüstung in der BRD und nach dem Ende des Lutherjahres ihren Druck auf kirchliche und unabhängige Friedensgruppen verstärkt. In vielen Städten gingen die Behörden mit Hausdurchsuchungen, Festnahmen und Verhaftungen gegen Rüstungsgegner und Pazifisten vor. (...) Wo bleibt die Demokratie in unserer demokratischen Republik? Die DDR ist nicht nur ein Arbeiter- und Bauerngefängnis, weil sie durch Mauern und Minen, durch Stacheldraht und Selbstschussanlagen ihre arbeitsfähigen Bürger, außer der linientreuen Parteiprominenz, daran hindert, ihr Land zu verlassen, sondern sie ist es im wörtlichen Sinne, denn die Gefängnisse sind nicht etwa überfüllt mit Schiebern, Spekulanten etc. , sondern eben mit diesen einfachen Leuten, die nichts anderes taten als Kritik zu äußern. Ist das sozialistisch? Ist das demokratisch?"*

Der Sender wurde für jeweils kurze Zeit in einem Bunker im Humboldtthain (Wedding) installiert und betrieben. Sehr kurze Sendezeiten (zwischen fünf und zwölf Minuten) sowie eine Absicherung des Verstecks durch Posten sollten ein Aufspüren des illegalen Senders durch die Westberliner Polizei oder die Deutsche Bundespost verhindern. Mindestens zehn Personen waren mit diesem Unterfangen unmittelbar befasst. Mielkes Mitarbeitern bereitete die Einrichtung dieses Senders Kopfzerbrechen. Spätestens seit Jahresende 1982 war das MfS darüber unterrichtet, dass die KPD einen Untergrundsender angeschafft hatte. Das MfS leitete Maßnahmen ein, um den Standort zu bestimmen. Innerhalb weniger Tage kamen acht feste und sechs mobile Peilsender zum Einsatz. *"Durch mit Unterstützung des sowjetischen Bruderorgans vorbereiteten und durchgeführten offensiven Maßnahmen der Standortbestimmung mit einem präparierten Spezial-Kfz und Körperpeiltechnik im Operationsgebiet gelang es, den Standort des Feindsenders weiter einzugrenzen."* (Schreiben vom Leiter der HA XXII an Neiber vom 5.7.83)

Nachdem als ungefährender Standort des Senders der Humboldthain eingekreist war, schickte die Stasi unmittelbar vor der nächsten Sendung ihre IM mit Feindkontakt (IMB) in das Areal, um den genauen Standort zu eruieren. (Vgl. Vorschlag des Leiters der Abteilung vom 23.6.83 für die Durchführung von Offensivmaßnahmen zur Störung der Vorbereitung des so genannten 5. Parteitagess der "KPD", BStU, ZA, Neiber 91, Bl. 288-292; BStU, ZA, AIM 255/91 Bd.2.) Schließlich konnte das MfS einen verlassenen, auf einer Anhöhe gelegenen Bunker als genauen Standort lokalisieren und ließ zwischen den monatlichen Sendungen den Tatort auf Spuren hin untersuchen. Während der nächsten Sendung machte die Hauptabteilung III Videoaufnahmen aller Verdächtigen. Andere IM besuchten just zum Zeitpunkt der angekündigten Sendungen die für eine direkte Beteiligung am Sendebetrieb in Frage kommenden KPD-Aktivisten in Westberlin, um weitere Anhaltspunkte dafür zu gewinnen, wer zu den unmittelbaren Verantwortlichen zählte. Insgesamt wurden neun IM hierfür eingesetzt, ab Oktober 1983 kamen auch besonders ausgebildete Kräfte der für Beobachtungen und Ermittlungen zuständigen Hauptabteilung VIII/6 in Westberlin zum Einsatz. Diese sollten auch die Wohnungen desjenigen KPD-Funktionärs beobachten, in dessen Appartement die Stasi das Lager des Sendeapparates zwischen den Sendungen vermutete. (Vgl. Information 320/331/83 der Abteilung XXII vom 9.9.83 zum Stand der Bearbeitung des illegalen Senders der "KPD", BStU, ZA, Neiber 93, Bl. 185-187.)

Bei der Bearbeitung des Radio Roter Stachel kam dem MfS zugute, dass auch der Westberliner Funkkontroll- und Messdienst nach dem genauen Sendestandort suchte; Einsatzwagen der Westberliner Polizei hielten sich zum Eingreifen im Bereich Humboldthain bereit. Zum Zeitpunkt der nächsten angekündigten Sendung am 3. Oktober 1983 waren dann Kräfte beider Seiten, West und Ost, im Humboldthain auf den Beinen - indes vergeblich, weil die umfassenden Suchmaßnahmen aufgefallen waren. Als Standort wurde für die Oktobersendung der Viktoriapark im Bezirk Kreuzberg gewählt.

Vermutlich in den ersten Januartagen des Jahres 1984 entschloss sich das MfS, den Sendebetrieb nicht länger zu dulden. Hierzu schlug Neiber eine Reihe offensiver Maßnahmen vor. Neiber dachte daran, die IM der Abteilung mit dem Diebstahl oder der Zerstörung der Sendeanlagen zu beauftragen. Auch sollte das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen bei dem Westberliner Senat, der Bundespost oder auch den französischen Alliierten wegen Nichtabstimmung von Sendefrequenzen energisch protestieren. Würde auch dies keine Wirkung zeigen, *"ist die physische Vernichtung vorzubereiten"*. Der Leiter der Hauptabteilung III, Horst Männchen, spielte offenkundig mit dem Gedanken, die Sendeanlage mit einer Sprengstoffladung zu zerstören. Die verwendeten Bauteile sollten ausschließlich westlicher Machart sein, um keinen Tatverdacht auf die DDR fallen

zu lassen. Die Zündung sollte ferngesteuert oder automatisch bei Inbetriebnahme des Senders erfolgen. (Varianten- und Stufenplan des Leiters der HA III zum weiteren Vorgehen gegen den Sender "Roter Stachel" vom 23.1.1983; BStU, ZA, Neiber 93, Bl.67-69.) Die Betreiber des Senders hätten schweren körperlichen Schaden genommen bzw. wären womöglich gar getötet worden. Doch selbst davor schreckte die Staatssicherheit gegenüber der KPD nicht zurück. Dem MfS kam zugute, dass es ihr gelang, mit Hilfe der IM den Sendebetrieb einzustellen. Die IM hatten der Parteileitung im Westen auf Geheiß des MfS seit Monaten suggeriert, dass die Sendungen nur undeutlich zu empfangen seien, die Nachrichten inhaltlich veraltet wären usw. Zusammen mit den Fahndungsmaßnahmen der Bundespost gab dies den Ausschlag dafür, den Sendebetrieb schließlich einzustellen. Die Sendung vom Februar 1984 war die Letzte von Radio Roter Stachel. (Gegen eine etwaige Wiederaufnahme des Sendebetriebs leitete die Abteilung XXII/3 präventiv den Operativ-Vorgang "Sender" ein.) Nachdem der Sender abgeschaltet war, konnte der Staatssicherheitsdienst die aus seiner Sicht erfolgreiche "Abwehr" der "Feindtätigkeit" konstatieren, so die Einschätzung des MfS im Jahre 1986. Mielke, der die Angelegenheit zur Chefsache erklärt hatte, zeigte sich mit der Leistung seiner Mitarbeiter zufrieden. *"Bisherige operative Arbeit wurde gut geführt, Anerkennung aller Genossen"*, ließ er über seinen Stellvertreter Neiber die Mitarbeiter der Abteilung XXII in einer Dienstkonferenz wissen.

Auf Leitungsebene wurde entschieden, die Bearbeitung der Partei zukünftig der Hauptabteilung XX und der HV A schwerpunktmäßig zu übertragen, da die Abteilung XXII ("Terrorismus") nicht sinnvoll war. Mit der 1985 erstellten "Feindobjektliste" (GVS 4/85) wurde dann präzise festgelegt, welche Diensteinheit des MfS fortan für die Bearbeitung welches "Feindobjektes" zuständig sein sollte. (Geheime Verschluss-Sache 4/85 vom 15.2.1985: Bekämpfung feindlicher Stellen und Kräfte im Operationsgebiet, die subversiv gegen die DDR und andere sozialistische Staaten tätig sind (außer imperialistische Geheimdienste und kriminelle Menschenhändlerbanden); BStU, ZA, DST 103142.) Der HV A II oblag von nun an die Bearbeitung der KPD im Westen, während die Abteilung XXII/3 federführend die Reste der Sektion DDR kontrollieren sollte.

Im Westen geriet die KPD ab 1983 in eine existentielle Krise, die das MfS mit schürte. In wieweit westliche Geheimdienste die KPD bearbeiteten, muss hier vorerst außer Acht gelassen werden. Das Ausmass ihrer Tätigkeit müsste eigenständig untersucht werden. Ab 1985 kam es zu internen Auseinandersetzungen in der KPD, deren Verlauf und Frontenbildung das MfS genauestens verfolgte (und versuchte, diese zu steuern).

Ab 1. September 1986 wurde die zuständige Dienst Einheit für die Bekämpfung der Sektion DDR aufgelöst; die verbliebenen Aufgaben führte die Abteilung XXII/8 ("internationaler Terrorismus") fort, allerdings ohne besonderen Aufwand. Im Februar 1989 beendete die Abteilung XXII/8 die "Bearbeitung" der Reste der Sektion DDR dann endgültig. (Beschluss der Abteilung XXII/8 zur Archivierung des OV "Sektion" vom 22.2.1989; BStU, ZA, AOP 2796/89 Bd.1.)

### **3. Erinnerungen eines Illegalen Kommunisten in der DDR**

#### **Schulzeit**

Großgeworden bin ich in Magdeburg, der Stadt des Schwermaschinenbaus, in einem Arbeiterhaushalt. 1959 Einschulung, später dann aktiv im Pionierverband. Über Sport und Spiel erlebte ich das kollektive Leben, die Geborgenheit in einer Pioniergruppe. Wir unterstützten uns gegenseitig, ob beim Lernen oder Spielen. Von unserer Pionierleiterin erfuhren wir etwas über die Geschichte der Menschheit, über das Ringen der Menschen um gesellschaftliche Veränderung. Mit großem Interesse lasen wir gemeinsam unsere Zeitung "Fröhlich sein und singen". Wir sprachen oft über das Gelesene. Die "Frösi" war eine sehr beliebte Kinderzeitung. Aus dem Leben des Pionierverbandes wurde berichtet, über politische Ereignisse im In- und Ausland gab es gut gemachte Berichte. Märchen und Sagen waren in der "Frösi" zu finden. Aber auch aus den Bereichen Physik und Chemie wurde für uns geschrieben, in einer Sprache, die wir verstanden. Viele Bilder, Karikaturen umrahmten alles. Beliebt war für uns der Besuch des Pionierhauses. Viele Möglichkeiten standen uns offen. Sei es die Mitarbeit in naturwissenschaftlichen Zirkeln, in den Arbeitsgruppen Basteln, Schach, Fotografie, Sport usw. Jeden Mittwoch hatten wir Pioniernachmittag. Unsere Pionierleiterin gab sich viel Mühe. Gemeinsam sammelten wir Altstoff und Papier. Vom Erlös gaben wir einen Teil für die Solidarität ab. Wir erfuhren, wohin das Geld ging und warum es notwendig war, Solidarität zu üben. Für die Kinder in Algerien oder Kuba wurde gesammelt. Aber auch für uns wurde das Geld verwendet. Sei es auf Kinderfesten oder Wanderungen, unser erspartes Geld konnten wir dort ausgeben. Gern gingen wir ins Puppentheater. Am liebsten jedoch ins Kino. Für uns Jungen Pioniere bedeutete ein Film sehr viel. Jedes Mal vor Beginn des Filmes stieg die Spannung und bei jedem Gong erschalle ein lautes "Aahha". Während der Filmvorführung war es nicht selten, dass wir regelrecht mit den Filmhelden mitstritten. Als Vorbilder sahen wir Kotschebej an, sowjetische Soldaten, die für die Revolution kämpften usw. Die Filme aus der DDR, der Sowjetunion und den anderen Volksdemokratien waren hervorragende Werke des sozialistischen Realismus. Zumindest trifft das für die Filme

der 40er und 50er Jahre zu. Die besten Schauspieler, Regisseure und Drehbuchautoren lieferten Filme für die Kinder und Jugendlichen, die in ihnen eine fortschrittliche und sozialistische Einstellung mitprägten. Seien es die Märchenfilme, Filme aus der Geschichte der Menschheit, der Gegenwart und Zukunft, die Handlungen waren geprägt vom Kampf der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker. "Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen" (Manifest) - unter diesem Blickwinkel wurden die Filme gestaltet. Es gab zwar qualitative Unterschiede der Filme. Ausbeuter, Unterdrücker, Faschisten, Dummköpfe und Feiglinge, Verräter, Agenten, Speichellecker, Kriecher, Duckmäuser, herzlose, brutale und egoistische Menschen - diese Menschen waren in der einen oder anderen Form in den Filmen als die Vertreter des gesellschaftlichen Rückschrittes präsent. Helden waren diejenigen, die sich für das Volk einsetzten. Sie standen für das einfache Volk, kämpften gegen alles Reaktionäre, wenn möglich, kämpften sie gemeinsam mit den Massen.

Gegenwartsfilme, seien es Trick- oder Spielfilme, beschäftigten sich mit Fragen des Alltages der Kinder. Ihre Aussagen waren immer positiver Natur. Gemeinsam lernen, sich gegenseitig helfen, um Probleme zu lösen. Egoismus, Arroganz, Faulheit waren verpönt. Die Achtung vor dem Leben durchzog die Handlung. Das Kollektiv spielte eine wichtige Rolle in den Filmen: gemeinsam können wir es schaffen. Film, Theater, Literatur und Kunst können allein das Bewusstsein der Menschen nicht grundlegende ändern, sie spielen in der Bewusstseinsprägung aber eine wichtige Rolle.

Erste Anstöße für Interesse an Geschichte kamen bei mir vom Theater und insbesondere vom Kino. In der 2. Klasse meldete ich mich in einer Bücherei an. Lesen war von da an eine wichtige Beschäftigung. Pionierverband, Sport und Lesen - sie prägten die ersten Schuljahre. Mein Klassenlehrer weckte in mir Interesse an aktuelle politische Geschehen. In dieser Zeit bemerkte ich erstmals eine Kluft zwischen meinem Engagement im Pionierverband, meinen Überzeugungen, etwas Gutes zu leisten und den Ansichten der Erwachsenen. Mit Begeisterung berichtete ich immer wieder über unsere Arbeit im Verband und erwartete zumindest ein Lob. Davon war selten etwas zu hören. Im Gegenteil: "Der Junge wird bald selber dahinter kommen", hörte ich immer wieder. Meinen Freunden widerfuhr gleiches und wir grübelten oft darüber nach, warum das so ist. Die Jahre vergingen.

Mit 14 Jahren las ich erstmals das Manifest von Karl Marx. Ein beeindruckendes Büchlein. Fragen wurden gestellt, die ich nicht beantworten konnte. Die Widersprüche in dieser Gesellschaft waren ein treibender Faktor, mich weiter mit den Klassikern des Marxismus auseinanderzusetzen. Dieses Lesen geschah "frei" von den üblichen Erklärungen. Kein Schullehrer, kein FDJ-Leiter o.ä., der

eine SED-Interpretation gab. Selbstständig studierte ich eine Reihe der Klassiker (auch wenn es langwierig war). Das war übrigens eine wichtige Grundlage meiner oppositionellen Haltung. (Und auch für viele andere GenossInnen in der DDR)

Nikolai Ostrowskis Buch "Wie der Stahl gehärtet wurde" hinterließ einen tiefen Eindruck bei mir. Für mich war Pawel Kortschagin, der Hauptakteur des Romans, ein Vorbild:

**"Das Wertvollste, das der Mensch besitzt, ist das Leben. Es wird ihm nur ein einziges Mal gegeben, und benutzen soll er es so, dass ihn zwecklos verlebte Jahre nicht bedrücken, dass ihn die Schande einer niederträchtigen und kleinlichen Vergangenheit nicht brennt und dass er, sterbend, sagen kann: Mein ganzes Leben, meine ganze Kraft habe ich dem Herrlichsten in der Welt, dem Kampf für die Befreiung der Menschheit, gewidmet."**

Diese Worte hatten sich mir tief eingeprägt. Sie waren für mich immer wieder Ansporn und gaben mir die Kraft, aktiv politisch zu wirken.

Die Ereignisse in China (Kulturrevolution) und Albanien waren weitere wichtige Impulse. Die 68-Revolution in Westdeutschland ging auch an der DDR nicht spurlos vorbei. In vielen Ländern rebellierte die Jugend. Doch warum? Sie rebellierten gegen die bestehende Ordnung, doch als Alternative empfanden sie die DDR oder die Sowjetunion nicht. Mao-, Che-, oder Leninbilder waren auf Demonstrationen zu sehen, aber niemals Ulbricht oder Breschnew. Etwa 1967 hörte ich erstmals die Sendungen von Radio Peking in deutscher Sprache. Die Informationen waren so interessant und neu für mich, dass ich anfang regelmäßig den Sender zu hören. Der Empfang war oftmals schlecht und hinzu kam, dass ich auch vieles, was in China vor sich ging, nicht verstand. Dennoch erhielt ich viele Denkanstöße, warum in der DDR so vieles schief lief. Wort und Tat - eine eklatante Kluft. Selbst mein Klassenlehrer wies immer wieder auf die Widersprüche bei uns hin, konnte aber keine befriedigende Antwort geben. Er hoffe, dass sich diese Probleme einmal von selbst lösen würden.

1968 wurde die CSSR von den Truppen des Warschauer Vertrages besetzt. Für viele meiner Freunde war die Invasion ein Schock. Staaten, die von sich behaupteten, sie seien sozialistisch, besetzen einen anderen Staat, angeblich um ihn zu retten. Und das noch gegen den Willen der Bevölkerung. Zu offensichtlich war es, dass dieser Sozialismus faul war. Wenn ein Land einem anderen Land angeblich die Freiheit bringen will, dann ist es selber nicht frei. Diese Meinung vertraten einst Marx und Engels. Und unter dieser Losung kämpften auch in der CSSR viele Werktätige gegen die Besatzer. Erfahren hatte ich dies über Radio Tirana, einem Sender, der fortan eine meiner wichtigsten Informationsquellen wurde.

Im August 1968 war ich gerade im Ferien- und Pionierlager Beichlingen (Thüringen). Die politische Situation spitze sich immer mehr zu. Der Druck Moskaus auf Prag wurde immer stärker. Über mein Transistorradio hörten wir abends Nachrichten. Auch Radio Tirana wurde eingeschaltet. Am Abend des 20. August sahen wir Unmengen von Kampfflugzeugen in Richtung Süden fliegen. Wir ahnten Schlimmes. Früh morgens wurden wir dann zum Fahnenappell geweckt. Eine Erklärung wurde verlesen, aus der hervorging, dass die Armeen des Warschauer Vertrages um Hilfe gerufen wurden. Mittels vieler Worte wurde uns erklärt, dass die CSSR besetzt wurde. Im Verlaufe des Tages kam es dann zu einer Reihe von Vorträgen/Gesprächen durch die Lagerleitung und von Staatskundeflehrern, die zur Beruhigung dienen sollten. Denn Unruhe herrschte vor. In vielen Gesichtern waren Angst und Tränen zu sehen. Einige versuchten, aus dem Lager nach Hause zu fahren.

Es war aber auch das erste Mal, dass ich offen politisch auftrat. In vielen Diskussionen ergriff ich das Wort und verurteilte diesen Überfall. Gewiss waren die Argumente nicht immer korrekt, die Grundaussage bestand aber darin, dass es keine Befreiung von außen geben kann. Die Antworten waren unbefriedigend. Viele der jungen Zuhörer waren zumindest emotional auf meiner Seite. Ich glaube, dass auch sie zum ersten Mal die Haltlosigkeit der herrschenden Propaganda erkannt hatten.

Sie nahmen erstmals bewußt eine Politik wahr, die sehr widersprüchlich war, die keine überzeugenden Argumente mehr hatte. Ob diese ersten offenen Polemiken bereits Folgen für mich hatten, kann ich auch heute nicht beurteilen. Ich vermute es aber

Von nun an war ich immer wieder aktiv in Diskussionen, polemisierte über die Ereignisse, stellte die Themen China und Albanien in den Vordergrund. Im Nachhinein betrachtet waren die Argumentationen teilweise naiv und emotional geprägt. Die Maotsetungideen, wie ich sie damals verstand, sollten die Antwort auf die restaurativen Prozesse in den RGW-Staaten geben. Das regelmäßige Hören von Radio Peking war mit der Zeit zu wenig. Von einem Freund erhielt ich 1969 die Adresse der Botschaft der VR China in der DDR. In einem Brief an die Botschaft stellte ich kurz meine Ansichten dar und bat um das kleine Rote Büchlein. Nach 2 Wochen erhielt ich dann per Post die "Worte des Vorsitzenden Mao", nebst einem kleinen Plastekopf des "großen Steuermanns". Im Antwortschreiben bedankte sich ein "Genosse Li" für mein Interesse und wünschte alles Gute. Späterhin erhielt ich dann unregelmäßig die "Peking Rundschau". Mit vollem Elan studierte ich diese dann. Vieles darin konnte ich für meinen Erkenntnisprozess gebrauchen. Anderes verwirrte mehr, als ich mir selber eingestehen mochte. Mittels Weitergabe an Freunde und Bekannte erhoffte ich eine gründlichere Auseinandersetzung. Argumente und Fakten erhielt ich

aber auch über Radio Tirana. Tonbandaufzeichnungen von Radiosendungen dienten dazu, Berichte, Artikel usw. mittels Handabschrift zu erstellen. Mehrere Jahre waren diese schriftlichen Dokumente die wichtigste lesbare Informationsquelle. Der Erwerb einer Schreibmaschine war recht problematisch. Eine gebrauchte Schreibmaschine war teuer (250-300 Mark). Erst durch eine kleine Erbschaft gelangte ich 1974 an eine solche.

Im Sommer 1969 fuhr unsere Schulklasse für eine Woche nach Polen. Die Menschen waren offener und zugänglicher als zu Hause, auch wenn wir einige Male offen beschimpft wurden wegen der Naziverbrechen in Polen. "Deutsche sind Faschisten", riefen uns ältere Polen hinterher. Die Kontakte mit unseren Gleichaltrigen waren dagegen prima. Besonders zum andern Geschlecht - unsere Klasse bestand übrigens fast nur aus Jungen - waren die Kontakte ausgesprochen positiv. Auffallen war uns immer wieder der Wunsch und die Hoffnungen von jungen Polen nach einem Europa ohne Grenzen. Damals konnte ich keine Antwort darauf finden, woher diese Illusionen eines vereinten und freien Europa kamen. Die Sehnsucht nach westlichem Konsum allein erklärte dies nicht.

Auffallend waren in Polen Erscheinungen von Armut und Elend. Hier habe ich auch die ersten Bettler und Obdachlose gesehen. Ein Erlebnis, das nicht nur bei mir Entsetzen hervorrief. Armut auf der einen Seite und dann ein offen zur Schau gestellter Reichtum auf der anderen Seite zeigten, was dieser "Sozialismus" für die Menschen gebracht hatte. In der offiziellen SED-Propaganda war jedenfalls darüber nie gesprochen worden. Im Gegenteil: Glück und Wohlstand für alle herrschten im sozialistischen Lager. Spätere Reisen nach Ungarn, Rumänien und die CSSR zeigten nur zu gut die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit.

### **Erste politische Aktivitäten in einer Gruppe**

1969/70 kam es zur spontanen Gründung einer Jugendgruppe in Magdeburg, die sich an die "Black Panther" anlehnte. Es bestanden organisatorische Verbindungen zu den Panthers in den USA. Diese Gruppierung mit dem Namen "Progressive Youth" umfasste nach einiger Zeit ca. 100 Jugendliche und beeinflusste in der ganzen DDR etwa 2000 Jugendliche.

Im 12-Punkte-Programm hieß es u.a.: "Wir wollen freie Informationen und freie Kommunikation. Wir wollen für Jedermann freien Zutritt zu allen Kommunikationsmittel. Wir wollen alle Teilsysteme befreien von überflüssigen Vorschriften. Wir wollen die Freiheit für alle zu Unrecht verurteilten politischen Gefangenen in der ganzen Welt. Wir wollen, dass Jeder dort leben darf, wo er seine Bedürfnisse am besten befriedigen kann. Wir wollen ein freies u. widerspruchsloses Bildungssystem..."

Über einen guten Freund, mit dem ich seit vielen Jahren über politische Dinge diskutiert hatte, kam ich mit der Jugendgruppe zusammen. Durch Zersetzungsmaßnahmen des MfS befand sich die Jugendgruppe aber bereits in einem desolaten Zustand. Die Verhaftung eines der Aktivisten - er war auf dem Weg nach Budapest zu einem Kongress gleichgesinnter Jugendlicher - brachte die Gruppe in arge Schwierigkeiten. Immerhin war es den Herren von der Firma "Schnüffel & Langohr" auch recht einfach gemacht worden. Während einer Fahrzeugkontrolle fiel der Polizei ein Heft in die Hand. In diesem stand nicht nur das vollständige "Programm", sondern auch dutzende von Adressen. Nach der Verhaftung dauerte es nicht lange und die Stasi trat in Aktion.

Das MfS betrieb von da an systematisch Zersetzung. Über Informelle Mitarbeiter (IM's) gelang es, die politische Arbeit weitgehend lahm zu legen. Gefälschte Briefe mit Verleumdungen wurden in Umlauf gebracht. Briefe in Schreibmaschinenform tauchten auf, die der Absender nie geschrieben haben konnte. So besaß er keine Schreibmaschine. Verwirrung wurde so gesät. Zumindest war uns klar, dass das MfS unsere Briefe kontrollierte. Aktivisten wurden gegeneinander ausgespielt. U.a. mittels "peinlicher Fotos". Im Maßnahmeplan der Abteilung XX des MfS vom 23.4.1973 (BStU 000057) heißt es dann unter Punkt 2: *"Ziel der Zersetzung ... die persönlichen Kontakte und Beziehungen der leitenden Mitglieder untereinander für lange Zeit zu zerstören."* So kam es zu Einberufungen zur NVA. Das MfS regelte den Umzug von Eltern, deren Kinder in der "Progressiv Youth" mitarbeiteten. Nicht dass den Eltern das offiziell nahegelegt wurde. Alles geschah konspirativ, gelenkt vom MfS. Nach außen sah es so aus, als wenn der Betrieb das so wünscht. In der Regel waren die Eltern auch höhere Kader, und sie stiegen dabei auf der Karriereleiter auf. Und so gab es eine vielfältige konspirative Tätigkeit des MfS, um die Gruppe auseinanderzubringen.

Dass innerhalb kurzer Zeit die "Progressive Youth" liquidiert werden konnte, lag u.a. auch in ihrer Struktur, ihrer Zusammensetzung als relativ offene Gruppierung.

Schon äußerlich waren wir PY-ler an unseren langen Haaren zu erkennen. Verbindend wirkte die Musik. Jimi Hendrix, MC 5, Undergroundmusik usw. bildeten ein wichtiges Element der Zugehörigkeit zur "Progressiven Jugend". Experimente mit Drogen standen in der Endphase im Mittelpunkt. "Richtige" Drogen gab es zwar nur im Westen, in der DDR wurde dafür viel experimentiert. "Brauns Fleckenwasser" wurde geschnüffelt, bestimmte Pilze wurden gesondert behandelt, gebrannt, geraucht usw. Mit der Zeit nahmen diese Dinge immer

mehr überhand und die Politik trat in den Hintergrund. Interessantes fand ich später in meinen Stasi-Akten über diese Zeit. Daraus ging z.B. hervor, dass diese Entwicklung nicht so spontan vor sich ging, wie wir damals glaubten. Das MfS förderte mit allen Mitteln eine solche Entwicklung, um die Bewegung zu zersetzen. Der einsetzende offensichtliche Zerfall der Bewegung in die Subkultur und ins Unpolitische brachte aber auch die Entwicklung der Aktivisten hin zu einer neuen politischen Organisation voran.

Einige Aktivisten gründeten die "Neue Generation". Zu den Gründungsmitgliedern gehörte ich. Gedacht als Weiterführung der "Progressiven Jugend", der Suche nach den Ursachen des Zerfalls, waren die Ansätze recht vielversprechend. Innerhalb der "Neuen Generation" tauschten wir u.a. Zeitungen und Bücher aus. Die aktuelle Politik wurde kommentiert, Neuigkeiten wurden weitergegeben. Wir lasen u.a. Upton Sinclair, Bert Brecht - aber auch Lenin, Marx und Engels. Wir diskutierten über das Gelesene. Anfangs versuchten wir auch Vorträge einzelner zu gestalten. Mein erster Vortrag befasste sich mit Mao Tse-tung. Ich versuchte das Wirken Maos als eine Alternative zur DDR hinzustellen. Gelungen ist mir das zwar nicht - zu viele kritische Nachfragen wurden gestellt, die ich nicht beantworten konnte. Übrigens war mein Spitzname damals "Mao". Vieles, was in China geschah, wurde von mir emotional geschildert und verteidigt. Für einen Außenstehenden musste ich als "Fanatiker" wirken, der sofort losbrauste, wenn es um Politik ging. Stundenlange Diskussion war die Norm. Und wo die Fakten fehlten, wurde auch schon mal phantasiert. Der Wunsch war dann oftmals der Vater des Gedankens. Die Diskussionen verliefen sehr unterschiedlich. Es gab aber nie irgendwelche Regeln, die einen im Redefluss hinderten. Und der war meistens auch rasant. Da flogen auch schon mal die Fetzen.

Eines der ersten Streitgespräche über China betraf die Kleidung. Für mich konnte es nur einen Sozialismus geben, wenn alle Menschen wie in China blaue Arbeitskleidung trugen. Und darüber haben wir seinerzeit auch tatsächlich tagelang gestritten. Heute lächelt man darüber.

Erste Bedenken an der Politik Chinas kamen 1972 nach einer Rumänienreise. 1972 war das Jahr, in dem erstmals DDR-Bürger privat nach Rumänien reisen durften. Beliebt war unter den Jugendlichen das Trampen. Per Anhalter kam für mich aber nicht in Frage, die begrenzte Urlaubszeit hinderte mich daran. Ich hatte gerade meine Lehre als Zerspaner beendet und war Jungfacharbeiter. 18 Tage Urlaub im Jahr waren recht wenig. Deshalb kam nur die Eisenbahn in Frage. Fahrten mit der DDR-Reichsbahn waren relativ preiswert. Von

Magdeburg nach Constanza an der rumänischen Schwarzmeerküste kostete ca. 150 Mark hin und zurück. Die Fahrt konnte jederzeit unterbrochen und Tage später fortgesetzt werden. Unter diesen Umständen bot sich die Eisenbahn geradezu an. Je ein bis zwei Tage Aufenthalt in Prag und Budapest boten Abwechslung. Viele Bekanntschaften wurden geschlossen, es wurde über Politik diskutiert, aber auch über Literatur und Musik. Ungarn selber war im Osten gewissermaßen eine Ausnahme, was die Hülle eines revisionistischen Staates betrifft. Es gab noch eine führende Partei, die vieles bestimmte. Die Betriebe waren noch überwiegend unter staatlicher Kontrolle. Dennoch waren in Ungarn die Tendenzen hin zu einem klassischen Kapitalismus am weitesten fortgeschritten. Der äußere Eindruck von Budapest war der einer westlichen Stadt. Auf der einen Seite Prunk und Reichtum, volle Schaufenster. Die Stadt war übersät von Leuchtreklamen, die Werbung für Westprodukte machten. Auf der anderen Seite Armut und Elend. Bettler, Obdachlose, Drogensüchtige durchstreiften nachts die Straßen. Neureiche Ungarn fuhrten mit ihren amerikanischen Straßenkreuzern vorbei, hielten vor Luxusrestaurants, amüsierten sich bei Stripteasevorführungen. Ungarn bot bereits den Vorgeschmack all dessen, was dann nach 1989 Einzug in den osteuropäischen Ländern halten würde. Die Reformen in der Wirtschaft, die in Ungarn begonnen wurden, waren übrigens für Herrn Gorbatschow Vorbild für sein Umgestaltungsprogramm.

Welch ein Kontrast war aber Rumänien! Voller Illusionen, dass Rumänien sozialistisch sei, kam ich in Bukarest an. Zuerst hatte ich Orientierungsprobleme in der Stadt. Aus Budapest kommend - immerhin war die Stadt einigermaßen übersichtlich und bot genügend Orientierungsmöglichkeiten - war Bukarest eher eine Ansammlung etlicher Dörfer. Es war nicht möglich, eine einigermaßen vernünftige Karte zu bekommen. Weder zu Hause in der DDR, noch in Rumänien. Nach längerem Suchen kam ich dann in die Innenstadt. Der Eindruck war gemischt. Einerseits breite Straßen, geschmackvolle Häuser aus den 50er Jahren, andererseits bettelnde Kinder am Straßenrand. In den Geschäften gab es eine Vielzahl von Konsumprodukten aus China. Bis zu einem Drittel des Angebotes war chinesischen Ursprungs. Ich war sichtlich erstaunt. Presseerzeugnisse wie die Peking Rundschau waren erhältlich. Aber auch West-Zeitungen wie Frankfurter Rundschau, Die Welt usw.

Ich suchte verzweifelt Indizien dafür, dass dieses Land sozialistisch sei, wie ich es immer wieder von den Chinesen gehört hatte. Doch nirgends fand ich welche. Tiefere Einblicke in das Land konnte ich später durch persönliche Kontakte erhalten. Meine rumänische Freundin Mariana gab mir die Möglichkeit, die Sorgen und Nöte der Menschen kennenzulernen. Unter den Rumänen zu leben bedeutete für mich, eine Schule des Lebens in diesem Land zu durchlaufen. Die Propagandaphrasen Mao Tse-tungs zerplatzten erstmals.

## **Weitere Aktivitäten unserer Jugendgruppe**

Wir fertigten ein "Selbstverständnis" an, in dem wir unsere Aufgaben formulierten. Eine Aufgabe war z.B. das Studium des Marxismus-Leninismus. Damit hatten wir bereits eine gegenüber der "Progressiven Jugend" höhere Form der Bewusstseinsbildung erreicht, so unsere damalige Einschätzung. Dass aber bereits das MfS seine Hand im "Neuen Programm" hatte, wussten wir damals nicht. Es gelang dem MfS, einen Aktivistin soweit zu "bearbeiten", dass er ihr Werkzeug wurde. Ob er später als Informeller Mitarbeiter geworben wurde, ist aus meinen Stasi-Akten nicht ersichtlich. Zumindest ließ er sich auf eine Zusammenarbeit ein und versuchte die Gruppe zu überzeugen, dass ihre Aktivitäten sinnlos seien. Im "Selbstverständins" wurde die Passage aufgenommen, dass in der DDR nur "nichtantagonistische Widersprüche" bestünden, die alle gelöst werden könnten. Eine Formulierung, die zwar auf Widerspruch stieß, die letztlich aber mit aufgenommen wurde. Mittels Diskussionen sollten wir uns gesellschaftlich einbringen, um vorhandene Widersprüche zu lösen. Gleichzeitig sollten wir aktiv in den gesellschaftlichen Organisationen mitarbeiten. Das war die Auslegung der Formulierung von den "nichtantagonistischen Widersprüchen". Freilich wussten wir damals nicht, dass hier das Ministerium für Staatssicherheit seine Hände im Spiel hatte. Die "Neue Generation" löste sich bald danach auf.

## **Der Militärdienst**

Von November 1972 bis April 1974 kam ich nach Havelberg zu den NVA-Pionieren (Pontonbrückenbau). Während des DDR-Militärdienstes war der Mensch einer besonderen Unterdrückung ausgesetzt. Die ganze Verlogenheit der "sozialistischen DDR" - hier war sie mit am offensichtlichsten. Vom ersten bis zum letzten Tag der Willkür der Offiziere ausgesetzt, rechtlos in allen Beziehungen, nur auf Gehorsam und Ja-Sagen getrimmt, das war der NVA-Soldat. War die Gängelung im zivilen Leben belastend, so war sie hier um ein Vielfaches unerträglicher - ja, sie war oft geradezu pervers. Angekommen am Ort der Kasernierung begann das preußische Leben von Befehl und Gehorsam. Die Vorgesetzten machten sich erstmal einen Spaß daraus, die neuen Soldaten mit großer Initiative und markigen Sprüchen herumzustoßen. Es beginnt mit der Einkleidung der Neulinge. Dann der Gang zum Frisör. Jetzt sahen wir erstmal aus wie die Muschkoten. Dann Abmarsch in die Stube. Einrichten des Spinds. Und wehe dem, der eine Falte beim Bettenbau übersah. Ruckzuck wurde das Bett herausgeworfen. Ähnlich ging es dem, der den Spind nicht exakt einrichtete. Dann wurde der Spind in 45-Grad-Stellung gebracht, und der gesamte Inhalt

fiel heraus. Jetzt begann das Ganze von vorn. Auf den Millimeter genau ausgerichtet mussten die Militärklamotten liegen oder hängen. Mittels Einlegen einer Zeitung in die Wäsche konnten wir "Rotärsche" (NVA-Jargon für Neulinge) uns helfen. Von jetzt an waren wir "der letzte Dreck", wie unser Unteroffizier uns anschrte. Es gab noch viele Beispiele für Schikane und Unterdrückung der Persönlichkeit im Leben des NVA'lers. Der Wille jedes Einzelnen sollte gebrochen werden. Das Ziel war der gehorsame Soldatenknecht, der bedingungslos die Befehle ausführt. *"Wer heute nicht bereit ist, einen Befehl widerspruchslos zu erfüllen, der von ihm - bleiben wir beim Revierreinigen - höchstens das ‚Opfer‘ von Freizeit erfordert, dem kann man nicht glauben, dass er morgen im Gefecht sein Leben für die Erfüllung eines Befehls einsetzen würde. Wer nicht gelernt hat, Befehle bedingungslos auszuführen, wem es nicht zur Gewohnheit geworden ist, widerspruchslos zu gehorchen, der wird es auch im Gefecht nicht können, wo es ans Leben geht. Deshalb kommt es für einen Soldaten darauf an, schon heute, jeden Tag, in jeder Situation zu üben, Befehle auszuführen, auch und gerade wenn sie unbequem sind oder außergewöhnliche Anstrengungen erfordern. Man sagt daher zu Recht: ‚Befehl ist Befehl!‘"* (Leseheft für die politische Schulung des Unteroffiziers, 12/86)

Und dazu gehörte auch mal das Säubern des Waschraumes mittels einer Zahnbürste. Auf Befehl mussten wir auch schon mal im Herbst auf die Bäume klettern und einzelne Blätter herunterholen. Es sollte alles einheitlich aussehen. Als dann Generäle des Warschauer Vertrages eine Tagung in der Havelberger Kaserne hatten, wurde uns vorher befohlen, auf dem Militär-Gelände der Wiese mittels grüner Farbe einen gleichmäßigen Anstrich zu verpassen. Befehl war Befehl.

Im krassen Widerspruch zum täglichen Militarismus in der NVA fand an zwei Tagen im Monat Politunterricht ("Rotlicht") statt. Dieser bestand aus einem Gemisch aus historischen Tatsachen, Lügen und Halbwahrheiten. Der Politoffizier malte das Bild eines NVA-Soldaten an die Wand, das ins Reich der Märchen gehörte. Er, der NVA'ler, habe alle Rechte und Freiheiten, er sei ein überzeugter und klassenkämpferischer Genosse, der dem Volke diene. Dieses liebe ihn deshalb auch über alles. Offiziere und Soldaten bilden eine unschlagbare Einheit. Der Warschauer Vertrag sei unbesiegbar. Es war noch die Zeit, als die Militärdoktrin der DDR besagte, wir sind unbesiegbar. Auch einen Atomkrieg würden wir gewinnen. Unter Führung der Sowjetunion sollte die NVA an Kriegshandlungen teilnehmen, *"durch massive, tiefe Schläge gegen seine Verteidigung auf dem Boden der Bundesrepublik und in der Tiefe der Territorien Dänemarks und der Benelux-Staaten erfolgreich zu schlagen"*. (Zitat aus Handbuch der bewaffneten Organe der DDR)

Im Verlauf meiner 18 Monate habe ich an mehreren Manövern teilgenommen. Als Ausgangslage wurde angenommen, es komme zu Spannungen mit der NATO. Die Armeen des Warschauer Vertrages erhielten den Befehl, den Feind in seinem eigenen Land vernichtend zu schlagen. Geprüft wurde mehrmals der Einmarsch in die BRD. Unser Regiment sollte die Truppenbewegungen nach Hamburg unterstützen, d.h. wir waren verantwortlich für den Brückenbau über die Elbe. Wir mussten auch trainieren, dass es dabei zu Atomwaffeneinsätzen kam. Bis Mitte der 70er Jahre ging die Militärdoktrin der DDR vom Sieg in einem Atomkrieg aus. Der damalige DDR-Verteidigungsminister Heinz Hoffmann dazu: *"Die Lüge vom Gleichgewicht der Kräfte ... negiert die tatsächliche und eindeutige Überlegenheit der Sowjetunion auf dem Gebiet strategischer Raketen-Kernwaffen ... dass auch alle anderen Teilstreitkräfte der Sowjetunion und der verbündeten Armeen denen der USA und der NATO eindeutig überlegen sind. Mehr denn je kommt es jetzt darauf an, alles zu tun, um die Überlegenheit der Streitkräfte des Warschauer Vertrages nicht nur dann stärker als der Gegner sind, wenn wir bessere Waffen besitzen als die imperialistischen Armeen ... dass unsere Gesellschaft im Verteidigungsfall in der Lage ist, den Gegner auf seinem Territorium zu vernichten."* ("Einheit"; Theoretisches Organ der SED, Nr. 6/71)

Der Sieg ist unser - das wurde uns immer wieder eingebläut. Auch wenn wir krepieren, wir sind nun mal die Stärkeren. Diese Propaganda kam unter den Soldaten nicht an. Zu absurd war dieses militaristische Geschwätz. Anspruch und Wirklichkeit - sie klafften zu weit auseinander.

Verklärt wurde alles noch mit marxistisch-leninistischem Vokabular. Alles Geschichtliche wurde so aufbereitet, um den Armeen des Warschauer Vertrages eine fortschrittliche Rolle anzudichten. Der NVA wurde angedichtet, sie sei eine "Volksarmee" und verkörpere alles Fortschrittliche. Angefangen von den Bauernkriegen, den Befreiungskriegen gegen Napoleon bis zur Roten Ruhrarmee und dem Rot Front Kämpferbund (RFB). Diese massive Gehirnwäsche, die eine Traumwelt beinhaltete, war für die meisten unerträglich. Wir mussten immer wieder gegen das Einschlafen im Politunterricht ankämpfen. Anfänglich stellte ich dort noch kritische Fragen, um die Ungereimtheiten offenzulegen. Allmählich ließ ich dies aber. Dieser Ort war wahrlich nicht geeignet, um den Revisionismus bloßzustellen. Für die anderen Soldaten waren diese Stunden eine einzige Tortur. Man kann sagen, dieser Politunterricht war eine Schule für eine Ablehnung des Sozialismus. Derjenige, der noch eine gewisse ehrliche Sympathie für den Sozialismus hatte, wollte hinterher damit nichts mehr zu tun haben. Gewiss, der Soldat wurde kein aktiver Antikommunist, der verbittert und zielstrebig das System bekämpfen wollte.

Doch sehr viele junge Menschen, die noch in der Schule oder Lehre zumindest aufgeschlossen gegenüber der DDR und ihrem vermeintlich sozialistischen Charakter waren, verloren hier diese Aufgeschlossenheit.

Und wie reagierte der NVA-Soldat auf diese Irrenanstalt NVA? Verpissen, wenn es geht, ansonsten so tun, als ob man mitmacht. Nicht dass es den großen Widerstand gab, aber man richtete sich so ein. Im Politunterricht wurde das Gewünschte nachgeplappert - so weit man es behalten hatte. Die Befehle führte man so aus, dass eben keine Beanstandungen kamen, d.h. keine neuen Schikanen. Man wollte ja auch mal auf Urlaub. 18 Tage für 1 ½ Jahre waren mehr als mager. Viele wurden weit vom Heimatort stationiert und da ging schon mal ein halber Tag drauf für eine Heimfahrt. Der tägliche Stumpfsinn, die Erniedrigungen der "Sacksteher" (Offiziere, Vorgesetzte) ließ fast alle Soldaten zur Flasche greifen. Es ist kaum zu beschreiben, was in der NVA alles gesoffen wurde. Es kam auch schon mal vor, dass eine Flasche Rasierwasser getrunken wurde. Alkoholexzesse waren an der Tagesordnung. "Der blaue Würger" - ein DDR-Wodka - war einer der beliebtesten Fusel. Razzien in den Unterkünften zeigten das ganze Ausmaß: so mancher Konsum oder HO hatte im Lager nicht soviel Schnaps auf Vorrat wie eine Kompanie.

Das Verhältnis zwischen Soldaten und Offizieren ähnelte dem zwischen Leibeigenen und Herren. Kein Wunder, dass die meisten Offize verhasst waren. Eine fast grenzenlose Machtbefugnis, die von vielen auch ausgenutzt wurde, ja sogar gefordert wurde, wirkte demoralisierend. Es gab mehrere Speisesäle: den großen für Soldaten und Gefreite. Hier gab es den gemeinen Fraß. Dann einen für Unteroffiziere. Die Speisen waren schon ansprechender, Tischdecken die Regel. Und einen für die Offiziere. Vom feinsten war dort das Angebot. Große Auswahl, schneeweiße Tischdecken, Südfrüchte. NVA-Kellner bedienten diese Herrschaften von vorn bis hinten. Auch sonst nutzte die Offizierskaste ihre Stellung hemmungslos aus. Baute ein Offizier sein Haus, so griff er ungehindert zu. Abgestellte Soldaten mauerten, zimmerten, tapezierten usw.; Baumaterialien wurden mit NVA-Fahrzeugen herangeschafft. Woher kamen wohl diese Materialien? Im Allgemeinen waren die Baumaterialien knapp. Für unsere Offize ein Fremdwort. "Vitamin B" half immer.

Es gab auch Widerstand von unten: auf einem dieser vielen Saufgelage hochrangiger Offiziere im Objekt Havelberg urinierten einige Soldaten, die gerade Kellnerdienst hatten, in die Kaffeekannen und servierten das Gebräu den besoffenen und herumjolenden Offizieren am späten Abend. Übrigens war das eine recht beliebte Methode in der NVA, den Vorgesetzten eins auszuwischen. Die

Offize und die Berufssoldaten hatten eine Menge Privilegien. Ihre Unterkunft, Verpflegung und der Sold waren vom Feinsten. Selber zerfressen von dieser Atmosphäre, gaben sich viele dem Stoff hin, versuchten einander die Frauen auszuspannen und brüsteten sich noch damit. Gegenseitige Denunziationen in den Reihen der Offiziere waren gang und gäbe: Jeder wollte befördert werden, um mehr Macht zu besitzen und ein höheren Sold zu erhalten. Der hierarchische Aufbau wirkte auch auf den Umgang unter den Offize selbst. Um Macht zu zeigen, ließ der jeweils höher Gestellte den Niederen seine Befehlsgewalt spüren. Der "Anschiss lauert überall", war ein Alltagsspruch unter den Soldaten. Die Offiziere selbst blieben davon im Umgang untereinander nicht verschont. Arroganz, Willkür, Großmannsucht, Hohnsichtigkeit, Karrierismus, Kriechertum, Betrug und moralische Verkommenheit - das waren die widerwärtigen Unsitten unserer revisionistischen Offiziere.

Für viele Offiziere war der Dienst eine Hölle. In dieser Atmosphäre wollten sie nicht weitermachen. Insbesondere die untersten Dienstränge (Uffize) suchten einen Ausweg. Wer in der DDR einmal seine Dienstverpflichtung unterschrieben hatte, für den gab es kaum eine Möglichkeit, diese zu annullieren. Es gab da die unmöglichsten Versuche: ein junger Unteroffizier, der zu den Soldaten stand, wurde immer wieder von den Diensthöheren deswegen schikaniert. Das ging soweit, dass er einen Selbstmordversuch unternahm. Nach einem kurzen Krankenhausaufenthalt kam er zurück in die Kaserne. Alles begann von vorn. Weit verbreitet war der Versuch, als geistig nicht zurechnungsfähig zu gelten, um dann entlassen zu werden. Das klappte aber sehr selten.

Das letzte Diensthälftejahr erlebt der Soldat als EK (Entlassungskandidat). Um eine Solidarisierung der Soldaten zu verhindern, wurde die EK-Bewegung gefördert. Wenn dies auch nicht offiziell geschah, so sahen die Vorgesetzten die Auseinandersetzungen zwischen den Soldaten der verschiedenen Diensthälftejahre doch allzu gern. Die EK-Bewegung diente dazu, dass die EK's auf Kosten der anderen Diensthälftejahre die letzten Monate möglichst "bequem" hinter sich brachten. Der EK war etwas Besseres. Die Förderung der EK-Bewegung diente also der Spaltung der Soldaten. Das Sichtbarmachen des Termins der Entlassung durch Bandmaß, Kalender oder Tippscheine, die Anfertigung von EK-Souvenirs aus Schulterstücken, Kragenbinden, Taschentüchern usw. war die äußere Erscheinung der EK-Bewegung.

Unser Unteroffizier war 22 Jahre alt und hielt zu uns. Er war mit vielen Erscheinungen in der Truppe unzufrieden. Er wollte seine 3 Jahre irgendwie schaffen, um später einen Studienplatz zu bekommen. Wer studieren wollte,

mußte mindestens 3 Jahre dienen. Es war schwer, dies zu umgehen. In Gesprächen mit uns war dieser Unteroffizier recht offen und kritisierte auch die SED. Er sprach davon, dass viele in der Partei mit dem Kurs unzufrieden waren. Seiner Meinung nach war es wichtig, dass junge Leute in die SED gingen. Dadurch würde es dann zu Veränderungen kommen. Die Alten würden immer so weitermachen, und irgendwann würde es dann gegen den Baum gehen. Diese Meinung habe ich immer wieder gehört. Sie war in der SED recht verbreitet.

Kollegen, Freunde oder Bekannte gaben offen zu verstehen, dass sie in die SED eintraten, um sie von unten langsam zu modernisieren, ihr einen jugendlichen Schwung zu geben. Interessanter wurde es, wenn darüber gesprochen wurde, was die SED werden sollte. Mal sollte sie eine Basispartei sein, wo jeder ein- und austreten kann wie er will. Andere wollten eine SED, die einen Kurs wie die Dubcek-Partei (KPTsch/1968) hätte. Nicht dass sie mit ausgereiften Plänen in die SED eintraten, um sie von innen her zu ändern, es waren einfach Illusionen. Unser Uffze hatte noch viele Träume, und wir redeten viel über Politik, Armee und Frauen. Anmerken kann ich noch, dass er kein IM der Stasi war und ehrlichen Herzens redete.

In diesen 18 Monaten war die Überwachung und Kontrolle durch das MfS nie abgebrochen worden. Laut MfS-Akten wurde mein Briefverkehr kontrolliert, kam es zu konspirativen Spindkontrollen. Regelmäßig wurden Einschätzungen geschrieben.

Das Hören von Radio Tirana musste ich gezwungenermaßen sehr eingeschränken. Dafür nutzte ich diese Zeit zum intensiven Studium des Marxismus-Leninismus. Aber auch die gesamte Breite an fortschrittlicher Literatur konnte ich lesen: B. Brecht, F. Wolf, L. Turek, E. Weinert, Makarenko, W. Majakowski, J. Fucik, E. Kisch usw. Es waren überwiegend Bücher aus der NVA - Bibliothek.

Der Entlassungstag war ein Fest der besonderen Art. Für die Armeeführung war es jedesmal ein Albtraum. Überall war die Freude in den Gesichtern zu sehen. Endlich geschafft! So ausgelassen war der Soldat nie zuvor. Dass die eine oder andere Abrechnung mit den Offizieren da noch folgte - wer konnte es den Soldaten verübeln.

Nach einer Woche des Ausruhens begann ich im Schwermaschinenkombinat "Karl Liebknecht" als Dreher zu arbeiten.

## **Unsere albanischen Genossen**

Über einen Armee-Kameraden hatte ich die Adresse der albanischen Botschaft in Berlin erhalten. Eine Kontaktaufnahme mit den albanischen Genossen kam rasch zustande. Von 1974 an kam es zu ausführlichen Gesprächen mit den

Albanern. Genosse Idris Bardhi, ein hervorragender albanischer Bolschewik, wurde mein wichtigster Vertrauter. Über alle politischen Fragen konnte ich mit ihm ausführlich diskutieren. Er hatte in den 50er Jahre in der DDR studiert und kannte aufs vortrefflichste die Verhältnisse. Seine Kenntnisse waren für mich immer wieder beeindruckend. Die Atmosphäre, der Umgang unter den albanischen Genossen - ich hatte vorher nie ähnliches erlebt. Es waren Genossinnen und Genossen eines wirklich sozialistischen Landes, die keine Allüren kannten, die untereinander einen völlig anderen Umgang pflegten als die Herren-Genossen der SED. Auch wenn ich nie FDJ- oder SED-Mitglied war, über die Verhältnisse dort konnte man sich zur Genüge ein Bild machen.

Genosse Idris Bardhi war Mitte Vierzig, als ich ihn kennenlernte. Wir waren Berufskollegen, beide Dreher, und wir tauschten anfangs einige Erfahrungen aus. Und hier zeigten sich die Unterschiede zwischen der DDR und Albanien bereits. Auch wenn er Diplomat war, so musste er jährlich einmal nach Albanien zurück und dort in der Produktion arbeiten. Diese Zeit diente aber nicht zur Erholung und wurde auch nicht formell abgerechnet. In diese 4 Wochen musste er mindestens 90 Prozent der Norm bringen. Auch die anderen Genossinnen und Genossen der Botschaft mussten in die Heimat, in die Produktion. Für die leitenden Genossen war die Arbeit in der Produktion eine Maßnahme der sozialistischen Gesellschaft, um Erscheinungen wie in den revisionistischen Staaten zu verhindern.

Diese Kaderpolitik war völlig anders als in der DDR. Facharbeiter erhielten oft mehr Lohn als ihr Direktor. In ganz Albanien war das Lohngefälle zwischen den untersten Löhnen/Gehältern und den höchsten 1:2,8. Das Ziel war, den Lebensstandart der leitenden Kader, der Kulturschaffenden und Wissenschaftler der hohen Kategorie möglichst weitgehend dem Lebensstandard aller Werktätigen des Landes anzugleichen. Steuern waren seit Jahren unbekannt. Die Politik der Genossen in Albanien war nicht willkürlich und schon gar nicht spontan. Die Partei der Arbeit Albaniens (PdA) zog die Lehren aus den bitteren Erfahrungen der revisionistischen Ländern, wo der Bürokratismus zu den wichtigsten Ursachen der Entartung gehörte. Der Kampf gegen den Bürokratismus war einer der Schwerpunkte in Albanien. Dazu musste eine tiefe Mobilisierungsarbeit geleistet werden, mussten die breiten Massen herangezogen werden zum Regieren des Landes und zur Wirtschaftsleitung. Erscheinungen wie Schlendrian, Vetternwirtschaft, Begünstigung, Missbrauch öffentlicher Ämter, Trägheit, Hochnäsigkeit, arrogante und unaufmerksame Haltung gegenüber den Werktätigen, Erstickung der Stimme der Massen - diese bürokratischen Erscheinungen mussten bekämpft werden.

Und sie wurden bekämpft in Albanien, anders als bei uns. Bürokratische Erscheinungen gehörten zum DDR-Alltag, und mit den Jahren wurden sie immer ausgeprägter. Mitarbeit in der Produktion war für höhere Kader in der DDR ausgeschlossen. In Albanien wurden Stellenpläne der Apparate und Verwaltungen gekürzt und vereinfacht - in der DDR das volle Gegenteil. Hier wurde in der Produktion immer mehr auf die materiellen Anreize gesetzt. Die Prämien standen im Vordergrund. Der "Wasserkopf" wuchs und wuchs.

In der albanischen sozialistischen Gesellschaft wurden immer wieder Maßnahmen getroffen, um die ideologisch-politische Erziehungsarbeit der Partei der Arbeit durchzuführen. Das Hauptziel war die Erziehung der Menschen zur sozialistischen Haltung gegenüber der Arbeit. Das Wesen bestand darin, das Gemeininteresse des Volkes, des Sozialismus über das Eigeninteresse zu stellen. Das erforderte natürlich auch konkrete Schritte. Die materiellen Anreize, die in Form von Prämien ausgezahlt wurden, waren zwar immer noch notwendig. Die wichtigste Aufgabe der Partei war die kommunistische Erziehung der Werktätigen. Deshalb wurde die Methode der Überzeugung angewandt. Das hohe revolutionäre Bewusstsein, das für den Aufbau des Sozialismus vonnöten ist, entsteht nicht spontan und kann nicht spontan entstehen; es bildet sich durch die marxistisch-leninistische Wissenschaft heraus, die Partei trägt es durch ihre gesamte tägliche Erziehungsarbeit in die Massen. Genosse Idris erklärte dann so ganz salopp, in Albanien würden gerade die militärischen Rangabzeichen abgeschafft. In der DDR wäre das ein Unding! Im weiteren Verlauf unserer Unterhaltung erläuterte er dann diese Maßnahme und warum die Genossen dies durchsetzten.

Wissen wollte ich, warum Albanien nicht diesen verhängnisvollen Weg in den Revisionismus ging wie andere Länder Osteuropas? Dazu erläuterte er die Situation in Albanien lange vor der Befreiung. Es gab damals einige kommunistische Gruppen, verstreut über das ganze Land. Es gelang nicht, eine vereinte kommunistische Partei aufzubauen.

1939 unterzeichnete Mussolini den Plan der militärischen Besetzung Albanien. In dieser Zeit der Gefahr einer italienischen faschistischen Aggression gab es erneute Versuche einer Vereinigung der Kommunisten. Aber auch diese scheiterten an den Führern der verschiedenen Gruppen. Zur selben Zeit kam es zu einer Verhaftungswelle durch die königliche Zogu-Gendarmerie. Die kommunistische Shkordra-Gruppe wurde aufgegeben. Die Gruppenführer machten vor dem Untersuchungsrichter umfangreiche Aussagen. Die Denunziation betrachteten sie als Mittel, um die Genossen vor der Folterungen des Feindes auf die Probe zu stellen. Wie absurd!

Eine Reihe von Gruppen-Führern legte sich Theorien zurecht, um zu zeigen, dass sie die "wahren Führer" einer vereinigten KP seien. Die Führung der

Jugendgruppe meinte z.B., die Kader sollen sich mit den Massen nicht verbinden, dadurch wären sie gefährdet. Andere wiederum verbreiteten nach der Besetzung eine neue "Theorie", nach der die faschistische Festung von innen heraus genommen werden müsse. Deshalb müssten die Kommunisten anstatt offen gegen die Besatzer zu kämpfen, in ihrem politischen und administrativen Apparat aufgehen. Trotzlisten wühlten in der kommunistischen Bewegung: So propagierten Leute wie Niko Xoxi die Taktik, die anderen kommunistischen Gruppen zu zerstören, zu zersetzen. Dies solle planmäßig geschehen, damit am Ende nur noch die eigene Gruppe übrig bleibt und diese dann die einzige KP sein würde.

Diese absurden "Theoretiker" gab es nicht nur in Albanien. Heute noch entwickeln selbsternannte "Führer der Arbeiterbewegung" ähnliche "Theorien". Genosse Idris ging dann noch auf die Vielzahl von kommunistischen Organisationen in Deutschland ein. Gerade in Deutschland und Österreich ist die Theoretisierung typisch. Unendlich lange Debatten, die meist fruchtlos enden, bauen Hürden dafür auf, eine einheitliche Kommunistische Partei aufzubauen. Kennzeichnend ist das Streben nach einem vollkommen "neuen Menschen", der bereits im Kapitalismus entsteht. Die Organisationen entwickeln Verhaltensregeln und -muster für ihre Mitglieder. Sie sollten nicht rauchen, nicht trinken, nicht fluchen, keine schlechten Witze erzählen usw. Viel Zeit werde damit verwendet, den "wahren Kommunisten" zu schaffen. In Albanien war es ähnlich. Gerade in Zeiten des Fehlens einer revolutionären Situation sind Erscheinungen dieser Art weit verbreitet. Das änderte sich erst nach der Besetzung des Landes. Im ganzen Land wuchs die antifaschistische Volksbewegung. An ihrer Spitze standen die Kommunisten. Die Besetzung des Landes hatte in ihrem Bewusstsein eine radikale Wende hervorgerufen. Die einfachen Gruppenmitglieder erkannten immer mehr, dass der Zusammenschluss nicht durch fruchtlose Verhandlungen zwischen den Führern, sondern nur durch einen gemeinsamen Kampf gegen die Besatzer erreicht werden könnte. Die ideologischen Meinungsverschiedenheiten rückten nach hinten und die Autorität der Führer ging zurück. Im vereinten Kampf, mit dem Ziel der Befreiung, verbanden sich die Kommunisten der Basis der verschiedenen Gruppen miteinander und verlangten den Zusammenschluss zu einer Partei. Genosse Enver Hoxha arbeitete die Grundlagen für den Zusammenschluss der Kommunisten aus. Der Beginn des bewaffneten Widerstandes der Kommunisten war eine der wichtigsten Gründe für eine einheitliche KP. Die Kommunistische Partei wurde im Kampf geboren und nicht durch Verhandlungen am grünen Tisch. Die einfachen Kommunistinnen und Kommunisten, die Parteibasis erzwang im heftigen Klassenkampf die Vereinigung aller Kommunisten.

Der Antifaschistischen Nationalen Befreiungsbewegung Albanien gelang es, das Land selbstständig von den faschistischen Räubern zu säubern. Einheiten der Volksbefreiungsarmee halfen der jugoslawischen Befreiungsarmee im Kampf gegen die Nazifaschisten.

Zugute kam den albanischen Kommunisten die Tatsache, dass sie als die einzige relevante politische Kraft auf der politischen Bühne agierten. Die Bourgeoise war nur sehr schwach organisiert und die Kommunisten hatten dadurch einen entscheidenden Vorteil im Kampf um die Macht.

Albanien war das einzige Land in Europa, das nicht von außen befreit werden musste. Gestützt auf die eigenen Kräfte, eingebunden in der Antihitlerkoalition, gelang es dem albanischen Volk unter Führung der Kommunisten, das Land zu befreien. Die Grundlage der Umgestaltung des Landes war eine andere als in den Ländern, die z.B. von der Roten Armee der Sowjetunion befreit wurden. Die Verankerung der Kommunisten, das Vertrauen des Volkes war in Albanien stets größer als in den anderen Ländern Osteuropas.

Es gab viele Themen, die wir besprachen. Die Gespräche und Diskussionen dienten dazu, unsere Ansichten auszutauschen. Nie waren die albanischen Genossen belehrend. Mal stritten wir, mal analysierten wir gemeinsam und erreichten einen gemeinsamen Standpunkt. Es gab auch eine Unmenge von Fragen. Seit 1975 war ich jeden Monat einmal Gast in der Botschaft der VR Albanien.

Die Zeitungen und Dokumente, die ich von den albanischen Genossen erhielt, konnte ich für die politische Arbeit gut nutzen. Die Zeit, in der ich mittels Tonbandaufzeichnung Artikel von Radio Tirana mit der Hand abschrieb und dann weitergab, war vorbei.

Jährlich luden die albanischen Genossen zu einer Feier ein. Der 29. November 1944 war der Tag der Befreiung Albanien vom Faschismus. Auch ich erhielt eine Einladung. Freunde Albanien, Genossinnen und Genossen verschiedener Bruderparteien und Symphatisanten strömten an diesem Tag in die Botschaft. Nach der Eröffnungsrede sahen wir gemeinsam mehrere Dokumentarfilme. Immer wieder applaudierten die Zuschauer und waren begeistert. Anschließend hatten wir die Möglichkeit, einen Imbiss zu nehmen und Gespräche zu führen. In einer Gesprächsrunde stellte ich die Frage, warum die DDR, die Sowjetunion über das Thema Albanien schweigen. 1961 griff Ulbricht Albanien öffentlich an. Nach einigen Jahren stellten die SED-Revisionisten ihre Polemiken ein und erklärten, die Zeit würde zeigen, wer Recht hätte. Seitdem herrschte Stille. Kein Wort mehr über die Differenzen, kein Wort mehr zu den Vorwürfen gegenüber Albanien. Die albanischen Genossen gingen auf die Frage ein und erklärten, dass die Revisionisten schwere Niederlagen erlitten, im Weltmaßstab wie auch im

eigenen Land. Um ihren verräterischen Kurs keiner Kritik auszusetzen, verzichteten sie auf öffentliche Polemiken, zogen sie es vor zu schweigen. Niemand würde in der DDR jetzt noch offiziell die politischen Differenzen ansprechen. Auch ein Herr Schnitzler, der so gerne streitet, würde keinen Ton darüber sagen.

Das "Totschweigegesetz" gehörte zu den Methoden der modernen Revisionisten und zeigte ihre ganze Verlogenheit, zeigt, dass sie Feinde des Marxismus-Leninismus sind.

Einige Monate später nahm ich Kontakt mit der chinesischen Nachrichtenagentur HSINHUA auf. Seit der Kulturrevolution 1967/68 war die chinesische Botschaft in Berlin hermetisch abgeriegelt für DDR-Bürger. 1971 war ich mit Freunden in Berlin, um die Botschaft zu besuchen. Es gelang uns nicht. Einige Hundert Meter vor der Botschaft liefen wir einer Gruppe Chinesen direkt in die Arme. Wir versuchten uns zu verständigen, was aber nicht so recht gelang. Zum Abschied erhielt ich noch das Rote Buch von Mao. Erst Jahre später erhielt ich die Adresse der Nachrichtenagentur. Auch hier verlief die Kontaktaufnahme dann zur vollen Zufriedenheit. Bis Ende der 70er Jahre war ich dort oft zu Besuch. Regelmäßig konnte ich die Peking Rundschau lesen, konnte Dokumente der KPCh studieren. Die Gespräche waren vielseitig. In dieser Zeit konnte ich auch die rasant wechselnde Politik hautnah miterleben.

Da wurden noch Lobreden auf chinesische Führer gehalten, und einige Wochen später erfuhr ich ,wie "böse" er war. Dann wurde er wieder gelobt und war ein "Guter". Die Sache mit Deng Hsiao Ping war schon übel. Aber auch andere Dinge waren mehr als verwunderlich. Stichwort Viererbande: Es gab eine Fülle von Widersprüchen, die auch der jeweilige Mitarbeiter von HSINHUA nicht überzeugend erklären konnte. Die Politik der KPChinas wurde immer widersprüchlicher.

Tiefpunkt war der offen feindselige Akt der Chinesen gegenüber Albanien. Die chinesischen Führer griffen 1977 das sozialistische Albanien an, verleumdeten es und versuchten, die marxistisch-leninistischen Parteien, alle revolutionären Kräfte der Welt gegen die PdAA aufzuwiegeln. Durch eine Reihe von Handlungen gaben die chinesischen Führer der Weltöffentlichkeit zu verstehen, dass China das sozialistische Albanien nicht länger als Verbündeten betrachtete und es nicht länger unterstütze. Demonstrativ luden sie den Revisionisten Tito nach China ein und nannten ihn einen großen Marxisten-Leninisten. Offen zeigten die chinesischen Führer ihre Fratze: sie waren Revisionisten. Ein Vorwurf der Chinesen war der, dass Albanien die Theorie der 3-Welten, die Mao aufstellte, nicht akzeptieren. Diese Mao-Theorie war reaktionär und hat der internationalen

revolutionären Bewegung geschadet. Es zeigte sich recht bald, dass China eine pragmatische und opportunistische Politik betrieb.

Bereits lange vor diesem feindseligen Akt der Chinesen hatten wir in unserer Zelle immer wieder die Politik Chinas kritisiert. Die Offenbarung der Politik Chinas als revisionistisch war deshalb auch nicht überraschend.

Was uns überrascht hat, war etwas anderes: Günther Niehüser, ein "Kommunist", der in den 50er Jahren aus der BRD in die DDR kam und seit Mitte der 70er Jahre in der Sektion mitarbeitete, wurde vom MfS "umgedreht" und wirkte als Informeller Mitarbeiter (IM). Während dieser Zeit begann er eine wilde Polemik in Punkto China - Albanien. Er versuchte Widersprüche herauszufinden, schwor immer wieder auf Mao, bagatellierte den Schritt der Chinesen. Seine Argumente wurden immer wieder als haltlos widerlegt. Warum Niehüser diese Polemik startete, wussten wir damals nicht. Zu diesem Zeitpunkt glaubte niemand daran, dass er das Sprachrohr der Stasi war. Er hatte die Aufgabe erhalten, in der Partei die Positionen Mao's zu vertreten, Widersprüche zu schüren und einen Keil zwischen uns und die Partei der Arbeit Albanien zu schlagen.

Es waren nicht die einzigen Merkwürdigkeiten, die wir an der Person Niehüser feststellten. Zum damaligen Zeitpunkt stand er nicht unter Verdacht, ein Spitzel zu sein. Das kam erst später. "Zugute" kam ihm ein schwerer Unfall. Seitdem war er Invalide und litt offensichtlich häufig unter Schmerzen. Ein Mitleidseffekt war die Folge, und oftmals ließen wir ihn gewähren und waren seinen Argumenten gegenüber zu wenig kritisch. Es gab auch später immer wieder extreme Wandlungen seiner politischen Aussagen. Höhepunkt war z.B. eine regelrechte Kampagne seinerseits, die Sektion einzustellen. Mit der Begründung, der III. Weltkrieg steht vor der Tür, sollten alle Kommunisten in Deutschland ihre Tätigkeit einstellen. Nach dem Krieg seien sie dann diejenigen, die auf den Trümmern eine neue Gesellschaft aufbauen würden. Dafür sollten sie sich jetzt schonen. Nicht das jemand darauf hörte. Allein diese Überlegungen waren Wahnsinn. Selbstkritisch muss aber eingeräumt werden, dass wir ihn gewähren ließen. Die Kontakte froren erst nach der Verhaftungswelle 1981 ein. Ein Verdacht auf eine Spitzeltätigkeit kam aber auch dann nicht auf.

### **Die Magdeburger-Parteizelle**

Es gab in vielen Städten und Dörfern der Republik Menschen, die im Widerspruch mit der SED standen und die auch bereit waren, dafür zu kämpfen, dass dieser Staat zu Recht sozialistisch genannt wird.

Um die Jahreswende 1975/76 kam es zur Gründung der Sektion DDR der KPD/ML. Wenige Tage nach der erfolgten Gründung erhielt ich den ausführlichen Bericht darüber.

Mit einer Reihe meiner engsten Kampfgefährten diskutierte ich über das Gründungsdokument. Seit Jahren arbeiteten wir politisch zusammen, wenn auch nicht kontinuierlich. Der Schritt hin zur Partei war durch viele Diskussionen vorbereitet worden.

Also wurde unsere Parteizelle in Magdeburg gegründet. Unsere Arbeit bestand von Anfang an darin, die Partei bekannt zu machen. Wir analysierten die Situation im Betrieb und im FDGB. Wir überlegten uns, wie wir dort politisch aktiv werden könnten. In keinem anderen Bereich in der Gesellschaft wurde so offen und kontrovers diskutiert wie im Betrieb. Hier standen die Arbeiter im offenen Konflikt mit den Leitern der Betriebe, den Parteifunktionären. Im Betrieb wurde Klartext geredet. Die Propagandablase der SED zerplatzten dort besonders laut. Die Betriebsführung stand oft auf verlorenen Posten. Um keine offenen Konflikte zuzulassen, machten sie häufig Zugeständnisse den Arbeitern gegenüber.

Seit meiner Lehre als Zerspaner war ich selber Teil der Arbeiterklasse. Ich erlebte alles hautnah mit. Im Betrieb hatte die revisionistische Partei den geringsten Rückhalt. Die Kluft zwischen Produktionsarbeitern und Angestellten war immer allgegenwärtig. Wer im Büro saß, das waren die Angestellten. Dazu gehörte die Verwaltung; dazu zählten aber auch die Meister, die Technologen. Ganz oben die Direktion. Zwischen "Sesselfurzern" und Arbeitern gab es immer wieder Auseinandersetzungen. Produktionsarbeiter, die in der SED waren, konnte man an einer Hand abzählen. Und diese schämten sich mehr oder weniger dafür. Die Gründe für ihre Mitgliedschaft waren unterschiedlich. Doch ein Austritt war äußerst schwer. Wer erst einmal in der SED drin war, den ließ diese nicht so einfach wieder aussteigen. Ich habe haarsträubende Geschichten darüber gehört, was Leute unternommen haben, um wieder rauszukommen. In meinem ganzen Leben habe ich nur zwei bis drei Arbeiter gekannt, die von der Politik der SED überzeugt waren und versuchten, dies im Leben auch umzusetzen.

In der Verwaltung aber war die SED-Mitgliedschaft weit grösser. Wer weiterkommen wollte, musste schon in die Partei, das war die Realität. Aus diesen Kreisen kam die Masse der SED-Mitglieder. Karriere ohne Parteibuch war äußerst schwer und ab einer bestimmten Stufe fast unmöglich. Die wahre Gesinnung dieser Leute war deshalb auch schwerer zu erfahren. Nach aussen vertraten sie die Parteilinie, versteckten sich hinter Phrasen. Wurde man mit den einen oder anderen näher bekannt, kamen dann schon andere Ansichten zum Vorschein. Im Volksmund sprach man auch von der "8-Stunden-Ideologie". In der Arbeitszeit wurde die SED-Ideologie vertreten, und nach Feierabend war man "frei" davon.

Ein Beispiel: während meiner Armeezeit hatten wir einen Gefreiten, der von Beruf Lehrer war. Er war verantwortlich für Wandzeitungen und Kultur. Während des Politunterrichtes war er der einzige, der aktiv mitarbeitete. Ein 150-Prozentiger, hieß es immer wieder. Nach Dienstschluss entpuppte er sich aber als ein überzeugter Neonazi. Während der üblichen Saufgelage grölte er alte und neue faschistische Lieder, faselte was von der Freien Bundesrepublik usw. Ein krasses Beispiel. Aber so war es nun mal. Die SED hatte über 2 Millionen Mitglieder. Und das waren beileibe keine Überzeugten. Im Gegenteil.

### **"Ihr Arbeiter arbeitet man gut und wir regieren euch gut..."**

Zurück zum Betrieb: Die Arbeiter sollten arbeiten, der SED huldigen und ansonsten das Maul halten.

Nur: durchzusetzen war das nie. Viele Faktoren spielen da eine Rolle. Die DDR war eine Übergangsgesellschaft: weder sozialistisch noch kapitalistisch. Im Revisionismus herrschte zum ersten Mal in der Geschichte eine Ausbeuterklasse, die aus der Spitze einer Schicht von Spezialisten für Kopfarbeit hervorgegangen war. Eine Entwicklungsstufe für eine neue Ausbeuterschicht war das Ausscheren aus dem Prozess der direkten Produktion. Der Sprung aus der Produktion hin in die Sessel und an die Schreibtische der Büros ebnete den Weg. Das soll nicht heißen, dass jeder Verwaltungsangestellte bereits ein neuer Ausbeuter war. Die Arbeiter in der Produktion spürten aber, dass in der Gesellschaft etwas faul war. Diejenigen, die im Büro beschäftigt waren, standen über den Arbeitern. Sie hatten eben Privilegien.

Beziehungen waren in diesen Kreisen alles. Die Wohnungsprobleme wurden schneller gelöst. Die attraktiven Urlaubsplätze erhielten meist Angestellte. Ostseeplätze blieben dort hängen. Der Arbeiter hatte oft das Nachsehen. Die Kluft zwischen Arbeitern und Angestellten wuchs immer mehr. Die Bürokratie hatte hier ihre Basis. Die leitenden Kader im Betrieb, Verwaltung und in der Partei bildeten eine Hierarchie. Für den Arbeiter waren sie die "Sesselfurzer", Bonzen und "Parasiten". Vom ersten Tag meiner beruflichen Arbeit als Zerspaner an wurde ich mit dieser Situation konfrontiert. Hier die Arbeiter - ob Frau oder Mann - und dort oben "die" Anderen. Ein Resultat war ein Zusammengehörigkeitsverhältnis der Arbeiter untereinander. Es war eine gewisse Abkapselung der Obrigkeit gegenüber. Kollegiale Verhältnisse, ein gegenseitiges Helfen und Unterstützen waren weit verbreitet. Hatte der eine Probleme, sei es bei der Arbeit oder auch außerhalb, so gab es Unterstützung durch seine Kollegen. Man half sich gegenseitig, so gut es ging. Das

Vereinigungsprinzip war die breite Ablehnung des Überbaus. Büro, Verwaltung, Gewerkschaft und Partei - das waren diejenigen, die den Arbeitern im Nacken saßen. Die Ablehnung des DDR-Gesellschaftssystems hatte einen unterschiedlichen Grad an Intensität in der Arbeiterschaft. Diese Ablehnung war aber auch das wichtigste Bindeglied, das einigte. Eine Gegnerschaft, die auf der Grundlage einer einheitlichen Ideologie fußte, habe ich selten erlebt.

### **Wir da Unten und ihr da Oben...**

Diese Ablehnung von denen da Oben war die Grundlage dafür, dass eine Gemeinschaft entstand, die fast alles tolerierte, wenn es nur gegen die da Oben ging. Und hier konnten wir anknüpfen. Die alltäglichen Probleme im Betrieb waren es, die wir thematisierten. Die Arbeitsbedingungen standen im Mittelpunkt unserer Agitation. Mangelhafte Versorgung, miserable Umkleidebedingungen, defekte Toiletten usw. auf der einen Seite und die ständig steigende Arbeitshetze auf der anderen Seite. Jedes Jahr dasselbe Spiel: Wir müssen die Arbeitsproduktivität erhöhen, die Normen überprüfen, Überstunden fahren. Betriebsleitung, Partei und Gewerkschaft forderten das. Während der Betriebsversammlungen kam es dann immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen.

Die Begründungen für eine erneute Steigerung der Arbeitshetze wechselten von Jahr zu Jahr. Oftmals wurden auch politische Gründe gegeben, wie Aufrüstung im Westen. Meist aber war die Begründung, die sozialpolitischen Errungenschaften der DDR zu gewährleisten. In diesem Rahmen wurden dann auch Kritiken meist als gerechtfertigt angenommen. Nachdem dann die neuen Normen durchgesetzt waren, vergaß man recht schnell die berechtigten Forderungen der Arbeiter. Viele Probleme und Mißstände, die auf diesen Versammlungen zu Tage traten, wurden noch Monate später in den Gesprächen der Arbeiter thematisiert. Die Arbeiter waren bemüht, diese Probleme zu lösen; viele machten auch Vorschläge, wie die Arbeitsbedingungen verbessert werden könnten. Andere wiederum überlegten, welche Schritte gemacht werden müssten, um einen reibungslosen Arbeitsprozess zu gewährleisten ist. Es war also nicht eine verbissene Feindschaft zum Betrieb, die die Kollegen veranlasste, Überlegungen anzustellen, wie die Arbeitsbedingungen verbessert werden könnten. Wenn ihre Überlegungen, Vorschläge für Veränderungen immer wieder auf taube Ohren stießen, resignierten die Kollegen mit der Zeit. "Die machen doch, was sie wollen. Seit ich im Betrieb arbeite, seit 1965 also, immer das gleiche Spiel. Geändert hat sich kaum was", schimpfte mein Arbeitskollege auf einer Versammlung.

Am Monatsanfang gab es wenig Arbeit. Kaum Aufträge da, kein neues Material zum Bearbeiten. Am Monatsende ging es dann rund: Arbeit in Hülle und Fülle. Die Aufträge müssen aber noch abgearbeitet werden, hieß es aus dem Mund des Meisters. "Das soll Planwirtschaft sein", schimpften die Kollegen an der Maschine. Wie oft wurden die Vorgabepläne nicht geschafft! Um die Jahresendprämie zu schaffen, wurde im letzten Quartal dann alles getan. Da fuhr schon mal die Betriebsleitung nach Berlin zur Zentrale und verhandelte die Pläne neu. Die dann ausgehandelten neuen, nach unten korrigierten Jahrespläne konnten dann geschafft werden. Die Jahresendprämie war gerettet. Diese Reisen wurden zwar nie offiziell bekannt gegeben, der Buschfunk funktionierte aber und war dann ein Thema in den Pausen.

Diese ständigen Manipulation, dieses Lügengebäude "Sozialismus" war der Alltag. Daran knüpften wir in unserer Agitation im Betrieb an. Ob am Arbeitsplatz, in der Kantine, in den Pausen, immer wieder thematisierten wir diese Situation. Mal waren die Gespräche locker, mal ernster. Politische Witze waren Aufhänger, an die wir anknüpften. Die Art und Weise dieser Agitation betrachteten wir als "orale Zeitung". Warum ist das so und nicht, wie es laut Propaganda sein soll? Die Praxis sah doch ganz anders aus als die Propaganda! Wenn wir ein sozialistisches Land sind und die Arbeiter das Sagen haben, wieso geschehen solche Dinge? Warum können wir daran nichts ändern? Auf dieser Grundlage kam es dann zu Diskussionen am Arbeitsplatz oder in den Pausen. Durch diese Diskussionen begannen wir politisch aktiv zu wirken. Eine Alternative ins Gespräch zu bringen, etwa den Sozialismus, wie er in Albanien praktiziert wurde, war schwerer. Erst nach einem gründlicheren Kennenlernen der Kollegen konnten wir die Diskussionen weiter führen. Nach einer geraumen Zeit steckten wir den Kollegen dann auch mal einen ROTEN MORGEN zu. In all den Jahren habe ich nie erlebt, dass diese Zeitung abgelehnt wurde. Im Gegenteil: "Endlich sagen mal Kommunisten, was hier los ist!" "Genau so ist es. So eine Zeitung brauchen wir!"

Der ROTE MORGEN war unser wichtigstes Instrument politischen Agierens. Gedruckt auf sehr dünnem Papier, gelang das Zentralorgan auf verschiedenen Wegen in die DDR. Oftmals versteckt in Feuerlöschern wurde er im PKW eingeschleust. Aber auch aus Polen und der CSSR wurde er eingeführt. Eine Teilaufgabe wurde später dann direkt in der DDR hergestellt. Von 1977 bis 1984 erschien die DDR-Ausgabe des ROTEN MORGEN viermal im Jahr. Die Auflage entwickelte sich langsam, und zeitweise erschien er in mehreren 10.000 Exemplaren. Die Zeitung war gedacht einmal als kollektiver Organisator für die Parteizellen, andererseits als Sprachrohr der KPD. Zigtausende ROTE MOR-

GEN wurden für Steckaktionen genutzt. Die Magdeburger Ortsgruppe steckte die Zeitung meist in Briefkästen. Aber auch in Telefonzellen, auf der Post, in Kaufhäusern, Schulen, Hochschulen, Unis, in Krankenhäusern, Polikliniken, Theatern, Kinos, Straßen-, Eisen- und S-Bahnen, Bibliotheken, Discotheken usw. Wir versicherten uns jedesmal, dass wir unbeobachtet einige Exemplare des RM auslegen konnten. Vorsicht und Sicherheit stand im Vordergrund. Die Verteilaktionen in den Betrieben wurden unter besonderen Sicherheitsmaßnahmen durchgeführt. Wohlüberlegt musste hier vorgegangen werden. Eine Kontrolle auf einem fremden Betriebsgelände wäre verheerend gewesen. Wenn die Möglichkeit bestand, unter legalen Umständen in einem Betrieb zu gelangen, konnten wir unsere Materialien verbreiten. Doch nicht immer bestand diese Möglichkeit. Solche Aktionen schlugen ein wie eine Bombe. In Windeseile wurde die Nachricht verbreitet, dass in dem und dem Betrieb Flugblätter aufgetaucht waren. Allein die Tatsache, dass es Widerstand gab, war Grund einer allgemeinen Aufregung. "Die trauen sich ja was" oder "Endlich ist mal was los und die Bonzen rotieren mal wieder", hörte ich am nächsten Tag in der Mittagspause.

Kam es zu einer Anzeige, nachdem z.B. der ROTE MORGEN aufgefunden worden war, gab es Alarm bei der Stasi. Der Fundort wurde weiträumig abgesichert. Spuren wurden gesucht, der Ort des Auffindens wurde fotografiert. Unter bestimmten Umständen wurden Schnüffelhunde eingesetzt. Die umliegenden Werkhallen wurden überprüft, einschließlich der Umkleidekabinen, WC's und Duschen. In Zusammenarbeit mit der Betriebspolizei wurden Listen von Verdächtigen erstellt. Als nächster Schritt wurden die Kaderakten der Betriebsangehörigen gesichtet.

In der DDR war es üblich, von jedem Arbeiter eine so genannte Kaderakte anzulegen. In dieser Akte standen alle wichtigen Daten seines Arbeitslebens, seine Fähigkeiten und der Ausbildungsstand, aber auch solche Eintragungen wie Fehlzeiten, Verweise usw. In den nächsten Tagen wurde die Überprüfung auf alle diejenigen ausgeweitet, die verdächtig waren. In der Zwischenzeit wurden von den zu ermittelnden Stasi-Leuten Gerüchte verbreitet, die diesen Vorfall als unpolitisch hinstellen. Beliebt war auch, dem Ganzen einen kriminellen Rahmen zu geben, so nach dem Motto: Es wurde eine Tasche gefunden, in der es gestohlene Werkzeuge oder Papiere usw. gab. Deshalb sind so viele Kriminalisten und Polizisten im Betrieb. Bewusst Gerüchte zu verbreiten, war eine beliebte Methode der Staatsorgane. Das MfS besaß Richtlinien, wie dies zu geschehen hatte. Unter dem Begriff "Legende" wurden gezielt irreführende Meldungen verbreitet. Verbreiter waren dann Mitarbeiter des MfS, die im Betrieb arbeiteten. Die SED-Parteiorganisation im Betrieb wurde mit einbezogen, bewusst Falschmeldungen zu lancieren.

Mittels einer Legende wurden dann ausgesuchte Arbeiter zu "lockeren" Gesprächen eingeladen. Die Suche nach dem Verteiler von Flugblätter, Zeitungen usw. konnte Wochen dauern. Der Aufwand war riesig und band Dutzende von Kräften. Oft nutzten wir Telefonzellen, um unsere Materialien auszulegen. Eine Buckauer Telefonzelle wurde einmal über zwei Wochen lang Tag und Nacht observiert, nachdem dort der ROTE MORGEN aufgefunden worden war. Das war beileibe keine Ausnahme. In der Innenstadt wurde 1978 die Hauptstraße gesperrt, und der gesamte Verkehr wurde für einen Tag umgeleitet. Beherzte Werktätige hatten eine politische Losung in der Nacht auf die Straße gepinselt. Die Alarmglocken müssen für das MfS geläutet haben. Wochenlang wurde in der Bevölkerung darüber gesprochen. Und genau so lange wurden die Verfasser von der Stasi gesucht. Vergebens!

Es gab Exemplare des ROTEN MORGEN, die von Duzenden von Menschen gelesen wurden. Der Hinweis "Lesen und weitergeben" auf dem Titelblatt war schon richtig. Aus verständlichen Gründen gibt es keine statistischen Untersuchungen über die Leser des ROTEN MORGEN. Auch in den Akten des MfS fanden sich hierüber nur wenige Hinweise. Beklagt wurde darin die äußerst geringe Anzahl von Exemplaren des RM, die den staatlichen Dienststellen von den Bürgern übergeben wurden. Dass der ROTE MORGEN in großer Auflage verteilt wurde, war den Herrschaften wohl bekannt.

Eine regelmäßige gezielte Weitergabe der Zeitung im Kollektiv, im Betrieb bereitete den Boden für weiterführende politische Arbeit vor. Für unsere Zelle war diese Arbeit weit komplizierter, und die Sicherheitsvorkehrungen spielten eine große Rolle.

## **Die Staatssicherheit**

Anfang der 90er Jahre stellte ich einen Antrag auf Akteneinsicht bei der "Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR". Es dauerte mehrere Jahre, bis ich meine Akten einsehen konnte. Eingelegt in Ordner standen etwa 10.000 Seiten zur Verfügung. Nach den vorhandenen Akten wurde der erste "Operative Vorgang" 1971 von der Stasi getätigt. Darin heißt es dann:

### *Ideologische Positionen*

*- fanatischer Verfechter maoistischer und linker radikaler Theorien und Auffassungen*

*- versucht ständig seinen Umgebungskreis politisch negativ zu beeinflussen*

*Grund und Ziel der operativen Bearbeitung:*

- Grund der Bearbeitung ist die maoistische Einstellung und der Versuch andere Personen, insbesondere Jugendliche negativ zu beeinflussen
  - Ziel der Bearbeitung besteht in der Erarbeitung und Sicherung von Beweisen einer staatsfeindlichen Tätigkeit gemäß § 106 StGB.
- (Abteilung XX/2, OVA "Toxin", Reg. Nr. 348/M.)

Wer in der DDR einmal politisch unliebsam auffiel, wurde registriert. Und das ging schneller, als man glaubte. So kam ein Berliner ins Räderwerk der Stasi, weil er Radio Tirana hörte und darüber mit Kollegen sprach. Er wurde denunziert und jahrelang bespitzelt. In seinen Stasi-Akten las er später die Einschätzung seiner Person durch das MfS: Andreas H. "...er scheint nicht normal zu sein, da er solche Literatur liest." Und warum ist Andreas H. nicht normal? Ganz einfach, er studiert Marx, Lenin, liest die Geschichte der KPdSU/B. Und das, obwohl er nicht Mitglied in der SED oder einer anderen gesellschaftlichen Organisation ist. Diese Einschätzung des MfS sagt alles. In der Akte "MfS HA XXII 16807" fand er allein 23 Namen von MfS-Mitarbeitern, die ihn, den "nicht Normalen", bespitzelt hatten.

In der Regel wurde nach der Feststellung einer "feindlich negativen Kraft" eine Akte als "Operativer Vorgang" angelegt.

Das Anlegen eines solchen OV's bedeutete, dass es hier um eine Person ging, die so zu bearbeiten ist, dass sie als "feindlich negative Kraft" nicht mehr in Erscheinung tritt. Wann ich den Behörden negativ auffiel, konnte ich aus den Akten nicht entnehmen. Um einen OV einzuleiten, musste erst einmal "Operatives Ausgangsmaterial" vorhanden sein. Das bedeutet, es gab bereits eine Sammlung von Materialien über meine Tätigkeit, die so umfangreich war, um einen "Operativen Vorgang" einzuleiten.

Nach Stasidefinition ist ein operativer Vorgang *"die Bezeichnung der Vorgangsbearbeitung durch das Ministerium für Staatssicherheit, in dem der Verdacht strafbarer Handlungen einer oder mehrerer, bekannter oder unbekannter Person(en) geklärt wird... Der Operativ-Vorgang enthält Formblätter zu Erfassung von Personen, Objekten usw. sowie Eröffnungs- und Sachstandsberichte, Operativpläne und andere Dokumente, den Nachweis der in der Bearbeitung erreichten Ergebnisse, insbesondere der erarbeiteten Beweise sowie Art und Weise des Vorgehens zu Klärung der Verdachtsgründe."* (Wörterbuch der Staatssicherheit - Definitionen zur politisch-operativen Arbeit, Ch. Links Verlag, 1996)

Fortan wurde unter den Namen "Toxin" der OV geführt. In den Akten selber hieß ich fortan "Afro". Allein die Begründung für diesen OV sagt alles: "die maoistische Einstellung und der Versuch andere Personen, insbesondere Jugendliche negativ zu beeinflussen". Im Klartext: Wer abweichende Ansichten vertritt und

diese auch weitergibt, also nicht für sich behält, der ist gefährlich und muss bearbeitet werden.

Nachdem Anlegen des OV war eine der ersten Handlungen des MfS eine so genannte konspirative Hausdurchsuchung. Konspirativ deshalb, weil keine oder zuwenig Beweise vorlagen, die eine strafbare Handlung aufzeigen würden. Einzig das "auffällige" Verhalten, d.h. meine politische Meinung war Grund genug, eine konspirative Durchsuchung, besser gesagt einen Wohnungseinbruch vorzunehmen. Für das MfS bedeutete das in erster Linie, in die Wohnung zu gelangen, keine Spuren zu hinterlassen und keine Zeugen zu haben. Ein ganzer Stab von Stasi-Leuten führte diese konspirative Hausdurchsuchung durch. Dazu war eine umfangreiche Vorbereitungsarbeit notwendig. Das Objekt, wie es im Stasi-Jargon hieß, wurde ausgeforscht. Wohngegend, Architektur des Gebäudes. Wo sind die Keller? Gibt es Nebeneingänge, einen Hof usw.? Sämtliche Mieter wurden überprüft. Die Familienverhältnisse, Kinder, Arbeit, Krankheit usw. Gab es eventuelle Verbindungen, gleiche politische Ansichten? Wie ist der Tagesablauf? Von jeder Mietpartei wurde eine Akte angelegt. Darin wurden alle Daten und Informationen eingelegt, die für den Zeitraum der konspirativen Hausdurchsuchung wichtig waren.

Datum und Uhrzeit wurden festgelegt, wann es zum Wohnungseinbruch kommen sollte. Für jede einzelne Mietpartei wurde sodann ein Maßnahmenpaket festgelegt. Der Zweck war, die Abwesenheit aller Hausbewohner in der fraglichen Zeit zu organisieren. So wurden die Schichtpläne dahingehend ausgerichtet, dass der Mieter dann auf Arbeit gebunden war. Dazu wurden wiederum IM's im Betrieb mit eingesetzt. War der IM beispielsweise Abteilungsleiter, so musste er es durchsetzen, dass der Kollege oder die Kollegin dann Frühschicht hatte anstatt Spätschicht. Eine Rentnerin erhielt genau zur fraglichen Zeit einen Arzttermin usw. Das bedeutete, auf jeden Fall jeden einzelnen Mieter genau zu kennen, um ihn exakt an diesem Tag vom Objekt fernzuhalten. Dazu bedurfte es weit mehr als nur mit zwei, drei Leuten in die Wohnung zu gelangen und herumzuschneffeln.

Und was fanden die staatlichen Einbrecher nun so? Einige chinesischen Zeitungen, viele DDR Zeitungen, sowjetische Hefte und eine Menge von Büchern. Diese erregten ihre Aufmerksamkeit. Ein Jugendlicher, der viel liest! Und dann noch soviel politische Sachen. Er ist doch weder in der FDJ noch gar in der SED. Die "normalen" Leute haben anderes im Sinn, die beschäftigen sich doch nicht damit. Fündig wurden sie dann noch in den Büchern selbst. Notizen standen da am Rande oder Unterstreichungen gar. Oft in verschiedenen Farben. Was bedeutet das wohl? Warum einmal blau, einmal rot? Systematisch wurde alles durchstöbert. Akribisch wurde alles aufgeschrieben und fotografiert. Nachdem sich die Herren Einbrecher vergewissert hatten, dass ihr Schnüffeln

unbemerkt geblieben war, verließen sie meine Wohnung. Besser gesagt, die Wohnung meiner Eltern. Zu diesem Zeitpunkt wohnte ich mit meinen drei Geschwistern im Elternhaus.

Auf der Dienststelle wurde sodann alles ausgewertet, protokolliert und in die Akte "OV-Toxin" abgeheftet. Besuche dieser Art hatte ich in den kommenden Jahren noch viele. Dass aber bereits 1971 das MfS eine konspirative Hausdurchsuchung durchführte, daran glaubte ich damals nicht.

Von 1977 an brachen die Herrschaften dann häufig in meine Wohnung ein. Jetzt durchsuchten sie nicht nur die Zimmer, sondern fotografierten auch die Räume, Schränke, die Bücher und Zeitschriften. Die gesamte Wohnung wurde verwanzt.



Die Prinzipien der illegalen politischen Arbeit haben wir weitgehend befolgt. Beispielsweise haben wir politische Gespräche in der eigenen Wohnung weitgehend vermieden. Die Überwachung wurde deshalb massiv ausgedehnt. Eine Observationsgruppe hatte die Aufgabe der lückenlosen Kontrolle über mich in der Öffentlichkeit.

Erstmals fielen 1977 diese Observanzen auf. Ich wollte gerade beginnen, den ROTEN MORGEN in Briefkästen zu stecken, da bemerkte ich, dass jemand im Hausflur stand. Rasch steckte ich den RM unten den Pullover und verließ langsam den Ort. Die etwa 35 Jahre alte männliche Person, soweit konnte ich noch sehen, kam hervor und schaute in jeden einzelnen Briefkasten nach.

Merkwürdig, dachte ich. Nur gut, dass ich noch nichts gesteckt hatte! Ich ging die Straße entlang, schaute in die Auslagen der Fenster und beobachtete, wie derselbe Typ auf der anderen Straßenseite ging. Ich ging etwas rascher. Er ebenfalls. Ich überlegte, was ist zu tun. Etwa 100 Zeitungen habe ich noch. Keine einzige hatte ich zwar gesteckt, aber ich hatte sie am Mann.

Wer ist dieser Typ? Eine Straßenbahn kam und hielt an der Haltestelle. Im letzten Augenblick sprang ich hinein. Ich sah den Typ in einiger Entfernung stehen und war erstmal froh, ihn abgehängt zu haben. Erstaunt war ich schon, als ich nach zwei Haltestellen den Selbigen bereits an der Haltestelle stehen sah. Wie konnte das geschehen? In einiger Entfernung von mir stand er da und drehte sich um. Am linken Handgelenk trug er eine kleine Handtasche. Sie war in den 70ern weit verbreitet und nichts Besonderes. Außergewöhnlich war aber, dass er anfangs, mit dieser kleinen Tasche zu sprechen. Da war alles klar! Von diesem Tag an habe ich noch sehr, sehr viele Menschen gesehen, die in ihre kleinen Handgelenktaschen sprachen. Andere redeten mit ihrer Jacke, mit ihrem Mantel. Mit der Zeit konnte ich sie recht schnell identifizieren. Es war ihr ganzer Habitus, ihr Benehmen in der Öffentlichkeit. Was ich aber nie wieder konnte, das war ein ungezwungenes Gehen auf Straßen. Die Beobachtung der Umgebung auf Verdächtige, das Absuchen in der Spiegelung einer Fensterscheibe bestimmte fortan den Alltag. Wichtig war in dieser Situation, einen klaren Kopf zu behalten und zu überlegen, was zu tun ist. Nur keine Panik. Erst recht nicht, wenn du observiert wirst. Wie dein weiteres Verhalten sein wird, hängt auch davon ab, ob du belastendes Material bei dir trägst. Wo hin damit? Eine Menge von Verhaltensregeln mussten eingehalten werden. Viele mussten erst erlernt werden. Aus den Erfahrungen der Kommunisten im 3. Reich konnten wir vieles übernehmen. Erwähnen möchte ich hier das Buch "Erinnerungen eines Illegalen" von Erich Hanke (Militärverlag DDR). Für die Genossinnen und Genossen der Sektion war es wie eine Pflichtlektüre. Wir suchten aus den Erfahrungen der illegalen Tätigkeit der KPD zu lernen und sie auf die neuen Bedingungen einer revisionistischen Gesellschaft anzuwenden.

An jenem Tag verhielt ich mich noch unsicher. Ich konnte aber im Gewühl des Centrum-Kaufhauses unterzutauchen und hoffte, den Spitzel abgehängt zu haben. Um aber sicher zu gehen, musste ich die Zeitungen beseitigen. Was auch gelang.

Die Auswertung dieser offenen Konfrontation mit dem MfS erfolgte nach geraumer Zeit. Wir mussten davon ausgehen, dass die Partei zumindest in Magdeburg ins Visier der Stasi geraten war. Das bedeutete für uns, noch mehr Wachsamkeit an den Tag zu legen. Propagandaaktionen mussten bis ins Detail geplant und von uns selber überwacht werden. Neue Möglichkeiten mussten gesucht werden, um die Stimme der Kommunisten zu verbreiten. Es war klar, dass diese

Observationen weitergehen würden und wir entsprechend handeln müssten. Im Laufe der Zeit erarbeiteten wir gemeinsam mit unserer Genossin, die die Verbindung zur KPD-Zentrale innehatte, eine Reihe von Verhaltensregeln. Die betrafen u.a. das Verteilen des ROTEN MORGEN. Einen Teil der Auflage, die unserer Zelle erhielt, verschickten wir seitdem per Post als Drucksache. Mit einer 5-Pfennig-Briefmarke versehen und einem Phantasieabsender ging es ab. Tausende von RM's verschickten wir auf diese Weise. Adressen sammelten wir, indem die Namen von der Klingeleiste abgeschrieben wurden. Zeitschriften, wie "Neues Leben", "Armee Rundschau", "Junge Welt" usw. veröffentlichten regelmäßig Adressen junger Leute, die Briefkontakt wünschten. Für uns Grund genug, ihnen den ROTEN MORGEN zukommen zu lassen. Gleichzeitig mussten wir bestimmte Verhaltensregeln einhalten, da wir davon ausgehen mussten, überwacht zu werden. Zellsitzungen mussten immer flexibel durchgeführt werden. Die eigene Wohnung war tabu. In der Öffentlichkeit sollten wir uns nicht kennen. Eine Begrüßung war damit ausgeschlossen.

Disziplin wurde groß geschrieben. Die Uhrzeit eines Treffs mit einem Instrukteur musste exakt eingehalten werden. Am Treffpunkt war die Zeitdifferenz 2 Minuten. Wurde ausgemacht 12.00 Uhr Treff, so wurde maximal 2 Minuten gewartet. Zur illegalen Aktivität gehörte auch das Anlegen eines Depots mit wichtigen Partei-Materialien. Gut eingepackt in Fettpapier und in einer Metallkiste - Holz vermodert zu schnell - wurden die Bücher, Zeitschriften usw. im Schrebergarten eines Genossen tief eingegraben.

Was für uns nicht in Frage kam, war ein Resignieren, ein Einstellen des Kampfes. Im Laufe der Jahre erlebte ich eine Vielzahl von Observationen. Diese dauerten mal zwei Tage, aber auch schon mal eine Woche. Die Zeiträume waren verschieden. Es gab Jahre, da kamen sie zweimal. Dann gab es Jahre, da observierten sie fünf- bis sechsmal. Soweit meine Aufzeichnungen dazu.

In den MfS-Akten, die ich bei der "Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR" einsehen konnte, fehlten eine Reihe von Observierungsprotokollen, so dass eine vollständige Auflistung nicht möglich ist. Hunderte Abhörprotokolle fand ich in den Ordnern. Aber auch hier klafften Lücken. Insbesondere fehlten die Protokolle nach 1982. Eine Erklärung dafür wäre die Vernichtung durch die Stasi selbst. 1989/90 war das Jahr des "großen Reinemachens" beim MfS.

Was der Stasi aber gelang, das war das Einschleusen eines Informellen Mitarbeiters in unsere Reihen. Als Besucher der albanischen Botschaft nahm er Kontakt mit mir auf. Alles schien zufällig zu sein. Er spielte den Zurückhaltenden, den Interessierten, der über Albanien mehr erfahren wollte. Beruflich war er in der Stadtbibliothek beschäftigt. Es dauerte eine Weile, bis es

zu weiteren Kontakten in Magdeburg kam. Eine Überprüfung seiner Angaben ergab keine Diskrepanz. Seine Wohnung war übervoll mit ausrangierten Büchern aus der Bibliothek. Mehrere defekte Fernseh- und Radiogeräte standen herum. Er höre öfter Radio Tirana, deshalb finde er die albanische Politik so gut. Er war kein Draufgänger, im Gegenteil. Immer war er zurückhaltend, ermahnte einen, stets leise zu reden. Kleine Aufgaben, die er von mir erhielt, erfüllte er. Teilweise waren es bereits Dinge, die über legale Arbeit hinausgingen.

Nach langer Zeit schaffte er es, unser Vertrauen zu bekommen. Nach etwa ein- einhalb Jahren wurde er Kandidat und zahlte seinen Beitrag. Eine Bereicherung war er aber nicht. Seine Aktivitäten waren geprägt von großer Zurückhaltung und übertriebener Vorsicht. Immer wieder gab es Auseinandersetzungen mit ihm. Die Situation spitze sich immer mehr zu und er wurde auf einer Zellsitzung beschuldigt, mit seiner Art und Weise, Politik zu betreiben, uns zu sabotieren. "So arbeitet nur ein Agent!" schrie ich ihn an. "Wir können dann gleich einpacken und auf den St. Nimmerleinstag warten!" Die anderen Genossen gaben mir Recht. Er versprach Besserung, doch wir waren sehr zornig auf ihn. Dass er dann zur nächsten Sitzung mit dem Vorschlag kam, wieder Öffentlichkeitsarbeit zu leisten, freute uns damals. Ein Blick in die Stasi-Akten zeigt, warum es zu diesem "Sinnungswandel" kam. Seinem Führungsoffizier berichtete er ausführlich über die Situation und seinen drohenden Rausschmiss aus der Partei. Er erhielt die Order, weiterhin mitzumachen und erforderlichenfalls auch strafbare Handlungen zu begehen. Doch davon wussten wir damals nichts. Ein Beispiel, wie das MfS mit Hilfe seines IM "Clemens" zersetzend in die Parteizelle einzugreifen versuchte, möchte ich hier aufzeigen. Am 28. Mai 1979 hatte Leutnant Kirchner einen famosen Plan. Durch eine Information der Abteilung XXII des MfS Berlin wurde bekannt, dass ein Kurier/Instrukteur am 30.6. ein Treff mit mir haben würde. Zitat der Abteilung XX:

*"Ein Ziel einer noch auszuarbeitenden operativen Kombination ist es, dass politische Vertrauen der Zentrale der ‚KPD/ML‘ zu Polifka zu zerstören, ihn politisch zu isolieren und durch geschickte operative Maßnahmen den IMV ‚Clemens‘ als Stützpunkt der ‚KPD/ML‘ in der DDR aufzubauen, um die Verbreitung linksradikalen Gedankengutes weitestgehend einzuschränken. Aus diesem Grund wird seitens der Abteilung XXII speziell für den geplanten Kurier- bzw. Instrukteurtreff vorgeschlagen, diesen unbedingt wahrzunehmen. Jedoch soll nicht Polifka den Kurier treffen, sondern der IMV ‚Clemens‘. P. soll zu diesem Zeitpunkt des Treffs unter allen Umständen gebunden werden. Seitens des Gen. Hptm. Hagen wurden hierzu folgende Vorschläge unterbreitet: 1. Einberufung des Polifka für 3 Monate zu Reserveübungen der NVA (15.6.79).*

*Dabei ist zu beachten, dass P. nach Möglichkeit in das Objekt der Pioniereinheit in Klietz einberufen wird. Hierzu muss noch eine Absprache mit Gen. Wendt, KD Magdeburg, Abwehroffizier WKK, geführt werden.*

*2. Durchführung einer operativen Kombination, indem im SKL Flugblätter der ‚KPD/ML‘ ‚gefunden werden. Dies wird als Anlass genommen, u.a. speziell den P. zu befragen, da bereits vor längerer Zeit bekannt wurde, dass er Sympathisant maoistischer Ideen ist. Die Befragung sollte durch Genossen des VPKA, Abtl. K geführt werden. Nach der Befragung sollte eine demonstrative Beobachtung des P. durchgeführt werden, um ihn zu verunsichern.*

*Das Ziel der Vorschläge und die Durchführung eines von diesen Vorschlägen ist nur dann erreicht, wenn der Kuriertreff tatsächlich mit dem IMV ‚Clemens‘ durchgeführt wird.“ (BStU 000267)*

Und so erhielt ich nach einigem Hin und Her eine Einberufung zu einem NVA-Reservistenlehrgang zum Eisenbahnbauausbildungsregiment, stationiert in Doberlug-Kirchhain. *„Aus pol. Op. Notwendigkeit heraus, ist eine inoffizielle Kontrolle über den gesamten Ausbildungszeitraum und eine unbedingte Bindung o.g. Person am 7.7.1979 sowie 14.7.1979 erforderlich“,* heißt es in einem Stasi-Schreiben vom 2.7. (BStU 000298). In einem Dienstreisebericht der Abteilung XX/ heißt es dann:

*„Gen. Hptm. Fischer informierte darüber, dass der P. am 3.7.79 im Objekt eingetroffen sei ... Seitens des Gen. Fischer wurden bereits erste operative Maßnahmen eingeleitet,.. Eine inoffizielle lückenlose Kontrolle des P. ist auf Grund der Struktur des Regiments nicht möglich.. Aus diesem Grund wird der Gen. Hptm.Fischer der Abt. XX/8 der BV Magdeburg den Zimmerbelegungsplan nachsehen, damit seitens der Abt. XX/8 ein möglicher IM-Kandidat geprüft bzw. ausgesucht werden kann, wenn die operative Notwendigkeit besteht...“ (BStU 000299) Und zum Schluss kam dann noch eine Beurteilung meiner Person zustande: (...) *„Die Beurteilung wurde durch den ehemaligen Zugführer des P. Gen. Holzhauser erarbeitet und ist positiv ausgefallen, was die Einsatzbereitschaft des P. betrifft. In diesem Zusammenhang, ist aber unbedingt die pol.-ideol.Einstellung des P. zur linksradikalen BRD Partei ‚KPD/ML‘ zu beachten...**

*1. Die SED ist der ‚Hauptfeind in der DDR‘ (...)*

*5. „Im Rahmen ihres Kampfes gegen die Gewaltlosigkeit, lehnt die KPD/ML auch die Wehrdienstverweigerung ab. In der Ableistung des Wehrdienstes sieht sie eine günstige Gelegenheit zur militärischen Ausbildung ihrer Mitglieder sowie zur Schaffung von Stützpunkten in der Bundeswehr“ (...)* Polifka selbst führte zum Reservistenlehrgang aus: *„... er berichtet, dass er der einzige war, der den Dienst ernst genommen hat.“ (Bericht der Abt. 26 vom 20.8.1979 Bd.6)*

(BSU 000322)

Erwähnenswert ist noch, dass es zu keinem Treffen des IM "Clemens" kam und er seinen Auftrag, weiter zersetzend zu wirken, in diesem Fall nicht erfüllte. Genug davon. Dieses Beispiel soll nur zeigen, mit welcher Inbrunst die SED-Büttel arbeiteten, um die Kommunistische Partei zu zerstören. Allein der Grund sagt alles: "die Verbreitung linksradikalen Gedankengut weitestgehend einzuschränken".

## **24 Stunden rundum Bepitzelung wegen meiner "negativen Einstellung" zur DDR:**

### *Beobachtungsbericht*

*Betr: Polifka, Herbert    Wohnhaft Magdeburg, Gnadauerstr. 7*

*Für die Zeit vom 13.03.78 bis 17.03.78    Reg. Nr. des Auftragersuchens 31/78*

*Montag, den 13.03. 1978*

*Von 09.40 Uhr bis 22.25 Uhr*

*09.40 Uhr verließ "Afro" das Wohnhaus und begab sich zu Fuß zur Neuen Straße, wo er den dort befindlichen Konsum aufsuchte. Nach c. 5 Minuten verließ "Afro" das Geschäft wieder und setzte seinen Weg in Richtung Thiemplatz fort.*

*09.53 Uhr betrat "Afro" am Thiemplatz die Sparkasse, wo er nach ca. 7 Minuten wieder in Erscheinung trat. Anschließend begab er sich zu dem dort befindlichen Konsum und tätigte Einkäufe. Nach verlassen des Konsums ging "Afro" zur Neuen Straße und suchte eine Drogerie auf.*

*10.10 Uhr verließ "Afro" die Drogerie und ging auf direktem Weg zu seinem Wohnhaus, welches er um*

*10.22 Uhr betrat. (...)*

*Dienstag, den 29.04.1975*

*Von 07.00 Uhr bis 14.00 Uhr*

*07.00 Uhr wurde die Beobachtung des "Afro" am Wohnhaus begonnen.*

*09.20 Uhr verließ "Afro" das Haus und ging zur Haltestelle Thiemplatz. Hier stieg er ca. 10 min. später in eine Straßenbahn der Linie 12 in Richtung Stadtmitte.*

*09.45 Uhr stieg er vor dem Interhotel aus und setzte seinen Weg zur Wilhelm-Pieck-Allee Richtung Karl-Marx-Straße fort. Hierbei betrat er die Apotheke und die Drogerie in der*

*Wilhelm-Pieck-Allee. Anschließend begab er sich in das Centrum-Warenhaus. Hier sah er sich bei Schallplatten, Herrenbekleidung die Auslagen an. In der Gaststätte trank er etwas.*

*10.10 Uhr verließ er das Kaufhaus wieder und ging langsamen Schrittes weiter zum Nordabschnitt. Hier betrat er dann die Verkaufsstelle "Ratswaage". Er kaufte Bier, Zigaretten, Kaffee und Schokolade im Werte von 11,18 M. Nachdem er dieses in seiner mitgeführten Umhängetasche verstaute hatte, setzte er*

*10.23 Uhr seinen Weg zum Kaufhaus Olympia fort. Hier wartete er bis*

*10.29 Uhr eine Straßenbahn der Linie 2 kam, mit der er bis zur Haltestelle Thiemplatz fuhr. Hier verließ er die Straßenbahn und ging zur Wohnung, welche er*

*10.52 Uhr betrat.*

*13.35 Uhr verließ "Afro" das Haus und ging zur Straßenbahnhaltestelle in der Straße der DSF. Hier stieg er in eine Straßenbahn der Linie 12 und fuhr bis zum SKL. Hier stieg er aus und betrat*

*13.48 Uhr das SKL durch den Haupteingang.*

*14.00 Uhr wurde die Beobachtung für diesen Tag beendet. (...)*

*Abteilung XX*

*Magdeburg, 13.10.1977*

*Az./Gen. Hagen*

*B-Objekt "Toxin"*

*Vertrauliche Dienstsache*

*Informationsbericht vom 6.10.1977*

*14.38 Uhr H. Betritt das Objekt. Er stellt gleich das Radio an, den NDR.*

*15.50 Uhr H. verlässt das Objekt wieder.*

*17.00 Uhr H. und P. betreten das Objekt. H. Stellt gleich den FS-Apparat an, die Programmvorschau vom FS-DDR.*

*17.10 Uhr H. Stellt um auf ARD-FS.*

*17.25 Uhr Wieder FS-DDR- Aktuelle Kamera*

*17.45 Uhr Beide bereiten das Abendbrot vor, dabei wird dann ein Trickfilm vom ZDF gesehen.*

*18.35 Uhr Beide albern herum.*

*19.00 Uhr Umgeschaltet auf FS DDR II*

*19.25 Uhr FS von ZDF*

*21.00 Uhr H. hat ARD, einen Krimi angestellt.*

*22.05 Uhr Im Objekt ist Ruhe, beide gehen schlafen.*

*F.d.R.d.A.  
Matthias  
Oltm.*

Und so vergeht ein Tag nach dem anderen. Diese 24-Stunden-Kontrollen, sie waren in den 19 Jahren politischer Aktivität meinerseits nicht durchgehend. Sie erschwerten die politische Aktivität ungemein. Immer wieder wurden Wege und Mittel gefunden, dennoch politisch aktiv zu agieren. In Zeiten besonderer Aufmerksamkeiten durch das MfS - beispielsweise in den Wochen, als der Schah von Persien die DDR besuchen wollte. Die Zusammenstellung einer 24-Stunden-Kontrolle zeigt es deutlich:

*5.10 Uhr: Afro steht auf*

*5.11 Uhr: Rasieren (trocken), Zähneputzen*

*5.15 Uhr: Oase (die Ehefrau) steht auf. Gähnen.*

*5.15 Uhr: Westradio - NDR 2 - wird gehört.*

*5.18 Uhr: Oase tätigt Morgentoilette.*

*5.29 Uhr: Afro verlässt das Objekt.*

*5.44 Uhr: Oase verlässt das Objekt.*

*5.45 Uhr: Im Objekt herrscht Ruhe.*

*(...)*

*Eine Observationsgruppe "begleitet" mich bis zum Betrieb.*

*Dort stehe ich unter "Aufsicht" der IM's "Bernd" und "Dreher".*

*Keine besonderen Vorkommnisse, heißt es dann lapidar.*

*14.00 Uhr: Am Haupttor Weiterführung der Beobachtung:*

*14.32 Uhr: Afro schlendert die Straße entlang.*

*14.39 Uhr: Afro betritt einen Konsum. Kauft Waren im Wert von 11.47 Mark.*

*15.01 Uhr: Afro betritt das Objekt.*

*15.04 Uhr: Afro hört albanische Musik.*

*16.00 Uhr: Westfernsehen läuft. Eine Sendung über F.J. Strauß läuft auf ARD.*

*16.10 Uhr: Afro lacht über Strauß.*

*16.13 Uhr: Afro schimpft über Genossen Erich Honecker.*

*19.11 Uhr: Afro albert mit Oase herum*

*19.27 Uhr: GV mit Oase*

*19.55 Uhr: Unruhe im Objekt*

*20.02 Uhr: Oase badet*

*20.33 Uhr: Afro badet*

*21.01 Uhr: beide essen Abendbrot, Afro schlürft laut seinen Tee*

*22.08 Uhr: beide gehen ins Bett*

22.29 Uhr. Es herrscht Ruhe im Objekt.

Einige Beispiele aus dem "Betriebsleben" des MfS und ihren Zuträgern:

XX17

Magdeburg, d. 5.02.80

Bericht zum 4. Gespräch mit der Kontaktperson "Dreher"

*(...) Auftragsgemäß versuchte "Dreher" seine Kontakte zum Kollegen Polifka weiter auszubauen. Diese Kontakte sollen in naher Zukunft auf der Ebene "von Kollegen zu Kollegen" vertieft werden und später auch zu einem politischen Vertrauensverhältnis zwischen P. und "Dreher" entwickelt werden. (...) Bei besonderen Vorkommnissen im Betrieb, die in Verbindung mit dem Kollegen Polifka stehen, wird "Dreher" den op. Mitarbeitern umgehend verständigen".*

Und er verständigte sie auch bald. Ich hatte Probleme mit dem Fernsehempfang. Die Antenne stand ungünstig auf dem Dach. Ein Kollege hatte die gleichen Probleme. Wir suchten auf dem Schrottplatz des Betriebes Material, um einen Antennenmast herzurichten. Ein ca. 2 m langes Rohr, Durchmesser ca. 10 cm, war das Ausgangsmaterial. Einige Löcher wurden gebohrt, Gewinde geschnitten, entgratet - und fertig. Jeder arbeitete eine halbe Stunde an sein "Prachtstück". Die Kontaktperson "Dreher" sah das anders. Umgehend informierte er seine MfS-Stelle und meldete alles. Sie vermuteten den Bau einer "Rohrbombe". Und das hieß: Alarm! Damals wunderte ich mich über eine "normale" Polizeikontrolle, als ich auf dem Heimweg war und den Mast dabei hatte. Umständlich wurde mir erklärt, dass ich mit zur Buckauer-Wache kommen soll. Dort wurde der Mast vorläufig eingezogen, ich bekäme später Bescheid. Damals hatte ich keinen Verdacht, geschweige denn eine Ahnung, warum das ganze Theater mit dem Rohr. Tatsächlich: Es bestand der Verdacht, ich begänne damit, Bomben herzustellen. Sofort wurde überprüft, wer in der Halle mit Sprengstoff umgehen kann. Insbesondere wir zwei standen jetzt im Verdacht. Immerhin wurde die KPD-Sektion von der Abteilung "Terrorismus" mit bearbeitet.

*Dringend:*

*(...) -Gehören die op. Interessanten Personen, einschließlich Polifka, der Kampfgruppe oder wehrsportlichen Kollektiven (GST) bzw. der Feuerwehr an, welche Kenntnisse besitzen sie über Lagerung, Pflege, Anzahl von Waffen, Geräten usw. (einschließlich ZV) im SKL.*

*-Haben diese Person (en) Kenntnisse über bzw. Zugang zu VVS und ähnliche schutzpflichtige Informationen bzw. haben sie Arbeiten für die bewaffneten*

*Organe durchgeführt. (...)*  
*Leiter der Abteilung XX, Reif - Major*

Es könnten noch etliche Beispiele ähnlichen Kalibers vorgestellt werden. Ob nun "Dreher" oder "Bernd", "Sekretärin" und wie sie alle hießen, ihre Aufgabe war es, mich unter operativer Kontrolle zu halten. Oft haben sie "Wasser und Blut" geschwitzt (Originalaussage): So beschrieb IM "Bernd" einmal, wie er in der Pause an meine Maschine "heranschlich" und meinen Brotbeutel kontrollierte. "Der Polifka liest wieder den ‚Eulenspiegel‘ und das ‚Neue Deutschland‘." Andererseits konnten sie meine umfangreichen Kontakte zu den kubanischen Kollegen nicht erkennen: "Zu den Kubaner hat Polifka bisher noch keine sichtbaren Kontakte knüpfen können." Ende der 70er Jahre kamen Hunderte Kubaner in unseren Betrieb. Sie wurden kurz ausgebildet und mussten dann in der Produktion arbeiten. Mit einigen Kubanern hatte ich gute Beziehungen knüpfen können.

Zu den pervertierten Maßnahmen des MfS gehörte der Einsatz so genannter "Romeos" und "Julias". Das waren Personen, die im Dienste des MfS standen und die Aufgabe hatten, ein Liebesverhältnis aufzubauen. Damit konnte das MfS familiären Konflikten hervorrufen. Durch den Einsatz dieser Personen sollte ein Abgleiten in kriminelle Handlungen gefördert werden. Das MfS hätte die Möglichkeit, Erpressungen vorzunehmen, die scheinbar unpolitisch waren. Aufgabe dieser geplanten Beziehungen sollte es sein, die politischen Aktivitäten gänzlich zu verhindern, mindestens zu lähmen. Tatsächlich versuchten sie mehrere Male, diese Maßnahmen anzuwenden. Das Ergebnis war aber niederschmetternd:

*"7. Für Zersetzungsmaßnahmen anderer Art fehlen aufgrund des Lebenswandels und der Moral der Personen P. und Sch. Trotz kontinuierlicher Suche nach Ansatzpunkten (in Übereinstimmung mit der DE XXII) bisher die Voraussetzungen." (MfS Reg. Nr.VII, 348/71)*

Dafür versuchte das MfS in das Familienleben direkt einzugreifen. Als Mittel zum Zweck wurden die Kinder betrachtet. Bereits 1979 versuchte das MfS unserem Genossen Hans Werner Schulz den Sohn wegzunehmen. Geplant war, den kleinen Kevin von einem IM-Arzt untersuchen zu lassen. Der sollte dann schwere psychische Probleme feststellen und das Kind in einem weit entfernten Kinderheim unterbringen. Langfristig sollte das Kind den Eltern weggenommen werden. Das Familienleben sollte gestört werden. Dadurch sollten die Aktivitäten für die Sektion gänzlich wegfallen. Aber auch dies mißlang. So war

in den Stasi-Akten zu lesen, dass der IM-Arzt das ganze Spiel nicht mitmachte:

Abteilung XX/8

Magdeburg, 02.07.1979

Ki-l

Aktenvermerk

*Am 25.06.1979 wurde nach vorheriger Abstimmung mit der KD Magdeburg, Referatsleiter Hptm. Müller, Dieter, gegen 12.30 Uhr der amt. Leiter der Kinderklinik des Altstädtischen Krankenhauses, Dr. med. Meinhard, in Ottersleben aufgesucht.*

*Dr. Meinhard wurde seitens des Unterzeichnenden gebeten, eine Untersuchung des Kindes Kevin des Schulz, Hans-Werner zu arrangieren. Diese sollte am Donnerstag, den 28.06.1979 in den Vormittagsstunden in der Kinderklinik in Ottersleben, Frankenfelde stattfinden.*

*Dr. Meinhard konnte dieser Bitte nicht nachkommen.*

*Gründe:*

- 1. Das Kind wird von der Außenstelle, d.h. Poliklinik in Reform bzw. durch die Mütterberatungsstelle betreut.*
- 2. In der Kinderklinik des Bezirkskrankenhauses werden zentral nur Gelbsuchterkrankungen behandelt. Da Kind Kevin Schulz ist bisher jedoch noch nicht an Gelbsucht erkrankt gewesen. Auch wurde er bisher noch nicht in den Karteien der Kinderklinik geführt.*
- 3. Die Erfahrung seitens des Dr. Meinhard besagt, dass nur. ca. 50% der vorgeladenen Eltern von Kleinkindern erscheinen, wenn sie diese von einer Stelle erhalten, die nicht für sie zuständig ist. Es ist mehr so, dass die Eltern dann die zuständige Gesundheitseinrichtung aufsuchen und um Klärung bitten. Dr. Meinhard könnte in solch einem Falle eine Abdeckung des Vorladungsgrundes nicht mehr gewährleisten.*

*Zum Schluss des Gespräches wurde Dr. Meinhard darum gebeten, über den Gesprächsinhalt gegenüber 3. Personen zu schweigen, was er nachdrücklich versprach.*

*Das Gespräch verlief in einer freundschaftlichen und aufgeschlossenen Atmosphäre.*

*Referatsleiter*

*Hagen*

*Kirchner*

*Hauptmann*

*Leutnant*

(BStU 000295)

Jeder Familienstreit wurde registriert, ausgewertet und nach Möglichkeiten gesucht, daran anzuknüpfen. Ziel sollte es sein ,die persönlichen Probleme aufzubauschen und die Familienverhältnisse zu zerrütten. Hier ein Beispiel:

*Abt. XX*

*Gen. Kirchner*

*Magdeburg, d. 7.04.1980*

*B-Objekt "Toxin III"*

*kann man hier beeinflussen?*

*Vertrauliche Dienstsache*

*Informationsbericht vom 5.4.80*

*Gegen 9.07 Uhr kam es zwischen beiden Personen zu einem Streit. Der auslösende Faktor war, dass Herbert Schokolade, die für Ostern bestimmt war, aufgegessen hat. Petra regte sich darüber mächtig auf (...) Ab 9.25 Uhr war nur noch Radio zu hören. Ab und zu meldete sich noch der Rico (...)*

Die Observationen blieben aber nicht unbemerkt und eine Reihe von Gegenmaßnahmen waren die Folge. So präparierte ich unsere Wohnung mehrmals, um festzustellen, wann es zu Wohnungseinbrüchen kam. 1978 heirateten wir in Magdeburg. Unter den Namen "Oase" wurde Petra, meine Frau, als Terroristin betrachtet. Unsere Hochzeitsfeier wurde "unter Kontrolle gehalten" und mehrere Stasi-Leute beobachteten diese Zeremonie. Ziel unsere Hochzeitsreise war Moskau. In der Zeit, wo wir unseren Hochzeitsstrauß vor die Kremelmauer legten, durchsuchte das MfS unsere Wohnung. Was sie nicht wussten, war, dass sie präpariert war, um festzustellen, ob es zu einer Wohnungsdurchsuchung kam. Der unordentliche Zustand war also bewusst "gestaltet" und vom MfS nicht erkannt worden:

*Bericht*

*6.6.78*

*Über die durchgeführte konspirative Durchsuchung der Wohnung des "OV Toxin"*

*(...) Am 17.5.78 wurde die Wohnung der oben genannten Person in der Zeit von 09,30 Uhr bis 13.40 Uhr konspirativ durchsucht. Die Wohnungstür wurde mittels eines Schließgerätes geöffnet. Hierbei traten keine Komplikationen auf (...) Die Wohnung selber wurde in einen unsauberen, unordentlichen Zustand vorgefunden. Es lag alles durcheinander; der Tisch war nicht abgeräumt, die Betten nicht gemacht und Bekleidungsstücke lagen auf den Fußboden herum. Jedoch in*

*den Schrankteilen, wo sich die aufgefundenen Schriftstücke, Zeitungen und Broschüren befanden, herrschte Ordnung (...)*

Probleme bereiteten dem MfS immer wieder die Abhöranlagen. Wohnungsrenovierungen, Umbauten der Einrichtung usw. bereiteten Kopfschmerzen. Sollte die Wohnung neu tapeziert werden, musste schnell gehandelt werden, um ein Entdecken der Wanzen zu vermeiden. Aber auch die Qualität der Ton-Aufnahmen war schlecht. Mehrmals mussten die Anlagen neu eingebaut werden.

*Abteilung XX/8*

*Magdeburg, 25.04.1979*

*A K T E N V E R M E R K*

*Am 18.04.1979 fand in der Zeit von 13.30 Uhr bis 15.00 Uhr eine Absprache zwischen Gen. Olt. Schulze (Abt.26) und den Unterzeichner statt, mit dem Ziel, der Vorbereitung einer operativen Maßnahme der Abt. 26 zum OV "Toxin".*

*Seitens der Abt. 25 wird eingeschätzt, dass die Qualität der Informationen zum OV "Toxin" ... sehr stark durch technische Probleme der eingebauten Technik im Objekt "Afro" beeinträchtigt wird.*

*Es wird deshalb eine Verbesserung der Übertragungstechnik angestrebt...*

*Abteilung XX/B*

*Magdeburg, 2.5.1979*

*A K T E N V E R M E R K*

*Am 25.4.1979 wurde eine operativ-technische Maßnahme der Abt. 26 im Objekt "Afro", ...durchgeführt. Die drahtlose Übertragungseinrichtung wurde durch eine drahtgebundene ersetzt. Die Aktion verlief reibungslos.*

Die Überwachungsmaßnahmen genügten dem MfS noch nicht. Wohnungen wurden angemietet. Ein IM mietete eine Wohnung in der Nähe. Die Wohnungseinrichtung besorgte und bezahlte das MfS. Diese sogenannte Ausgangswohnung war ein fester Stützpunkt im Rahmen der Observationen. Nach unserem Umzug in eine Plattensiedlung 1981 wurde die Nachbarwohnung dafür genutzt. Ausgangswohnungen bzw. Stützpunkte des MfS wurden gegenüber allen Genossen der "Magdeburger Zelle" eingerichtet.

Bis zu welchem Zeitpunkt, ist aus den Stasi-Akten nicht erkennbar. Wahrscheinlich bis 1989. Hier eine Aktennotiz dazu:

*Abteilung XX*

*30.1.81 Magdeburg*

*Aktenvermerk zur Umsetzung der Ausgangswohnung des B-Objektes "Toxin III"*

*(OV "Toxin": Reg. Nr. VII/348/71)*

*Zur Gewährleistung einer hohen Konspiration des B-Objektes, "Toxin III", macht sich eine Umsetzung der Ausgangswohnung erforderlich.*

*Nach Absprache der Referatsleiter, Gen. Hptm. Hagen (XX/7) und Gen. Hptm. Groch (XX/4) wurde festgelegt, dass die Ausgangswohnung durch den IMS "BERND Hübner", Reg. Nr. VII/ (Führungsoffizier, Gen. Oltm. Schuart, XX/4) bezogen wird. In Zusammenarbeit mit Gen. Fischer der KD Magdeburg wurde am 16.12.1980 eine Wohnungszuweisung, ausgestellt auf den Namen des IME "Bernd Hübner", beschafft.*

*Die Wohnungszuweisung wurde durch Gen. Meißer XXX im Beisein des 1. Stellvertreters des Stadtbezirksbürgermeisters, Gen. Lakner, XXX ausgestellt.*

*Die Konspiration des IMS, wie auch des B-Objektes ist gewährleistet.*

*Am 2.12.1980 wurden dem Unterzeichner von der Kontaktperson "Veronika" die Wohnungsschlüssel übergeben.*

*2 Sicherheitsschlüssel für die Wohnung*

*1 Wohnungsschlüssel*

*1 Haustürschlüssel*

*1 kleiner Bodenschlüssel*

*1 kleiner Kellerschlüssel)*

*In der Küche der Wohnung befinden sich noch Küchenmöbel, die dem IMS zur Nutzung übergeben werden. (Der Kauf der Küchenmöbel, des Linoleum sowie der Antennenanlage wurde ebenfalls am 22.12.80 durchgeführt. Die Kosten wurden quittungsmäßig abgerechnet - OV "Toxin", Reg. Nr. VII/348/71)*

Wie sahen die Berichte, die Rapports des Spitzels aus? Zwei Beispiele:

*Magdeburg, 01. 07. 1979*

*Information*

*Durch Gespräche mit XXX und mit XXX wurde mir folgender Sachverhalt zur Versorgungslage bekannt: In den Mütterberatungsstellen in Nord und in Buckau, genaue Anschrift ist mir nicht bekannt wird unter den jungen Müttern, die zur Zeit Babys zu versorgen haben über massive Mängel bzw. nicht zeitweiliges Vorhandensein folgender Artikel sehr aufgebracht und erregt diskutiert. In Buckau bekommt man über längere Zeit keinerlei Zwieback, es fehlt an Zellstoff, Nuckel werden nur gelegentlich verkauft und pro Kind gibt es nur 2 Windeln. Ein weiterer Engpaß sind Gummispreizhöschen für Babys, die aus orthopädischer Sicht unbedingt notwendig sind und eine Babycreme, DDR-Produktion "Babymild". Über jetzt nicht Vorhandensein dieser Artikel, bzw. ihr nur gelegentliches Eintreffen sollen sich nach Auskunft der o.g. Quellen die jungen*

*Mütter in den Beratungsstellen sehr aufgebracht geäußert haben. Herbert hat mich beauftragt, mir doch mal zu überlegen, ob ich nicht einen kurzen kritischen Artikel zu diesem Problem schreiben könnte, unter dem Arbeitstitel "Jahr des Kindes in der DDR". Ich habe vom Prinzip her erst mal zugesagt, die Details werden mit meinem Führungsoffizier abgesprochen.*

*Gez. "Clemens"*

*F.d.R.d.A.*

*Jaeger*

*Abteilung XX*

*Magdeburg, 13. Februar 1980*

*Rapport*

*Der IMV "Clemens" des Ref. XX/7 berichtete beim Treff am 12. 02. 1980, dass der im OV "Toxin" operativ-bearbeitete P. ein Flugblatt auf Ormig-Matrize mit Schreibmaschine mit der Überschrift "Verschärfte Arbeitshetze, Preissteigerung-Perspektive für die 80iger Jahre, ", Größe A 4 gefertigt hat.*

*P. übergab dem IMV diese Matrize mit dem Auftrag, zunächst mindestens 50 Exemplare anzufertigen.*

*Inhaltlich wendet sich P. in dem Flugblatt gegen die Preis- und Wirtschaftspolitik der DDR und fordert indirekt ein geschlossenes Handeln der Arbeiter gegen die DDR. Abschließend fordert er als KPD-M/L (DDR) auf "Kontakt aufzunehmen zu Adressen in Dortmund, Duisburg und in Berlin-West.*

*P. äußerte die Absicht, diese Flugblätter zunächst im eigenen Arbeitsbereich zu verteilen.*

*Leiter der Abteilung*

*i.V. Schenke*

*Major*

1977 begann ich eine Sammlung wichtiger Dokumente anzulegen, die die Politik der modernen Revisionisten entlarvte. Diese Schrift trug den Namen "Es lebe der Marxismus-Leninismus" und wurde in 5 Exemplaren mit meiner Schreibmaschine "Mercedes" hergestellt. Ich hatte bereits Monate vor der Fertigstellung darüber gesprochen und darauf hingewiesen, dass wir darüber dann diskutieren wollten. Dem MfS blieb das nicht verborgen. Die zuständige Einbrecherbande des MfS besorgte mehrmals Abschriften. In kurzen Abständen brach sie in meine Wohnung ein und kopierte den jeweiligen Stand der Dokumentensammlung. In einem Aktenvermerk zum OV "Toxin" heißt es:

Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Magdeburg

Abt. XX

Magdeburg, den 29.09.1977

*(...)Als Anlage übersenden wir ihnen ein 329 Seiten umfassendes Machwerk mit dem Titel "Es lebe der Marxismus-Leninismus!" (...) Dieses "Machwerk" wurde von einer 23-jährigen männlichen Person aus Magdeburg verfasst und stellt das Manuskript eines Buches dar, welches er schreiben will. Titel: "Es lebe der Marxismus-Leninismus!" Diese Person ist Arbeiter mit Berufsabschluss, hat den Abschluss der 10. Klasse und ist physisch und psychisch normal veranlagt. (...)*

*Leiter der Abteilung XX*

*Reif*

*Major*

Abt. XX/7

Magdeburg, den 28.10.77

*Am 24.10.77 gegen 12.10 Uhr informierte Gen. Major Wendorf den Gen. Hptm. Hagen über eine telefonische Absprache mit der HA IX, Gen. Koburger; zum OV "Toxin". Das an die ZAIG mit Schreiben vom 29.09.77 Tgb. Nr.4609 übersandte "Machwerk" des Polifka wurde von der ZAIG an die HA IX weitergeleitet. Von der HA IX wurde das Machwerk den Gen. Oberst Prof. Dr. jur. sc Eck, Juristische Hochschule Potsdam-Golm, übergeben, der sich z.Z. mit diesem Material befasst. Gen. Koburger informierte, dass aus der Sicht der HA IX zur gegenwärtigen strafpolitischen Situation das Material kaum als Beweismaterial zur objektiven Seite des Strafbestandes des § 106 StGB verwendet werden kann. Gen. Koburger empfahl eine Festnahme gemäß § 106 StGB auf frischer Tat. Der Gen. Wendorf informierte, dass zu gegebener Zeit eine entsprechende Einschätzung der HA IX bzw. der JMS unserer DE zu gehen wird. Eine Konsultation der HA IX mit der Abt. IX BV Magdeburg wird nach Auffassung des Gen. Wendorf erfolgen.*

### **Aus dem Parteileben**

Die SED-Bonzen taten alles, um die KPD zu zerstören. Ihnen waren alle Mittel recht. Aber auf eins achteten sie besonders: kein Wort darf an die Öffentlichkeit kommen. Die Existenz der KPD wurde geleugnet auf Teufel komm raus. Die Thematik betraf ja nicht allein eine Partei, die im Widerspruch zur SED stand. Hier ging es um existenzielle Fragen und Probleme des Sozialismus.

Die in den Fünfziger Jahren erfolgte Spaltung der Internationalen

Kommunistischen und Arbeiterbewegung durch die Revisionisten der Sowjetunion spielte eine wichtige Rolle. Die Rückschritte in den Ländern, die den Kurs der Chruschtschowianer folgten, führten zu diesen Entartungserscheinungen. Die Gründung der KPD/ML 1968 in Hamburg war die Antwort auf diesen revisionistischen Kurs.

Wir diskutierten in den Zellsitzungen ausführlich über diese Problematik. Sehr zu Gute kamen uns die Gespräche mit den albanischen Genossen. Sie waren nicht die Belehrenden und wir diejenigen, die alles nur akzeptieren sollen, wie es unter Revisionisten üblich ist. Eine offene Atmosphäre herrschte in den Gesprächen. Genosse Idriz erklärte uns einmal, dass die albanischen Kommunisten nur Kontakt zu den Kommunisten der DDR unterhalten, aber keine zu den Bonzen der SED. Die diplomatischen Beziehungen, die auf der untersten Ebene stattfinden, sind das eine. Die Kontakte zu den Verrätern der SED-Führung sind das andere und die wollen wir nicht. Albanien lehnte alle offiziellen Feierlichkeiten, Paraden usw. in der DDR ab.

Auch in Albanien gab es Leute, die den Kurs der Chruschtschowianer mittragen wollten. Dabei spielte auch eine Rolle, dass die Sowjetunion ein großes und mächtiges Land war. Die Oktoberrevolution, der sozialistische Aufbau, der Sieg gegen den Faschismus, ihre Rolle als Befreier usw. Das alles war untrennbar mit der Sowjetunion verbunden. Ihre Stellung und Achtung in der kommunistischen Weltbewegung fußte gerade auf diese Tatsachen.

Dürfen wir uns da gegen die Sowjetunion und ihre Parteiführung stellen? Der revisionistische Kurs war ja nicht sofort zu erkennen. Und wenn, blieben nicht die Betriebe weiterhin Volkseigentum? Im Überbau, im sozialen Bereich usw., alles hatte doch einen sozialistischen Namen. "Die Führung kann ja revisionistisch sein, das Land bleibt aber weiterhin sozialistisch." Viele Menschen glaubten das und die Revisionisten förderten diese Ansicht sogar noch. Erst allmählich wurde klar, dass die Sowjetunion von den Prinzipien eines sozialistischen Staates immer mehr abwich. Eine Partei aber, die nicht weiter den Weg zu einer kommunistischen Gesellschaft beschreitet, die wird entarten und früher oder später zurück in den Kapitalismus führen.

Leute, die in Albanien diesen Weg beschreiten wollten, wurden entlarvt und öffentlich kritisiert. Die Öffentlichkeit - für eine Kommunistische Partei ist sie lebensnotwendig. Sie zeigt, dass Kommunisten nichts zu verbergen haben - anders als die Revisionisten. Auch wenn einige wenige gewisse Verdienste in der Vergangenheit hatten, konnte darauf keine Rücksicht genommen werden. Vergangener Ruhm und Verdienste, den hatten auch einige Leute in den revisionistischen Ländern. Sie nutzten das auch schamlos aus, um ihre verräterische Politik zu maskieren. Sie unterdrückten die Auseinandersetzungen, die in den 50er Jahren die kommunistische Weltbewegung betrafen.

Die albanischen Genossen betonten immer wieder, dass man nicht Kommunist sein kann, wenn man Angst hat, Kritik zu üben oder zu allen Fragen offen zu äußern, was man denkt, wenn man die Kritik und die Gedanken der Genossen unterdrückt.

Die Partei der Arbeit Albaniens hat niemals ihre Fehler und Mängel verheimlicht. Sie hat sie mutig und vor aller Welt enthüllt und kritisiert... Hat das etwa das Vertrauen des Volkes in die Partei erschüttert? ... Im Gegenteil, das Volk hat sich noch enger mit der Partei verbunden. Die innerparteiliche Demokratie besteht darin, dass jeder Kommunist aktiv an der Ausarbeitung und Umsetzung der Parteilinie teilnimmt und offen die Mängel kritisiert und Selbstkritik an seinen eigenen Schwächen übt. Die Demokratie wird durch Debatten und Meinungsstreit gefestigt. Der richtig geführte Meinungskampf ist nicht ein Ausdruck mangelnder Einheit, sondern ein notwendiges Mittel zu ihrer Festigung. Dort, wo der Meinungsaustausch fehlt, wo trügerische Ruhe und Harmonie herrschen, dort gibt es Stillstand, wie in der DDR. Hier hat die Einheit formalen Charakter. Eine solche Einheit ist überaus schädlich, zersetzt die Organisation und führt zu bösen Überraschungen. Die Furcht vor Meinungsstreit ist ein Merkmal des Kleinbürgers, des Bürokraten, der keine Scherereien wünscht, der sich nicht den Kopf zerschlagen will.

Es ist gerade die große Aufgabe in erster Linie der Arbeiterklasse, dieser Entartung einen Riegel vorzuschieben, die Verwandlung des Staats und der Staatsorgane von Machtorganen des Proletariats in Machtorgane über das Proletariat zu verhindern. Die Kader müssen Diener der Massen sein.

In der Sowjetunion führten jene Kader die Konterrevolution durch, die sich der Kontrolle und der Führung der Arbeiterklasse entzogen hatten, die den revolutionären Geist eingebüßt hatten und verbürgerlicht waren.

Die Kader mit bürokratischer oder liberaler Mentalität, die meinen, sie seien unantastbar, sie seien bevollmächtigt, alles tun und entscheiden zu können, muss die Partei vors Schieneneisen treten und augenblicklich vom hohen Ross stoßen. Die Erziehung des Kaders in der Schule der Klasse bedeutet, dass er zusammen mit ihr arbeitet, dass er schuftet und schwitzt wie die Klasse. Der Kader muss sein Leben lang Revolution machen, allein und mit anderen in der Revolution stehen. Das muss ein Gesetz sein, andernfalls setzt er Schimmel an, wird von kleinbürgerlicher Verkalkung befallen, die viele Namen hat: Hochnäsigkeit, Arroganz, Karrierismus.

Unter Führen verstehen wir Kommunisten, die Massen von der Richtigkeit der Politik der Partei zu überzeugen. Jeder Versuch, sich den Massen durch Befehle, durch die mechanische Anwendung der führenden Rolle der Arbeiterpartei aufzuzwingen, entfernt sie von den Massen. Die Überzeugung wird in erster Linie durch die Tat, die mit dem Wort eins sein muss, erreicht.

Strenge Regeln wurden auch in Sachen Kaderrotation in Albanien eingeführt. Der bürokratische Widerstand, der die Rotation einer Anzahl von Kadern verhinderte, insbesondere von sich unersetzbar vorkommenden Spezialisten in den Ministerien und Wissenschafts- und Bildungsinstituten, musste immer wieder gebrochen werden.

So wie das Privateigentum täglich Kapitalismus hervorbringt, wecken auch "fette Gehälter" den Wunsch, noch größere, regelmäßige und unregelmäßige Gewinne zu schaffen, sie erwecken den Wunsch, besser als andere zu leben, zu essen und sich besser als andere zu kleiden, sie erwecken den Wunsch zu verbürgerlichen, wobei man sich hinter kommunistischen Losungen verbirgt.

Den albanischen Genossen ist die große Gefahr der Entstehung des Revisionismus innerhalb der Partei der Arbeiterklasse klar. Genosse Idris betonte mehrmals, sollte Albanien einmal revisionistisch werden, ist es die Pflicht aller Kommunisten, dagegen anzugehen. "Auch ihr deutschen Genossen seid dazu verpflichtet. Ihr müsstet dann mithelfen, das revisionistische Regime in Albanien zu beseitigen."

Anders als der alte Revisionismus Bernsteins, Kautskys usw., der von den Almosen der herrschenden Bourgeoisie sein Leben fristete, war der moderne Revisionismus ein an der Macht befindlicher Revisionismus, der über ein großes ökonomisches und militärisches Potential verfügte. Das Übelste aber war, dass dieser Revisionismus an der Spitze der Sowjetunion, des ersten sozialistischen Staates, und der Kommunistischen Partei Lenins und Stalins stand. Das war die größte Tragödie, die es in der internationalen kommunistischen Bewegung je gab. Die gemeinsame bürgerliche Ideologie und viele gemeinsame Interessen hatten die modernen Revisionisten den Imperialisten, Sozialdemokraten und den verschiedenen Lakaien des Imperialismus näher gebracht, man verband sich immer enger im Kampf gegen Kommunismus und Revolution.

Von den albanischen Genossen erhielten wir wichtige Literatur, die uns half, die Welt besser zu begreifen, um sie zu verändern. Die Werke des Genossen Enver Hoxha studierten wir, diskutierten über das Gelesene. Envers Bücher, wie die "Chruschtschowianer", "Die Supermächte", "Imperialismus und Revolution", "Begegnungen mit Stalin", sowie "Betrachtungen über China" erhielten wir auf Anfrage in größerer Stückzahl. Ein Teil der Bücher war in Fremdsprachen gedruckt. Hauptsächlich in Russisch.

Über eine Vielzahl von Kontakten vertrieben wir die Bücher. Ein Genosse, der als Busfahrer arbeitete, legte in der Nähe von Sowjetkasernen einige Bücher ab. Ich selber legte immer wieder im "Russenmagazin" diverse Bücher aus. Aber auch die Zeitschrift "Neues Albanien". Polnische Arbeiter, die in der DDR arbeiteten, erhielten Envers Bücher in Polnisch. Für unsere Arbeit war die Unterstützung der albanischen Genossen sehr wichtig. Für sie selber bedeutete

diese Hilfe ein gewisses Risiko, da sie gegenüber internationale diplomatische Geflogenheiten verstießen. Für sie war es ein Bestandteil der internationalistischen Arbeit eines sozialistischen Landes gegenüber den revisionistischen Verrätern.

Unsere KPD-Materialien erhielten wir jedoch über unsere eigene "Rote Feldpost". Es gab eine Vielzahl von Möglichkeiten, den ROTEN MORGEN in die DDR zu transportieren. Einmal mittels Eisenbahn. Aber auch im PKW und dort z.B. eingeschlossen im Feuerlöscher. Ein gut durchdachtes System ermöglichte uns, die kommunistische Literatur zu erhalten. Wir nutzten alle Möglichkeiten einschließlich der Wege über die CSSR und Polen. Dabei hatte die Herstellung des Roten Morgen in der DDR Vorrang. Was auch gelang.

Unsere Bruderpartei in Polen, die KP Polens, hatte ihr Zentralorgan "Rote Fahne". Eine Anzahl davon erhielten wir zum Vertrieb in der DDR.

### **Genosse Heinz Reiche**

Mit Genossen Heinz Reiche, unseren "Opa", hatte ich sehr gute Beziehungen. In der Weimarer Republik trat er in die KPD ein. Eindrucksvoll schilderte er die Zeit vor der Machtübergabe an Hitler. Von Anfang an arbeitete er im antifaschistischen Widerstand und wurde von der Gestapo verhaftet. Insgesamt 11 Jahre saß er im Gefängnis und im KZ Buchenwald. Nach der Befreiung durch die Rote Armee begann er sofort politisch zu wirken. Heinz Reiche war Zeit seines Lebens Arbeiter und er kannte die Sorgen und Nöte der Menschen. Er kannte aber auch den Klassenfeind, der in der neuen Situation versuchte, das Rad zurückzudrehen. Heinz kämpfte gemeinsam mit den werktätigen Massen für eine neue Zukunft. Er trat der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bei, der Partei, die aus dem Zusammenschluss von KPD und SED entstand.

In seiner täglichen Praxis erkannte er aber bald die ungeheuren Probleme, die aus diesem überwiegend mechanischen Zusammenschluss entstanden. Opportunismus, Bürokratie und Kriechertum, die in der Sozialdemokratie tiefe Wurzeln hatten, konnten nicht so ohne weiteres abgelegt werden. Immer wieder versuchten die Marxisten-Leninisten in der SED dagegen anzukämpfen, oftmals mit Erfolg. Dennoch blieben diese Erscheinungen erhalten.

Heinz stand immer wieder auf, kritisierte und machte Vorschläge. Es kam immer wieder zu harten Auseinandersetzungen, auch innerhalb der SED. Bürokratisches Verhalten und Herzlosigkeit waren ihm suspekt. Zeitweilig wurde er aus der SED ausgesperrt, dann aber wieder aufgenommen. Erst 1963 wurde er dann endgültig aus der SED ausgeschlossen. Er war kein Einzelkämpfer, beileibe nicht. Der XX. Parteitag der KPdSU ließ Zweifel an dem politischen Kurs der SED aufkommen. Er ahnte bereits, dass hier die gesamte vorherige

Entwicklung der kommunistischen Arbeiterbewegung umgekrempelt werden sollte. Die Art und Weise, wie dieser neue Kurs in der DDR durchgesetzt wurde, waren ein Signal, dass der Opportunismus und Revisionismus das Ruder in die Hand nahmen. Er suchte seine alten Genossen und Genossinnen auf, die mit ihm im Konzentrationslager gewesen waren. Er diskutierte, suchte Anregungen, um



Maßnahmen:

1. R e i c h e wird während der Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der Befreiung, besonders während der Festveranstaltung am 16. April 1975 in Rothenburg veretärkt durch die IM "Bonne" und "Jäger" unter Kontrolle gehalten.
2. Zur vorbeugenden Verhinderung evt. benachichtigten provokatorischen Auftretens des Reiche am 16.4.75 wird kurz zuvor der Leiter des WKK mit ihm ein Gespräch betreffe der Offizierbewerbung des Sohnes führen, wobei R. nochmals besonders auf seine Erziehungspflicht orientiert wird.
3. Über die zuständige UA I wird veranlaßt, daß der Sohn des Reiche bei der im Juni erfolgenden Kommissionierung nicht zum Offiziersstudium zugelassen wird.

mit der neuen Situation klar zu kommen. Mit den Jahren erkannte er das Ausmaß des Verrates, den Chruschtschow und Co. begingen. Nach dem Besuch Enver Hoxhas im Januar 1959 in der DDR reifte in Heinz der Gedanke heran, mit den albanischen Genossen Kontakt aufzunehmen. Wenig war bekannt über die

Ansichten der Albaner über den XX. Parteitag. Nur, dass es Differenzen geben soll. Heinz nahm mit der albanischen Botschaft in Berlin Kontakt auf. Es dauerte nicht lange und sie kamen in ein intensives Gespräch. Viele Befürchtungen, die Heinz hatte, stellten sich als berechtigt heraus.

Die Arbeiterbewegung hatte in ihrer Geschichte die größte Niederlage erlitten. An der Spitze der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der Partei der Oktoberrevolution, des sozialistischen Aufbaues und der Zerschlagung des Nazifaschismus, standen Revisionisten, Opportunisten. Einen unermesslichen Schaden richteten sie seit Jahren an, ob in der Sowjetunion, in den volksdemokratischen Republiken und in den anderen Staaten.

Für Heinz war es klar, dass dagegen gekämpft werden musste. Erst Mitte der 60er Jahre geriet er ins Visier des MfS. Für sie war es schwierig, ihn sofort kaltzustellen.. Überprüfungen durch das MfS ergaben: an schriftlichen Materialien besaß er nur albanische und chinesische Dokumente. Das reichte nicht, um ihn zu belasten. Das MfS wußte auch: Zu viele alte Kämpfer standen hinter ihm.

Immer wieder heißt es: *"Im Verlaufe der Bearbeitung wurde die Erfüllung der objektiven und subjektiven Tatbestandsmerkmale des § 106 StGB herausgearbeitet, aus gesellschaftspolitischen Erwägungen aber von der Einleitung strafrechtlicher Maßnahmen abgesehen."* (BStU 000177)

In einem Maßnahmeplan vom 8.8.1969 (BStU 000035) wurde u.a. die Auswertung einer Unterredung eines IM's mit der Ehefrau des Reiche gefordert, um herauszubekommen, ob sie als weitere Informationsquelle in Frage käme oder gar als Informelle Mitarbeiterin. Unter Punkt 4 wurde gefordert, den Schwiegervater des Reiche als Spitzel zu gewinnen. Punkt 11 sagt aus: Reiche ist aktiver Briefmarkensammler für chinesische Briefmarken. Von der Abt. M werden chinesische Briefmarken angefordert, um diese für eine Kombination zur Kontaktierung des Reiche durch IM auszunutzen.

Um Heinz mundtot zu machen, ersannen die Stasi-Häscher die Idee, Heinz die Rente als Verfolgter des Naziregimes abzuerkennen. So heißt es in seinen Stasi-Akten:

Niesky, 31.3.1975

*"Mit dem im OpV "Anarchist" Rg. Nr. XII 1009/69m bearbeiteten Reiche, Heinz, wh. Rothenburg (Linie XX/Maoismus) wurde auf der Grundlage einer op. Kombination, durch die Sozialkommission der VdN des Kreises Niesky eine Aussprache geführt. Im Zusammenhang mit der Rückgabe des ... entzogenen VdN-Ausweises wurde von ihm ein klarer Standpunkt zum Sozialismus und zur Sowjetunion verlangt. (...)*

*Maßnahmen: (...) 3. Über die zuständige UA I wird veranlasst, dass der Sohn des*

*Reiche bei der im Juni erfolgenden Kommissionierung nicht zum Offiziersstudium zugelassen wird." (BStU 000260)*

Bereits vor der Eignungsprüfung stand die Note 3 fest. Damit wurde sein Antrag abgelehnt und der Punkt 3 der Maßnahme erfüllt. Problematisch war die Prüfung dennoch: Heinz' Sohn hatte mit die besten Noten und hätte die Prüfung auch bestanden. Nur durch einige Tricks konnte das verhindert werden.

Und die Bezirksverwaltung Cottbus (15.10.79) arbeitet Pläne für die Bearbeitung des OV-"Alwin" heraus: *"Durch die VdN-Zentralstelle wird der Reiche wegen seiner feindlichen Aktivitäten verwarnt und eine Rentenentziehung in Aussicht gestellt (VdN-Rente). Wird eine geeignete Person - IM- an Reiche angeschleust, wobei mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, dass dieser sie in ungebührlicher Form belästigen wird, was als Grundlage für die Prüfung strafprozessualer Maßnahmen gegen R. genutzt werden kann. (einschließlich Psychiatrie)*

*Parallellaufend zu vorgenannten Aufgabenstellungen ist ein geeigneter IM zu schaffen, der das Vertrauen des Reiche genießt und künftighin nach dessen Isolierung weitestgehend seine Aufgaben im Sinne der KPD/ML übernehmen kann, wobei es besonders darum geht, die Reaktion der durch Reiche geschaffenen so genannten Sympathisanten abzufangen und mögliche Aktivitäten dieser zu eliminieren." (BStU 000021)*

Denunzianten gab es in Hülle und Fülle. Der Chefredakteur der Sächsischen Zeitung übersandte einen kritischen Leserbrief an die Stasi:

*"An die  
Kreisdienststelle  
Des MfS  
892 Niesky*

*Werte Genossen!  
In der Anlage übersenden wir Euch einen Artikel des Herrn Heinz Reiche,  
8923 Rothenburg, Str. d. Befr. 61 zur weiteren Verwendung." (BStU  
000224)*

Und die Post griff in das Briefgeheimnis ein und beschlagnahmte Telegramme.

*"Bezirksverwaltung für  
Staatssicherheit Dresden*

Niesky, den 25.7.1972

Telegramm an die Botschaft der VR China in der DDR

Als Anlage erhalten Sie ein Telegramm, was auf Grund seines Inhaltes von den Mitarbeitern der Deutschen Post nicht weitergeleitet wurde.

Anlage: 2 Blatt"

(BStU 000101)

### **Wahlen in der DDR:**

#### **Jede mögliche oppositionelle Regung wurde registriert:**

"Am 22. 05.70 suchte der Heinz Reiche geb. 19.01.1915 wohnh. Rothenburg Str.d.Befr: 6l, das Wahllokal bei der Firma "Müller & Söhne" auf. Bereits beim Betreten des Wahllokales hatte er einen Bleistift in der Hand. Nach der Aushändigung der Wahlscheine, begab sich R e i c h e an die Wand und überschrieb diese Scheine im Beisein der anwesenden Bürger mit 'Ungültig'. Im Anschluss daran steckte er die Wahlscheine in die Wahlurne." (BStu 090119)

#### **Selbst die krebserkrankte Ehefrau wurde ins Kalkül des MfS mit einbezogen:**

Niesky, den 16.7.1973

Aktenvermerk

Durch den GMS Christian wurde mit dem leitenden Arzt in Görlitz vereinbart, daß eine Intensivbehandlung

der Ehefrau des Reiche während der X. Weltfestspiele durchgeführt wird, so daß der R e i c h e gezwungen ist, zu jeder Besuchszeit in das Krankenhaus nach Görlitz zu fahren.

(...) Durch den GMS Christian wurde bekannt, daß die Ehefrau des R e i c h e seit ca. 14 Tagen in der Bestrahlungsklinik in Görlitz stationär wegen Krebs im 3. Stadium behandelt wird. Die festgelegte Maßnahme im Maßnahmeplan Aktion "Banner" - den Reiche während der X. Weltfestspiele einer Behandlung zu unterziehen, kann aus diesem Grunde nicht durchgeführt werden. Die Betreuung der Kinder des Reiche ist dadurch nicht gewährleistet.

Weitere Maßnahmen

1. Der FIM "Jäger" erhält den Auftrag, den Reiche aufzusuchen mit dem Ziel, in Erfahrung zu bringen, welche Pläne der Reiche während der Durchführungsphase hat und eventuell nach Berlin fährt. (Termin: 20.7.73)

2. Über den Schulleiter der OS Rothenburg wird in Erfahrung gebracht, ob die Kinder in Ferienlagern untergebracht sind und von wann bis wann. (Termin: 20.7.73)

verantw.: Hptm. Müller (BStU 000166)

## Die Stasi schlägt zu

Beschränkten wir uns anfangs auf propagandistische Arbeit und Aktionen, begannen wir etwa 1980 verstärkt offensiv zu agieren. Wir mischten uns immer häufiger in betriebliche Angelegenheiten ein, nahmen Stellung zu Problemen im Betrieb, im Wohngebiet. Dadurch konnten erste Ansätze geknüpft werden, um weitergehende politische Arbeit zu leisten.

Die Revolten polnischer Arbeiter spornten auch uns an. Immer wieder verglichen wir in Diskussionen die Situation in Polen mit der in der DDR, stellten Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede fest. Die Krise in den revisionistischen Ländern verschärfte sich zusehends. Auch lichteten sich die Einkaufsregale in den Kaufhallen. Fleisch- und Wurstwaren waren Mangelware. Die Unzufriedenheit unter den Werktätigen wuchs bei uns immer mehr. 1981: In der DDR brodelte es zusehends. Die Unruhe unter den Werktätigen wuchs. Immer häufiger kam es zu Arbeitsniederlegungen. Ganze Belegschaften opponierten, arbeiteten nach Vorschrift, verweigerten Überstunden. In den höchsten Gremien des MfS wurde beschlossen, wenn auch gegen Bedenken aus den eigenen Reihen, die Sektion zu zerschlagen.

Am 29. April 1981 wurde ich früh morgens auf dem Weg zur Frühschicht verhaftet. Im Stasiknast in der Umfassungsstraße begannen "Befragungen in einer Angelegenheit". In der DDR gab es keine Verhöre, sondern nur "Befragungen". Eine Hausdurchsuchung wurde durchgeführt, jedoch ohne mein Beisein. In der Zwischenzeit begannen die "Befragungen". Nach etwa 30 Stunden wurde ich vorerst entlassen und weitere "Befragungen" wurden in Aussicht gestellt. Ich wunderte mich nur, dass diese "Befragungen" auf so "niedrigen Niveau" verliefen. Das Wissen des MfS über die Partei, über meine Person schien äußerst gering zu sein. Die Geschichte vom "Einzelgänger", der keine Freunde hat, wurde nicht in Zweifel gezogen. Zu diesem Zeitpunkt wusste ich das ganze Ausmaß des Hintergrundwissens des MfS noch nicht. Eine MfS-Anweisung lautete z.B.: keine weiteren Verhaftungen der Zelle Magdeburg, da der IM "Clemens" wegen seiner aktiven Mitarbeit unter Umständen verhaftet würde.

Die Verhöre verliefen nach dem Schema: ein Vernehmungsoffizier spielt den Sanften, Verständnisvollen. Ein weiterer den aggressiven, harten Typ, der unbedingt eine Haftstrafe will. Während dieser ersten 30 Stunden wurde immer wieder betont, dass eine weitere Betätigung in dieser Richtung eine 10jährige Haftstrafe zur Folge hätte. Alle Register der Einschüchterung wurden gezogen. Fingerabdrücke, Blutabnahme und Fotografieren sollten eine eventuelle Verhaftung suggerieren. Nachdem ich dem Staatsanwalt vorgestellt worden war,

konnte ich gehen. In den nächsten 2 Monaten musste ich jede Woche zweimal zur "Befragung". Diese dauerten ca. 6 - 7 Stunden täglich. Etwa 2 Stunden musste ich jedes mal eingeschlossen warten. Ihre Aufgabe sahen die MfS-Leute einzig darin, mittels Strafgesetzbuch politische Opponenten zu beseitigen. Überzeugungsarbeit, geschweige denn politische Diskussionen, vermieden sie.

*"Das sind Dinge, die Sie und ich nicht durchschauen können. Wir haben dazu unsere Leute im Staatsapparat, die wissen das besser als Sie und Ich", war eine der Standardantworten. "Unserer Aufgabe ist es zu erreichen, dass Sie nicht mehr gegen die Gesetze der DDR verstoßen. Lassen Sie Ihre Hände weg von der Politik. Wir bauen Ihnen eine Brücke dazu. Sie sehen doch gut aus. Beschäftigen Sie sich meinetwegen mit Frauen, aber lassen Sie die Hände weg von der Politik".*

Damit ich nicht wieder rückfällig werde, beschlagnahmten sie den größten Teil meiner Literatur und Presseerzeugnisse. Mehrere Zentner Papier kamen so zusammen: Angefangen bei den Werken J.W. Stalins, DDR-Bücher der 50er Jahre, die Revisionismus, Trotzismus und Titoismus zum Inhalt hatten. Weiterhin einige Bände Enver Hoxhas, Kim Ir Sengs, Ho Tsching-Mins, Mao Tse-tungs sowie Kalender, Ansichtskarten, Bildbände, antifaschistische Bücher usw. Sämtliche Zeitungen, die ich gesammelt hatte: Neues Deutschland, Junge Welt, Neues Leben, Neuer Weg (Rumänien), Freundschaft (Sowjetunion), Peking Rundschau, Albanien heute und Neues Albanien, Hosteni ...

Das waren erste Schritte, damit ich ein "neues Leben" beginnen sollte. Dank der Hilfe des MfS!

Mehrmals betonten sie, dass kein Platz für "Ketzler" in der DDR sei.

Das MfS konnte aber auch noch anders: Während einer "Befragung" meiner Frau wurde ihr ohne Umstände nahegelegt, dass sie sich scheiden lassen solle. Weiterhin drohten sie, unser Sohn würde zwangsadoptiert. Wir böten nicht die Gewähr, ihn im Sinne der DDR zu erziehen und sie hätten das Recht, dagegen einzuschreiten. Das MfS plante tatsächlich Kinderraub. Anders kann man dies nicht bezeichnen. Die Stasi suchte bereits einen Heimplatz, um den Jungen dort unterzubringen. Während einer Vernehmung wurde mir gegenüber ultimativ gedroht, sollte ich noch einmal in Berlin in der Nähe der albanischen Botschaft sein, könnte es zu einem Verkehrsunfall kommen. *"Sie wissen doch, dort fahren viele Autos. Und wie schnell passiert da was. Also bleiben Sie lieber zu Hause!"* Im Betrieb wurde eine Versammlung der SED-Parteileitung abgehalten, die über mich eine Beurteilung abgeben sollte. Der Inhalt war durchweg positiv, es gab keine Beanstandungen. Was ihnen aber vorenthalten wurde, war der tatsächliche Grund. Erst durch Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen, denen ich den

wirklichen Sachverhalt erläuterte, erfuhr ich von einem gestreuten Gericht: der Herbert, der fährt ja immer ins Ausland. In Rumänien ist er mit einer religiösen Sekte zusammengelassen und ist dadurch irgendwie in Schlamassel geraten. Ich war recht verduzt darüber.

Am 28. und 31. August 1981 fand mein Prozess wegen "öffentlicher Herabwürdigung" statt. Im Urteil heißt es dann:

*1. Der Angeklagte wird wegen mehrfacher öffentlicher Herabwürdigung, Vergehen gemäß §§ 220 Absatz 2, 63 und 64 StGB, zur Bewährung verurteilt.*

Der § 220 (1) besagt: *"Wer in der Öffentlichkeit die staatliche Ordnung oder staatliche Organe, Einrichtungen oder gesellschaftliche Organisationen, deren Tätigkeit oder Maßnahmen herabwürdigt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Verurteilung auf Bewährung, Haftstrafe, Geldstrafe oder mit öffentlichem Tadel bestraft."* (StGB-DDR, 28.7.1979)

Im Urteil heißt es u.a.:

*(...) Die hierzu geführten Untersuchungen durch die Untersuchungsabteilung der Bezirksverwaltung ergaben, dass Polifka seit seiner Jugend der antisozialistischen Ideologie unterlegen ist.*

*2. Die Bewährungszeit wird auf 3 Jahre festgesetzt.*

*3. Für den Fall der schuldhaften Verletzung der Bewährungspflichten wird eine Freiheitsstrafe von 2 Jahren angedroht.*

Der Prozess war eine einzige Farce. Der Ausgang wurde mir bereits Wochen vorher mitgeteilt - "falls Sie sich an unsere Spielregeln halten." Das Urteil stand bereits fest:

*DER GENERALSTAATSANWALT  
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK*

*104 Berlin,*

*Hermann-Matern-Straße 33 - 34*

*22.7.1981*

*104 Berlin, Hermann-Matern-Straße 33-34*

*Staatsanwalt des Bezirkes*

*Werter Genosse Krieg !*

*Beiliegend reiche ich Ihnen die vereinbarungsgemäß übersandten Beweismittel aus dem Verfahren gegen*

*P o l i f k a, Herbert zurück. Unter Bezugnahme auf das zwischen uns geführte Telefonat verweise ich auf eine Anklage gegen den Beschuldigten nach § 220*

*Abs. 2 StGB mit dem Ziel einer Verurteilung auf Bewährung.  
In diesem Zusammenhang ist es angebracht, den Direktor des zuständigen Kreisgerichts und den Vorsitzenden des Rechtsmittelsenats vorab über einige Zusammenhänge und Hintergründe des Verfahrens zu informieren.*

*Mit sozialistischem Gruß*

*Im Auftrag:*

*Heyer, Abteilungsleiter*

(BStU 000391)

Weder über die KPD, noch über den ROTEN MORGEN wurde im Prozess ein Wort fallengelassen. Einige "Blitzbriefe" wurden als Beweise meiner "Herabwürdigungen" herangezogen. Und so heißt es in der Anklage: *"Objektiv hat er insgesamt 9 Schriften, in jeweils 4-5 Exemplaren hergestellt, die inhaltlich die staatliche und gesellschaftliche Ordnung verächtlich machen und die geeignet sind, die staatliche und öffentliche Ordnung zu beeinträchtigen. (...) Das strafbare Handeln des Angeklagten ist ein Ausdruck von erheblicher Gesellschaftswidrigkeit. Er hat die Errungenschaften der DDR, die fleißige Arbeit der Werktätigen und ihrer politischen führenden Kraft- die SED, in einem erheblichen Umfang verächtlich gemacht. Die Vielzahl der Handlungen und die ausgeprägte Intensität machen es zur nachhaltigen Erziehung des Angeklagten und zum Schutz der Gesellschaft vor solchen Angriffen notwendig, in Übereinstimmung mit dem Antrag des Staatsanwaltes ihn zu einer Verurteilung zur Bewährung auf 3 Jahre unter Androhung einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren zu verurteilen.*

Die "Blitzbriefe" beinhalteten Artikel, die hauptsächlich von Radio Tirana stammten. Aber selbst das wurde nicht erwähnt. *"Inhaltlich verwendete er für Abfassung der Schriftsätze aufgezeichnete Radiosendungen des Auslandes."* Diese Prozessfarce fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Begründung: Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. So daneben lag ihre Einschätzung ja auch nicht. Ohne Öffentlichkeit leben Revisionisten sicherer. Dennoch saßen etwa 20 Leute im Zuschauerraum. Den einen oder anderen kannte ich bereits als Observanten des MfS. Nach der Verkündung des Urteils begleiteten diese Herrschaften mich "unauffällig" bis vor die Haustür. Der Hammer kam dann einige Wochen später: Eine Rechnung wurde präsentiert. Knapp 7000 Mark Auslagen für durchgeführte Expertisen. Der Grund, warum diese für DDR-Verhältnisse enorme Geldstrafe verhängt wurde, war der: "Afro" zeigte sich uneinsichtig und arbeitete politisch weiter. Über ihre Informanten

waren sie jederzeit bestens im Bilde. Seit der Verhaftung bis zum Prozess hatte ich selber alles schriftlich und mit Schreibmaschine aufgezeichnet. Unter dem Titel "Furcht und Elend der Stasi" beschrieb ich den Verlauf, die Methoden, Taktiken usw. des MfS. Weiterhin beschäftigte ich mich damit, wie ein Revolutionär sich zu verhalten hat. Ein Exemplar "Furcht und Elend der Stasi: Die Lehren aus den Stasiverhören" erhielt IM "Clemens" zur Archivierung. Und der trug es schnurstracks zu seinem Führungsoffizier.

*Persönlich  
Abteilung IX  
Leiter*

*Magdeburg, 18. September 1981  
fö-ge/ 405/81 a*

*P o l i f k a, Herbert, ehemaliger OV "Toxin"  
Als Anlage übersende ich Ihnen die durch den IMB "Klemens" der Abteilung XX konspirativ beschafften und kopierten Niederschriften des P o l i f k a Herbert, zur Kenntnisnahme und strafrechtlichen Wertung.  
Das Ziel soll sein, gegen P. erneut strafprozessuale Maßnahmen nach § 106 StGB kurzfristig einzuleiten. Die Bearbeitung erfolgt laut Weisung des Leiters der Bezirksverwaltung ab sofort durch die AG XXII.  
Nach erfolgter Einschätzung der Niederschriften bitte ich um eine Absprache bezüglich des weiteren gemeinsamen Vorgehens.*

*Leiter der Arbeitsgruppe  
Förster (Major)*

## **Zeit der Bewährung**

So begann meine "Bewährungszeit" mit einem neuen "Operativen Vorgang" mit Ausblick auf eine 8 -jährige Haft nach § 106 StGB. Warum es dazu nicht kam, kann ich nicht sagen. Merkwürdigerweise sind die Akten von 1981 an recht mager.

Aufgrund eines Antrages auf eine Neubauwohnung, den wir Ende der 70er Jahre gestellt hatten, erhielten wir auch eine. Dass diese bereits vorher vom MfS entsprechend "eingerrichtet" wurde, ahnten wir bereits.

Wir beschlossen, dass ich vorerst nicht mehr Zellenleiter sein solle und den Kontakt weitestgehend einzufrieren.

IM "Clemens" setzte sich von uns ab, wie es sein Führungsoffizier befahl. 1982 erhielt er einen Orden und wurde zum Hauptamtlichen Informellen Mitarbeiter

befördert.

Noch während der Untersuchungszeit begann ich über die Praktiken des MfS die Broschüre ("Furcht und Elend der Stasi...") zu schreiben. Mehr als 3 Jahre benötigte ich für die endgültige Fertigstellung. Als Einleitung stand:

*"Die Partei ist kein Taubenzüchterverein und bedarf einer aufopferungsvollen Arbeit jedes Revolutionärs. ‚Wer zu uns kommt‘, erklärte dereinst der führende Sozialdemokrat J. Vahlteich in der Zeit des Sozialistengesetzes, als die revolutionäre Arbeit brutal unterdrückt wurde, ‚wer mit uns kämpfen will, der hat keinen Vorteil zu erwarten, sondern nur Nachteile, wer zu unseren Kreis kommt, der muss zahlen, arbeiten, leiden.'"*

*Es gibt aber keine andere Lösung, keinen Ausweg, als das die Arbeiterklasse sich selbst befreit, die Macht übernimmt, ihre Diktatur des Proletariats errichtet, so wie im einzigen sozialistischen Land, Albanien."*

Themen der Broschüre waren:

Verhörmethoden des MfS, ihre Raffinesse und Hinterhältigkeiten. Wie verhält sich ein Revolutionär in dieser Situation? Welche Taktiken sind angebracht? Auszüge aus Gesetzestexten verschiedener Zeiträume wurden mit verwendet. Punkt 21 behandelte z.B. das Thema Folter: *"seelische Misshandlungen und Zwangsmittel - Psychoterror"*.

Als Einleitung zitierte ich Georgi Dimitroff über seine Zeit als Gefangener in Nazideutschland (1934).

*"Gewiss, ich wurde nicht körperlich misshandelt. Ich hätte aber Schläge vorgezogen. Die Schmerzen von Knüppelschlägen vergehen schnell, die langsame, moralische und seelische Folter, die Ungewissheit, was mit einem geschieht, zerrt mehr an den Nerven als ein Schlag ins Gesicht. Was ich in dieser Zeit ertragen musste, ist die langsame Inquisition." Dimitroff nannte dies auch die "raffinierte Barbarei".*

Das MfS "bearbeitete" seine politischen Gefangenen in der Regel nach gleichem Schema. Physische Folter hinterlässt am Körper sichtbare Spuren. Moralische und seelische Folter waren für das MfS immer von Vorteil, denn nichts fürchteten die Revisionisten so sehr wie die Öffentlichkeit.

Die Öffentlichkeit im Strafverfahren. Zu diesem Thema konnte ich erst einige Jahre später Ergänzungen anfügen. In der Nummer 7/1985 der DDR-Zeitschrift "Neue Justiz" fand ich Materialien darüber. Ein Prof. Dr.sc. Ulrich Dähn von der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR schrieb über die "Öffentlichkeit im Strafverfahren - unverzichtbares Prinzip sozialistischer

Strafrechtspflege". So heißt es u.a.: *"Ein Marxist darf niemals vergessen, dass das Gericht ein Organ der Staatsmacht ist. Die Öffentlichkeit im Strafverfahren ist deshalb, je nach dem Klasseninhalt des Rechts entweder Teilnahme und Kontrolle an der Ausübung der Macht oder Kontrolle und Schutz über diese oder aber Ausschluss von der Machtverwirklichung (...) dass in der Geschichte immer dann, wenn Reaktion und Fortschritt, wenn Totalitarismus und Demokratie, wenn Menschenverachtung und Humanismus am härtesten aufeinander stießen, die Unterdrückungsmaßnahmen der herrschenden Klasse immer auch den Ausschluss oder die Einschränkung des Zugangs der Öffentlichkeit zu Strafverfahren mit erfassten (...) Für die sozialistische Rechtspflege hob Lenin hervor, dass sie zur Sache des ganzen Volkes zu machen ist. „Die Bürger müssen in ihrer Gesamtheit am Gerichtswesen ... des Landes teilnehmen.“ (Lenin, Werke, Bd.27, S.122)"*

Und wie zu Hohn behauptet der Herr Prof. noch: *"Das Strafrecht der DDR sichert die Öffentlichkeit im Strafverfahren in allen seinen Stadien - von der Aufdeckung und Aufklärung der Straftat über die Urteilsfindung bis zur Wiedereingliederung aus dem Strafvollzug entlassener Personen."*

Des weiteren wurde in der Broschüre über die Legende des MfS polemisiert, sie seien "Tschekisten".

Die Tscheka, das war das revolutionäre Sicherheitsorgan der jungen Sowjetmacht. *"Organe, die dem Marxismus-Leninismus treu ergeben sind, dem gesellschaftlichen Fortschritt dienen, sind in erster Linie Parteiarbeiter, die überzeugen, dann erst eine Institution, die verhaftet,"* wie es Dzierzynski, der erste Tscheka-Vorsitzende, einmal ausdrückte.

1980 erschien im Dietz Verlag eine Biographie über Felix Dzierzynski. Eine Passage daraus lautet:

*"Felix Edmundowitsch Dzierzynski war der Meinung, dass der Erfolg der Tscheka im Kampf gegen die Feinde der Sowjetmacht hänge weitgehend von der Unterstützung der breiten Massen der Werktätigen ab. Er schlug vor, Arbeiter, Soldaten und Bauern über die Arbeit der Tscheka eingehender zu informieren und sie um Hilfe zu bitten (...) Dzierzynski verlangte von den Tschekisten strengste Wahrung der revolutionären Gesetzmäßigkeit und höfliches und aufmerksames Verhalten gegenüber Verhafteten (...) Unermüdlich lehrte er die Tschekisten, den Kontakt zu den Werktätigen als notwendige Voraussetzung für die erfolgreiche Arbeit der Tscheka zu festigen und zu erweitern. Überall, wo sich die Möglichkeit bietet, müssen wir Referate halten, um die breiten Massen zur Arbeit der*

*Kommission heranzuziehen. (...) Unser Kampf gegen die Verschwörer (...) wird dann erfolgreich sein, wenn die Tscheka die tägliche Unterstützung jedes einzelnen Kommunisten erfährt (...) Die Tscheka muss ein Organ des Zentralkomitees sein, andernfalls ist sie schädlich, wird sie in eine bloße Geheimpolizei oder in ein Organ der Konterrevolution entarten. (...) Die Truppen der inneren Sicherheit der Republik, die bei ihrer Arbeit mit der Bevölkerung in Berührung kommen, müssen ausgezeichnete Propagandisten der kommunistischen Ideen unter der Bevölkerung sein. (...) Dzierzynski forderte, stärker Mittel der Überzeugung anzuwenden ... man sollte nicht formal den Angeklagten einen Paragraphen verpassen, sondern die öffentliche Meinung über den Betroffenen berücksichtigen. Seit Errichtung der Sowjetmacht befasste sich Dzierzynski damit, die alten Gefängnisse abzuschaffen und eine neue Grundlage der Strafvollzugspolitik einzuführen."*

Während der Verhöre durch das MfS wurde tunlichst vermieden, über Politik zu reden. Nur einmal wurde Klartext geredet. Auf meine Frage, was mit den beschlagnahmten Büchern geschieht, wurden die MfS-Verhöroffiziere unwirsch. **"Leute wie Sie, die unseren Staat zurück bringen wollen, haben hier keine Chance. Das geht nicht. Das ist vorbei. Darum haben wir auch die Stalinbände beschlagnahmt. Trennen Sie sich von Illusionen. Stalinanhänger haben hier keine Zukunft! Zurück zu Stalin gibt es nicht."** Das war mehr als deutlich.

Genosse Idris Bardhi hatte des öfteren den Rat gegeben, alte Zeitschriften, Zeitungen usw. der DDR zu studieren. Jetzt hatte ich genügend Zeit und ich machte mich an die Arbeit. Etwa zweimal die Woche saß ich im Lesesaal der Bezirksbibliothek und studierte die Presse ab Jahrgang 1945. Es bot sich hier eine Fülle von Informationen, Fakten, die ich bis dahin nicht für möglich gehalten hatte. Ich glaubte bis dahin, über ein umfangreiches geschichtliches Wissen zu verfügen. Hier wurde ich eines Besseren belehrt. Umfangreiche Aufzeichnungen kamen so zustande. Kritik und Selbstkritik - sie waren einmal Grundpfeiler der SED. Das "Neue Deutschland" war nicht wiederzuerkennen. Vieles erinnerte an den ROTEN MORGEN. Offen wurden die Probleme angesprochen, es wurde kritisiert, Vorschläge gemacht. Missstände, die Bürokratie wurden angeprangert. Hier spürte man einen revolutionären Geist, da gab es Elan. Ein Blick in eine aktuelle Ausgabe des "Neuen Deutschlands" - und mir wurde schlecht. Es wimmelte nur so von Phrasen, Lobhudelei, eine Scheinwelt wurde ausgebreitet, die mit der Realität wenig zu tun hatte. Noch heute kann ich jedem empfehlen, sich einmal sachkundig zu machen, Zeitschriften der 40er und 50er Jahre der DDR zu studieren. Eine Notiz möchte ich hier zum besseren

Verständnis einfügen:

### **Kritik und Selbstkritik - ein Entwicklungsgesetz der Kommunistischen Partei**

*... Nur solche Parteien, die restlos an das Volk glauben und denen das Volk unbegrenztes Vertrauen schenkt, können die millionenköpfigen Volksmassen zur Revolution führen, die unausbleiblich mit gewaltigen Opfern verbunden ist ... Kritik und Selbstkritik sind jene revolutionären Waffen, jene erprobte Methode, mit der die marxistischen Parteien alles Fremde, alles bürgerliche, das noch in ihren Reihen eindringt, schonungslos vertreiben. Kritik und Selbstkritik sind nur revolutionären, marxistisch-leninistischen Parteien eigen.*

*Die Kommunistischen Parteien unterscheiden sich insbesondere dadurch von den reformistischen, sozialdemokratischen, rechtssozialistischen Parteien, dass sie akut gewordene Fragen niemals umgehen, sie nicht vertuschen und nicht verkleistern, sondern stets offen, gründlich und prinzipiell ihre Fehler aufdecken und kritisieren, aus der Kritik und Selbstkritik neue Kräfte, neue Energie für die Verbesserung ihrer Tätigkeit, für ihre Entwicklung schöpfend.*

*Die bürgerlichen und die rechtssozialistischen Parteien begründen ihre gesamte Tätigkeit auf dem Belügen des Volkes. Auf dem Betrug der Volksmassen. Deshalb fürchten sie auch das Volk wie den Tod, deshalb wagen sie es auch nicht, mit ihrer Tätigkeit offen und ehrlich vor das Gesicht des Volkes zu treten. Es ist ganz logisch, dass sich die Kommunistischen Parteien nicht als revolutionäre Partei erhalten können, wenn sie eines der grundlegenden Prinzipien ihrer Existenz, die Kritik und Selbstkritik, in Vergessenheit geraten lassen oder verletzen, denn das würde bedeuten, dass sie ihre Verbindung mit den Massen zerreißen, d.h. die Partei zugrunde richten... (Aus: "Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie", Bukarest, 3. Februar 1950, Internationales Organ der Kommunistischen Parteien)*

Das Studium der Geschichte, insbesondere der der DDR, war das eine. Auf der anderen Seite war die weitere politische Aktivität im Betrieb. Als FDGB-Kulturverantwortlicher meiner Brigade hatte ich Spielraum und auch freie Zeit, politisch zu wirken. Die persönlichen Kontakte wurden ausgeweitet, Fragen aus dem Betrieb und der Gesellschaft erörtert. Ich kam in andere Abteilungen, konnte hier wirken. Die kulturelle Arbeit umfasste Betriebsausflüge, Theaterbesuche und Brigadefeiern. Es gab eine Menge von Arbeit, dies zu organisieren. Gleichzeitig hatte ich mehr Möglichkeiten, politisch aktiv zu sein. Es gab nach einiger Zeit kaum noch jemanden, der nicht wusste, dass ich gegen Stasi und SED aktiv in

einer illegalen kommunistischen Partei arbeite. Die Arbeiterklasse würde das verurteilen, sie wäre zornig, drohte die Stasi während der Verhöre mehrmals. Deshalb solle ich auch kein Wort darüber sagen. Die Realität war eine andere. Niemals wurde ich deshalb in irgendeiner Weise belangt. Im Gegenteil, das Ansehen stieg sogar. Vereinzelt waren Mahnungen zu hören, ich sollte vorsichtiger sein.

Im Laufe der Zeit offenbarten mir ein Kollege und eine Kollegin, dass sie für eine Spitzeltätigkeit geworben werden sollten. Sie lehnten dies aber ab und berichteten über die Werbemethoden. Kollegen Kurt I. wurde eine Neubauwohnung angeboten und ein Extra-Gehalt von 500 Mark für Spitzelberichte monatlich. Annerose B. hatte die Aufgabe, mit mir den Kontakt weiter auszubauen, und sollte meine Pläne ausforschen. Dafür dürfe sie dann später einmal zum Zoll gehen. Auch sie erzählte von den Anwerbemethoden. Mindestens 3 Kollegen taten dies nicht und lieferten Spitzelberichte. IM "Dreher" und IM "Bernd" waren fleißige IM's, die jede Kleinigkeit notierten und weiterleiteten.

Während meiner "Bewährungszeit" hatte ich nur noch Kontakt mit den albanischen Genossen in Leipzig auf der Messe. Im geschützten Raum tauschten wir unsere Ansichten aus, erhielt ich einige Exemplare albanischer Zeitschriften. Mitte der 80er Jahre verschärfte sich die Widersprüche in der KPD zu sehends. Die Stasi war mit dieser Entwicklung hochzufrieden. Besiegelt wurde diese Entwicklung dann durch den Zusammenschluss mit der Gruppe Internationaler Marxisten (GIM) zur Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP) am 5. Oktober 1986.

Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Gespräch mit dem MfS: Wenige Tage nach der Gründung der VSP kamen 7 Stasi-Leute in meinen Betrieb (SKL - Magdeburg). Ich hatte gerade Spätschicht. Um etwa 15.00 Uhr wurde ich zum Abteilungsleiter bestellt. Nichts ahnend kam ich der Aufforderung nach. Zuerst wunderte ich mich über diese 7 Leute, die ich vorher nie gesehen hatte. Der Raum wurde geschlossen. Dann wurde ich begrüßt. Ein Mittfünfziger sagte dann laut: *"Ich grüße Sie im Namen der KPD. Die KPD hat sich vereinigt und nennt sich jetzt VSP. Wissen Sie das schon? Nun gut. Die KPD hat gelernt und steht jetzt auf der richtigen Seite. Wir stehen von jetzt an im selben Schützengraben im Kampf gegen den Imperialismus."*

Jetzt wusste ich bescheid, mit wem ich die "Ehre" hatte. Über den weiteren Verlauf brauch ich nicht weiter zu berichten. Es war zu offensichtlich, dass dieses Gespräch hauptsächlich den Zweck hatte zu provozieren. Der Gipfel war das

Angebot, in die SED einzutreten. Grund war der neue Kurs der KPD, die ja jetzt im selben Schützengraben wie die SED kämpfte. Pikant war das Ganze noch für mich insofern: 1981 wurde ich nach § 220 (Öffentliche Herabwürdigung) zu 2 Jahren Knast verurteilt auf 3 jähriger Bewährung, einschließlich 7000 Mark Geldstrafe. Und jetzt soll ich in die SED eintreten! Unglaublich, diese Frechheit! Für die KPD war diese Zeit aber tatsächlich schwer. Neben den ideologischen Problemen der Marxisten-Leninisten, die tatsächlich bestanden, ist es eine Tatsache, dass diese vom MfS der revisionistischen SED geschürt wurden.

*Abteilung XXII/8*

*Berlin, 5. 2. 1987*

*AUFGABENSTELLUNG laut Jahresarbeitsplan 1987*

*Die Bearbeitung der "KPD" wird im Planzeitraum in einer FOA weitergeführt. Es ist herauszuarbeiten, wie die Reaktionen der erfassten Personen auf die Bildung der "VSP" ist und welche Pläne und Absichten sie verfolgen. Feindliche Aktivitäten sind vorbeugend zu verhindern.*

*Zur weiteren Klärung dieses Prozesses wird der IM "Karin Ortman" eingesetzt.*

### **Noch ein mal zu den Albanern**

1980 wurde Genosse Idris nach Wien zur dortigen Botschaft versetzt. Weitere Genossen der Botschaft wechselten in den kommenden Jahren ihren Einsatzort. Nach der Verhaftungswelle Anfang der 80er Jahre schränkte die Botschaft ihre Aktivitäten ein. Als Grund wurden die Prozesse gegen Kommunisten in der DDR genannt. Meine Kontakte nach der Verurteilung fanden in Leipzig statt auf der dortigen Messe. Ab 1985 besuchte ich wieder regelmäßig die Botschaft in Berlin. Die Atmosphäre war freundlich. Zu fast allen Mitarbeitern bestanden sehr gute Kontakte. Besonders mit Genossen Dhimiter Karanxha konnte ich über viele Dinge diskutieren. Regelmäßig verabredeten wir uns außerhalb der Botschaft. Wir gingen in eine der zahlreichen Kneipen. Hier konnten wir ungezwungen reden. Durch die Gespräche erfuhr ich eine Reihe Informationen, die sehr nachdenkenswert waren. Sie betrafen das Leben der albanischen Arbeiter. Wie sie arbeiteten, welche Probleme sie hatten. Seit Jahren bekam ich die Satirezeitung "Hosteni". Durch sie hatte ich bereits von den Problemen des sozialistischen Aufbaues in Albanien erfahren. Bürokratismus, Technokratismus, Schlendrian, überlieferte reaktionäre Erscheinungen usw. wurden angeprangert. Und das konkret. Anders als in den Zeitungen, Broschüren und Radiosendungen, die für das Ausland gedacht waren. Hier wurde Klartext geredet.

In diesen Gesprächen mit den albanischen Genossen erfuhr ich z.B., dass viele Arbeiter sehr übermäßig Alkohol tranken. Sei es während der Arbeitszeit oder

danach - Wein, Raki oder Bier. Aber auch andere Erscheinungen im Alltag der Albaner erinnerten mich sehr an die hiesigen Zustände. Gewiss hatte ich nie Illusionen über das Leben der albanischen Werktätigen. Dass aber die Verhältnisse so gravierend waren, verwunderte mich doch sehr. Dass ich aber nun zum Kritiker würde, war weit gefehlt gewesen. Albanien, es war immer noch der Leuchtturm des Sozialismus. Der Druck - von außen und von innen - er war sehr stark. Dieses kleine Land mit seinen 3 Millionen Einwohnern trotzte seit Jahrzehnten allen imperialistisch-revisionistischen Angriffen.

Zeichen eines Umschwenkens Albaniens mehrten sich allerdings. Gewiss, die Beziehungen mit den albanischen Genossen waren überaus herzlich. Dennoch: die Beziehungen mit den revisionistischen Ländern - mit Ausnahme der Sowjetunion - verbesserten sich zusehends. Die Polemiken gegen die Revisionisten fanden noch statt, insbesondere gegen die Gorbatschowsche Politik. Jedoch wurden die anderen Revisionisten geschont.

Im Frühjahr 1989 besuchte DDR-Außenminister Oskar Fischer Albanien. Das Neue Deutschland berichtete ausführlich. In einem Kommentar wurde behauptet, dass Albanien die DDR als sozialistisch bezeichnet habe. Das war schon ein Hammer. Auf Nachfrage in der Botschaft wurde dies dementiert. Doch ich zweifelte bereits. Vieles deutete darauf hin, dass Albanien einen verhängnisvollen Kurs begonnen hatte.

Einige Monate später sendete Radio Tirana einen Bericht zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR. Thema: Die Kombinate in der DDR. Diese wurden im wahrsten Sinne des Wortes über den grünen Klee gelobt. Unfassbar, dieser Schwenk. Die Ereignisse überschlugen sich in den revisionistischen Ländern. Wie wird Albanien diese Zeit überstehen? Dass es Zugeständnisse machen wird, war klar. Aber wie weit werden sie gehen.

1990: Die DDR befand sich in Auflösung. Die albanische Botschaft wurde in Berlin geschlossen. Einen Tag vor der Abreise kam ich noch mal vorbei. Im Hause herrschte Hektik und Aufbruchstimmung. Am Tisch saßen mehrere Mitarbeiter und es kam die Zeit des Abschieds. Der Botschafter hielt noch eine Rede, in der er auf die Ereignisse in Osteuropa einging. Er betonte mehrmals, dass es in Albanien nicht zu solchen Ausschreitungen kommen würde wie in Rumänien. Die Lage sei besser, es gebe Lebensmittel und die Menschen seien auch nicht so brutal. Ich verstand damals nichts von alledem. Was sollte Rumänien mit Albanien gemeinsam haben?

Zum Abschluss betonte er, dass heute nach dem Zusammenbruch des Revisionismus die Demokratie und der Konsum auf der Tagesordnung stehen. Der Kampf gegen den Revisionismus ist gewonnen. Dann wollte er noch auf die Zukunft des vereinten Deutschlands trinken, worauf ich aber unterbrach. *"Ein*

*vereintes Deutschland: Ja. Aber nicht dieses! Es muss ein sozialistisches sein. Dieses wird uns Werktätigen nur Unheil bringen!"* Er lachte und meinte: *"Nun gut. Es soll so sein, wie Du es wünschst."* Nach der Verabschiedung wünschten wir uns gegenseitig noch alles Gute. Ich verließ erstmals mit ungunstigen Gefühlen die Botschaft. Die weiteren Ereignisse bestätigten den Verdacht, dass Albanien bereits revisionistisch entartet war. Mit allen Konsequenzen, die daraus erwachsen.

Einst hatte Genosse Idhris davon gesprochen: sollte Albanien revisionistisch werden, dann ist es die Pflicht aller Marxisten-Leninisten, gegen die albanischen Revisionisten zu kämpfen. Diese Worte gingen mir jetzt durch den Kopf. Doch wann ist der Zeitpunkt gekommen? Es dauerte noch eine längere Zeit, bis die Marxisten-Leninisten den offenen Kampf gegen die albanischen Revisionisten begannen.

### **Die rückwärtsgewandte Opposition**

Mitte der 80 Jahre kam in der Sowjetunion die Gruppe um Gorbatschow an die Macht. In seinen Reden prangerte er die Rückständigkeit und Stagnation der Wirtschaft, Bürokratismus, Korruption usw. an. Was er erstmals offen zugab, das wurde von den Marxisten-Leninisten seit langem angeprangert. Anfänglich versprach Gorbatschow, zurück zu Lenin zu kehren, ja er lobte Stalin und versprach Besserung. Mit der Zeit zeigte sich das Wesen dieser "neuen Politik", die "Glasnost" und "Perestroika" genannt wurde. Die Reformen, die Umorganisation und die Umstrukturierung haben nichts mit einer Rückkehr zu den leninistischen Vorstellungen vom Sozialismus zu tun. Im Gegenteil, sie bedeuten eine Veränderung des Landes auf Grundlage der Marktwirtschaft. Diese Entwicklung wurde in der Sowjetunion eingeleitet und sollte in den anderen RGW-Ländern übernommen werden. Die Ereignisse in der SU und in anderen Staaten Osteuropas förderten bei uns eine Opposition, die unter dem Dach der Kirche agierte. In Berlin stand die Zionskirche im Blickpunkt. Seit etwa 1987 hatte ich Kontakt dorthin. In Räumen, die Teil der Kirchengemeinde waren, diskutierten oppositionelle Gruppen über Politik, Osteuropa und Auswege aus der Misere in der DDR. Ibrahim Böhme, Wolfgang Templin, Bärbel Bohley usw. waren keine Unbekannten. Ich erlebte sie live in Diskussionen, an denen ich ebenfalls teilnahm. Häufig war ich in der Umweltbibliothek, las Zeitschriften wie den "Spiegel", "Kommune" usw., die in der DDR nicht erhältlich waren. Die "Umweltblätter" und "Der Grenzfall" gehörten zu den wichtigsten Schriften dieser Opposition. Die Richtung war klar: sie wies zurück in den klassischen Kapitalismus. Auch wenn viel die Rede war vom demokratischen Sozialismus,

freien Menschen, libertären Strukturen usw.: Dubcek, Charta 77, Solidarnosc und Gorbatschow - sie waren die Leitbilder. Unter den Parolen von freier Meinung, freiem Reisen, keine Armee und Stasi zogen sie eine Reihe von Jugendlichen an sich.. Über westliche Medien wurden sie geradezu hochgepuscht. Im Vergleich zu uns, der KPD, hatten sie geradezu paradiesische Verhältnisse für ihre politische Arbeit. Mit Samthandschuhen wurden sie angefasst. Gab es einmal Probleme, dann gab es Drohungen und schlimmstenfalls "Verbannung" für einige Zeit in den Westen (z.B. London). Hier halten Leute von ganz Oben ihre schützenden Hände über diese Kräfte - das war mein Eindruck.

Nach 1989 wurde das auch bestätigt. Diesen Oppositionellen schwebte eine gesellschaftliche Alternative vor, die sich noch im Kapitalismus der freien Konkurrenz befindet. Die bürgerlich-demokratischen Rechte - Rechte, die in einem sozialistischen Land weitgehend eingehalten werden sollten - waren Ziel dieser Leute. Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, Reisefreiheit usw. standen an erster Stelle. Dass wir im Zeitalter des Imperialismus, des verfaulenden Kapitalismus uns befinden, davon war nie die Rede. Diese prowestlichen Kräfte standen hinter Gorbatschows Reformpolitik. Und aus dieser Richtung erhielten sie Schutz.

Es gelang mir trotz intensiver Bemühungen nicht, Einfluss zu erlangen bzw. langfristige Kontakte aufzubauen. Uns verband zwar die Ablehnung der SED-Politik, jedoch von zu unterschiedlichen Klassenpositionen aus. Nach dem 9. November 1989 wurden diese Oppositionellen in hohe Staatsämter gehievt. In den Zeitungen wurde über diese "Bürgerrechtler" ausführlichste berichtet. Sie waren plötzlich die "Freiheitskämpfer" in der DDR.

Nachdem der Mohr seine Schuldigkeit getan hatte, verschwanden die "Bürgerrechtler" nach und nach aus dem öffentlichen Blickfeld.

### **Das Ende der DDR - ein Werk der modernen Revisionisten**

In der Sowjetunion bemühte sich Gorbatschow, eine "neue Philosophie des Friedens" zu verbreiten. Das Ziel war, die sowjetische Gesellschaft innerhalb der kapitalistischen Ordnung konkurrenzfähig und in der Rivalität mit den USA um die Vorherrschaft in der Welt wirksamer zu machen. Unter den Schlagworten "Glasnost" und "Perestroika" ließ er die Reklametrommel rühren für die formale Demokratie. Die Reformen dienten dazu, endgültig jene politischen Strukturen, die aus der alten sozialistischen Ordnung stammten, auch wenn sie

nur formal übrig geblieben waren, zu zerschlagen.

Die Perestroika hat analog zur Glasnost allen antikommunistischen und pro-westlichen Elementen Tür und Tor geöffnet, um brutal jede gesunde, sozialistische, revolutionäre Sache anzugreifen, die es in der Geschichte und im Leben der Sowjetunion gegeben hat. Um eine weitere Vorherrschaft in den revisionistischen Staaten zu garantieren, mussten diese ebenfalls Reformen hin zum Kapitalismus durchführen. Länder wie Ungarn und Polen spielten bereits seit längerem eine Vorreiterrolle. In anderen Staaten gab es jedoch Widerstände. Durch diese Reformen werden viele Kader verschiedenen Ranges ersetzt bzw. abgebaut. Teile des Apparates, der Wirtschaft usw. werden durch die Reformen beseitigt. Es wird also Verlierer dieser Umgestaltungen geben in Bereichen, die bisher unantastbar waren.

In der DDR hatte der "neue Kurs", den die Sowjetunion beschritt, bei vielen Menschen eine gewisse Sympathie erzeugt. Die offene Kritik an den Verhältnissen im Revisionismus war etwas Neues. Kritik und Selbstkritik, die fand seit Jahrzehnten in der DDR nicht mehr statt. Es ging nur immer aufwärts, alles wurde immer besser. In dieser heilen Welt waren auf einmal Töne zu hören, die diese in Frage stellten. Korruption unter Parteikadern, Kriechertum, Heuchelei, Betrug auf allen Ebenen, Bürokratismus usw. wurden angeprangert. Themen, die in der DDR weitgehend tabu waren. Dinge wurden jetzt zugegeben, die auch für die DDR zuträfen.

Die Lösung aller Probleme liegt in der Privatisierung, das war die Grundlage der Gorbatschowschen Reformen. Diese Umgestaltungen waren ein Angriff auf alle bisherigen Erfahrungen des sozialistischen Aufbaues. Die Chruschtschowianer scheiterten in den 50iger und 60iger Jahren an diesem Ziel noch. Nach ihrer Entmachtung bremsten die neuen KPdSU-Führer den Kurs hin zum klassischen Kapitalismus. Formal blieben die Betriebe "volkseigen", der Überbau behielt seine sozialistische Fassade usw. Die Gesellschaft war aber weder sozialistisch noch kapitalistisch. Diese Übergangsgesellschaft war eine Ausbeuter- und Unterdrückergesellschaft, die nur die Alternative hat, entweder erneut den Weg hin zum Sozialismus zu gehen oder zurück in den klassischen Kapitalismus. Mitte der 80er Jahre schritten die Revisionisten mit Riesenschritten den Weg weiter zurück. Die wirtschaftlichen und politischen Krisen wurden fälschlich dem Sozialismus angelastet. Lösungen wurden in einer Marktwirtschaft gesucht. Die theoretische Grundlage war der Revisionismus. Unterschiedliche Richtungen desselben führten dazu, dass eine wirkliche sozialistische Alternative nicht zum Tragen kam. Auf Parteikonferenzen der KPdSU wurde offen gefordert, die "soziale Marktwirtschaft" einzuführen. Diese wäre in Wirklichkeit der

Sozialismus. Schweden, Spanien, die BRD wurden als sozialistisch bezeichnet. Unter Losungen, die noch immer einen Sozialismus propagierten, wurden diese Reformen durchgeführt. In der DDR agierte die rückwärtsgewandte Opposition ebenfalls mit Parolen von einem verbesserten, menschlichen, ökologischen Sozialismus.

Nicht erst Gorbatschow betrachtete die DDR als Schacherobjekt. Zu Zeiten Breschnews wurden die Verträge zwischen Moskau und Bonn (1971) unterzeichnet. Über die Köpfe der SED-Revisionisten hinweg unterzeichneten sie diese Verträge: Für die sowjetischen Revisionisten stellte sich die deutsche Frage folgendermaßen: Entweder kommt es zu einem einzigen, ihnen gehorsamen deutschen Satelliten und auf diesem Weg zu einer Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten gemäß Moskauer Vorstellungen, oder die Deutsche Demokratische Republik ist für sie als Satellit nur ein Pufferstaat in einem künftigen imperialistisch-revisionistischen Krieg.

### **Die Revisionisten waren diejenigen, die die DDR in die Arme des deutschen Imperialismus trieben!**

Ein erbärmliches Bild boten 1989/90 die führenden Köpfe der revisionistischen SED. Sie, die sich immer wieder auf ihre Verdienste beriefen, boten das Bild von Jammerlappen. Plötzlich wurden sie entweder krank oder wussten von allem nichts. Bezeichnend war die Rede Mielkes in der Volkskammer, die mit den Worten endete: "Ich liebe euch doch alle!" Der Revisionismus an der Macht war gescheitert. Das Ende dessen war der Übergang in den klassischen Kapitalismus.

1990 war ein wechselvolles Jahr. Das alte System lag im Sterben. Das neue war noch nicht etabliert. Die SED/PDS versuchte eine Marktwirtschaft zu installieren, mit allen Folgen für die Werktätigen. Erste Betriebe gingen in Konkurs. Ein Arbeitslosengesetz wurde verabschiedet. Die Treuhand begann in die Wirtschaft einzugreifen. Ernüchterung zog ein. Allmählich erkannten die Menschen, wohin die Reise führt. Als Rettung und einziger Ausweg wurde der Beitritt zur Bundesrepublik propagiert. Diese ließ sich nicht lumpen und versprach das Blaue vom Himmel. Nachdem die einstigen "sozialistischen" Betriebsleiter, der SED-Parteiparapparat samt auflösender Stasi-Strukturen begannen, die Marktwirtschaft einzuläuten, verloren die Werktätigen vollends ihr Vertrauen, dass aus der DDR noch einmal etwas werden könne. Mit rabiaten Mitteln dirigierte diese gewendeten Herrschaften das gesellschaftliche Leben. In den Betrieben wurde brutal umgebaut, um diese für den Markt fit zu machen. Bald sprachen selbst die Zeitungen von einem Manchesterkapitalismus, der jetzt in

der DDR herrscht.

Prof. Jürgen Kuczynski schrieb in der "Jungen Welt" (16.2.90): *"Mit Schrecken müssen wir darum feststellen, daß unsere Betriebsleiter, darunter nicht wenige Kombinatdirektoren, darauf aus sind ihre Gewinne zu vermehren, statt das Arbeitsergebnis, die Produktivität des einzelnen Arbeiters wirklich zu steigern... Um die ganze Unmenschlichkeit dieser Herren, die sich auf primitivste Weise in Kapitalismus üben wollen, zu charakterisieren, sei noch angemerkt, daß auch behinderte und geschädigte Bürger von der Kündigung bedroht sind... Handelt es sich dabei um erste primitive Versuche, den Kapitalismus in seiner frühen Gestalt - 19. Jahrhundert - wiederzuerwecken..."*

Jetzt wurde tatsächlich alles aus den Betrieben herausgeholt. Aber nur für bestimmte Personengruppen. Das Vertrauen in eine "bessere" DDR war dahin. Mit Spannung blickten viele auf den Beitrittstermin. Nach dem 3. Oktober ging es erst richtig los. Binnen weniger Jahre wurde ein Industrieland wie die DDR platt gemacht. Beziffert man die DDR-Industrieproduktion 1989 mit dem Faktor 100, war sie 1992 auf 31 gesunken. Historisch gesehen war der Schaden weit größer als in den beiden Weltkriegen. In dieser Zeit begannen die Werktätigen die Bühne zu betreten, es konnte von einer Arbeiterklasse gesprochen werden, die sich zumindest wehrt. Demonstrationen, Streiks und eine Vielzahl von Betriebsbesetzungen waren symptomatisch für die ersten Jahre nach der Eingliederung der DDR in die BRD. Die KPD unterstützte diese Kämpfe, soweit es ihr möglich war. Ein Berliner Genosse der einstigen Sektion DDR beispielsweise nahm für mehrere Tage an den Hungerstreiks der Kollegen von Bischofferode teil.

Die Aktivitäten der KPD blieben den Nachfolgern des MfS nicht verborgen. Für sie Grund genug, erneut zuzuschlagen: In den Morgenstunden des 10. November 1994 führte ein bewaffnetes Polizeikommando der politischen Polizei Magdeburgs eine Durchsuchung der Wohnung, der Sachen, Behältnisse, Kellerräume, des PKW usw. des Kommunisten Herbert Polifka in Magdeburg durch.

Der Grund: Angeblicher Verstoß gegen das Vereinsgesetz pp. und angebliche Aufrechterhaltung der verbotenen KPD. Der Beschluss wurde am 27.9.94 vom Amtsgericht Magdeburg, Abt. Strafrecht durch die Richterin Ernst ausgefertigt und am 10.11.94 vollzogen. Um die Anklage zu unterstützen, wurden bei der Hausdurchsuchung so gewichtige Beweismittel wie Flugblätter der KPD und der "Aktion Arbeitsplätze für Millionen" sowie verschiedener anderer politischer Organisationen beschlagnahmt. In diesen Flugblättern wurden u.a. die Machenschaften der Treuhänder entlarvt und die Verfolgung Andersdenkender

angeprangert.

Eingezogen wurden Artikel des ROTEN MORGEN, Zeitung der KPD, aber auch die "Junge Welt", Videofilme von Spiegel TV und Monitor sowie ein Anstecker mit der anscheinend besonders gefährlichen Parole "Sozialismus hat Zukunft".

Einen Tag später erhielt ich die Kündigung! Gute Zusammenarbeit?

Ironie am Rande: Mindestens 2 der 5 an der Durchsuchungsaktion beteiligten Polizeibeamten müssen früher nach ihren eigenen Aussagen in der FDJ oder gar der SED gewesen sein.

Einige Unterschiede zu Durchsuchungen zu DDR-Zeiten gab es. So erhielt ich z.B. eine schriftliche Bestätigung der Hausdurchsuchung. Darin heißt es:

*Amtsgericht Magdeburg*

*Magdeburg, den 27.9.1994*

*Abt. Strafrecht*

*Geschäftszeichen: 5 Gs 1616/94*

*4 Js 363887/94*

*B e s c h l u ß*

*In dem Ermittlungsverfahren*

*gegen Herbert Polifka*

*geb. am: 23.2.1953*

*wh.: Kritzmannstr. 28*

*Magdeburg*

*wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz pp.*

*wird die Durchsuchung der Wohnung, der Räume, der Sachen, Behältnisse und der Person des Beschuldigten angeordnet, weil zu vermuten ist, dass diesem Maßnahmen zur Auffindung von Beweismitteln, nämlich*

*Unterlagen und Kennzeichen, die darauf schließen lassen, dass der organisatorische Zusammenhalt der KPD aufrechterhalten wird,*

*führen werden (§§ 98 Abs.2, 100,102,105 StPO).*

*Gegenstände, die als Beweismittel für die Untersuchung von Bedeutung sein können oder der Einziehung unterliegen, sind in Verwahrung zu nehmen oder in anderer Weise sicherzustellen. Werden sie nicht freiwillig herausgegeben, sind sie zu beschlagnahmen (§ 94 StPO). In diesem Fall ist bei Widerspruch des Betroffenen binnen 3 Tagen die richterliche Bestätigung zu beantragen.*

*E r n s t*

*Richterin*

*Magdeburg, den 27.09.1994*

Über das Strafverfahren wurde mit den verschiedensten politischen

Organisationen, Verbänden und Parteien gesprochen. Die Magdeburger PDS brachte in ihrer Regionalzeitung einen längeren Kommentar, der aber das Problem oberflächlich streifte. In der Kommunistischen Plattform wurde darüber schon tiefergehend diskutiert. Eine Vielzahl von Protestschreiben aus dem In- und Ausland wurde an das Innenministerium geschickt. So schrieb ein Magdeburger Bürger, er nehme voller Empörung wahr, *"dass stasiverfolgte Menschen der DDR nun durch die BRD-Organen weiterhin verfolgt und damit in ihrer Meinungsfreiheit auf die bedrohlichste Art und Weise eingeschränkt werden (...) Ansonsten halte ich jede öffentliche und sachpolitische Auseinandersetzung für erforderlich, 1. Sofortige Einstellung des Verfahrens gegen Herbert Polifka. (...) 3. Aufhebung des KPD-Verbots."*

Das Aktionsbündnis "Arbeitsplätze für Millionen" versandte zwei Protesterklärungen. Einmal an die Landtagsfraktionen der SPD, Bündnis 90/Grüne, CDU und PDS. Zum anderen an die Justizministerin, die Staatsanwaltschaft und den Polizeipräsidenten; in diesem Schreiben heißt es unter anderem: *"...wir protestieren hiermit schärfstens gegen die am 10. November 1994 vorgenommene Hausdurchsuchung bei Herbert P. (...) Wie wir erfahren haben, wurden bei der Hausdurchsuchung auch Material und schriftliche Unterlagen der "Aktion" beschlagnahmt. Wir werten dies als einen Versuch der Kriminalisierung der Aktion (...) Wir fragen: Soll mit dem Vorgehen der Magdeburger Polizei der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit kriminalisiert werden?"*

*Besteht ein Zusammenhang zwischen den bei SKET geplanten Entlassungen, den Aktivitäten der Magdeburger Aktionsgruppe dagegen und dem Vorgehen der Magdeburger Justiz und Polizei? (...)*

*Wo war die Magdeburger Polizei, als neofaschistische Schläger Mitbürger mit ausländischem Pass prügeln und durch Magdeburgs Straßen jagten? Das Vorgehen der Magdeburger Justiz ist ein Angriff auf die freie politische Betätigung aller fortschrittlicher und demokratischer Menschen und Organisationen. An welche Tradition knüpft die Magdeburger Justiz an?*

*Wir fordern umgehend:*

*1. Sofortige Rückgabe allen beschlagnahmten Materials, aller Materialien und schriftlicher Unterlagen der Aktion "Arbeitsplätze für Millionen" (...)*

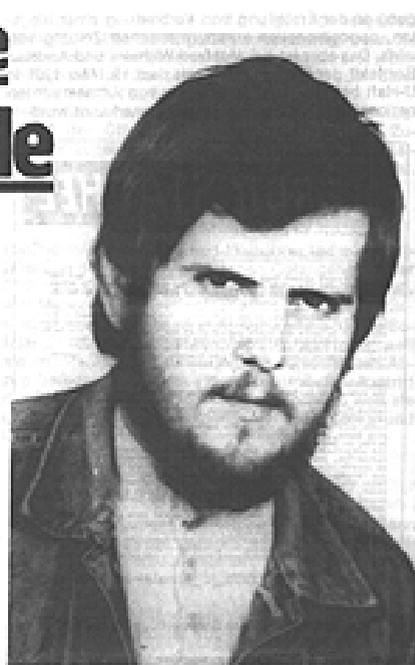
# Kommunistische Oppositionelle in der DDR zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt

In den letzten Wochen wurden in Berlin (Ost) drei Staatsbürger der DDR unter anderem wegen „staatsfeindlicher Hetze“ zu Gefängnisstrafen verurteilt. Ihre „Verbrechen“? 44 Monate Gefängnis forderte der Staatsanwalt etwa gegen einen Angeklagten, der im Herbst letzten Jahres an Berliner Betrieben Plakate mit der Aufschrift „Freie Gewerkschaften in Polen — Wann werden wir zum Schlag ausholen? KPD“ geklebt haben soll. Die Verlechte dieses Angeklagten, in der der Staatsanwalt eine Helferin bei diesem „Verbrechen“ sieht, soll für 20 Monate ins Gefängnis. Zu 34 Monaten Gefängnis wurde ein dritter Staatsbürger der DDR verurteilt. Mit welcher Begründung? Das wissen — wie bei politischen Prozessen in der DDR üblich — nicht einmal die nächsten Angehörigen.

Fest steht aber, daß alle drei vor allem aus einem Grund verurteilt wurden: Weil das Honecker-Regime sie zur kommunistischen Opposition in der DDR zählt, die sich bereits seit 1976 in der KPD, Sektion DDR, organisiert hat und die illegale Zeitung „Roter Morgen“ herausgibt. Aus dem gleichen Grund wurden im Frühjahr und Sommer dieses Jahres weitere vier bis sechs Bürger der DDR verhaftet. Sie befinden sich immer noch in U-Haft und müssen zum Teil mit noch erheblich höheren Gefängnisstrafen rechnen als die bisher Verurteilten.

## Kein Einzelfall

Die Verhaftung der kommunistischen Oppositionellen



Manfred Wilhelm, in der DDR verhaftet, weil er Kommunist ist.

in der DDR ist kein Einzelfall. Das Honecker-Regime will, offenbar aufgeschreckt durch die Ereignisse in Polen, jede fortschrittliche Opposition im Keim ersticken.

• Im Juli und August dieses Jahres wurden in verschiedenen Betrieben Thüringens sieben Arbeiter verhaftet, weil sie in Betriebsdiskussionen eine Demokratisierung des „Freien Gewerkschaftsbundes“ gefordert und dabei auf die Bewegung in Polen verwiesen hatten.

• Der Berliner Maurer Detlef Abramson, 24 Jahre, wurde zu zehn Monaten Haft verurteilt, weil er in einem Gespräch mit Bekannten erklärt hatte: „Wir mößen das gleiche machen wie in Polen.“

• In Weimar wurde der Oberarzt Wilhelm Koch zu einer vierjährigen Zuchthausstrafe verurteilt, weil er der Solidarität rund 10000 Mark gespendet hatte.

• Auf einer Konferenz von Verlagslektoren im März dieses Jahres erklärte der sozialvertrübende Kulturminister der DDR, Klaus Höpke, daß Bücher über Polen vorerst keine Chance haben, gedruckt zu werden. Außerdem verlangte er von den Lektoren, künftig nicht nur über die literarischen Pläne der Schriftsteller Berichte anzufertigen, sondern auch über „ihre Stimmungslage“.

Wenn der sogenannte „Arbeiter- und Bauernstaat“ einen Arbeiter wie den Maurer Detlef Abramson allein wegen einer mündlichen Äußerung bereits für zehn Monate ins Gefängnis sperrt, dann kann man sich un schwer vorstellen, welche Strafe Bürgern der DDR droht, denen der Staatssicherheitsdienst die Betätig-

2. Eine öffentliche Entschuldigung der Verantwortlichen gegenüber der Aktion "Arbeitsplätze für Millionen", sowohl in Magdeburg als auch gegenüber dem bundesweiten Koordinierungsausschuss der Aktion.

3. Die Verantwortlichen für die Hausdurchsuchung müssen politisch und juristisch zur Rechenschaft gezogen werden. "

Die Geschichte zeigt, dass es immer mit einem Verbot der Kommunistischen Partei begann und dann eine Hetzjagd gegen alle politisch Andersdenkenden, gegen Gewerkschafter, Antifaschisten, Parteilose, Sozialdemokraten und Christen (Sympathisantenhutz) endete. Es war bedauerlich, dass einige Organisationen zu dieser Sachlage schwiegen. Die DKP: Totenstille. Auch der "Arbeiterbund für den Wiederaufbau" und ihre Zeitung KAZ. Das Neue Deutschland brachte weder eine Meldung noch veröffentlichte sie die eingegangenen Leserbriefe dazu. Anders die MLPD, die sofort reagierte, ausführlich berichtete und ihren Protest zum Ausdruck brachte.

In zehntausenden Flugblättern wurde der Fall verbreitet. Selbst im Ausland fand der Angriff auf den Kommunisten Herbert P. und gegen die KPD Beachtung. Proteste gab es in Frankreich, der Türkei, Dänemark, USA, Chile usw. Angesichts dieser breiten Öffentlichkeit war es den Herrschenden wohl unangenehm, die Gemeinsamkeit zwischen dem entarteten System in der DDR und dem kapitalistischen System bei der Verfolgung von Kommunisten so offen zuzugeben.

Mit Datum vom 3.4.95 teilte die Staatsanwaltschaft Magdeburg - allerdings ohne Begründung - mit, dass das Verfahren gegen Herbert P. "wegen Fortführung einer für verfassungswidrig erklärten Partei" eingestellt werde.

Die Einstellung des Verfahrens war eine Niederlage für den Staatsapparat. Doch er wird nicht aufhören, gegen fortschrittliche und revolutionäre Kräfte vorzugehen. Im Gegenteil, mit dem Widererstarben Deutschlands als Großmacht, mit der Entsendung deutscher Soldaten ins Ausland, mit der deutschen Spitzenposition in der EU, mit dem staatlichen Raubzug gegen soziale Errungenschaften, mit anwachsender Ausländerfeindlichkeit usw. usf. wird auch die politische Unterdrückung zunehmen. Solidarität ist daher weiter nötig. Erst wenn die Arbeiter und alle fortschrittlichen Kräfte diesen riesigen Schnüffel- und Unterdrückungsapparat beseitigen und selbst ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen, wird es keine "Verbrechen" mehr sein, für gesellschaftlichen und sozialen Fortschritt, gegen Faschismus und Rassismus, gegen Ausbeutung und impe-

rialistische Politik zu kämpfen.

*Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Sie wegen Fortführung einer für verfassungswidrig erklärten Partei*

*Sehr geehrter Herr Polifka*

*o. g. Ermittlungsverfahren wurde gemäß § 170 II StPO eingestellt.*

*Die bei der Hausdurchsuchung am 10.11.1994 sichergestellten Gegenstände sind an Sie wieder herauszugeben. Sie werden Ihnen deshalb übersandt.*

*Mit Beschluss des Amtsgerichts Magdeburg VOM 27.09.1994, Geschäftszeichen 5 Gs 1597/94, wurde eine Postbeschlagnahme angeordnet. Im Rahmen dieser Postbeschlagnahme wurde ein an Sie gerichteter Brief am 08.12.1994 durch die Staatsanwaltschaft Magdeburg geöffnet. Diesen Brief erhalten Sie ebenfalls zurück.*

*Hochachtungsvoll*

*Klein*

*Oberstaatsanwältin*

Wie zu Stasi-Zeiten wird uns auch heute Bespitzelung, Verfolgung und Terror nicht von unserem Kampf abbringen. Im Gegenteil! Mit dem Untergang der revisionistischen Regime hat der Kapitalismus sein Gesicht wieder offen und ungeschminkt gezeigt. Der "siegreiche" Kapitalismus ist eine Gesellschaft im Niedergang! Die Notwendigkeit, für den Sozialismus zu kämpfen, zeigt sich heute noch klarer!

### **Nachtrag:**

1998 stellte ich einen Antrag, meine Akten einzusehen, die vom Verfassungsschutz eventuell angelegt wurden. Im Antrag wies ich darauf hin, dass das Ministerium für Staatssicherheit viele Jahre lang mich bespitzelt hatte und etliche Akten angelegt hatte. Weiterhin wies ich darauf hin, ein Buch über diese Thematik zu schreiben. Da die Aktivitäten des MfS sich auch auf das Gebiet der Bundesrepublik erstreckten und es vermutlich auch zu Kollisionen mit bundesdeutschen Sicherheitsorganen kam, könnte auch ich davon betroffen sein. Es wäre also möglich, dass Informationen über meine Person in diesem Zusammenhang von entsprechenden bundesdeutschen Organen vorhanden sind. Weiterhin wollte ich aufzeigen, dass es große Unterschiede zwischen Verfassungsschutz und Staatssicherheit gibt in Sachen Auskunftserteilung. Bekanntlich wurde diese in der DDR verweigert. Um diese Unterschiede aufzuzeigen, verlangte ich Auskunft über eventuell über mich gespeicherte Daten. Die



Landesbeauftragter für den Datenschutz Sachsen-Anhalt  
Postfach 1007 - 06108 Magdeburg

Herrn  
Herbert Polifka  
Alt Weissenhöfen 100  
  
39122 Magdeburg

Im Zeichen Postfachnummer	Mail Zeichen	Beauftragter	☐ 0001/0 14 00 - 22 0 50 10 24	Magdeburg
14.02.1998	2-4104/0-1	Herr Quisdorf		27.03.1998

**Anlage:**

Sehr geehrter Herr Polifka,

den mit Ihrer Eingabe dargelegten Sachverhalt habe ich mit dem Landesamt für Verfassungsschutz erörtert und einer datenschutzrechtlichen Prüfung unterzogen. Als Ergebnis kann ich Ihnen mitteilen, daß ich im Rahmen meiner Prüfung keine datenschutzrechtlichen Verstöße in der Sache festgestellt habe. Auch bei der Form der Ihnen gegenüber gegebenen Auskunft bewegt sich das LFV im rechtlichen Rahmen des § 14 VerfSchG-LSA. Die Vorschritt habe ich in Ablichtung als Anlage beigelegt.

Das LFV kann bei seiner Auskunftserteilung nach § 14 Abs. 2 VerfSchG-LSA in bestimmten Fällen auch die Angabe verweigern, ob es überhaupt Angaben zu Ihrer Person gespeichert hat, und nicht nur, welche es sind. Allerdings steht es Ihnen frei, von Zeit zu Zeit zumindest danach zu fragen, ob es Angaben zu Ihrer Person gespeichert hat. Ein Anspruch auf Akteneinsicht Ihrerseits besteht nach dem Gesetz nicht.

Mit freundlichen Grüßen

*Kalk*  
Kalk

Proletariat aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Angabe der Seiten 2/2

Nr. 2 Mai 1988

Preise ziehen an

## Versorgungslage wird chaotisch

Die kritische Versorgungslage hält an und verschlechtert sich noch. Extrem unkonventionelles Angebot besteht bei den „100 kleinen Dingen“ wie bei vielen hochwertigen Konsumgütern — das ist bereits seit einigen Jahren Alltag. Neu ist, daß Engpässe zunehmend auf Arbeit übergehen, die ganz einfach lebensnotwendig sind.

Der Grundbedürfnisartikel Fleisch ist derzeit in der ganzen Republik Mangelware. In vielen Gemeinden wird nur noch ein bis zwei Tage in die Woche Fleisch verkauft. In Anlehnung zum Beispiel gab es in Werdohlberg gar keine, in Herbolzheim nur wenig Fleisch zu verkaufen. Rindfleisch ist nur Rarität geworden.

Kreuzer aus noch vorigen Jahr ist Waschmaschine immer wieder lieferbar, wird aber heute von einem Kollegen zu einem Verkaufsausschuss

steht nicht auf Schlangenpist und fünfzigjährig das arbeitslose Heuschreck zurückzuführen sind. Lächerlich auch die Forderung, die Minister sei politisch Ergebnis von Massenaktionen. Wie legt sich jetzt noch ein „Faktor Neuchâtel“ an? Doch das kann höchstens eine geringfügige Verschärfung bringen.

### Die Zange Moskaus

In Paris und Moskau wird die schlimme Lage abschließend vor-



wie zu einem Festival im Lenin-Bereich. Das Gefühl, im April waren im Zentrum Westfalen Bettler wegen WM im Kreis.

Geht man Spazier in so vielen Tagen nur. Aber manchmal gibt es jetzt mehrere gar keine Waschmaschine mehr. In Dortmund und Kleinfeldern Theorien werden sie fast nicht verkauft. In einem Ort im Becken Köln zum Beispiel stellen ein kleines Fachgeschäft für eine vierköpfige Familie mit Baby zwei Wochen fest.

Offensichtlich, daß diese Maß-

schwangen oder vorhanden. Da ist die Rede von der Notwendigkeit vollständiger Exporte angesichts weltweiter Preissteigerungen bei Rohstoffen. Versuche werden daher, daß es nur allein der „große Bruder“ das von westlichen Multi-gesellschaften Preisniveau anzuheben, um die völlig abhängige DDR überhöhter Preise für Erdöl und andere Rohstoffe zu abdecken. Von Moskau in die Fänge russischer hohen Kaufleute und getriebenen Preise für Frachtkosten genommen, muß die DDR immer

## Rettet den Frieden



25. April 1988. Carter hat die Welt an den Rand des Krieges gebracht

Die Kriegsgefahr wächst. Während die amerikanischen Supermächte mit der Hoffnung auf die allgemeine Volkswirtschaften versuchen, beschleunigen die USA Imperialisten in wachsende Phase ihre aggressive Kampagne gegen den Iran.

Beide deutsche Regierungen aber, sowohl die Westdeutsche als die Ostdeutsche-Regierung, scheinen sich nicht, sich im eigenen Interesse zu stellen, zu ernsthaften Verhandlungen über einen und Beschleunigung im Kampf um die Welt. Die Westdeutsche Regierung, Schlußfolgerung zu sein, werden für die Imperialisten der USA, eine Idee für die Imperialisten der Sowjetunion, das ist die Schwäche des die zwei Supermächte in diese Krieg um die Weltwirtschaft dem auch schon nicht zusammen haben, stehen wir uns!

Lesen Sie die Erklärung des Politbüros der KPD/M, zur Erklärung des Krieges in der Sprache in dieser Ausgabe.

## Stasi-Aktion gegen „Roter Morgen“

Eine Beschlagnahmung gegen den „Roter Morgen“ in der DDR hat nach einer Meldung des „Freiberger Nachrichten“ vom 10. April der Nachrichtenagentur in Ostberlin durchgeführt. In der Meldung heißt es:

„Der Staatssicherheitsrat der DDR hat in dem Ostberliner Stadtbezirk Friedrichshagen und Prenzlauer Berg, wie eine Zeit lang bekannt wird, in dem Moskauer Botschaftsbezirk eine Aktion durchgeführt, in der Handverbraucher aufgefunden und

daran gegen die SED geführte Flugblätter beschlagnahmt. Die Übergriffe des Ostberliner Geheimdienstes gegen eine Flugblattaktion der DDR leitete der KPD/M. In der zentralen Flugblattaktion waren scharfe Angriffe gegen die Wirtschaftspolitik der SED enthalten. Ein Schriftzug der Zeit „Roter Morgen“.

Im Januar war die erste vollständige in der DDR besetzte Nummer des illegalen „Roter Morgen“, Ausgabe der Zeitung DDR der KPD/M, erschienen.

mehr hochwertige Güter in die SU exportieren.

### Bürokratischer Kapitalismus

Abgelehnt werden soll auch davon, daß die DDR in einer tiefen Wirtschaftskrise stehe, denn Ursache in der Benötigung der wirtschaftlichen westlichen Planwirtschaft zu suchen ist. Betriebsräte, eigenem Gegenstand, Chemikern, handwerkliche Meister, die in Kooperation und Führung führen, andererseits sind typische Merkmale der neuen bürokratischen Kapitalismus. DDR Wirtschaft, die Zucht unter die Westeuropäer.

### „Verelendungswelle“ röhrt

Massenarbeit bedeutet jetzt eine Produktion auf, Marktwaren selbst. Diese Verelendungswelle oder nur ungesicherter Verpackung. Der berühmte Qualitätsverlust

im großen Teil. Kein neues Produkt, das nicht immer in ein wie Vorgänger. Man sieht um 20 bis 30 Prozent. Schenke für Schenke will man ein ein völlig neuen Preisniveau gewinnen. Westliche Kapitalisten stellen Aufgabe auch der unteren und mittleren Produktionen mit gewonnen. Was bleibt? Die Betriebe werden nicht angereizt, einen wachsenden Teil der Produktion in der höheren Produktion herzustellen. Dabei steigt die Gesamtproduktion mit wenig. Fast: Billige Waren liefern. Will man überhaupt etwas bekommen, muß man draufzahlen. Kauf oder nicht?

Schick mit Qualitätsverlust und schlechten Preisverhältnissen. Es gibt, was immer Druck zu machen, um mindestens eine Verbesserung der Situation und langfristige Lebenserhaltung. Die Situation, was großen Bedeutung wird, die Botschaft zu bringen, die Verelendungswelle Lebens ohne einzugreifen.

Antwort kam noch mehreren Wochen und war ernüchternd:

## **DOKUMENTE:**

### **Dokument 1:**

Leiter der Zelle "Magdeburg" der "Sektion DDR" -- "Afro"

Name: Polifka  
Vorname : Herbert  
geb. am/in: 23.02.1953 Magdeburg  
wohnhaft: 3010 Magdeburg, Gnadauerstr. 7  
Beruf: Zerspaner  
Tätigkeit: Zerspaner  
Arbeitsstelle: VEB Schwermaschinenbau "Karl Liebknecht"  
Parteiame: (noch nicht bekannt)

- Polifka verfügt über eine verfestigte feindlich-negative Grundeinstellung gegenüber der DDR und ist daher als einer der Hauptakteure der "Sektion DDR" einzuschätzen;

- Polifka verfügt über ein Druckgerät und Fototechnik zur Herstellung von Hetzschriften und Bildern zur Ergänzung von Berichten;

- er ist bemüht, den Sympathisantenkreis durch Verteilung bzw. den Versand der Hetzschriften "Roter Morgen" zu erweitern;

- Polifka stellte mehrere sogenannte "Info-Blätter" her, in denen die Staats- und Parteiführung der DDR diskriminiert wird;

- wegen seinen aktiven subversiven Handlungen soll Polifka in die "Sektionsleitung DDR" integriert werden;

- seit März 1980 verfügt die Zelle "Magdeburg" über eine feste Instrukteurverbindung zur "Sektion DDR"

...Die bisher durch das MfS erkannten und personifizierten Hauptakteure der "Sektion DDR" verfügen in der Mehrzahl über eine abgeschlossene Hochschulbildung. Das Studium wurde in den Jahren von 1971 - 1975 an der Humboldt-Universität Berlin bzw. Wilhelm-Pieck-Universität in Rostock absolviert. Vier der feindlich tätigen Personen sind als Produktionsarbeiter tätig.

Von der altersmäßigen Struktur der erkannten Kräfte konzentriert sich diese auf die Jahrgänge 1950 - 1953. Übereinstimmend kann festgestellt werden, daß die Ehepartner der Hauptakteure der "Sektion DDR", die ebenfalls über eine abgeschlossene Hochschul- bzw. Fachschulbildung verfügen, Kenntnis von der

subversiven Tätigkeit ihrer Ehemänner haben und diese dabei unterstützen. Alle Hauptakteure der "Sektion DDR" stammen aus geordneten familiären Verhältnissen. Die Eltern sind in verschiedenen Berufen tätig u. a. Mitglied des Bezirksvorstandes des FDGB, Schriftsteller, Konstrukteur, Redaktionsmitarbeiter. Von drei Hauptakteuren ist mindestens ein Elternteil Mitglied der SED.

...

5. Durch gezielte politisch-operative Maßnahmen sowie die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens mit Haft gegen den Leiter der "Zelle Magdeburg", Polifka bei

Aktivitäten auf frischer Tat ist diese "Zelle" zu zerschlagen. Gegen weitere Mitglieder sind differenzierte Maßnahmen durchzuführen.

## **Dokument 2 - Auszüge :**

### **SEKTIONSAUFBAU DDR - NR:1 - 1979**

#### **"MIT DEN MASSEN ENG VERBUNDEN!" (TEIL 1)**

Liebe Genossen!

Vor Euch liegt die erste Ausgabe des "Sektionsaufbaus - DDR", des Organs der Sektionsleitung DDR der KPD/ML für Fragen des Parteaufbaus und Parteilebens unserer Sektion.

Mit dem "Sektionsaufbau - DDR" will die SL DDR ihre Aufgabe besser erfüllen, nämlich die Linie unserer Partei und ihres ZK auf die Verhältnisse bei uns in der DDR anzuwenden und umzusetzen. Uns ist bekannt, daß viele Genossen mit dem "Parteaufbau" (PA), dem Organ des ZK zur Ausrichtung der Gesamtpartei bisher nichts richtiges anzufangen wußten. Daran ist aber nicht der PA schuld, sondern wir, die Sektionsleitung DDR. Wir haben es bisher nicht richtig verstanden, die Ausrichtungen des ZK auf die DDR zu konkretisieren und so den Zellen eine wirksame Anleitung zu geben. Dies wird sich mit der Herausgabe des "Sektionsaufbaus - DDR" (SA-DDR) ändern, mit dem wir Euch eine scharfe Waffe für den täglichen Kampf, für Eure Zellenarbeit in die Hand geben wollen. Der "SA-DDR" soll für alle Gebiete der Zellenarbeit konkrete Richtlinien und praktische Hinweise geben. Er soll dazu dienen, die Erfahrungen unserer Sektion, positive und negative, zusammenzufassen, damit unsere Sektion rasche Fortschritte macht und sich einheitlich entwickelt. Die verschiedenen "SA-DDR" geben für die jeweils behandelten Fragen die allgemeine Anleitung der Zellen, auf deren Grundlage dann die Zelleninstrukteure auf die speziellen

Probleme der einzelnen Zellen eingehen. Zwei Jahrzehnte, nachdem die Ulbricht-Honecker-Clique im Verein mit Chruschtschow und Co. den Marxismus-Leninismus und die Sache der Arbeiterklasse endgültig verraten hatten, gab es in unserem Teil Deutschlands keine revolutionäre Vorhutpartei der Arbeiterklasse. Heute ist es bereits anders. Auch in der DDR fanden sich marxistisch-leninistische Kräfte, die, von den Genossen aus Westdeutschland und Westberlin unterstützt, die Sektion DDR der KPD/ML gründeten.

Das erreichte Niveau der Zellenarbeit läßt sich wie folgt einschätzen. In der Arbeit "nach außen":

- Die Zellen verbreiten regelmäßig den "RM" und erarbeiten für ihn eigene Beiträge (Artikel, Korrespondenzen usw.),
- die Zellen leisten selbständig Agitationsarbeit (Herausgabe von Flugblättern zu aktuellen Fragen, Klebeaktionen usw.),
- die Genossen werben Sympathisanten unter Freunden und Verwandten,
- mit politisch wirksamen Aktionen wie Parolen malen, Verbreiten des "RM" während öffentlicher Veranstaltungen u. a. wurde begonnen.

In der Arbeit "nach innen", im Zellenleben:

- Regelmäßige Zellsitzungen, in denen diszipliniert und konstruktiv die politischen und organisatorischen Fragen der Arbeit behandelt werden,
- intensives Studium der Parteiliteratur, aktive Teilnahme an den Parteidiskussionen,
- Studium, von Werken der Klassiker im Grundschuljahr.

Wir müssen neue, höhere Formen der Arbeit (Betriebsarbeit, legale Arbeit) ausprobieren und anwenden. Aber nicht so tun, als ob die alten Formen nichts bewirkt haben oder nichts mehr Wert sind. Wir müssen überall durch konkrete Diskussion und Initiativen vorwärts gehen, während uns abstraktes "Philosophieren" oder gar "Jammern" nicht hilft.

Es ist eine unumstößliche Tatsache, ein Axiom des Marxismus-Leninismus, daß wir Vertrauen in die Partei, in unsere eigenen Kräfte setzen müssen, daß wir dann aber alle Schwierigkeiten Stück für Stück überwinden werden.

... es gibt Widersprüche, die kann man ausnutzen, da kann man einhaken, auch wenn man nicht am Schraubstock steht. Man muß eben nur erkennen, daß die Arbeiter schon bereit sind, sich für kleinere Dinge zu engagieren. Genossen, wie sieht es denn aber aus? Wer von uns sagt denn einmal seine Meinung zu Dingen, die die Kollegen interessieren auf den Gewerkschaftsversammlungen, auch wenn er dadurch finanzielle Rückschläge erleidet? Wer läßt sich denn im Zuge der "Neuererbewegung" alles von den Chefs manipulieren? Wer bricht denn mal eine Lanze für einen Kollegen, auf dem herumgetrampelt wird, wer tritt denn gegen die Privatarbeit der Meister und Chefs auf, die sich alles Mögliche bauen lassen, und wir müssen für jede Kleinigkeit auf den Knien rutschen. Hier gibt es

bei vielen Genossen ein Zurückweichen. Sie lassen sich von den Chefs und Meistern deren Schema aufzwingen. Und die Ursache für dieses falsche, nicht kämpferische Verhalten liegt darin, daß sich diese Genossen hinter ihrer Parteiarbeit - abends - verstecken. "Ich bin anders als die meisten, denn ich tue ja etwas dagegen!" Stimmt! Aber anonym, nicht in der direkten Konfrontation! Das "offene" Auftreten auf der Arbeit wird zu gering geschätzt, diese Arbeit wird nicht richtig eingestuft. Sich für die Kollegen einsetzen, gegen korrupte Vertrauensleute auftreten, für eine gerechte Verteilung von Prämien auftreten ist genauso revolutionär wie Parolen malen oder Flugblätter verteilen.

Diese legale Arbeit können auch Büroangestellte in Angriff nehmen, denn dort gibt es auch Widersprüche (z. B. Sekretärin - Chef).

Es wird höchste Zeit, daß über solche Probleme auf den Zellsitzungen diskutiert wird, daß man sich gegenseitig bestärkt, Rechenschaft über die wenn auch kleinen Betriebserfahrungen ablegt. Es wird höchste Zeit, daß wir damit Schluß machen, uns von der Arbeit nur "Stories" zu erzählen, wie es in einigen Zellen noch Praxis ist.

Das es folglich notwendig ist, den Arbeitsbereich zu erkunden, sich dort auszukennen - und zwar nicht nur, um zu wissen, wo man steckt, wo das Bullenrevier ist usw. - sondern um die konkreten Probleme der Werktätigen zu kennen, um konkret über die Klassengegensätze und die Unzufriedenheit und den Widerstand der Werktätigen Bescheid zu wissen.

Das ist eine wichtige Grundlage sowohl für illegale Flugblätter als auch für legale Arbeit im Betrieb, in Massenorganisationen usw. Flugblätter, die die unmittelbaren Probleme der Werktätigen aufgreifen sowie die im betreffenden Stadtteil, Betrieb usw. stehen, sind i. s. wirksamer als solche, die nicht auf der Basis konkreter Kenntnisse geschrieben werden. Denn die allgemeinen Widersprüche, Mißstände äußern sich stets konkret und in sehr vielfältigen Formen. Und es sind gerade die konkreten Ausdrucksformen der Unterdrückung und Ausbeutung, die die Unzufriedenheit der Werktätigen erregen und ihren Protest und Widerstand herausfordern.

Ein Beispiel: Im Berliner Stadtbezirk Köpenick ist die Wohnungsmisere besonders krass. Etwa 7 000 Anträge, d. h. ca. 21 000 Wohnungssuchende. In absehbarer Zeit Verschlimmerung durch Abriss. Es werden viel zu wenig Wohnungen gebaut. Und die Besonderheit: Vor der Nase, nämlich in Wendenschloß, Grünau, Müggelheim usw. wurden in den letzten Jahren viele Villen für die Privilegierten gebaut, wird ein großes Armeeobjekt nach dem anderen hochgezogen, wodurch umfangreiche Baukapazität gebunden wird. Beamte des WA Köpenick erzählen: Die Arbeiter der Köpenicker Betriebe sagen, für uns gibt es keine Wohnungen, die Neureichen leben schon im Kommunismus. Hier haben wir den Fall, daß die Widersprüche,

Klassengegensätze an einem Punkt besonders krass und sichtbar hervortreten. Hier müßte die Zelle, die Köpenick als Arbeitsgebiet hat, beispielsweise unbedingt eingreifen. Es muß uns vollkommen klar sein, daß die allgemeine Agitation und Propaganda des "RM" durch die konkrete Agitation der Zellen, durch ihre legale Arbeit usw. ergänzt werden müssen. Alle anderen Aufgaben der Zelle (z. B. Mitarbeit am "RM") dürfen nicht diese Hauptaufgabe, der Zellen abwürgen. Andererseits muß ebenso klar sein: die Entfaltung einer selbständigen praktisch-politischen Arbeit im Arbeitsbereich ist eben die Schule, in der die Genossen lernen, ihr Wissen umzusetzen, eine Schule, durch die wir wachsen.

Was die Entfaltung einer selbständigen Arbeit der Zellen hemmt, ist neben anderen Faktoren die Tatsache, daß wir bisher die Arbeitsbereiche der Zellen schematisch und unrealistisch festgelegt haben. Die Schwierigkeiten in dieser Frage sind klar. Unsere Zellen sind fast durchweg über persönliche Bekanntschaften usw. entstanden, die meist nicht eine natürliche Grundlage für Betriebszellen oder reine Wohngebietszellen darstellen. In den meisten Zellen arbeiten die Genossen nicht an einer Arbeitsstelle, wohnen sie häufig weit auseinander, Wohn- und Arbeitsort liegen nicht beisammen usw. Bisher wurden nun die Zellen als Stadtteilzellen organisiert, die sich außerdem um die größten Betriebe im jeweiligen Stadtteil kümmern sollten. Diese Festlegung führte nicht zur selbständigen, auf einen konkreten Bereich orientierten Arbeit der Zellen, weil sie die Möglichkeiten der Zelle überschätzte, vor allem die Zellen nicht auf ihre natürlichen Verbindungen und konkreten Möglichkeiten der Arbeit orientierte. Gegenwärtig ist es doch so, daß der Arbeitsbereich (der jeweilige Stadtteil) als reines Verbreitungsgebiet für A/P-Materialien behandelt wird. Dies muß sich schnell und gründlich ändern. Ein konkretes Beispiel, auf welchem Wege wir diesen Zustand überwinden müssen. Ein Genosse arbeitet in einem Berliner Krankenhaus. Er hat guten Kontakt zu den Schwestern. Aus eigenem Erleben und aus den Berichten der Schwestern über ihre schlechten Arbeitsbedingungen, die niedrigen Gehälter usw. kann er sich ein genaues Bild von der Lage dort machen. Er erfuhr im letzten Jahr von einer konkreten Sauerei, die sich die Gesundheitsbürokraten mit den Schwestern erlauben und die in vielen Berliner Krankenhäusern auf entschiedenen Protest stößt. Daraufhin erarbeitete die Zelle ein Flugblatt, das diesen Vorfall zum Anlaß nahm, um die bürgerliche, profitorientierte Gesundheitspolitik der Bonzen anzugreifen, die Schwestern zu unterstützen. Dieses Flugblatt wurde in mehreren Berliner Krankenhäusern verbreitet. Verallgemeinerungswürdig an diesem Beispiel ist folgendes: - es wurde ausgegangen von einer Verbindung, die die Zelle auf natürliche Weise hatte, - diese wurde ausgenutzt für eine konkrete, selbständige Aktion. Was müßte da weiter passieren?

Richtig wäre es, diesen Zweig der Zellenarbeit weiter zu verfolgen, die

Verbindungen zu den Schwestern usw. zu pflegen und in einiger Zeit dort wieder eine Aktion zu machen. Solche Ausnutzung der Verbindung einer Zelle darf keine Eintagsfliege sein, sondern muß kontinuierlich laufen, muß Zellenarbeit werden.

Indem die Zelle mehrere solcher Verbindungen nutzt, erhält sie einen abgegrenzten Arbeitsbereich, der mehr ist als ein reines Verteilungsgebiet. Es muß eingeschätzt und festgelegt werden, auf welchem Wege man an den ausgesuchten Stellen die Verbindungen zu den Werktätigen vertieft, noch genauer in die Materie eindringt usw. (z. B. Teilnahme an betrieblichen Veranstaltungen, Mitarbeit in betrieblichen Gremien, Engagement in der Hausgemeinschaft). Dies ist sowohl notwendig, wenn illegal als auch legal gearbeitet werden soll. Soll an der betreffenden Stelle illegal gearbeitet werden, muß außerdem untersucht werden, wie AP-Material bearbeitet werden kann.

Es muß eingeschätzt werden, welche Probleme im Maßstab des gesamten Stadtteils man zu bearbeiten in der Lage ist. Das wird davon abhängen, ob man sich in einzelnen Fragen besonders gut auskennt, welche Quellen man hat usw.

1. Die Arbeit der Zelle muß stets auf konkrete, "abrechenbare Ziele orientiert sein. Es muß stets nach einem Plan gearbeitet werden, der die nächsten Aufgaben der Zellen über einen Zeitraum von einigen Wochen enthält. Der Plan muß festlegen, welcher Genosse für welche Aufgabe verantwortlich ist. Jeder Genosse muß eine konkrete Aufgabe haben. Seine Erfüllung muß kontrolliert werden. Bei Nichterfüllung der einzelnen Punkte muß geklärt werden, warum. Liegen subjektive Gründe vor, muß derjenige Genosse kritisiert werden. Auf kameradschaftliche Weise, aber so, daß die Zellendisziplin, wächst. Der Plan muß realistisch sein. Besser man nimmt sich Weniger vor und erfüllt die gestellten Ziele diszipliniert zum Termin.

2. Die Tagesordnung der nächsten Zellsitzung muß in der Regel auf der vorherigen Zellsitzung festgelegt werden. Alle Genossen müssen vorbereitet zur Zellsitzung kommen. Die Tagesordnung muß eingehalten werden. In der Diskussion muß kurz und prägnant zum Thema gesprochen werden. Die Diskussion muß echt kollektiv verlaufen, man muß lernen, nicht aneinander vorbeizureden. Die Ergebnisse müssen zusammengefaßt werden. Sitzung und Pause muß man streng trennen.

Für die Durchsetzung eines effektiven Arbeitsstils, der diesen Forderungen genügt, sind die Zellenleiter verantwortlich.

Im vergangenen Jahr hat sich mehr gezeigt, daß sich in unseren Zellen bereits das Bewußtsein entwickelt hat, auch in schwierigen Situationen die Partearbeit fortzusetzen. Aber wir würden uns etwas vormachen, würden wir behaupten, daß es

bei uns kein Nachgeben, kein Sich-Verstecken hinter (allerdings vorhandenen) persönlichen Problemen gibt. Wir müssen immer davon ausgehen, daß mit Sicherheit noch viel ernsthaftere Bewährungsproben auf uns zukommen werden. Folglich müssen wir es als ein grundsätzliches Problem betrachten, die Disziplin und das Parteibewußtsein aller Zellen und Genossen immer weiter zu heben. Wir müssen die Forderung aufstellen, daß jede Zelle unter x-beliebigen Umständen die Arbeit fortsetzt. Treten irgendwo geballt Schwierigkeiten auf, wird man sich vielleicht nur kurz treffen, nur das Nötigste diskutieren usw. Aber unter keinen Umständen darf die Zelle ihre Arbeit einstellen. Dies muß uns unbedingtes Prinzip sein.

Zur Gewinnung neuer Sympathisanten

1. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß die Gewinnung neuer Sympathisanten für unsere Sektion eine erstrangige Bedeutung hat, eine Lebensfrage ist. Als Genosse Stalin die Entwicklung einer marxistisch-leninistischen Partei analysierte, stellte er fest:

"Drei Perioden in der Entwicklung der KP Russlands:

- a) Die Periode der Formierung der Vorhut (d.h. der Partei) des Proletariats, die Periode des Zusammenschlusses der Parteikader (in dieser Periode ist das Proletariat schwach, verfügt über ein Programm und die allgemeinen Grundlagen der Taktik, ist aber als Partei der Massenaktionen schwach);
- b) Die Periode des revolutionären Massenkampfes unter Führung der KP. In dieser Periode verwandelt sich die Partei aus einer Organisation der Massenagitation in eine Organisation der Massenaktion, die Periode der Vorbereitung wird von der Periode der revolutionären Aktion abgelöst;
- c) Die Periode nach der Machtergreifung, nach der Verwandlung der KP in eine Regierungspartei." (Stalin, W 5, S. 74)

Unsere Partei befindet sich in ganz Deutschland in dieser ersten Phase der Entwicklung, unsere Sektion geht gerade die ersten Schritte zur Gewinnung der Fortschrittlichen, kämpferischen Arbeit und Werktätigen. Daraus folgt bereits die zentrale Bedeutung der Gewinnung neuer Sympathisanten für unsere Sektion. Außerdem müssen wir folgende Punkte beachten:

- a) Erst wenn die Sektion eine bestimmte Größe erreicht hat, sich folglich in bestimmten Grade verzweigt hat, haben wir die Gewähr, daß der Stasi und insgesamt und in einzelnen Gebieten und Bezirken der DDR nicht vollständig zerschlagen kann, daß wir trotz Verfolgung die Kontinuität des Kampfes sichern können.
- b) Je mehr Genossen unsere Partei umfaßt, je mehr Arbeiter insbesondere zur Partei kommen, desto größer wird die Summe der praktischen Erfahrungen sein, auf der man unsere gesamte Arbeit aufbauen kann. Ein spürbarer Fortschritt bei

der Verankerung in den Massen und beim Eingreifen in die Tageskämpfe setzt das zahlenmäßige Anwachsen der Sektion DDR, vor allem den Zustrom der Genossen aus der Arbeiterklasse, die Verbesserung der sozialen Zusammensetzung der Sektion voraus.

Die Schlußfolgerung, die wir hieraus ziehen müssen, ist folgende: Die Zellen müssen all ihre Möglichkeiten, neue Sympathisanten für die Partei zu gewinnen, restlos ausschöpfen. Wir haben im letzten Jahr eine Reihe neuer Sympathisanten gewinnen können, die Zellen sehen i. a. die Bedeutung dieser Arbeit klar.

Bisher wurde Sympathisanten-Arbeit hauptsächlich unter Verwandten, Bekannten und alten Freunden, nicht so sehr unter den Kollegen im Betrieb, unter Nachbarn usw. geleistet. Die bisherige Arbeit dürfen wir nicht gering einschätzen, wo sie noch Früchte bringen kann, muß sie unbedingt fortgesetzt werden.

Aber wo die Möglichkeiten im Verwandten- und Bekanntenkreis bereits ausgeschöpft sind, ist es unbedingt erforderlich: daß sich die Zellen umstellen. Sie müssen, wie oben bereits erläutert, unter Anleitung ihrer Zelleninstruktoren das Arbeitsgebiet abstecken und zur Sympathisanten-Gewinnung im Arbeitsgebiet (Betrieb, Wohngebiet, Nachbarn) übergehen. In Zukunft werden wir nur noch so vorankommen.

Damit hängt eng zusammen, daß die Zellen alle Aufgaben, die sich nicht in ihrem Arbeitsgebiet stellen, als Einheit behandeln müssen. Wie bekommt man denn heraus, welche Kollegen fortschrittlich sind? Durch Gespräche alleine nicht. Wir müssen legale Betriebsarbeit leisten, den Kampf um kleine Forderungen zusammen mit den Kollegen führen. In diesen Auseinandersetzungen stellt sich heraus, welche Kollegen kämpferisch gesinnt sind, bei welchen Wort und Tat übereinstimmen, welche als Sympathisanten für unsere Partei in Frage kommen. Andererseits zeigen solche - Auseinandersetzungen, auch wenn sie nur um kleine Forderungen geführt werden, daß der Standpunkt, den wir im Gespräch vertreten, richtig ist, geben uns die Möglichkeit zu weiterer mündlicher Agitation.

Bisher haben wir immer hervorgehoben, daß es notwendig ist, sich vorher über seine künftigen Sympathisanten Klarheit zu verschaffen. Daß wir keine vermeidbaren Risiken eingehen können. Das war an sich richtig, führte aber in einzelnen Zellen zu übertriebener Vorsicht und Zaghaftigkeit.

Natürlich dürfen wir den "RM" nicht reihenweise Bekannten oder Kollegen in

die Hand drücken. Natürlich müssen wir die Möglichkeit berücksichtigen, daß ihn ein Denunziant, ein unzuverlässiges Element oder ein Schwätzer bekommt. Aber das heißt doch nicht, daß bei vertrauenswürdigen Bekannten, bei Kollegen, die man gut kennt, von denen man weiß, daß sie keine Spitzel sind und den Mund halten können, übervorsichtig ist, und tausend Vorbedingungen macht, die man gar nicht objektiv nachprüfen kann.

Wir müssen bei einem Freund oder Kollegen, der uns durch fortschrittliche Haltung und Ansichten aufgefallen ist, prüfen:

1. Ist er kein Spitzel, Zuträger oder Schwätzer?
2. Soziale Herkunft, Stellung, Familienverhältnisse.

Dazu müssen wir den betreffenden schon ganz gut kennen, einige Gespräche führen, ihn mal besuchen, ein persönliches Vertrauensverhältnis entwickeln und vor allem beachten, wie er sich in praktischen Fragen verhält (z. B. bei Auseinandersetzungen im Betrieb). Zuerst muß man sich auf diese Weise klar werden, daß er weder ein Spitzel noch ein Schwätzer ist. Wenn derjenige ein kleinbürgerliches staatstreues Elternhaus hat, muß man noch nachprüfen, ob man auf fortschrittliche Äußerungen tatsächlich bauen kann. Es hat sich gezeigt, daß gegen eine ausgeprägte revisionistische oder reaktionäre prowestliche Erziehung durch das Elternhaus ziemlich schwer abzukommen ist.

Ebenso muß man genauer sein, wenn derjenige nach seiner beruflichen Stellung, Gehalt, Karriereaussichten usw. zum Kleinbürgertum gehört. In diesen Fällen muß man sich besonders die Frage stellen, ob eine Basis dafür gegeben ist, daß sich der Betreffende in einen mehr oder weniger aktiven Mitkämpfer verwandelt. Wenn man sich aber entsprechend den Möglichkeiten Klarheit verschafft hat, die Sache positiv einschätzt, sollte man nicht grundlos zögern, sondern dem künftigen Sympathisanten einen "RM" in die Hand geben, in der Regel zunächst ohne sich als Mitglied der Partei vorzustellen.

Sicher wird es Fragen geben, auch Widersprüche, aber wenn die Reaktion grundsätzlich positiv ist, wird man sie meist im Laufe der Zeit ausräumen können. Wobei man durch gelegentliche Schwankungen, Rückschritte usw. nicht gleich nervös werden sollte. Sie sind ganz normal. Gelingt es uns nicht, den Freund oder Kollegen als Helfer oder Kandidat der Partei zu gewinnen, ist dies zwar kein Erfolg, aber auch kein Unglück. Selbst wenn es einem Genossen passieren sollte, daß z. B. ein Bekannter ausplaudert, daß er einen "RM" von ihm erhalten hat, darf die betreffende Zelle das nicht als eine Katastrophe betrachten, die nicht mehr gut zu machen ist. In diesem Fall kommt es darauf an, bei eventuellen Verhören usw. die Sache absolut zu verharmlosen.

Wie will denn der Stasi wissen, daß ausgerechnet der betreffende Genosse Mitglied der Partei ist? Kämpfer gegen das Honecker-Regime, wenn tausende

RM (allein von einer Nummer) in der DDR kursieren. Wir können und müssen also übertriebene Vorsicht abbauen, ohne leichtfertig zu werden.

d) Bei der Sympathisanten-Gewinnung muß in Zukunft noch stärker berücksichtigt werden, daß wir uns bei verschiedenen Sympathisanten verschiedene Ziele setzen müssen. Unsere Partei braucht nicht nur Genossen, voll und ganz für die Ziele unserer Partei eintreten. Sie benötigt auch ganz besonders unter den Bedingungen der Illegalität zuverlässige Helfer, die die Partei in bestimmten praktischen Fragen unterstützen.

Bereits, wenn eine Zelle beschließt, sich um die Gewinnung eines Sympathisanten zu bemühen, muß das konkrete Ziel der Arbeit mit dem Betreffenden diskutiert werden, wie man sich "annähert", wie weit man in Gesprächen geht usw., überhaupt müssen die konkreten Schritte sowohl bei der Gewinnung als auch bei der Arbeit mit den Sympathisanten auf den Zellsitzungen kollektiv beraten werden.

Wie müssen wir mit den gewonnenen Sympathisanten arbeiten?

1. Vor allem kommt es darauf an, jeden gewonnenen Sympathisanten mit Kopf und Herz, mit Einsicht und Gefühl von der Richtigkeit, Gerechtigkeit und Perspektive unserer Sache zu überzeugen. Das heißt, daß man Gespräche führen muß, um ihm zu einem klaren Klassenstandpunkt zu verhelfen. So kommt zunächst, und bei Sympathisanten, die uns nur in gewissem Maße unterstützen, gar nicht darauf an, die Kritik der revisionistischen 3-Welten-Theorie in allen Einzelheiten zu besprechen usw. Entscheidend ist zunächst, daß mit einfachen Argumenten klar gemacht wird, wer Freund und wer Feind ist. Es kommt darauf an, daß sicher auftretende Schwankungen, Pessimismus etc. Schritt für Schritt überwunden werden, aus einem Menschen, der zunächst nur Sympathie und Aufgeschlossenheit für unsere, ein zuverlässiger Helfer mit einem festen Standpunkt wird.

2. Dazu muß unbedingt ein enges persönliches Vertrauensverhältnis geschaffen werden. Das ist eine Grundvoraussetzung, um dem Sympathisanten zu helfen, noch bestehende Unklarheiten, Zweifel usw. zu überwinden. Der Kontakt sollte demzufolge nicht auf eine reine "Arbeitsbeziehung" beschränkt bleiben.

3. So hat sich in der Praxis gezeigt, daß von großer Bedeutung die Sympathisanten nach einiger Zeit in bestimmte praktische Aufgaben mit einzu-beziehen.

Wenn einmal die grundlegenden Fragen (unsere Einschätzung des Verrats der modernen Revisionisten, der heutigen Lage in den ehemals sozialistischen Ländern, bei uns in der DDR, in Deutschland unsere Ziele usw.) geklärt sind, dann kommt es darauf an, eine bestimmte Form der Teilnahme an praktischer

Arbeit zu finden. Wo dies erreicht werden konnte, ging die Entwicklung i. a. voran. Wo nicht, entwickelte sich der Sympathisante, auch ideologisch, charakterlich usw. nicht weiter.

Die Sympathisanten dürfen mit Forderungen keinesfalls überfallen werden. Sie müssen grundsätzlich dazu bereit sein, eine bestimmte Aufgabe zu übernehmen. Sympathisanten wollen auch gefördert werden. Auf seine Bereitschaft wirkt auch ein gutes Vertrauensverhältnis oder Freundschaft zu Genossen ein. Aber niemals kann dies den eigenen Standpunkt, die Klarsicht und den eigenen Willen, der Partei zu helfen, ersetzen. Wo dies nicht beachtet wurde, haben wir Mißerfolge geerntet. Der Sympathisant muß stets offen sagen können: dazu bin ich bereit und dazu nicht. In diesem hilft nur ein demokratisches, feinfühliges Verhalten. Keine Appelle (Nun sag doch mal deine Meinung) wenn man sich praktisch schon als Diktator aufgeführt hat. Sobald wie möglich muß sich der Genosse darüber klar sein, ob seine Zielsetzung in der Arbeit mit dem Sympathisanten realistisch ist. Danach muß sich dann die weitere Arbeit richten. Letzteres ist auch für die richtige effektive Einteilung unserer noch jungen Kräfte, Zeit usw. notwendig. Es kam vor, daß jahrelang versucht wurde, bei bestimmten Sympathisanten mit dem Kopf durch die Wand zu gehen mit dem Resultat, daß kein nennenswerter Erfolg errungen wurde, daß Sympathisanten wieder absprangen, daß andere Sympathisantenarbeit nicht geleistet wurde.

5. In dem Maße, wie die Arbeit mit einem Sympathisanten Sicherheitsprobleme von selbst aufwirft (z. B. Aufbewahrung von Literatur), müssen mit dem Sympathisanten die bei uns gültigen Regeln besprochen und ebenso vereinbart werden. Wir dürfen hier weder nachlässig sein, noch den Sympathisanten durch ein Übermaß an konspirativen Regeln abschrecken.

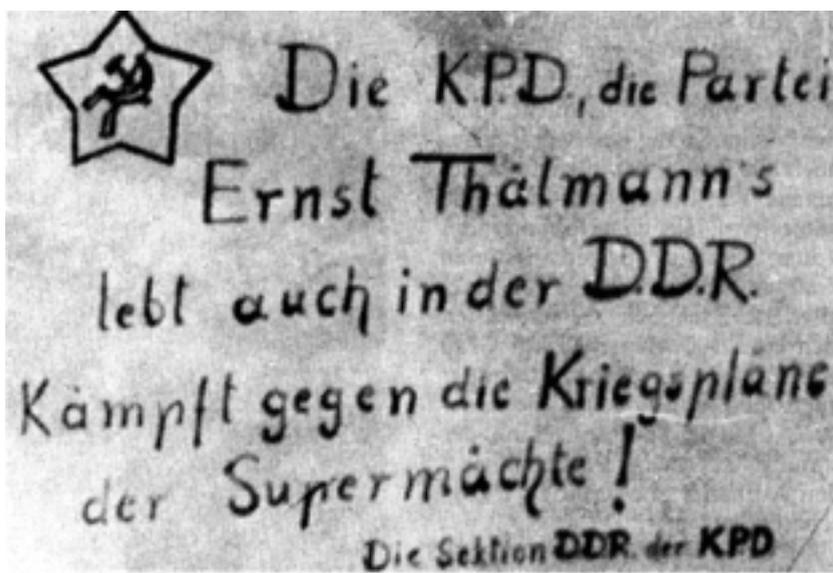
6. Die Einbeziehung in die praktische Arbeit der jeweiligen Zelle muß schrittweise erfolgen. Z. B. wird man einem Sympathisanten zuerst die Aufgabe stellen, Adressen zu sammeln, bevor man ihn zu einer Steckaktion auffordert usw. Er muß jeweils alle die kleinen Tips und Hinweise bekommen, nach denen die Zelle die Arbeit durchführt.

7. Die Literatur, die man einem Sympathisanten gibt, muß vor allem dazu dienen, daß sich sein Klassenstandpunkt festigt, daß er in politischen Grundfragen Klarheit bekommt, daß er sich noch stärker zu uns hingezogen fühlt. Vor allem, sollte mit dem "RM" (DDR-Ausgabe) gearbeitet werden. Außerdem mit einigen kürzeren, verständlich geschriebenen Dokumenten wie z. B. der Gründungserklärung der Sektion, der Erklärung "Für ein vereintes ..." (evtl. auszugsweise) und einigen Teilen des Programms, die Fragen der gegenwärtigen Lage und Entwicklung in der DDR behandeln. Geeignet ist auch der "Rote Rebell"

Erst später sollte man, vorrangig mit solchen Sympathisanten, die sich zu

Kandidaten entwickeln, eine theoretische Schulung durchführen. Hierbei sollte man vor allem auf Grundfragen des Kampfes der Marxisten-Leninisten gegen den modernen Revisionismus sowie vertieft auf die marxistisch-leninistische Einschätzung der Lage in der DDR eingehen und auf den sowjetischen Sozialimperialismus. Literaturhinweise dafür: Rede E. Hoxhas auf der Moskauer, Beratung von 1960, Bd.19 der Werke E. Hoxhas, Programm der KPD/ML

Es sollten auch Werke der Klassiker studiert, aber kein vollständiges Studienjahr



durchgeführt werden. Zum Beispiel sollten Werke wie "Staat und Revolution" oder "Der Renegat Kautsky" im Zusammenhang mit dem Programm der Partei oder anderen Dokumenten des Kampfes gegen den modernen Revisionismus geschult werden, die sich besonders gut eignen, den Verrat am Leninismus aufzuzeigen.

8. Auch die Sendungen von Radio Tirana müssen bei der Arbeit mit den Sympathisanten stärker genutzt werden, da sie sowohl Grundkenntnisse als auch die richtige Auffassung über die aktuelle Weltlage vermitteln. Wichtig ist, daß der betreuende Genosse selbst Sendungen hört, daß er den Sympathisanten praktische Hinweise für den Empfang gibt, daß das Gehörte durchgesprochen wird.

# DER ROTE STACHEL

Sammelflugblatt der KPD, Sektion DDR

Januar 1961

- Inhalt:**
1. Die Lage in Polen und bei uns - Antworten auf aktuelle Fragen
  2. Offener Brief an Stefan Heyn
  3. Stefan Heyn: "Ein reiches Leben"

## 1. Die Lage in Polen und bei uns - Antworten auf aktuelle Fragen

Polen ist in diesen Wochen und Monaten überall Gesprächsthema unter den Kollegen. Viele fragen sich: Werden die Russen in Polen einmarschieren? Wie würde der Westen reagieren? Verschlimmern die andauernden Streiks nicht noch die Lage in Polen?

### Polens Arbeiter treten für berechnete Forderungen ein

Jeder weiß, daß die Lage der polnischen Bevölkerung schon lange vor den Sommer dieses Jahres katastrophal war. Kein Fleisch, keine Wohnungen, im Winter in manchen Gegenden keine Kohlen, wiederholt drastische Preiserhöhungen. -- alles seit Jahr und Tag. Weil Polens Arbeitern das Wasser schon bis zum Hals stand, eben darum kam es im Sommer '60 zu ersten Streiks als Reaktion auf erneute Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel. Kam es dann zur großen Streikbewegung von Gdansk, an dem 20 000 Arbeiter mit dem Abkommen von Gdansk zwischen Streikenden und Regierung einen Sieg errangen, den kaum einer für abgekauft hält. Wichtige wirtschaftliche Punkte dieses Abkommens sind:

- Eine Sicherstellung einer besseren Versorgung des Marktes mit Lebensmitteln, Exporte nur von Überschüssen.
- Einführung von Lebensmittelkarten für Fleisch und Fleischprodukte, bis die Situation am Markt normal ist.
- Anhebung des Grundlohns für einen jeden Arbeiter um 2000 Zloty im Monat als Ausgleich für die bisherigen Preiserhöhungen.
- Garantie eines automatischen Lohnanstiege parallel zum Anstieg der Preise und zum Absinken des Geldwertes.
- Verkürzung der Wartezeit auf Wohnungen.
- Einführung eines bezahlten Mutterschaftsurlaubes in den ersten drei Jahren für die Erziehung der Kinder. u.a.

### Woher kommt die polnische Wirtschaftskrise ?

Die tiefe Wirtschaftskrise war schon lange da bevor die Arbeiter streikten. Jetzt müssen die Banken in Polen und hier die Misere offen eingestehen. Doch was tischen sie als Erklärung auf? Giersek und "seine Mannschaft" hätten versagt... Giersek wird also heute zum Sündenbock gemacht, der an allem schuld sei, genau so wie vor 10 Jahren Gierseks Vorgänger Gomułka. Die Wahrheit ist anderswo zu suchen. Hohnvolle Mißachtung der elementaren Bedürfnisse der polnischen Werktätigen, blühende Korrup-

9. Ein wichtiger Grundsatz in der Sympathisanten-Arbeit muß sein, daß man sich darauf genauso intensiv vorbereitet wie für eine Zellsitzung. Gerade bei der Arbeit mit Sympathisanten, die wir ja erst für die Partei gewinnen wollen, müssen wir immer ein klares Konzept haben.

10. Abschließend soll nochmals betont werden, daß man bei der Einschätzung eines Sympathisanten in erster Linie von seiner Beteiligung praktischer Arbeit ausgehen muß.

Sperrt sich ein Sympathisant gegen praktische Arbeit, obwohl er theoretisch alles einsieht, ist das ein Zeichen für eine ungesunde Entwicklung. In diesem Fall sollte man nicht "herumeiern", die Sache verschleppen usw., es muß eine Entscheidung getroffen werden, nach der entweder die Arbeit abgebrochen oder auf ein niedrigeres Niveau reduziert wird. Verhindert werden muß ein offener Bruch. Man kann die Sache verdecken, einschlafen lassen, sollte aber nicht "im Bösen" auseinandergehen. Kein Genosse sollte sich selbst unter Erfolgszwang stellen und dann diese Forderung vernachlässigen.

Über unsere Aufgaben auf dem Gebiet der Agitation und Propaganda

Die Tatsache, daß die neue Bourgeoisie in den revisionistischen Ländern die Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen mit Lügen vom "Sozialismus" und "Treue zum Marxismus-Leninismus" bemäntelt, ist von grundlegender Bedeutung. Mit dieser Taktik versuchen die Revisionisten, die Arbeiterklasse zu verwirren, ihr den Blick für den einzigen, wirklichen Ausweg der Revolution und des Sozialismus zu trüben, der Arbeiterklasse ihre revolutionäre Theorie zu rauben, um sie in einen Zustand der Passivität und Resignation zu treiben und dort zu halten. In dieser Frage sind sich alle Konterrevolutionäre und Reaktionäre einig und arbeiten Hand in Hand. Auch die westdeutschen Imperialisten bezeichnen Honecker als "Kommunisten", die DDR als "sozialistisch". Womit sie den Zweck verfolgen, die Entwicklung des spontanen Widerstandes der Werktätigen gegen das Regime zum revolutionären Klassenkampf zu verhindern, ihn dagegen für ihr Ziel der imperialistischen Wiedervereinigung Deutschlands nutzbar zu machen.

Die Supermächte und ihre deutschen Handlanger fürchten nichts mehr, als daß sich die deutsche Arbeiterklasse im Westen und bei uns in der DDR auf revolutionärer Basis gegen all ihre Feinde organisiert. Weil alle Feinde der deutschen Arbeiterklasse diese Verwirrungstaktik anwenden und weil es über Jahrzehnte in der DDR keine marxistisch-leninistische Vorhutpartei gab, hat diese Taktik gerade in der DDR zeitweilige Erfolge für die Bourgeoisie gebracht. Aber bereits heute zeigt sich, daß mit dem unvermeidlichen Anwachsen der Klassenkämpfe der Marxismus-Leninismus auch bei uns wieder an Boden gewinnt. Die Einschätzung des Genossen Enver Hoxha auf dem VII. Parteitag der PAA,

wonach die Arbeiterklasse ihr Vertrauen in ihre schärfste Waffe, den Marxismus-Leninismus, nie verloren hat, bewahrheitet sich auch in der DDR, heute in Ansätzen, morgen in größerem Umfang.

"... der Propagandist (muß) zum Beispiel bei der Behandlung der Frage der Arbeitslosigkeit die kapitalistische Natur der Krisen erklären, die Ursache ihrer Unvermeidlichkeit in der modernen Gesellschaft aufzeigen, die Notwendigkeit der Umwandlung dieser Gesellschaft in eine sozialistische darlegen ... usw. ... Der Agitator hingegen ... wird als allen ... bekannteste und krasseste Beispiel herausgreifen - z. B. den Hungertod einer arbeitslosen Familie, ... und wird alle seine Bemühungen darauf richten, in der Masse Unzufriedenheit und Empörung über diese schreiende Ungerechtigkeit zu wecken, während er die restlose Erklärung des Ursprungs dieses Widerspruchs dem Propagandisten überlassen wird." (Lenin, Ausg. W., Bd. 1, S. 200, "Was tun?", III b)

Das Sammelflugblatt "Roter Stachel" und ein Teil der zentralen Flugblätter, aber insbesondere die von den Zellen selbst erarbeiteten Flugblätter müssen hauptsächlich agitatorischen Charakter tragen, ihre Aufgabe besteht darin, an vielen Alltagsproblemen die eine grundlegende Wahrheit zu vermitteln, daß die Werktätigen in der DDR von ihren neuen Herren ausgebeutet und unterdrückt werden und sich gegen sie zur Wehr setzen müssen.

Um die Wirksamkeit der A/P-Arbeit zu erhöhen, müssen wir die Forderung nach dem Agitationscharakter unserer Flugblätter noch konsequenter einhalten. So war es z. B. nicht sinnvoll, in einem Intershop-Flugblatt auf die tieferen Wurzeln der Wirtschaftsmisere in der DDR einzugehen.

Aus der Forderung nach dem Agit.-Charakter der Zellenflugblätter ergeben sich folgende konkrete Schlußfolgerungen für die Themenwahl, den Inhalt und den Stil der Zellenagitation.

#### Zu Themenwahl und Inhalt

- auf die unmittelbaren und brennenden Probleme der Werktätigen, wie sie vor allem im "Arbeitsbereich der Zellen auftreten, konzentrieren, davon ausgehen, an welcher Stelle die Widersprüche am schärfsten sind und die Empörung am größten ist, in der Regel nur eine Frage behandeln; insbesondere sofort eingreifen, wenn Unzufriedenheit und Widerstand gegen die Bonzen offen ausbrechen, wenn sich an einem Punkt die Lage extrem verschärft (z. B. Versorgung) - keine langen, schwierigen oder umständlichen Abhandlungen, historische Rückblicke und Vergleiche, Konzentration auf einfachen, bekannte Tatsachen und Argumente, Konzentration auf die Entlarvung der am meisten strapazierten Phrasen und "Argumente" der Revisionisten, mit denen gerade die breiten werk-

Für ein vereintes, unabhängiges,  
sozialistisches Deutschland!



## HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

### RADIOTIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
<b>1. Programm</b>	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
<b>2. Programm</b>	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
<b>3. Programm</b>	
6.00- 6.30	41 und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)
32 m entspricht	9,26 MHz (KW)
41 m entspricht	7,23 MHz (KW)
50 m entspricht	5,95 MHz (KW)



Illegales Flugblatt der Sektion  
DDR zum 1. Mai

tätigen Massen betrogen werden sollen ("Sozialpolitik", "Stabilität und Wachstum des Lebensstandards" usw.), Konzentration auf ein Ziel, den Werktätigen ihre Lage bewußt machen und Aufruf, Erklärung der Notwendigkeit und Unterstützung des Widerstandes, des Klassenkampfes, an die unmittelbaren Interessen und Forderungen der Massen anknüpfen, diese aufgreifen und unterstützen, die Werktätigen praktisch selbst zu Wort kommen lassen.

Es darf nicht nur die revolutionäre Perspektive gezeigt werden, es sollte auch zum Kampf um Tagesziele aufgerufen und brauchbare Hinweise gegeben werden.

### Zum Stil

- Vor allem müssen wir als Werktätige für Werktätige schreiben. Wir müssen selbst als von den Problemen, Sorgen und Mißständen Betroffene schreiben (was kein "taktischer Schachzug" ist, sondern schließlich der Wahrheit entspricht!).

- Wir müssen uns klar und einfach ausdrücken, der Klassenstandpunkt muß klar hervortreten.

- Die Schärfe der Angriffe, die Wahl der Ausdrücke usw. muß sich an der Stimmung, an der Art der Proteste der Werktätigen orientieren; man muß sich überlegen: wie reagieren meine Kollegen und Bekannten auf den betreffenden Vorfall, verspotten sie z. B. die Bonzen nur (wie etwa bei S. Jahn) oder sind sie empört (wie bei den I-Shops)?

- Abgebaut werden muß der Mangel, daß eine einfache, kräftige auch gefühlsmäßig wirksame Darlegung des Standpunkts ersetzt wird durch den Stil einer "Doktorarbeit" (zu viele Fakten, Nebenprobleme und Theorie, unlebendig).

- Entsprechend der Aufgabe der Agitation müssen in den Zellen-Flugblättern meist nicht die theoretischen Begriffe verwendet werden, die in der Analyse und Propaganda notwendig sind. Zum Beispiel wird man nicht von "Kapitalisten", sondern von "neuen Ausbeutern" reden, nicht von "Sozialfaschismus", sondern von "Polizeistaat", wenn die Zelle einschätzt, daß das Flugblatt so verständlicher und wirksamer ist.

Demnächst werden alle Zellen eine Broschüre erhalten, die eine Reihe von der Sektion verfaßter Flugblätter enthält. Diese muß von den Zellen genutzt werden, um aus positiven und negativen Beispielen zu lernen. Für positive Beispiele betreffs Wahl des Themas und Inhalt und Stil halten wir vor allem das Alexflugblatt, den "Stachel"-Artikel zur Sonderschicht am 28. 10. 78 (?), die Flugblätter zum Gesundheitswesen und zur Intensivierung.

Das Flugblatt zum Terrorismus z. B. ist gelungen, solche Themen sollten aber in Zukunft im "RM" oder "Stachel" behandelt werden. Der Artikel zur Versorgungsmisere im "Stachel" ist zu trocken, es kam nicht darauf an, viele

Beispiele aneinanderzureihen, sondern klar und kräftig den Standpunkt der Werktätigen zu beziehen. Ein gutes Beispiel dafür ist der "Stacheln-Artikel zu Rudolf Hirsch "Wochenpost-Gerichtsbericht" über Manuela. Auch die Mittel der Ironie und Satire sollten stärker genutzt werden, wie es im "Stachel"-Artikel "Pressefestfreuden" gezeigt wurde.

Festzustellen ist positiv, daß die Sektion bereits auf viele politisch brisante Ereignisse reagiert. Festzustellen ist negativ, daß es bisher viel zu wenig Flugblätter gibt, die der Forderung nach konkreter Agitation der Zellen im Arbeitsbereich genügen. Aufgrund vorliegender Ausrichtung muß hier unbedingt eine Änderung eintreten.

Nehmen wir z. B. die Erarbeitung eines Flugblatts zum Thema Versorgung. Wir können nicht ein halbes Jahr Fachzeitschriften studieren, statistische Jahrbücher durchwälzen oder in alle Geschäfte des Stadtteils gehen. Aber jeder kennt zwei, drei aktuelle Beispiele für Mißstände, die konkret im Stadtteil oder allgemein auftreten. Man kann sich außerdem mit Bekannten unterhalten, Kundenbücher durchlesen. Man kann die letzten Ausgaben des "RM" durchsehen, eventuel. auch DDR-Artikel aus der Westausgabe. Man kann schließlich zwecks richtiger Festlegung der Stoßrichtung das Programm oder ähnliche Dokumente benutzen. Dies alles ist ohne großen Aufwand machbar, und mehr braucht man nicht an "Untersuchung", um ein Flugblatt zu schreiben. Auch in der Frage des Stils gibt es perfektionistische Vorstellungen. Unsere A/P-Materialien müssen keine Kunstwerke sein, vor allem die Flugblätter der Zellen nicht.

Es kommt zuerst mal auf den Inhalt an. Ist eine Formulierung mal nicht so ganz glücklich, so ist das kein Beinbruch. Und lernen und verbessern können wir nur, wenn wir uns üben.

Zur Erarbeitung eines Flugblatts : Hat eine Zelle beschlossen, zu einem bestimmten Thema ein Flugblatt zu erarbeiten, muß es zunächst gründlich diskutiert und erarbeitet werden. Man muß die Stoßrichtung festlegen, die Tatsachen zusammentragen und auswerten, beachten was die Feinde sagen (Honecker, der Westen), welche richtigen und falschen Ansichten, welche Stimmung, Forderungen usw. zum betreffenden Problem es unter den Massen gibt. Man muß überlegen, wozu man aufruft, welche praktischen Hinweise man geben kann usw.

Auf Basis dieser Vorbereitungen muß die Argumentation schon ziemlich genau feststehen, bevor in der Regel ein Genosse den Auftrag erhält, das Flugblatt auszuformulieren. Wird diese Forderung nicht eingehalten, wird das Ausformulieren, das Schreiben zur Quälerei. Abschließend muß die Zelle den Entwurf noch prüfen.

Zur Form der A/P-Materialien : Da die Flugblätter bei uns im Gegensatz zu Westdeutschland illegal hergestellt und verbreitet werden, noch Seltenheitswert

haben, vorläufig offenbar unser "Monopol" darstellen, steht das Problem der Form nicht in dem Grade wie bei den Sektionen WD/WB.

Trotzdem müssen wir einige Forderungen zur Form und Aufmachung unserer A/P-Materialien einhalten:

- keine Rechtschreib- und grammatikalischen Fehler (bei Unsicherheit Duden benutzen!), keine Flüchtigkeitsfehler (z. B. ausgelassene Worte);
- gute Leserlichkeit, möglichst keine Schmierflecken o. ä.;
- einfache Möglichkeiten für ansprechende Gestaltung nutzen, z. B. rote Stempel mit Parteiname, Tirana-Sendezeiten, Parteiabzeichen, handgemachte größere Überschriften, einfache Zeichnungen usw.
- In jedem Flugblatt Tirana-Sendezeiten - und vor allem Kontaktadressen (z. B. Parteibüros in Westdeutschland/Westberlin) angeben.

Zu anderen Formen der A/P-Arbeit: Kleberaktionen, das Malen von Parolen, das Verteilen des "RM" an öffentlichen, Stellen (z.B. Telefonzellen, Bahnhöfe) oder während öffentlicher Veranstaltungen machen unsere Partei einmal einem rel. großen Kreis von Werktätigen bekannt. Auch wenn Werktätige noch nicht besonders fortschrittlich eingestellt sind, werden sie sagen: "Mut haben die."

Gerade solche Aktionen machen die Werktätigen auf uns aufmerksam, regen sie zum Nachdenken an, zeigen, daß wir es ernst meinen und vor allem stören sie die "polizeilich gehütete" Ruhe und Ordnung, sie zerstören den Betrug von der politisch geschlossenen hinter den SED-Bonzen stehenden Bevölkerung, sie zeigen, daß gekämpft wird und daß man kämpfen kann. Daß sie die Bourgeoisie stören, zeigt sich z. B. darin, daß die Polizei Telefonzellen durchkämmt, Nahverkehrsmittel durchsieht usw. Wir müssen uns also die Aufgabe stellen, diese politisch-wirksamen Aktionen in Zukunft häufiger durchzuführen, jede Zelle etwa 2 - 3 im Jahr. Dabei muß allerdings die Forderung eingehalten werden, solche Aktionen wegen des höheren Risikos organisatorisch besonders sorgfältig vorzubereiten.

## Schluß

Abschließend wollen wir kurz auf folgende Frage eingehen: Reichen die Kräfte der Zellen aus, um das hier abgesteckte Spektrum der A/P-Arbeit zu realisieren? Die Leitung geht von folgender Rechnung aus.

Der "RM" erscheint jährlich 5 mal, wobei wir für die Verbreitung einer Ausgabe etwa einen Monat ansetzen (durchschnittlich 2 Aktionen pro Zelle). In den anderen 6 Monaten sollte jede Zelle monatlich zumindest ein Flugblatt selbst erarbeiten oder eine Parole malen oder ein zentrales A/P-Material verbreiten. Wobei der Schwerpunkt auf der selbständigen und konkreten Arbeit der Zelle in ihrem Arbeitsbereich liegen muß. Wir halten diese Anforderung für realistisch. Dabei bleibt u. E. auch genügend Raum für die anderen Gebiete der Zellenarbeit.

### **Dokument 3:**

Wortlaut der Sendung des "Roten Stachel".

- Musik - "Vorwärts - und nicht vergessen" (Klavier)

- "Radio Roter Stachel, Radio Roter Stachel

Sie hören den Sender der illegalen Kommunistischen Partei in der DDR. Wir senden an jedem ersten Montag im Monat um 21.30 Uhr über UKW 101 MHz."

- Musik -

"Aus einer Mitteilung der staatlichen Zentralverwaltung für Statistik in Berlin geht hervor, daß im Jahre 1982 die Bauproduktion um 4,2 Prozent zugenommen hat und daß damit das Planziel von 2,5 Prozent übertroffen wurde. Wir zweifeln nicht an diesen Zahlen. Im Gegenteil, wir halten sie für wahrscheinlich. Aber wir müssen den unbedarften Leser dieser Zahlen davor warnen, aus ihnen Schlüsse zu ziehen, die sie nahe legen. Wird die Wohnungsnot unserer jungen Familien jetzt mit Riesenschritten abgebaut? Verkleinern sich jetzt endlich die Wartelisten? Jeder von uns erfährt am eigenen Leib, daß dem nicht so ist. Lügen also die Statistiken in Berlin? Wir meinen nein. Es wird gebaut in der DDR, es wird viel gebaut. Aber wie wird gebaut? Ein Hörer des "Roten Stachel" schickte uns folgende Korrespondenz, die ein Beitrag dazu sein kann, die Widersprüche aufzuklären.

Er schreibt:

"Der Wohnungsbau, der von der SED als Kernstück des Sozialprogramms dargestellt wird, treibt in einer Kleinstadt des Bezirks Dresden folgende Blüten: Gegenwärtig wird ein unvollendeter Neubau, der schon mehrere Millionen Mark gekostet hat, wieder abgetragen. Die Einwohner beobachten dies mit Erbitterung und Empörung.

Zur Vorgeschichte folgende Daten. In diesem Wohnkomplex waren unter anderem fünf 17geschossige Wohnhochhäuser mit jeweils 208 Wohnungen geplant. Im März 1980 wurde die Montage eines Hochhauses im 11. Geschoß unterbrochen. Seit Juli 1982 wird dieses Hochhaus wieder abgetragen. Im November stand nur noch ein Geschoß. Inzwischen ist es wieder aufgebaut. Das alles wirft doch ein bezeichnendes Licht auf die verantwortlichen staatlichen Organe. Da fordert der staatliche Plan die schnellere Errichtung von Wohnungen mit sinkenden Kosten. Wohin das führen kann sieht man nun.

Die Qualität wurde dabei so vernachlässigt, daß die Standsicherheit der Bauwerke nicht mehr gewährleistet ist. Das zeigt sich in Rissen und Verformungen. An den vorher gebauten Hochhäusern traten auch Risse auf. Diese Wohnungen wurden jedoch zum Bezug freigegeben, ein Haus davon vorwiegend an Rentner. Jetzt wird an diesen Häusern allerhand nachgerüstet. Da

werden zum Beispiel die oberen Stockwerke von innen versteift. Oder es werden Laubengänge aus Holz um die fertigen Häuser aufgestellt, zum Schutz gegen herabfallende Platten."

Soweit unser Korrespondent aus der Nähe von Dresden.

Frage an die Statisten in Berlin, habt ihr diese Bautätigkeiten wie Abreißen und Nachrüsten nun mit Plus oder mit Minus zur Bauproduktion verrechnet? Wir fürchten mit Plus.

Mit Ausnahme der Zahlen über die Entwicklung der Bauproduktion ergaben die Berichte auf der Juni-Tagung des ZK's der SED ein insgesamt nicht sehr rosiges Bild von der wirtschaftlichen Entwicklung. Besonders bei den Westexporten, obwohl wir uns ja nun wahrhaftig krummgelegt haben dafür, sei das Ziel nicht erreicht worden. So lautet Erichs Tenor. Das bedeutet, die hohen Zins- und Tilgungsverpflichtungen bei Devisenkrediten können immer schwerer abgebaut werden. Das Fazit wird sein, daß wir noch mehr arbeiten müssen, für noch mehr Export und andererseits noch weniger von dem zu sehen kriegen, was wir da alles herstellen. Die nächste Versorgungskrise steht vor der Tür.

Der Generaldirektor des Petrochemischen Kombinats Schwedt kritisierte dann auch vorsichtig die geringe Effektivität der Westexporte. Aber wie man ohne Devisen die DDR-Wirtschaft modernisieren soll, das wußte er auch nicht zu sagen. Devisen aber kriegt man nur noch gegen wachsende Exporte. Wo liegt hier der Hase im Pfeffer? Wir meinen die "Kunst" der Wirtschaft in unserem Lande liegt darin, daß wir unsere wirtschaftliche Selbständigkeit verloren haben. Es ist der RGW, der uns die Hände und Füße bindet und innerhalb des RGW's ist es die Sowjetunion, die die Entwicklung unserer Wirtschaft zu ihren eigenen Gunsten bestimmt und lenkt. Da bleibt von unserer Hände Arbeit nichts übrig für einen Fortschritt, für eine Verbesserung oder Modernisierung der Wirtschaftsstruktur.

Der Verlust der wirtschaftlichen Selbständigkeit treibt die DDR immer tiefer in den Devisenschacher mit den westlichen kapitalistischen Ländern, wie in einen Sumpf, in dem man nicht mehr Tritt fassen kann.

Gerade das Umgekehrte von dem, was Stalin für die wirtschaftliche Entwicklung der sozialistischen Länder voraussagte, ist in der DDR und noch schlimmer in Polen und Rumänien eingetreten. Die Voraussetzung allerdings, die Stalin bei seiner Voraussage machte, war die Wahrung des Prinzips der Selbständigkeit. Unter dieser Bedingung und nur unter dieser Bedingung, so Stalin würden die sozialistischen Länder nicht nur nicht auf die Einfuhr von Waren aus den kapitalistischen Ländern angewiesen sein, sondern sie waren sogar dazu in der Lage, ihre überschüssigen Waren in diese Länder zu exportieren. Wohlgermerkt die überschüssigen Waren, so daß sich die Absatzbedingungen der kapitalistischen Länder auf dem Weltmarkt verschlechtern würden.

Seit über zwei Jahren sitzen unsere beiden Genossen, die kommunistischen Oppositionellen Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt in den Gefängnissen von Bautzen und Brandenburg. Je 8 Jahre Gefängnis sollen sie kaputt und mundtot machen, sollen abschreckend wirken auf andere. Was haben Andreas und Manfred verbochen? Sie traten in Flugblättern und anderen Aktionen ein für Frieden und Demokratie. Sie übten aktive Solidarität mit den polnischen Klassenbrüdern. Zum Gruß für all Freunde und Genossen im Gefängnis wollen wir den Text eines Liedes, des Friedenskämpfers und Liedermachers Peter Kehler vortragen. Peter, der inzwischen wie andere in den Westen abgeschoben wurde, hat es seinen Richtern gewidmet.

"Ich habe eine Bitte an Sie. Könnten Sie eventuell darauf verzichten, im Namen des Volkes zu richten. Reden Sie nicht immer von Demokratie. Könnten Sie nicht einfacher sagen, im Namen der Macht, denn das Volk hat doch noch niemals die Gesetze gemacht. Werte Richter, wie können Sie da nachts schlafen, wenn Sie täglich das Volk im Namen des Volkes bestrafen."

Der Papst in Polen. Stillhalten, in Demut alles ertragen. Dies etwa waren die Töne in denen der oberste Prediger der katholischen Kirche in El Salvador und Guatemala zu den hungernden und terrorisierten Massen sprach und sich derweil von faschistischen Diktatoren die Hände küssen ließ. Ganz anders dagegen gab sich Papst Paul in Polen. Hier wurde er plötzlich zum Sprachrohr der Unterdrückten, zum Vorkämpfer für soziale Reformen und für Freiheit. Eine Wandlung vom Saulus zum Paulus. Eine nähere Betrachtung der Aktivitäten der katholischen Kirche in Polen enthüllte was für soziale Reform und welche Freiheit da gemeint ist.

Seit über zwei Jahren hat die katholische Kirche mit westlichen Geldgebern darüber verhandelt, den Privatbauern Polens, sowie den selbständigen Handwerkern und Händlern kräftig unter die Arme zu greifen. Rechtzeitig zum Papstbesuch wurde der Handel perfekt.

Mehrere Milliarden Mark, so schätzen Fachleute, werden die Episkopate der 10 Staaten der Europäischen Gemeinschaft mit kräftiger finanzieller Unterstützung der EG-Länder, der USA und Japans, sowie von Geldgebern aus Banken und Industrie zusammentragen. Ein aktiver Beitrag also der katholischen Kirche zur Wiedererrichtung des Kapitalismus in Polen.

Aber nicht nur das, die Milliarden werden kein Geschenk sein für Polens Bauern, nein. Nein, wie im Kapitalismus üblich wird es sich um teure Kredite handeln, die da ab Herbst nach Polen fließen sollen. Im Klartext handelt es sich also darum, daß die Kirche das ohnehin schon zahlungsunfähige Land, das bis jetzt bereits mit 26 Milliarden Dollar im Westen in der Kreide steht noch tiefer in die

Arme des westlichen Großkapitals treibt. Selbst Ronald Reagan soll zugestimmt haben, ungeachtet der wirtschaftlichen Sanktionen, die er vordem gegen das Land verhängt hat.

Man ahnt, in welche Freiheit der Zug abgehen soll. Mit dieser Art Freiheit, wie sie in den Hinterhöfen der amerikanischen Supermacht herrscht, wird sich die polnische Arbeiterklasse niemals abfinden. Gerade die polnische Arbeiterklasse nicht, die so überzeugend gegen die Anmaßung der sowjetischen Supermacht kämpft."

- Musik - "Vorwärts - und nicht vergessen"
- "Radio Roter Stachel Radio Roter Stachel"

Sie hören den Sender der illegalen Kommunistischen Partei in der DDR.  
Wir senden an jedem 1. Montag im Monat um 21.30 Uhr über UKW 101 MHz."  
- Musik -

#### Dokument 4:

Hauptabteilung III

Leiter

Berlin, 23. Januar 1984

mä-fau/ 284 /84

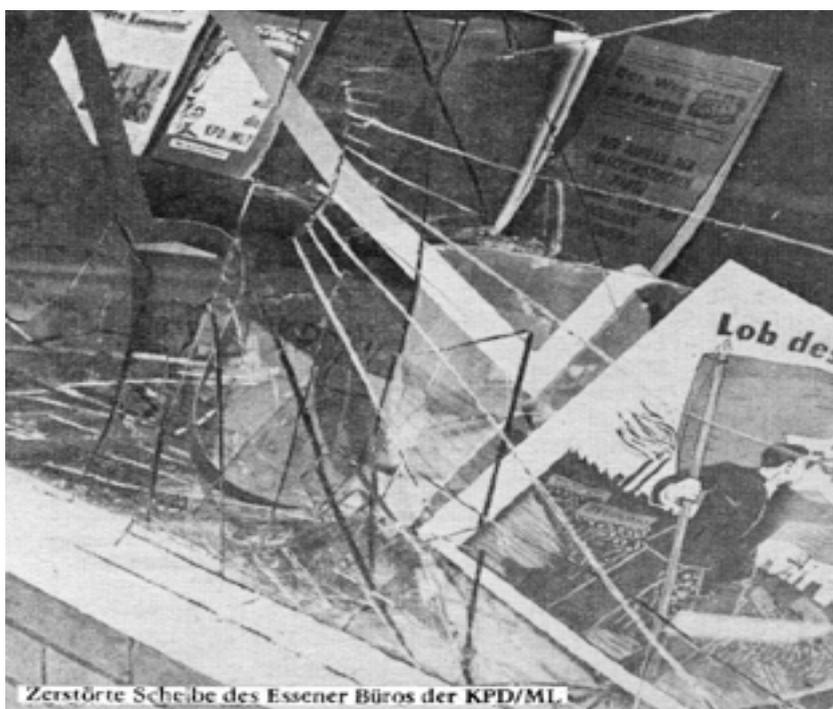
Genossen Minister

Entsprechend Ihrer Weisung überreiche ich Ihnen als Anlage den "Varianten- und Stufenplan zum weiteren Vorgehen gegen den Sender 'Roter Stachel' "

mit der Bitte um Kenntnisnahme und Entscheidung.

Die Protestmaßnahmen sind mit Genossen Staatssekretär Dr. Calov abgestimmt, finden seine Zustimmung und Unterstützung.

Eine Abstimmung mit Genossen Generalmajor Zukunft (nur



Protestmaßnahmen) erfolgte ebenfalls.

Um vor dem nächsten Sendetermin (6. 2. 1984) noch wirksam sein zu können, wäre vorrangig eine Entscheidung über den Protest erforderlich.

Männchen

Generalmajor

Hauptabteilung III Leiter

Berlin, 23. Januar 1984 mä-fau/ 284

Streng geheim

Varianten- und Stufenplan zum weiteren Vorgehen gegen den Sender "Roter Stachel"

Mit dem Ziel, die Sendetätigkeit des Senders "Roter Stachel" zu beenden, wird ein weiteres Vorgehen in mehreren Etappen bzw. Stufen vorgeschlagen. Die in den einzelnen Stufen durchzuführenden Maßnahmen werden zur Realisierung vorbereitet und in Abhängigkeit vom jeweils erreichten Ergebnis dem Genossen Minister zur Entscheidung vorgeschlagen.

Als Termine für Entscheidungsvorschläge dienen die bekannten Sendetermine des Senders (erster Montag im Monat) und die dabei erreichten bzw. erkennbaren Resultate.

I. Etappe:

Das Ziel der I. Etappe besteht darin, die Westberliner Behörden zu veranlassen, auf der Basis des -internationalen Funk- und Fernmelderechts, des -in Westberlin geltenden Funkrechts und der zwischen Westberlin und der DDR geltenden Vereinbarungen aktiv gegen den Sender vorzugehen und dessen Tätigkeit zu beenden.

Die Methode, die Westberliner Behörden zu aktiven Maßnahmen gegen den Sender zu veranlassen, besteht im energischen Protest gegen dessen Tätigkeit durch das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der DDR als dem Träger der Funkhoheit der DDR.

Prinzipiell können mehrere Formen des Protests Anwendung finden. Dabei kann die Anwendung sowohl in Etappen (zeitlich versetzt in Abhängigkeit von der Reaktion und den realen Ergebnissen der Westberliner Behörden) als auch parallel erfolgen.

Folgende Formen des Protestes könnten angewendet werden:

- a) mündliche Information des Delegationsleiters des Bundespostministeriums der BRD auf der gegenwärtig in Genf stattfindenden -internationalen Funkkonferenz (Kurzwelle) durch den Delegationsleiter des MPF der DDR.
- b) schriftlicher Protest über das MfAA der DDR und über die Ständige Vertretung in Bonn beim Bundespostministerium.
- c) schriftlicher Protest des MPF der DDR bei der Senatskanzlei Westberlins.
- d) schriftlicher Protest des MPF der DDR bei der Landespostdirektion Westberlins.

Aufgrund des Status Westberlins, unseres Rechtsstandpunktes und bisher üblicher Verfahrensweisen bei der Beseitigung von Funkstörungen wird in Übereinstimmung mit dem Staatssekretär, Genossen Dr. Calov, vorgeschlagen, einen parallelen Protest des MPF der DDR an die Senatskanzlei und die Landespostdirektion Westberlins zu richten, der noch vor dem 6. 2. 1984 (nächster planmäßiger Sendetermin) dort eingehen soll.

Der Protest wird sinngemäß enthalten:

- seit Mitte 1983 arbeitet vom Gebiet Westberlins aus ein Sender im UKW-Rundfunkbereich, der in seiner Ansage vorgibt, vom Gebiet der DDR aus zu senden
- der Sender benutzt die nicht für den UKW-Rundfunk -in Westberlin mit der DDR koordinierte Frequenz 101,0 MHz
- der Sender sendet in der Regel montags in den Abendstunden (21.30 Uhr)
- nach eindeutigen Messungen der Organe des MPF befindet sich der Sender auf dem Gebiet Westberlins im Stadtbezirk Wedding
- die verantwortlichen Organe Westberlins werden energisch aufgefordert, diesen die Zusammenarbeit auch die anderen Gebiete des Post- und Fernmeldewesens belastenden Zustand unverzüglich zu verändern und die Ordnungsmäßigkeit herzustellen.

Nach prinzipieller Zustimmung durch Genossen Minister wird der Wortlaut des Protestes nochmals zur Abstimmung vorgelegt.

2. Etappe:

In der 2. Etappe - nach der Sendung am 6. 2. 1984 - werden auf dem -in der 1. Etappe verwendeten Protestwege als "Unterstützung der Maßnahmen des Funkkontrolldienstes" Detailangaben zum konkreten Senderstandort übermittelt.

Mit dieser Maßnahme soll der Westberliner Seite demonstriert werden, daß

- die Organe der Funkkontrolle der DDR diesen Sender kontrollieren und mit funktechnischen Mitteln ständig beobachten
- es der Seite der DDR sehr ernst um den Protest und um die Herstellung der Ordnung im Äther ist.

Es wäre zu entscheiden, ob in der zweiten Etappe den Westberliner Organen vor-

geschlagen wird, sich zu äußern, ob sie bei der Suche nach dem Sender Unterstützung des MPF der DDR benötigen bzw. in welcher Form sie Unterstützung erwarten.

### 3. Etappe:

Für die Möglichkeit, daß durch die Westberliner Behörden keine Maßnahmen zur Beendigung der Sendungen realisiert werden, ist die physische Vernichtung vorzubereiten.

Da Maßnahmen unter Nutzung von Strahlung wegen Fehlen der "direkten Sicht" vom Gebiet der DDR aus nicht möglich sind, wird vorgeschlagen, die physische Vernichtung unter Verwendung einer vercontainerten, funkferngesteuerten Sprengladung vorzubereiten.

Die funkferngesteuerte Sprengladung muß in unmittelbarer Sendernähe (im gleichen Raum) in einem Container untergebracht werden, der in diesem Raum nicht auffällt. Dazu ist eine Aufklärung und Erkundung "vor Ort" erforderlich. Diese Erkundung ist auch notwendig, um die Masse des Sprengstoffes zu bestimmen.

Es werden folgende Einzelmaßnahmen vorgeschlagen:

1. Die Aufklärung "vor Ort" wird durch IM der HA III auf der Basis der eigenen Ortungsergebnisse und der vom Westberliner Funkkontrolldienst abgeschöpften Ergebnisse durchgeführt. Der Zeitpunkt der Aufklärung wird gesondert vorgeschlagen. Zur Bestimmung des günstigsten Zeitpunktes erfolgt eine Funkbeobachtung der Aktivitäten der Westberliner Organe (Staatschutz, Polizei, Verfassungsschutz, Funkkontrolldienst) und eine Analyse deren evtl. erreichten Ergebnisse.

2. Der Container mit der Ladung und dem Steuer-Empfänger wird in der HA III hergestellt. Es werden ausschließlich Bauelemente verwendet, die in Westberlin handels- und verwendungsüblich sind.

Zu entscheiden wäre die Art und Weise der Zündungsauslösung. Sie könnte ausgelöst werden

- durch den Sender "Roter Stachel", sowie er mit der Abstrahlung beginnt
- durch einen Steuerungspuls (kurzer als 0,5 sec.) vom Gebiet der DDR aus.

Weitere Maßnahmen:

1. Während des gesamten Zeitraumes - vom Beginn der ersten Protestaktion an - werden die Verbindungen und Aktivitäten der Westberliner Organe mit den spezifischen Mitteln der HA III unter gezielter Kontrolle gehalten und ständig analysiert. Ebenso unter gezielter Kontrolle gehalten werden die Telefonverbindungen der bekannten "Aktivsten" des Senders und der ihn tragenden Organisation.

2. Der Vorschlag zur Auslösung von Aktivitäten dieses Variantenplanes erfolgt im Ergebnis der erlangten Informationen zu Aktivitäten und Resultaten des Gegners.

Grundsätzlich ist spätestens vier Tage nach jeder Sendung eine Analyse der Ergebnisse anzufertigen und dem Genossen Minister mit Vorschlägen für weitere Maßnahmen vorzulegen.

Männchen  
Generalmajor  
Dokument 5:

### **Rote Hilfe Deutschlands, April 1977 - Seite 4:**

"Ein westdeutscher Kommunist in der DDR verschleppt?" Viele, die in den letzten Wochen für die Freilassung des Genossen Bernd Hübner aus den Klauen des Staatssicherheitsdienstes der DDR kämpften, haben diese Frage gehört, ob bei Bekannten oder Verwandten, bei Freunden oder auf der Straße. (...) ein Regime, das einen kommunistischen Arbeiter aus Westdeutschland verschleppt, ein solches Regime kann mit Kommunismus nichts zu tun haben (...) Und das gleiche trifft auf die Gesinnungskumpane dieser Herren in Ostberlin, die D"K"P, zu. Sie ist es doch, die für Millionenbelohnung aus Ostberlin schwarze Listen von Kommunisten und Revolutionäre an den Stasi weiterleitet und so erst die Voraussetzungen schafft für Verhaftungen von Genossen wie Bernd Hübner. Sie war es auch, die in panischer Hektik die Plakate abriß, die auf diesen Vorfall aufmerksam machten, die Anschläge auf Parteibüros der KPD/ML in Essen und anderen Städten verübte und Genossen bei der Agitation und Propaganda überfiel (...) Während sie sich nämlich als Vorkämpferin für die Interessen der Werktätigen ausgibt, bespitzelt und denunziert sie tagtäglich fortschrittliche Menschen in Betrieb und Schule, in Universität und Bundeswehr, sorgt sie für Kündigungen, Berufsverbote und Gewerkschaftsauschlüsse und besorgt so das Geschäft des Kapitals. (...) Wenn es gegen Kommunisten geht, da ist von Gewaltlosigkeit keine Rede mehr, da scheuen sie auch vor Mordversuchen und Morddrohungen wie z.B. gegen Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML, nicht zurück. (...)

Die RHD hatte Gelegenheit, mit einem Genossen zu sprechen, der den Überfall von D"K"P-Schlägern auf das Essener Parteibüro der KPD/ML miterlebt hat.

Genosse: Es war am Freitag, den 4. März gegen 18.00 Uhr. Wir wollten gerade unser Parteibüro schließen. Plötzlich waren 8-10 Schläger vor der Tür, die ver-

suchten mit brutaler Gewalt einzudringen. Sie waren zum größten Teil mit etwa unterarmdicken Holzknüppeln bewaffnet, die ca. 1m lang waren. Zweien von ihnen gelang es, in den Laden zu kommen, wo einer dann mit einem wuchtigen Schlag mit dem Holzknüppel auf den Kopf eines Kunden draufschlug. Er konnte sich bloß noch mit dem rechten Arm schützen, sein Arm wurde durch den Schlag knapp unterhalb des Ellenbogens glatt durchbrochen. Seit über einer Woche liegt er nun im Krankenhaus, der Arm muß genagelt werden und er wird weitere zwei Wochen im Krankenhaus bleiben müssen. Das war ganz klar versuchter Totschlag. (...)

RHD: Was ist der Grund für diese Angriffe der D"K"P?

(...) Der Überfall vom 4. März, wie auch ein Überfall auf das Büro eine Woche zuvor, geschahen im Zusammenhang mit dem Kampf der Partei gegen die Verschleppung unseres Genossen Bernd Hübner in der DDR. Da sind auch in Essen besonders viele Plakate aufgetaucht, die den Terror ihrer Gesinnungsbrüder in Ostberlin anprangerten, an einem Abend allein über 500. Da hat die D"K"P empfindlich getroffen, denn dieser Fall hat sie ja besonders entlarvt (...)

#### **Dokument 5:**

Stellvertreter des Ministers

Berlin, 3. 12. 1982 VNA/ 551/82

VNE/9327/82

Persönlich

Abteilung XXII Leiter

Beiliegend eine Kopie der Information über die "KPD" an den Genossen Minister zur Auswertung und Aufnahme in den Vorgang

Der Genosse Minister hat im Zusammenhang mit seinem Einverständnis zu den vorgeschlagenen Maßnahmen die weitere zielstrebige, konsequente und politisch kluge operative Bearbeitung des Vorganges gefordert. Seine Hinweise dazu müssen die weitere langfristige Bearbeitungskonzeption bestimmen. Sie haben die Bearbeitungskonzeption entsprechend den nachfolgenden Hinweisen überarbeiten zu lassen und baldmöglichst mit mir abzustimmen. Voraussetzung, den weitreichenden Forderungen des Genossen Minister gerecht zu werden, sind politisch und operativ kluge Ideen und Gedanken aller an der Vorgangsbearbeitung beteiligten Genossen und eine detaillierte gründliche Abstimmung mit dem zuständigen Genossen der HVA.

Nachfolgend Anhalte für die weitere Grundlinie. Die in der Information vom 1. 12. 1982 enthaltenen Schritte und Maßnahmen sind als Bestandteil dieser Linie zu betrachten.

1. Die entscheidende Forderung des Genossen Minister ist es, die Aufklärung der "KPD" maximal zu verstärken. Es ist eine gründliche Auskunft zu erarbeiten, die deutlich macht, welche Kenntnisse uns noch fehlen, und es sind gezielte Maßnahmen einzuleiten, unseren Informationsbedarf umfassend zu decken.

Vor allem muß das Mitgliederpotential genau bekannt sein. Wir müssen wissen, auf wen sich die "KPD" stützen kann, wer hinter ihr steht, sie steuert, woher ihre finanziellen Mittel zur Aufrechterhaltung ihres Apparates kommen. Es sind Kenntnisse zu erarbeiten, die wirkungsvoll für offensive Zersetzungs- und Kompromittierungsmaßnahmen genutzt werden können.

Es ist weiter aufzuklären, welche politischen Ziele die "KPD" verfolgt, wie sie sich gemeinsame Aktionen mit der Basis der DKP vorstellt, welche Haltung zu den "Grünen" konkret eingenommen wird.

Es sind alle Ansatzpunkte zu erarbeiten, die genutzt werden können, um die "KPD" politisch zu zersetzen, die Perspektivlosigkeit ihrer politischen Ziele zu unterstreichen, die Mitglieder so zu beeinflussen, daß sie sich von der "KPD" abwenden und vor allem ein Zustrom weiterer Mitglieder gestoppt wird.

Es muß geprüft werden, welche Kräfte dazu nutzbar sind.

Auf der Grundlage aller Aufklärungsergebnisse ist ein Plan zur Enthüllung der Machenschaften der "KPD" und ihrer Zersetzung zu erarbeiten. Die "KPD" muß in der BRD selbst zerschlagen werden.

2. Es müssen gründliche Überlegungen angestellt und die richtigen Argumente erarbeitet werden, die geeignete IM nutzen können, um die Bildung einer eigenen "KPD" in der DDR zu verhindern. Die Argumente müssen für alle nutzbaren IM so individuell sein, daß der Gegner nicht im geringsten eine Steuerung des MfS vermutet. IM, die genutzt werden, müssen höchste Zuverlässigkeit bewiesen haben.

3. Die "KPD" darf nicht durch von uns geduldete Aktivitäten und die ihr durch uns in der DDR organisierte "Zellen" und gebotenen Scheinwirkungsmöglichkeiten in der Auffassung bestärkt werden, eine Basis in der DDR zu besitzen. Es ist zu prüfen, welche "Zellen" wir mit hoher offensiv zersetzender Wirkung auf Kurier- und Funktionäre der "KPD" in Konfrontation zur Führung gehen lassen und sogar "opfern". Das MfS darf dem Treiben der "KPD" keine Hilfeleistung geben. Wir müssen alles tun, sie auf eine Auflösung hinzuführen.

4. Weiter sind lückenlos alle Verbindungen und Verbindungswege der "KPD" in die DDR und andere sozialistische Staaten aufzuklären und unter Kontrolle zu

halten. Wo keine absolute Überwachung möglich ist, sind Reisesperrmaßnahmen durchzusetzen. Ständig ist nach Personen zu suchen, deren mögliche Verbindungen in die DDR unterbrochen oder vorbeugend verhindert werden müssen, um erneute vor allem öffentlichkeitswirksame Provokationen auszuschalten.

Bei aller Konsequenz unserer Maßnahmen müssen jedoch Konfrontationen, die zu spektakulären Aktionen der "KPD" oder zu anderen Auswirkungen mit hoher Öffentlichkeitswirksamkeit führen würden, vermieden werden.

Alle unsere Maßnahmen der Arbeit im und nach dem Operationsgebiet gegen die "KPD" müssen dem Plan, die "KPD" dort zu zerschlagen, wo sie noch eine Basis besitzt - in der BRD - dienen.

Ich bitte Sie, in diesem Sinne auch den beiliegenden Bericht der BV Berlin über die Aussprache mit der XXXXXXXXXXXX auszuwerten. M. E. sollte überlegt werden, wie wir die in der DDR inhaftierten "KPD"-Mitglieder gegenüber ihren Verbindungen und vor allem der "KPD" so kompromittieren, daß wir sie aus der Haft entlassen und in die BRD abschieben können, um die Zersetzung der "KPD" zu fördern und den zu übersiedelnden selbst jegliche Möglichkeit zu nehmen, bei Gleichgesinnten Anschluß zu finden.

**Dokument 6:**  
(GEKÜRZT)

Ministerium für Staatssicherheit  
Hochschule Lehrgang: 23. HDL  
Geheime Verschlusssache  
GVS-oOO1  
MfS JHS-Nr. 70/87  
3 x Ausführung  
Bl.S 1 bis 87  
Diplomarbeit

Thema: Erfahrungen und Erkenntnis in der Beweisführung  
gemäß § 106 StGB - dargelegt an der Bekämpfung  
von Aktivitäten der ehemaligen "KPD/ML-Sektion DDR"

Autor: Olt. Schulz, Hilmar  
(Dienstgrad, Name, Vorname)  
BV Berlin, KD Treptow  
(Diensteinheit)

Abschluß der Arbeit 15.12.1986

Zur Erstellung der Diplomarbeit wurden komplexe operative Prozesse und Arbeitsergebnisse der Abteilung XX der Bezirksverwaltung Berlin untersucht, die die Bekämpfung von Aktivitäten der ehemaligen "KPD/ML-Sektion DDR" in den Jahren 1976 bis 1981 zum Inhalt hatten. Zur zielgerichteten und differenzierten operativen Bearbeitung der Feinde wurden im genannten Zeitraum durch die bearbeitende Diensteinheit mehrere OV und OPK geführt.

Da sich die Untersuchungsergebnisse auf die Beweisführung konzentrieren, wurden mehrere operative Materialien zu den gleichen Feindangriffen unter dem Gesichtspunkt der Vorgangsbearbeitung zusammenfassend dargestellt.

(...)

1976/77 häufte sich das Einwerfen von Hetzmaterialien in Hausbriefkästen, das Anschmieren von Hetzlosungen sowie anonyme Anrufe und Hetzbriefe an Institutionen und Parteifunktionäre, die inhaltlich massive und gefährliche Angriffe gegen die Politik von Partei und Regierung, gegen die führende Rolle der Arbeiterklasse, gegen die sozialistischen Errungenschaften in der DDR darstellten.

Bei den durch "Steckaktionen" in Hausbriefkästen verbreiteten oder an öffentlichen Orten abgelegten Hetzmaterialien handelte es sich insbesondere um die Zeitschriften und Flugschriften "Roter Morgen - Ausgabe DDR", "Roter Stachel", "Soldat hör zu" und "Student hör zu" -teilweise versehen mit der Aufschrift "lesen und weitergeben!".

Das Anschmieren von Hetzlosungen und Ablegen bzw. Verbreiten von Flugblättern erfolgte öffentlichkeitswirksam. Die genannten feindlichen Handlungen wiesen für die Bearbeitung und Aufklärung dieser wesentliche einheitliche Merkmale auf:

- Hetzschriften, -flugblätter, -druckerzeugnisse und Losungen ließen durch den Aufdruck oder die Aufschrift "KPD/ML" (später nur "KPD") - "Ausgabe DDR"- "Sektion DDR" und markante, wiederkehrende Symbole und Betitelungen die gleichen Hintermänner und Akteure erkennen.

- Inhaltlich deckten sie die programmatisch verkündeten konterrevolutionären Zielstellungen der "KPD" ab.

- Es lagen bis zu diesem Zeitpunkt und zu keinem einschlägigen Vorkommnis operative Hinweise zu Tätern oder Mittelsmännern vor.

- Trotz massivem Kräfteinsatz und forcierter Bearbeitung der Vorkommnisse, der Fahndungs- und kriminalistischen Vergleichsarbeit konnten keine Hinweise zu Tätern ermittelt werden.

Die großen Erfahrungen, die das MfS bei der Aufklärung einschlägiger Vorkommnisse besitzt, die operativen Erfolge durch die konsequente

Einbeziehung kriminaltechnischer Untersuchungsmaßnahmen wurden nicht wirksam, weil der oder die Täter ein Minimum und nur schwer auf sie schließende Spuren hinterließen. Aus diesem Grund und im Zusammenhang mit den Erkenntnissen aus während Verbreitungszeiträumen und -orten gelaufenen vorbeugenden Sicherungseinsätzen leitete sich eine, für die weitere operative Bearbeitung sehr wesentliche Erkenntnis zum Vorgehen des Feindes ab:

- Der Feind arbeitet zielgerichtet und planmäßig, bei der Verbreitung unberechenbar, er vermeidet bewußt und erfolgreich Spuren wie Fingerabdrücke an Tatschriften und Ereignisorten, er sichert sich bei der Verbreitung ab und muß in seinem feindlichen Wirksamwerden konspirative Maßregeln besitzen und danach handeln.

Im Zusammenhang mit der gehäuften Verbreitung von Hetzmaterialien seit 1976/77, die - wie beschrieben - ihrer Herkunft nach zuzuordnen waren, zeichnete eine "KPD/ML" "Sektion DDR" verantwortlich. (...)

Andererseits lagen im Verlaufe der Zeit eine Vielzahl von operativen Personenhinweisen vor, zu denen die Möglichkeit bestand, daß sie Mitglieder, Sympathisanten oder Helfershelfer der "KPD" waren. (...)

erst mal wichtigste Etappenziel (Gewißheit über Zugehörigkeit), um darauf aufbauend die Liquidierung oder Neutralisierung der feindlichen Kräfte realisieren zu können.

#### 2.1. Ziele in der Beweisführung des OV

Zielstellung der Beweisführung war, zu beweisen, daß die Personen "...", "...", und eventuell weitere bekannt werdende Personen Mitglieder der "KPD" sind und in deren Auftrag feindliche, gegen die DDR gerichtete und strafrechtlich relevante Handlungen unternehmen. (...)

Auch blieben dem MfS keine Zweifel, daß bei einschlägiges Verbreitungen und Vorkommnissen (durch die exakt mögliche Zuordnung wegen der verwendeten Titel und Symbole bzw. der in der operativen Bearbeitung erworbenen inoffiziellen Hinweise) die "Sektion DDR" verantwortlich zeichnete. Durch die raffinierte Tarnung, konspirative Arbeitsweise, bewußte Spurenvermeidung und der der "Sektion DDR" eigenen Strukturform, blieb der Nachweis der Tatausführung durch eine bestimmte Person (strafprozessual haltbar) kompliziert. (...)

Aus den nachzuweisenden Handlungen ergibt sich daß nicht in jedem Fall der Einsatz eines IM (oder Neuerungung) das effektivste und erfolgversprechendste Mittel gewesen ist. Es muß die eindeutige Aussage getroffen werden, daß in bestimmten Bearbeitungsphasen der Nachweis der Zugehörigkeit zur "KPD" und der Nachweis von strafrechtlich relevanten Handlungen nur und ausschließlich Über 26-B-Maßnahmen und Beobachtung (nur Stützpunktbeobachtung) geführt werden konnte.

Das wird erklärbar bei Verdeutlichung der noch zu beschreibenden bzw. bereits

beschriebenen Organisationsform, Struktur und Arbeitsweise der "KPD" bzw. "Sektion DDR". Durch diese konnten IM oftmals nur Hinweise oder Details erarbeiten, die für sich allein nicht auswertbar waren. Aber durch Erkenntnisse, insbesondere aus 26-B-Maßnahmen als operativ und strafrechtlich relevant erkannt, wurde auf Zugehörigkeit oder Tatbeteiligung bzw. -ausführung verwiesen.

Und umgekehrt: Die 26-B-Maßnahmen waren oftmals einzige Informationsquelle bzw. dadurch erarbeitete Informationen konnten durch analytische Arbeit darauf aufbauende operative Ermittlungen und Kombinationen und dem zielgerichteten IM-Einsatz bzw. deren Befragung in einen verwertbaren Zusammenhang gebracht werden. (...)

1. Bei allen bekannten Personen durch die Abteilung VIII Beobachtungsstützpunkte einrichten mit der Zielstellung,

- das Verhalten und den Bewegungsablauf der betreffenden Personen feststellen, fotografisch dokumentieren, insbesondere Zeiten von besonderen Aktivitäten feststellen;

- Kontaktpersonen, Zusammentreffen fotografisch dokumentieren, so daß eine Personenidentifizierung gewährleistet ist.

Die Beobachtungsstützpunkte sind bei Kenntnis bevorstehender Aktivitäten und Aktionen sofort zu besetzen, und eine ununterbrochene Kontrolle ist zu gewährleisten.

2. Zur Dokumentierung des Inhaltes von Treffs/Zusammenkünften in Wohnungen wird bei jeder Schwerpunktperson die Installierung eines Auftrages 26-B angestrebt.

3. Zur Erarbeitung von Beweisen/Indizien für eine Trefftätigkeit/Auftragserteilung/Instruierung/Schulung werden die vorhandenen IM zielstrebig genutzt.

Im Umgangskreis, Wohngebiet und Arbeitsstellen werden

- die Existenz von IM anderer Diensteinheiten weiter geprüft,

- Personenhinweise für das Schaffen eigener IM/GMS erarbeitet, um Kontrollen wirksamer zu gestalten und gegebenenfalls IM in ihre operative Bearbeitung einzuführen. (...)

vorliegende Hetzartikel werden mit zu beschaffenden schriftlichen Arbeiten der verdächtigen Personen (Arbeiten mit politischen Aussagen aus dem Studienbereich u. ä.) verglichen, um nachzuweisen, daß eine

- bestimmte Person der Verfasser ist.

- Übergeben von Desinformationen an Verdächtige, von denen anzunehmen ist, daß sie für Hetzartikel verwendet werden, um Über den Weg des Wiederauftauchens eine Zuordnung bzw. Tatbeteiligung mittels eines Indizes zu belegen.

- Komplexe Nutzung des Auftrages 26-B für diesen Beweiskomplex.
- Schaffung von Voraussetzungen für konspirative Arbeitsplatz- und Wohnungsdurchsuchungen mit der Zielstellung
  - . Beweise zu sichern
  - . Spuren zu sichern und zu dokumentieren . Relikte zu sichern und zu dokumentieren (Filme, Stempel usw.)
  - . Schreibmaschinen, Vervielfältigungsgeräte festzustellen und zu dokumentieren.
- Weitere Maßnahmen zum Erkennen/Nachweis operativ-bedeutsamer Handlungen:
  - Alibiüberprüfungen
 durch zuverlässige IM/GNS in Wohngebieten und Arbeitsstellen, die bei zu erwartenden Aktionen die An- oder Abwesenheit der Verdächtigen prüfen.
  - Erkennen und Beweisen von Verbreitungsaktionen
 Feststellen von wiederholt betroffenen Verbreitungsgebieten, Aufbau von Beobachtungsstützpunkten in diesen Gebieten mit dem Ziel: - Personenbewegungen zu filmen,
  - Verbreitungen zu erkennen und gegebenenfalls Täter auf frischer Tat zu stellen,
  - anhand von Filmaufzeichnungen erkennen, ob bearbeitete Personen im Sicherungsbereich waren,
 Prüfung des Einsatzes von Flächenmarkierungsmitteln vor möglichen Verbreitungshäusern und an TBK der "KPD",
  - Auswahl von IM-Kandidaten entsprechend Anforderungsbild.
 Zu jedem Zeitpunkt der Bearbeitung lagen zu den Einzelpersonen Aufklärungs-Bearbeitungs- oder Beweisführungspläne vor, die dem konkreten Sachstand Rechnung trugen und beispielsweise durch diesen Rahmenplan ergänzt wurden. Die Zielstellung der Beweisführung war also, nachzuweisen, die Gewißheit zu erlangen, daß Verdächtige Personen Mitglieder der "KPD" sind (operatives Element), um davon ausgehend die Kräfte auf das strafrechtliche Element - den Nachweis der Begehung von strafrechtlich relevanten Handlungen - konzentrieren zu können. (...)
  - Die Gewißheit über die Zugehörigkeit einer Person zur "KPD" ist über weite Teile der Bearbeitung das Kraft- und Zeitaufwendigste und auch das Bedeutsamere gewesen. Durch enormen operativen Kräfteaufwand wurden eine Vielzahl von Personen in das Blickfeld des MfS gebracht und operativ überprüft. Eine unbedingt erforderliche Konzentration der operativen Kräfte, Mittel und Methoden war nur durch die Ausschließung von Verdächtigen bzw. den Nachweis ihrer Zugehörigkeit möglich. (...)
 Ist die Gewißheit erlangt, daß eine Person Mitglied der "Sektion DDR" ist, wird ein konzentrierter Kräfteinsatz an und zu ihr erfolgen, um offiziell verwertbare Beweise zu strafrechtlich relevanten Handlungen zu erarbeiten. Zumindest inoff-

fizielle Beweise zu strafrechtlich relevanten Handlungen können jedoch bereits im Stadium der Erlangung der Gewißheit zur Zugehörigkeit erarbeitet werden. Deshalb sind diese Etappen in ihrer unbedingten Einheit als einheitlicher Beweisführungsprozeß zu sehen.

Im folgenden sollen einige praktische Beispiele aufgezeigt werden, wie auf die unterschiedlichste Art und Weise die Gewißheit über die Zugehörigkeit einer Person zur "Sektion DDR" erlangt wurde. Es soll damit die Komplexität bereits dieses Schrittes in der Beweisführung deutlich gemacht werden. (...)

1. In der Wohnung der "... " bereits als aktives Mitglied der "Sektion DDR" erkannt, wurde entsprechend der Maßnahmepläne ein Auftrag 26-B realisiert. Bei einem Besuch eines anderen Mitgliedes der Sektion erwähnt "... " unter anderem, daß "... " als "... " bereits identifiziert und bereits vermutet, daß sie "... " in die Tätigkeit der Sektion mit einbezogen ist) ... sehr aktiv ist, ... aber, ... "....." nicht aus der Hüfte kommt ... Durch die operative Technik wurde der inoffizielle Beweis erbracht,

2. a) daß "... " aktiv in der Sektion mitarbeitet,

b) daß der bisher nicht erkannte "... " aktives Mitglied der Sektion ist.

Die Konzentration der operativen Kräfte ergab im Verlauf der OV-Bearbeitung, daß der "... " als "Fachmann" für "... " geistiger Vater einer neuen Hetzzeitschrift "Der Rote Landbote" sein sollte, an deren Erstellung und ersten Ausgaben gearbeitet wurde.

2. Bedeutende operative Konsequenzen aus einem kleinen Nebensatz (26-B-Maßnahme) "... " äußert in einem Gespräch über Regelungen der der Beitragszahlungen für ihre "Partei" ... "...." zahlt `soundsoviel`...

Damit war erstmals und eindeutig der Beweis erbracht, daß der "... " aktives - zahlendes Mitglied der "KPD" ist.

3. Vorliegen von zwei Ausgangsinformationen durch 26-B-Maßnahmen:

a) Aus einer Unterhaltung zwischen "... " wird ersichtlich, daß ein Mitglied der Sektion Namens "... " existiert. Offensichtlich wohnt er im Randgebiet von Berlin.

(...)

So bot es sich in einem Fall an, einem IM eine Wohnung Im Haus eines Verdächtigen zuzuweisen. Der IM hatte den Auftrag, ausschließlich über die umfassende Aufklärung der Persönlichkeit des Verdächtigen, seine politisch-ideologische Einstellung, Verhaltensweisen und Reaktionen auf bestimmte objektiv vorhandene bzw. ihm Vorgegebene gesellschaftliche Erscheinungen und Umstände nachzuweisen, daß er von seiner subjektiven Seite her mit hoher Wahrscheinlichkeit Mitglied der "KPD" ist. Dieser Nachweis wurde erbracht und nachfolgend durch die Konzentration weiterer operativer Kräfte, Mittel und

Methoden die Gewißheit zur Mitgliedschaft und konkreten Aktivitäten im Sinne der "Partei" geschaffen. (...)

8. Eine besondere operative Bedeutung für die Beweisführung hatte die Feststellung von Standorten der durch die Feinde benutzten Technik, Hilfsmittel, Druckgeräte usw. Es war so zum Beispiel bekannt, daß eine Druckerei der Sektion existiert, über welche ein Großteil der Hetzmaterialien gefertigt wurde. Es konnte aber keinem der bereits identifizierten Sektionsmitglieder der Standort dieser Druckerei zugeordnet werden, woraus auf die Existenz eines weiteren wichtigen Mitgliedes der "Partei" geschlußfolgert wurde.

Über den IM "Clemens", der kein Mitglied der "Partei" war, sich bewußt aus den einschlägigen Aktivitäten heraushielt und fast ausschließlich nur persönlich-freundschaftlichen Kontakt unterhielt, wurde der Standort der Druckerei und das aktive Mitglied "... " identifiziert. "... " ließ sich gelegentlich vom "Clemens" Papier zum Druck von Hetzmaterialien besorgen, deren Bezug "Clemens" glaubwürdig abdecken konnte und deren Verwendung ihm offiziell nicht bekannt war. Als "... " sich an "Clemens" wandte ob dieser wieder Papier hat und "Clemens" dem "... " dieses in die Aktentasche legte, sah er, daß "... " noch anderes, für den Druck verwertbares Material in der Tasche hatte. Ohne ein Gespräch darüber zu führen, verfolgte "Clemens" von seiner Wohnung aus den weiteren Weg "... " und stellte das Haus fest, in welches sich "... " begab.

Die Überprüfung ergab, daß in diesem Haus ein "....." wohnt.

Weitere eingeleitete Maßnahmen, z. B. die Feststellung, daß "....." regelmäßig, vermutlich immer mit Material, das Haus betritt und verläßt, ergaben den Nachweis, daß dieser "... " aktives Mitglied der "Partei" ist und sich in seiner Wohnung die Druckerei befindet. Inoffiziell wird dies später bestätigt durch eine konspirative Wohnungsdurchsuchung.

Die Druckerei in der Wohnung des "....." war bei der späteren Zerschlagung der Sektion unumstößlicher Beweis für seine strafrechtliche Verantwortlichkeit.

(...)

Es wurden bis zu 100 Personen aus dem jeweiligen Umfeld (Wohngebiet, Arbeitsstelle, Freizeitbereich) der betreffenden Person über die Abteilung XII überprüft und Rücksprache mit den erfassenden Dienststeinheiten geführt. So konnte nur bei Vorhandensein von IM/GMS diese selbst angesprochen oder über die jeweilige Dienststeinheit genutzt werden.

### 3.2. Beweisführung zu Kurier- und Instrukteurverbindungen

Der Nachweis der inspirierenden und organisierenden Funktion feindlicher Kräfte und Zentren aus dem Operationsgebiet, speziell der Zentrale der "KPD" in der BRD, wurde insbesondere über die Identifizierung der Kuriere und

Instrukteure geführt. Gerade auch aufgrund des Umstandes, daß direkt erkannte Kurier- und Instrukteurverbindungen am besten neutralisiert werden können, wurden große Anstrengungen unternommen, diese festzustellen. Das heißt, sie nicht zu liquidieren - mittels Festnahme oder Einreise-Sperre - sondern erkannt unter operativer Kontrolle zu halten.

Die Identifizierung erfolgte im wesentlichen über IM, deren Kenntnisse über Ankunft und Abreise der Kuriere und Instrukteure, die Beschreibung der Person mit nachfolgender Fahndung über die HA VI. Der Aufenthalt der Kuriere und Instrukteure bei den IM gestatte auch eine direkte Identifizierung mittels konspirativer Einsichtnahme in deren Personaldokumenten.

(...)

Es muß an dieser Stelle auf ein grundlegendes Problem bei der operativen Bearbeitung von Feinden hingewiesen werden. Ob man weiß, daß ein Gegner gesonderte Regeln der Konspiration anwendet, sich kriminalistische und kriminaltechnische Kenntnisse aneignet und sich für seine Feindtätigkeit zu nutze macht und mißbraucht, wie die "KPD" nach den Regeln des antifaschistischen Widerstandes operiert oder ob diese Erkenntnisse nicht vorliegen:

kein Feind ist in der operativen Bearbeitung zu unterschätzen!

In der Aufklärungs-, Überprüfungs- und Bearbeitungszeit ist stets mit Absicherungs-, Sicherungs- und Gegenüberprüfungsmaßnahmen und konspirativem Vorgehen zu rechnen. Das hat aber auch konkrete operative Konsequenzen. Auch bei solchen scheinbar belanglosen operativen Maßnahmen, bei denen ... sowieso nichts passieren kann ... , ist genau zu Überlegen, ob die eigene Konspiration, die Kräfte, Mittel und Methoden des MfS gesichert sind. Ist es zu überlegen, ob z.B. Wohngebietsermittlungen unbedingt erforderlich sind, die Beschaffung von Kaderakten (die der Verdächtige durchaus feststellen kann) Neuigkeiten erbringt, PZF- oder M-Kontrolle u.v.a.m. operativen Nutzen bringt, Informationen nicht auch andere beschafft werden können, die Konspiration eventuell gefährdet ist, ist zu Überlegen, ob man es mit einem sich bewußt tarnenden Gegner zu tun hat. In der Bearbeitung des OV wurde dieser Umstand stets beachtet bzw. sich darauf eingestellt.

Beim IM-Einsatz ist die bearbeitende Diensteinheit und alle anderen Diensteinheiten des MfS, die daran mitgewirkt haben, grundsätzlich davon ausgegangen, daß nicht nur die IM nicht erkannt werden dürfen vom Feind, sondern daß der Feind in seinen Reihen erst gar nicht noch einer Quelle suchen darf.

Es durfte innerhalb des bearbeiteten Personenkreises nicht der Verdacht entstehen, daß Maßnahmen des MfS auf undichte Stellen" in ihren eigenen Reihen zurückzuführen sind.

Es haben operative Kombinationen mit dem Zweck der Verunsicherung einzelner oder des gesamten Personenkreises, Vorbeugegespräche und strafrechtliche Belehrungen stattgefunden, die immer so abgesichert worden sind, daß das Zustandekommen oder der Anlaß zum Wirksamwerden des MfS im eigenen Fehlverhalten oder Handeln gesucht wurde. (...)

Für alle nachfolgenden politisch-operativen und strafrechtlichen Maßnahmen war die detaillierte und personenbezogene Auflistung aller beweisheblichen Tatsachen und offiziell verwertbaren Beweismittel erforderlich.

Die Beweislage stellte sich wie folgt dar:

in der Wohnung des " ..." mit Gewißheit befindliche und vorfindbare materielle Beweismittel

. fertige und unfertige Artikel für die Hetzzeitschrift "Roter Morgen"

- Wanzensuchgerät

- diverse Hetzzeitschriften "Roter Morgen"

- und andere gedruckte Heizmaterialien

- Druckmatrizen, -farben, -stempel, -walzen

Und Druckstock

- in die Wohnung der "....." ausgelagerte

. aus der BRD stammende Technik

. Kodiergerät (Computer)

. Diktiergerät

(...)

Daraus folgt:

a) die Möglichkeit, "..." auf frischer Tat bei der Übergabe des Hetzmaterials festzunehmen und mitgetragene Beweismittel zu sichern,

b) die Beweismittel bei einer Wohnungsdurchsuchung vor Übergabe an die Rostocker Zelle sicherzustellen.

Zu "....." lagen umfangreiche inoffizielle Beweismittel vor, die jedoch strafprozessual noch nicht verwendbar gewesen waren. Daraus folgte die weitere operative Bearbeitung

der "..." über die Inhaftierung des Kerns der "Sektion DDR" hinaus, unter dem Gesichtspunkt der durch die anderen Ermittlungsverfahren zu erwartenden Belastungen.

("..." wurde im Mai 1981 inhaftiert).

Da eine Festnahme des "..." auf frischer Tat und die geplanten, darauf folgenden Einleitungen der Maßnahmen zu den anderen Personen nicht möglich war, wurden alle genannten Mitglieder der "Sektion DDR" am 20.03.1981 zugeführt und auf Grundlage der vorliegenden Beweismittel Ermittlungsverfahren mit Haft

eingeleitet. (...)

Zur: Vorgehen beim erfolgreichen Quellenschutz sei noch ein Beispiel genannt: Der IM "Clemens" sollte offiziell durch das Untersuchungsorgan befragt werden, um Belastungen durch andere Personen zuvor zu kommen und ihn als Zeugen mit keiner strafrechtlich relevanten Tatbeteiligung erscheinen zu lassen. Es wurde eine Gegenüberstellung mit "..." durchgeführt, damit dieser den Glauben haben soll, sein Freund sei in die Untersuchungsmaßnahmen mit einbezogen. "Clemens" trug in einem Netz Zahnbürste, Seife, Schlafanzug usw. mit sich, woraus "..." Schlußfolgerte, daß "Clemens" auch inhaftiert wurde oder wird. "..." beruhigte daraufhin "Clemens" nachdrücklich und versicherte, daß er nicht einsitzen muß, weil er ihn entlastet habe.

"..." verhielt sich bei allen weiteren Vernehmungen auch so und verzeichnete es als seinen Erfolg, daß "Clemens" nicht inhaftiert wurde.

## 5.2. Maßnahmen zur Verunsicherung und Zersetzung

Zur Liquidierung der "Sektion DDR" wurden im Verlauf der operativen Bearbeitung stets nach Wegen gesucht und Voraussetzungen geschaffen, um die "Partei" zu zersetzen, die Akteure gegeneinander auszuspielen, Unruhe und Verunsicherung zu schaffen. Zweifellos war mit der Inhaftierung "..." ein Lähmungseffekt eingetreten. Unsicherheit, nicht wissen, wie dicht das MfS an der "Sektion" dran ist, gegenseitiges Mißtrauen, Streit und Meinungsverschiedenheiten bestimmten in stärkerem Maße das "innerparteiliche" Leben und schränkten die Aktivitäten und Handlungsfähigkeit ein. Hinzu kamen offensive Maßnahmen zu "..." und "..." die bis zu dem Zeitpunkt der Inhaftierung "..." spürbare Wirkungen innerhalb der Sektion hinterließen.

"..." wurde bereits Anfang 1980 zum Untersuchungsorgan vorgeladen und ohne weitere Kommentare schriftlich zum gesellschaftsgerechten Verhalten belehrt und verpflichtet. Er mußte gegenüber den anderen Sektionsmitgliedern Erklärungen abgeben, wieso er in das Blickfeld des MfS bzw. der Sicherheitsorgane geraten ist.

Bei "..." bot sich sein eigener Verstoß gegen ihre konspirativen Regeln an, um ihn und "....." zum Untersuchungsorgan vorzuladen. (Gesonderter Maßnahmeplan, in welchem detailliert alle Eventualitäten des Vorgehens mit entsprechenden Variantenaufgeschlüsselt waren) vorgehalten, daß er gegenüber dritten Personen angegeben hatte, Funktionär der "KPD" zu sein. (...)

Obwohl keine strafrechtlichen Ergebnisse erzielt werden konnten, hatten die Maßnahmen "....." folgende Wirkung erzielt: eine starke Unsicherheit erfaßte die Sektion, Verbreitungen von Hetzmaterialien würden völlig eingestellt. 2. Die Aussagen der "....." stellten, wenn erforderlich, offizielle Ansatzpunkte für das MfS für ein weiteres zielgerichtetes Vorgehen dar.

3. Der Kontakt zur "... " aufrecht gehalten, obwohl das MfS über ihre Dekonspiration informiert war. Dadurch war ein Informationskanal in die Sektion geschaffen worden, der für gezielte Informationen und Desinformationen genutzt werden konnte.

Weitere Anknüpfungspunkte für die Abtrennung einzelner und die Zersetzung bzw. Verunsicherung der Sektion waren im Sinne der Zielstellung eines Maßnahmenplanes zum OV gegeben, in dem es heißt

" ... Es wird darauf ankommen, erkannte Einzelpersonen bzw. Zellen nach und nach zur Handlungsunfähigkeit im Sinne der "KPD" zu führen, solange es politisch unzweckmäßig ist, gegen die "Partei" insgesamt vorzugehen."

### 5.3. Neutralisierung von feindlichen Vorhaben, Plänen und Absichten

Es soll nur methodisch eine Trennung von Maßnahmen zur Verunsicherung und Zersetzung einerseits und andererseits Maßnahmen zur Neutralisierung feindlicher Aktivitäten erfolgen.

Unter dem Gesichtspunkt der Vorbeugung und Schadensverhütung gehen diese Faktoren eng ineinander über. Deutlich wurde das zum Beispiel bei Verunsicherungsmaßnahmen Neutralisierung und zwangsweisen Inaktivität geführt haben.

Verunsicherungs- und Zersetzungsmaßnahmen führen größtenteils zur Lähmung, Einschränkung von Aktivitäten, eventuell auch zur Vernichtung gefertigten Hetzmaterials(...)

Die Existenz sogenannter Pseudo- oder fiktiver Zellen muß ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der

a) Notwendigkeit des inoffiziellen Eindringens in die Zentren der Feindtätigkeit und personellen Stützpunkte der Feinde in der DDR

a) Aufklärung der Organisatoren, Inspiratoren, Hersteller und Verbreiter von Hetzmaterialien (...)

Wie konsequent die Mitglieder der "Sektion DDR" die Regeln zur Vermeidung von Spuren eingehalten haben, wurde aus den Darlegungen zu den erfolglosen Versuchen der Überführung der Feinde im Rahmen von kriminaltechnischen Vorkommisuntersuchungen deutlich. Die Ursachen vom Nichtauffinden oder Vorhandensein von Spuren von Hetzschriften, Flugblättern und Losungen, Tatrelikten und den Tatorten war zurückzuführen auf folgende Umstände:

Die Mitglieder der "Sektion DDR", die Heizmaterialien ausarbeiteten oder anfertigten, trugen vom ersten bis zum letzten Arbeitsgang Handschuhe. Das führte so weit, daß Kaffee in "Arbeitspausen" mit Handschuhen serviert wurde. Kaufte man Papier, Druckmittel oder Briefumschläge, wählte man im Geschäft aus, ohne diese anzufassen und ließ sie sich vom Verkaufspersonal einpacken. Bei Hetzschriftenverbreitungen oder sonstigen Aktionen wurde mit vorher durchdacht und geplanter Genauigkeit, Handschuhe tragend, Bekleidung wechselnd

usw. vorgegangen. Es wurde nachgewiesen, daß "KPD"-Mitglieder bereits während ihrer Studienzeit Informationen von Kommilitonen und anderen Fachbereichen über kriminalistische und kriminaltechnische Mittel und Methoden einholten, sich in der Folgezeit einschlägig schulten auf diesem Gebiet, um Gegenmaßnahmen von zu erwartenden Aktivitäten der Sicherheitsorgane treffen zu können.

### Anlage III

#### Beispielhafte Darstellung der Intensität der Feindaktivitäten

"....."

- führte ungesetzlich Hetzmaterialien ein
- stellte illegal in der DDR her,
- verbreitete

im Zeitraum von April 1976 bis Mai 1979 ca. 3700 von Sept. 1979 bis März 1981 " 4700 Exemplare von Hetzzeitschriften . Die Verbreitung erfolgte fortlaufend durch die Ablage an öffentlichen Orten, Einwurf in Hausbriefkästen und die Übergabe an andere Mitglieder der "KPD-Sektion DDR." Er war maßgeblich beteiligt an der textlichen und bildlichen Gestaltung der Hetzzeitschrift "Roter Morgen", die in der DDR zusammengestellt und inhaltlich ausgearbeitet, in der BRD gedruckt, wieder illegal in die DDR eingeschleust und dann in der DDR verbreitet wurden, insgesamt an ca. 5400 Exemplaren. "... sammelte Adressen von DDR-Bürgern und übergab diese sowie andere Materialien und Informationen über die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR an Kuriere und Instruktoren der "KPD" aus der BRD oder Berlin (West).

Zu dieser Informationsübergabe bediente er sich u. a. eines aus der BRD eingeschleusten elektronischen Informationsspeichers, mit dem er die Angaben codieren konnte. Er arbeitete konspirativ, benutzte TBK, hatte und nutzte Decknamen und sicherte sich gegen Maßnahmen der Sicherheitsorgane der DDR ab.

Das Motiv seines Handelns war getragen von verfestigten feindlichen Einstellungen gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR, pseudorevolutionären, linksextremistischen ideologischen Grundpositionen, die sein Handeln bestimmten und auf die Beseitigung der Machtverhältnisse in der DDR mit letztendlich gewaltsamen Mitteln ausgerichtet waren.

Obwohl die "Sektion DDR" mit ihren Aktivitäten ideologische Grundlagen für die Beseitigung der Machtverhältnisse in der DDR - den geistigen Nährboden für eine Konterrevolution - schaffen wollte, beschäftigte sich gerade "...." des öfteren mit dem Problem, wie man Waffen beschaffen und dann anwenden könne. Dabei kalkulierte er Überfälle auf VP-Angehörige und -Objekte ein, um in den Besitz von Waffen gelangen zu können.

Der "...." verbreitete von 1976 bis 1981 ca. 13300 Hetzschriften in ca. 40 Einzelaktionen, übergab in 57 Fällen Materialien an andere Mitglieder und unterstellte Zellen zur Verbreitung.

Er stellte 35 Hetzpamphlete her und brachte in der Hauptstadt 3 Farbspray-Hetzlosungen und 2 Hetzplakate an. Arbeitsteilig gingen alle Mitglieder der "Sektion DDR", insbesondere der Sektionsleitung, vor. Beim Ausbau ihres konspirativen Arbeitens und Verbindungssystems, bei gegenseitigen ideologischen Schulungen, der Anfertigung von Schriften und Plattformen zur eigenen Selbstverständigung und bei der Perfektionierung ihrer technischen Hilfsmittel und Apparaturen. Größtenteils wurden Geschwister, Ehepartner oder Lebensgefährten mit einbezogen und Neuwerbungen vorgenommen.

(...)

Am 29.08.1980 wurde durch Mitglieder der "Sektion DDR" eine sehr öffentlichkeitswirksame Hetzschriftenverbreitung mittels Abwurf von Flugblättern durchgeführt (Aktion "Wippe")

Ca. 50 Doppelbögen mit feindlichem Inhalt und Verfälschungen über die damalige Situation in der VR Polen worden von einem Dachboden eines Mietshauses in Berlin-Oberschöneweide abgeworfen. Die zum verzögerten Abwurf verwendete Kippvorrichtung bestand aus einem Brett, dessen mit Flugschriften versehene Seite, aus dem Dachbodenfenster ragte. Die andere Seite wurde mit einem Wasserbehälter beschwert, in dessen Boden solch ein Loch war, daß nach einer Verzögerung von ca. 1 Stunde das Wasser ausgelaufen sein mußte, die Kippvorrichtung sich neigt und somit die Flugblätter abgeworfen wurden.

Bis ins Detail konstruiert und nachgebaut - es wurde sogar ein weiteres Behältnis unter das auslaufende Wasser gestellt, daß das Wasser nicht in die unterliegende Wohnung durchlaufen kann und so eventuell eine frühere Aufdeckung der Aktion in Frage kommt - ist diese Vorrichtung aus dem Buch "Erinnerungen eines Illegalen" von HANKE über den antifaschistischen Widerstandskampf.

So wie in dem Sicherheitsbeschluß gefordert, studierten die Feinde und bedienten sich in der DDR veröffentlichter Literatur über den wahren revolutionären Kampf der Antifaschisten und mißbrauchten die Erkenntnisse für ihre Machenschaften.

(...)

Die Abschlüsse der Untersuchungsverfahren haben ausnahmslos gezeigt, daß von allen bearbeiteten und inhaftierten Personen gerade die Richtlinie "... nichts aussagen, kein Geständnis, nicht rechtfertigen, nicht glauben ..." am prinzipienfestesten eingehalten wurde.

Zugegeben wurde nur, was durch das Untersuchungsorgan nachgewiesen werden konnte.

## Abkürzungsverzeichnis

### Häufig verwendete Abkürzungen und Begriffe

Ministerium für Staatssicherheit	- MfS
Bezirksverwaltung des MfS	- BV
Hauptverwaltung Aufklärung	- HV A
Ministerium des Innern	- MdI
Deutsche Volkspolizei	- DVP
Arbeitsrichtung I der Kriminalpolizei	- KI
Ministerium der Justiz	- MdJ
Nationale Volksarmee	- NVA

A - Maßnahme A: Kategorie bestimmter Überwachungsmaßnahmen des MfS: Abhören des Telefonverkehrs (Abt. 26) bzw. Dokumentieren von Post- und Paketsendungen (Abt. M)

abklingeln - eine Wohnung:

Bevor das Ministerium in eine Wohnung einbrach, wurden die Nachbarn "gebunden".

Zusätzlich wurden die Wohnungen durch die Maßnahmegruppe abgeklingelt, um zu sehen, ob doch jemand zu Hause war.

ABV - Abschnittsbevollmächtigter (DVP)

Abw. - Abwehr

AEK - Arbeitserziehungskommando (Strafvollzug)

AF - Adressenfahndung - Methode der Postkontrolle durch das MfS

AKP - Auskunftsperson - Person, die bei Ermittlungen zu Personen und Sachverhalten befragt wurde.

APO - Abteilungsparteiorganisation (SED)

B - Gruppe - Beobachtergruppe

B - Objekt - Beobachtungsobjekt

BG - Bezirksgericht

BOK - Beobachtungskräfte

BStU - Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

ZA - Zentralarchiv (Bstu)

Dokumentenstelle - DSt (s.O.)

Anlage 1, S.2 (MfS-Zählung)(s.O.)

AST- Außenstelle (MfS-Zählung)

AGM - Arbeitsgruppe des Ministers

BPO - Betriebsparteiorganisation (SED)

BPS - Bezirksparteischule (SED)

Bitte kratzen:

Wenn Mitarbeiter des Ministeriums in die Wohnung eines Bürgers eingebrochen waren, sie durchsucht hatten und sie wieder verlassen wollten, forderte einer der staatlichen Einbrecher über Funk: "Bitte, kratzen." Das hieß: Wir sind fertig und möchten raus.

Dann kratzte der Ministerialangestellte, der draußen Schmiere stand, an der Tür. Dieses Signal unterschied sich vom zufälligen Türklopfen oder Klingeln durch einen Unbeteiligten. So wußten die Einbrecher, daß sie nicht einem Mitbewohner in die Arme liefen.

C - Maßnahme C - Kategorie bestimmter Überwachungsmaßnahmen des MfS: Konfiszierung von Post- und Paketsendungen (Abt. M)

DN - Decknahme

DO - Dienstobjekt

DPA - Deutscher Personalausweis

Die VIII dranhängen:

Einen Bürger heimlich beobachten lassen. Die Abteilung VIII des MfS observierte die Bürger, fotografierte und filmte sie heimlich und machte

Tonaufnahmen.

Direktkontrolle:

Die Stasi hört direkt mit, was der Bürger in einer Wohnung spricht, in dem Augenblick, wo er es spricht. Im Gegensatz zur Tonbandaufzeichnung, die erst später ausgewertet wird.

EV m.H. - Ermittlungsverfahren mit Haft und EV o.H. - ohne Haft

FDZ - Festnahme, Durchsuchung, Zuführung - Abk. in Unterlagen der Linie VII

FE - Freiheitsentzug

Führungsoffizier:

Operativer Mitarbeiter der Stasi, dem es erlaubt war, Spitzel (Inoffizielle Mitarbeiter) zu führen bzw. ein Netz von Spitzeln zu steuern.

Flugschein:

Die Abteilungen VIII und IX, bei Bedarf auch andere Abteilungen, durften gegen die Straßenverkehrsordnung verstoßen. Nur unter Alkohol fahren durften sie nicht.

Sie konnten schneller fahren als erlaubt, durften überall parken, durch gesperrte Straßen fahren usw.

Freizeichen - Blumentopf im Fenster:

Der Stasi-Offizier verabredete mit seinem Spitzel ein Freizeichen, z.B. ein offenes Fenster oder eine heruntergelassene Jalousie. Dann wußte der Spitzel, die konspirative Wohnung ist frei, die Inhaber stören nicht, der Führungsoffizier wartet bereits.

GHO - Geheimhaltungsordnung

GHT - Geheimhaltungsträger

GV - Geschlechtsverkehr

GVS - Geheime Verschlusssache

H - Halter (des Kraftfahrzeuges einer Zielperson)

HA - Handakte

H XX: HAUPTABTEILUNG STAATSAPPARAT, KULTUR, KIRCHEN,  
UNTERGRUND

H XXII: HAUPTABTEILUNG "TERRORABWEHR"

HV A: HAUPTVERWALTUNG AUSLANDSAUFKLÄRUNG

HIM - HAUPTAMTLICHER INOFFIZIELLER MITARBEITER

IM-Vorgang, die Akte über den Spitzel:

Jeder registrierte Spitzel wurde geheimdienstlich ausgeforscht.

Jeder Spitzel (Inoffizielle Mitarbeiter/IM) hatte bei der Stasi mindestens zwei Akten

JHS - Juristische Hochschule des MfS (Potsdam)

KW - Konspirative Wohnung

M - Kopie - Von der Abt. M (Postkontrolle) kopierte Postsache

OH - Objekthaus - Wohnhaus einer zu beobachtenden Person

OM - Operativer Mitarbeiter

OPK - Operative Personenkontrolle - Erfassungsart gemäß Richtlinie I/81 (aktiver Erfassung auf der Grundlage einer registrierten Akte)

PM 12a - Provisorischer Personalausweis

StGB - Strafgesetzbuch

StPO - Strafprozeßordnung

StVA - Strafvollzugsanstalt

SW - sozialistisches Wirtschaftsgebiet

NSW - nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet

TBK - Toter Briefkasten

UH - Untersuchungshaft

ZOF - Zentrales operatives Fernsehen - Diensteinheit des MdI (z.B. Überwachung von Demonstrationen, Großveranstaltungen u.a.)

Die Stasi nannte ihre Spitzel in der Amtssprache "Inoffizielle Mitarbeiter" (IM)

1. IMB - Der Spitzel der höchsten Kategorie mit Verbindung zum inneren oder äußeren Feind

o Er wurde in Operativvorgängen und zur operativen Personenkontrolle eingesetzt

o Erarbeitete Spitzeninformationen

o Führt operative Spiele durch

2. IME- Experten IM

Das waren Stasi-Spitzel mit Expertenwissen und Ermittler. Es gab ehrenamtliche und hauptamtliche IME mit festem Gehalt.

2. IMS - - Inoffizielle Mitarbeiter Sicherheit: der kleine Stasi-Spitzel

Die Allround-Quelle der Stasi, die überall im Lande tätig war.

o Von der Lageeinschätzung bis zu gelegentlicher Spitzen-Info.

o Die Stasi setzte ihn überall ein, in Jugendklubs ebenso wie in Betrieben.

o Er traf seinen Führungsoffizier in Abständen von zwei bis sechs Wochen, je nach operativer Lage und Wert der Informationen, die er erspitzelte.

IMK - Inoffizielle Mitarbeiter für Konspiration

Sie stellten ihre Wohnung, ihr Telefon, ihre Postadresse zur Verfügung. Dafür wurden sie meist zu Feiertagen in Form von Geschenken "vergütet".

IMK/S - Person, um einen Spitzel abzusichern.

(z. B. Vorgesetzte, Ehefrau)

IMK/KO

Kleinobjekt (als KW genutzte Wohnung), steigerte sich ab Abteilungsleiter von der Einzimmer- bis zur Fünzimmerwohnung.

IMK/DA

Manche Bürger stellten ihre Anschrift der Stasi kostenlos als Deckadresse zur Verfügung und übermittelten mit einem besonderen Kennzeichen (zum Beispiel Doppelname) versehene Post an die Stasi.

KP - Kontaktperson

Mit Kontaktpersonen arbeitete die Stasi wie mit ihren IMS zusammen.

KD - Kreisdienststellen:

In jeder Kreisstadt war der Geheimdienst mit einer Zweigstelle der Bezirksverwaltung tätig.

Klapp-Fix:

Unter Stasi-Mitarbeitern gebräuchliche Bezeichnung für den an einem Lederbändchen oder einem Metallkettchen getragenen Stasi-Dienstausweis.

Kombination, operative (OK):

Zum Teil bediente sich die Stasi einer Reihe aufeinander abgestimmter Maßnahmen, um eine verdächtige Person zu überprüfen. Ziel war, kontrollfähige Handlungen auszulösen, die entweder als Beweise dokumentiert wurden oder die Unschuld bewiesen.

Maßnahme 26A einbauen:

Stasi-Jargon für den Einbau einer Wanze in die Wohnung eines Bürgers.

Maßnahme mithören:

Stasi-Jargon für das verfassungswidrige Abhören eines Bürgers über Wanze oder Telefon.

Maßnahme 26A - Der stille Mann am anderen Ende der Leitung:

Der Staat hört sein Telefon ab durch die Abteilung 2.6.

Maßnahme 26 B:

Die Stasi baut Wanzen in eine Wohnung ein.

Maßnahme 26 D:

Stasi-Jargon für den heimlichen Einbau einer Videokamera, z.B. in eine Wohnung.

Maßnahme 26F:

Die Behörde fotografiert heimlich.

Maßnahme M:

Postkontrolle, der Staat öffnet und liest heimlich die Post des Bürgers durch die Abt. M.

GMS - Gesellschaftlicher Mitarbeiter Sicherheit

Mitglied der SED. Er hatte die gleichen Aufgaben wie ein IMS, half der Stasi zum Beispiel, Betriebe und wissenschaftliche Institute "operativ zu durchdringen".

zunageln - einen Brief:

Jargon der Abteilung M, die die Post illegal mitlas, für einen stark mit Tesa-Film oder ähnlichem verklebten Brief, der sich nur mit großem Aufwand unbemerkt öffnen ließ. Ein solcher Brief war vom Absender zugenagelt.

1. Auflage - 2005

Herausgeber:  
ZK der KPD/ML Roter Stern  
Postfach 10 15 63  
45815 Gelsenkirchen

Nachdruck erlaubt. Bitte eine Kopie an Herausgeber senden.

Verlag:  
MedienService-Geis,  
Postfach 90 08 10  
51118 Köln

ISBN 3-9810127-0-4

Mehr Infos im Internet unter: [www.kpd-ml.net](http://www.kpd-ml.net)



In den bundesdeutschen Massenmedien, in Presse, Rundfunk und Fernsehen, in Büchern, Aufsätzen und wissenschaftlichen Publikationen wurde und wird nur über eine Form der Opposition in der DDR, über die Opposition von bekannten Schriftstellern, Liedermachern und Wissenschaftlern berichtet. Über eine andere Form der Opposition, die der Arbeiter, der "kleinen Leute", kurz der Masse der DDR-Bürger, gibt es nur wenige Informationen. Eine Opposition, die getragen wurde von Kommunistinnen und Kommunisten, von Arbeitern, Angestellten, Intellektuellen, von Schülern und Studenten, Menschen, denen der sogenannte Sozialismus in der DDR keine Perspektive zu weiterem gesellschaftlichen Fortschritt mehr bot, die gegen das herrschende SED-Regime kämpften, weil sie für wirklichen Sozialismus eintraten - über sie herrscht weitgehend Schweigen. Kommunisten, die im Widerstand zur DDR-Führung standen - die soll es einfach nicht gegeben haben. Schon gar nicht eine organisierte, illegale Kommunistische Partei. Über den Widerstand und Kampf von Marxisten-Leninisten in der DDR wurde weitgehend geschwiegen.



Preis: 18 Euro

ISBN 3-9810127-0-4